REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 382 · 21.9.1995

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 48 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Das Ende einer Ära. Spanien nach González - Reiner Wandler, Madrid
2. Frankreichs abschreckende Atompolitik - Bruno Barrillot
3. Europäischer Kulturkongreß gegen Arbeitslosigkeit und Armut
4. Die Partei hat wieder Tritt gefaßt. Dank Schröder gewinnt die SPD politisches Profil - Js.
5. Keep on walking forward (Bericht von der 4. Weltfrauenkonferenz) - Zubeda Dangor
6. "Die Welt mit den Augen der Frauen sehen." Eindrücke vom NRO-Forum in China - Ann Stafford
7. IG Farben: Von Anilin bis Zwangsarbeit - Buchvorstellung
8. "Wir müssen runter von den Zuschauerbänken." Stichworte zur deutschen Militärpolitik 19901995 - Js.
9. Fünf Jahre deutsche Einheit - Georg Fülberth
10. Die Problematik der personellen Abrechnung. Zur Konzentration der öffentlichen Auseinandersetzung auf die Stasi - Rolf Gössner
11. Wie die Nazis in die Provinz gehen. Zum Beispiel: Landkreis Miltenberg. - Martin Bayer
12. Nachrichten von Rechts
13. Lauck aus Dänemark ausgeliefert - ES, Hamburg
14. Dreieinhalb Jahre Knast für Althans - ES, Hamburg
15. Briefbombenprozeß in Österreich eröffnet - ES, Hamburg
16. Peter Naumann: Reuiger Bombenbastler oder gewiefter Taktiker an der Leine des VS? - Bildungs- und Solidaritätswerk Anna Seghers
17. NATO-Bomben für den Frieden? - he., Hamburg
18. Mit der Saarlandbrigade zurück in die Zukunft - Gertrud Selzer, Aktion 3. Welt Saar
19. Von der Krise zum Krieg - Jugoslawien 1980-1995 - he., Hamburg
20. Exempel Balkankrieg: Von der Blockkonfrontation zur innerimperialistischen Konkurrenz - Al., Nürnberg
21. Die Stahlhelmfraktion marschiert. Fortsetzung der grünen Interventionsdebatte - Js.
22. Ausstattungshilfe: Deutsche Innenpolitik im Ausland - Stefan Gose
23. Die Kapitalisten lieben - den Kapitalismus hassen. Kubas Drahtseilakt zwischen Reform und Regulation - kuk
24. Zapatistas zwischen Aufbruch und Repression - Boris Alexander
25. Soziale Bewegungen in Westasien (Rezension) - Albrecht Müller
26. Siedlungen oder Frieden? - Klaus Mellenthin
27. Gaza-Jericho - und das war's - KM
28. Hebron und Kirjat Arba
29. Jerusalem - " auf ewig unser" - KM
30. Tradition und Brüche. Über einige Entwicklungen in der Nouvelle Droite - Jean Cremet
31. Vom Benefiz zum Malefiz. Widerstandsherbst im Wendland eröffnet - Peter Nowak
32. Öl: Schwarzer Tod an Land. Ecuadors Regenwald leidet unter einer rücksichtslosen Förderpolitik - Maike Rademacher
33. Keine Auslieferung von Benjamin Ramos Vega! - Solidaritätskomitee B.R. Vega, Berlin
34. Türkische Faschisten mobilisieren in der BRD - Nora Mielke
35. "Schwarze" Literatur zur Beruhigung. Aus John Edgar Widemans Einleitung zu "Live from Death Row" von Mumia Abu-Jamal
36. "Ich bin überwältigt von der Unterstützung." Interview mit Mumia Abu Jamal - Heike Kleffner, Sally O"Brian, New York
37. Neues zur Repressionsgeschichte in Göttingen - A. List
38. Der Stand der Dinge. Bundesanwaltschaft gegen "K.O.M.I.T.E.E." (aus Infoblatt "Fischers Fritz und seine Schwestern)
39. RAF-Aussteiger: Vom Exil zum Verrat - Ivo Bozic

40. (Nicht nur) In eigener Sache. Veränderungen im linken Pressewesen - ak-Redaktion
41. "Den Opfern ihre Würde zurückgeben". Kampagne "Nie wieder" fordert Entschädigung - Kampagne
42. Quelldatei 08.htm
43. Unterscheidungsgebot
44. Schlamperei
45. Quelldatei 25.htm
46. IG Farben:
47. Quelldatei anm-he.htm
48. Spendenaufruf für Knut Folkerts

1. Das Ende einer Ära. Spanien nach González

Spanien nach González - von Reiner Wandler, Madrid

Autor: Reiner Wandler, Madrid · Rubrik: Spanien · CD-Datei: daten/aksuche/ak382/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:382:11

Spätestens im Frühjahr nächsten Jahres wird Spaniens Wahlvolk vorzeitig an die Urnen gerufen, so hat es Regierungspräsident Felipe González seinem Partner Jordi Pujol von der katalanischen CiU - der in den letzten zwei Jahren die sozialistische Minderheitsregierung stützte - versprochen. "Im nationalen Interesse" möchte González seine EU-Präsidentschaft hinter sich bringen und flugs noch einen der Grundsteine für den Beitritt zur europäischen Währungsunion legen. Mit einem strengen Sparkurs soll das Haushaltsdefizit bis 1997 von derzeit 6,7 Prozent auf die in Maastricht geforderten drei Prozent gesenkt werden. Die Katalanen unterstützen ihn als Dank für die Absprache der Wahltermine. Allein im nächsten Jahr bedeutet dies 12 Milliarden Mark weniger im Staatssäckel - ein harter Schlag für die ohnehin nicht von Sozialleistungen verwöhnte Bevölkerung. (1) Soweit die Pläne. Ob der in den letzten drei Jahren von einem Skandal zum nächsten wankende González das überhaupt noch durchsteht, liegt nicht zuletzt beim Obersten Gerichtshof, der in diesem Monat (September) darüber entscheidet, ob er eine Klage gegen den Regierungschef und drei weitere führende Politiker der Regierungspartei PSOE wegen Gründung einer terroristischen Vereinigung zuläßt. Die Rede ist von der GAL, der in den achtziger Jahren 28 Menschen zum Opfer fielen. Ob Neuwahlen im Frühjahr 1996 oder bereits diesen Herbst spielt letztendlich nur für die Chronisten eine Rolle. Am Grundsätzlichen, am politischen Wechsel nach rechts, hin zur Partido Popular von José María Aznar, wird die Frage um den Wahltag nichts ändern. Spaniens Sozialisten haben nach 13 Jahren an der Macht ausgespielt. Die Rechte wird genau 20 Jahre nach dem Tod von Diktator Franco wieder in den Regierungspalast "La Moncloa" einziehen.

Der Sieg der Sozialisten -

das Ende der Transición

Zehn Millionen Wählerstimmen hatten González zur absoluten Mehrheit verholfen. Man schrieb den 28. Oktober 1982. Die Hoffnung auf "Wandel" und "Modernisierung" - so die Wahlplakate der PSOE - war unübersehbar. Stellvertretend für die Verlierer des Bürgerkrieges, der Diktator Generalisimo Franco für 40 Jahre an die Macht verhalf, hatte die junge Generation der PSOE gesiegt. Aldolfo Suárez, Regierungspräsident der Zentrumspartei UCD - eine Sammelbewegung aus Reformkräften der Diktatur - war geschlagen. Der größte Verdienst seiner Amtszeit, die Transición - der Übergang von der Franco-Diktatur zur konstitutionellen Monarchie - war sieben Jahre nach dem Tod des Tyrannen erfolgreich abgeschlossen. Die UCD zerfiel an den inneren Widersprüchen und verschwand von der politischen Bühne.

Felipe - wie González von seinen Anhängern schlicht und einfach genannt wird - machte sich ans Werk. Er führte Spanien nach langen Jahren der Selbstisolation zurück nach Europa. 1985 unterzeichnete man in Madrid den EG-Beitritt. Die Integration in den Club der Auserwählten hatte ihren Preis. Die beiden sozialistischen Wirtschaftsminister, Miguel Boyer und Carlos Solchaga, drängten den Einfluß des bis dahin übermächtigen Staats zurück, die staatliche Industrie, ein Erbe des Franquismus, wurde privatisiert. Die Schließung ganzer Industriezweige, wie der Werft- und der Montanindustrie, war die Folge.

Wirtschaftswunder

mit Bauchlandung

Die wirtschaftliche Umstrukturierung des Landes trug ihre Früchte. In den ersten Jahren nach dem EG-Beitritt boomte Spanien. "Die Deutschen des Südens", wie die begeisterte Wirtschaftspresse sie gerne nannte, konnten auf ein überdurchschnittliches Wachstum des BIP weisen. 1987, dem Jahr des Börsencrashs, waren es 5,6 Prozent, 1988 5,2 Prozent und 1989 immerhin noch 4,8 Prozent. Die Investitionen wuchsen um mehr als 13 Prozent pro Jahr.

Mit einsetzender Krise Anfang der 90er Jahre sollte sich das Wirtschaftswunder schnell als trügerisch herausstellen. Die Abhängigkeit vom ausländischen Kapital war unübersehbar. Was in Zeiten der Hochkonjunktur funktionierte, bezahlte man jetzt teuer. Spaniens Industrie ist von Klein- und Mittelunternehmen beherrscht. Von den 100 Großbetrieben, die auf den internationalen Märkten mitmischen,

sind nur zwei in spanischem Besitz, der Rest sind ausländische Konzerne, die die iberische Halbinsel als verlängerte Werkbank benutzen und sich je nach Bedarf schnell in andere Länder zurückziehen. Vor allem Osteuropa bietet sich an, wie das Beispiel der Automobilindustrie zeigt. (2) Eine Aufstockung der staatlichen Forschungsgelder zur Stärkung der einheimischen mittelständischen Industrie wird von Unternehmerverbänden und Gewerkschaften immer wieder erfolglos eingefordert. Während im EU-Mittel zwei Prozent dafür bereitstehen, sind es in Spanien gerade mal 0,8 Prozent.

Einzig momentan stabiler Bereich ist die Tourismusbranche. Mit 64 Millionen Besuchern war 1994 ein Rekordjahr. Für 1995 erwartet man durch den günstigen Peseta-Kurs ein weiteres Wachstum von vier Prozent. Daß allerdings gerade dieses Geschäft sehr konjunkturabhängig und deshalb als wirtschaftlicher Motor wenig geeignet ist, weiß man aus Erfahrungen, wie der Ölkrise Mitte der Siebziger und dem Golfkrieg, nur zu gut.

Nach vier Krisenjahren hat Spaniens Produktion im Vorjahr, dank der gestiegenen Auslandsnachfrage, erneut das Niveau von Anfang der 90er erreicht, allerdings mit wesentlich weniger Arbeitskräften. Allein 1993 büßte die Industrie 9,7 Prozent der Beschäftigten ein. Der Rückgang der Inlandsnachfrage ist nur eine der Folgen. Trotz 5,51 Prozent weniger Arbeitslosen gegenüber 1993, 150.000 in absoluten Zahlen, liegt Spanien mit 2.556.829 oder 16,5 Prozent fast eine halbe Million über dem letzten Vorkrisenjahres 1992. Die Gewerkschaften sprechen gar von über drei Millionen, der höchsten Arbeitslosenquote der EU. Wirtschaft und Arbeitslosigkeit erholen sich nicht in gleichem Maße. Das betrifft besonders stark Jugendliche zwischen 16 und 25 Jahren und Frauen. Zwei Drittel dieser Gruppen sind ohne Einkommen. Und wer Arbeit hat, verfügt oft nur über einen Zeitvertrag. Mit 32 Prozent solcher Verträge ist Spanien EU-Spitzenreiter. (3) Dies ist, ebenso wie der Anlernvertrag für Jugendliche unter 28 Jahren bei 50 Prozent Lohnkürzung, ein Ergebnis der Liberalisierung des Arbeitsmarktes durch González.

Die Hoffnung der Gewerkschaften schlug erst in Kritik und dann in Widerstand um. Drei Generalstreiks, mehr als jede andere europäische Regierung, sah sich die PSOE ausgesetzt. Die da am 14. Dezember 1988, 28. Mai 1992 und am 27. Januar 1994 auf die Straße gingen, waren zum erheblichen Teil die eigene bitter enttäuschte Basis.

Die Tendenz zur Zwei-Drittel-Gesellschaft - oder besser noch Ein-Drittel-Gesellschaft - ist unübersehbar. Eine Studie der Großbank Banco Bilbao Vizcaya, zeigt wie weit die sozialen Unterschiede auseinanderklaffen. Zehn Prozent der Bevölkerung leben sehr gut, 20 Prozent gut, 40 Prozent mit zeitweiligen finanziellen Engpässen und 30 Prozent in Armut. 11,5 Millionen Menschen leben von weniger als 6.000 Mark im Jahr, davon vier Millionen, das sind immerhin 12 Prozent der Gesamtbevölkerung, in absoluter Armut, das heißt von der bescheidenen Sozialhilfe von 460 Mark, oder ohne jegliches Einkommen. Der von der Bank angelegte Maßstab für ein gutes Leben ist das Durchschnittseinkommen. 27 Millionen von einer Gesamtbevölkerung von 40 Millionen liegen darunter. Aufgrund der hohen Lebenshaltungskosten ist ein großer Teil der Bevölkerung gezwungen, sich sein Geld in der Schattenwirtschaft zu verdienen. Slums an den Einfallstraßen der großen Städte zeugen von dieser Armut. Die Marginalisierung ist der Nährboden für den höchsten Drogenkonsum innerhalb der EU. Zwei Drittel der Inhaftierten sitzen wegen Drogendelikten oder Beschaffungskriminalität ein. Die Mehrheit von ihnen, so die "Mütter gegen Drogen", ist HIV-positiv. Die Lösung der Regierung: der Bau von weiteren 20.000 Haftplätzen. Soziale Maßnahmen lassen auf sich warten.

Zum anderen steht bis heute eine Landreform in Andalusien aus, die den dort immer noch vorherrschenden mittelalterlich anmutenden Verhältnissen eine Ende bereiten könnte. So verdingen sich immer noch 280.000 Menschen im Süden des Landes als Tagelöhner. Ganze Dörfer überleben nur durch die mehr oder weniger offene Erschleichung der staatlichen Beihilfe von 350 Mark im Monat. (4)

Die meisten wirtschaftlichen Probleme sind struktureller Art. "Spanien wird noch viele Jahre am hinteren Zugende Europas mitlaufen. Die Gründe für diese pessimistische Einschätzung sind die folgenden: Der entscheidende Punkt für die wirtschaftliche Entwicklung am Ende des 20. Jahrhunderts ist mehr denn je das menschliche Kapital, und es scheint nicht so als wäre man sich in Spanien darüber bewußt. Weder die Bevölkerung noch die Regierenden sind bereit, die nötigen Opfer für eine Verbesserung des Ausbildungssystems zu erbringen. Das spanische Bildungsniveau ist eines der niedrigsten in ganz Europa. Hinzu kommen die Mängel, die der Franquismus hinterlassen hat. Und die sitzen tiefer als viele dachten. Diese Mängel reichen von einem unrentablen öffentlichen Sektor über eine restlos veraltete Verwaltung bis hin zu

einer Mentalität und einem Verhalten bei den Investoren, die sie ständig alle Mechanismen des Marktes und der freien Konkurrenz argwöhnisch betrachten läßt." (5)

Westeinbindung

und Reformschritte

Die Generalstreiks waren nicht die einzigen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen, die González heraufbeschwor. Trotz "Nein zur NATO" im 82er Wahlkampf, beschloß die Regierungsmehrheit im Parlament 1984 den Beitritt. Als "Preis für die EG-Integration" verkaufte man die Entscheidung, die zu einer mehrjährigen Auseinandersetzung mit der von der Linken getragenen Friedensbewegung führte. Die Volksabstimmung 1986 ging mit 52 Prozent Ja-Stimmen knapp zugunsten der Regierung aus. Der gesellschaftliche Effekt war verheerend: Breite Teile der Linken und verschiedener sozialer Bewegungen verfielen in tiefe Resignation, von der sich die einst am stärksten politisierte Gesellschaft West-Europas bis heute nicht erholt hat.

Auch wenn sich die PSOE mit Reformen statt radikaler Veränderungen zufrieden gab - oder zufrieden geben mußte - (6) kann sich das Ergebnis heute durchaus sehen lassen. 13 Jahre PSOE sind 13 Jahre wenn auch zögerlichen Ausbaus der Autonomiestatuten für die Basken, Katalanen und Galizier. Schwangerschaftsabbruch, Religionsfreiheit, Scheidungsgesetz und teilweise Anerkennung von homosexuellen Paaren lassen nicht nur den Vatikan in Erinnerungen an alte Zeiten schwelgen, als Franco und Papst Pius XII per Konkordat von 1953 brüderlich verbunden waren.

Korruption

Vor allem die ersten elf Jahre sozialistischer Regierung - die der absoluten Mehrheit, bis hinunter in die Rathäuser - brachte äußerst negative Erscheinungen mit sich. Die PSOE durchdrang alle gesellschaftlichen politischen Institutionen, von Rundfunk und Fernsehen bis zu kulturellen Vereinigungen. Ohne Parteibuch kein Amt im öffentlichen Dienst, auch wenn es noch so klein und unbedeutend erscheinen mag. Ein politischer Wechsel hin zu den Oppositionsparteien wurde so erheblich erschwert. (7) Offensichtlichste Folge dieses absoluten Machtmonopols ist die Korruption: Illegale Parteienfinanzierung, die dunklen Börsengeschäfte von Staatsbankchef Mariano Rubio mit Hilfe exklusiver Informationen aus seinem Amt, die Wohnung im Wert von einer Million Franken der Gonzàlez-Sekretärin Pilar Navarro, die 11 Millionen des ehemaligen Chefs der Guardia Civil, Luis Roldán, aus der Vergabe von Bauverträgen an Kasernen und dem Schutz von Unternehmern vor Anschlägen der baskischen ETA ... die Liste ließe sich, bis hinunter auf die Gemeindeebene, ewig fortsetzen.

Der Fall GAL

Die Machtarroganz der jungen Sozialisten zeigt sich nirgends deutlicher als im Falle GAL, der Truppe, die für den schmutzigen Krieg gegen ETA verantwortlich zeichnete. 28 Opfer forderten die über 40 Attentate zwischen 1983 und 1986 in Südfrankreich. Bis hinauf zur Regierung ist mittlerweile alles in die Ermittlungen von Richter Baltasar Garzón verwickelt, was Rang und Namen hat. Sollte der Oberste Gerichtshof nach der Sommerpause, Anfang September, seinen Segen geben, kann gegen Regierungschef Felipe González, den ehemaligen Innenminister José Barrionuevo, den Ex-Verteidigungsminister Narcis Serra und den ehemaligen Generalsekretär der Regierungspartei PSOE wegen Gründung einer terroristischen Vereinigung ermittelt werden.

Die entscheidenden Aussagen zur Belastung von González und dessen Mannschaft kommen von Ricado García Damborenea, dem ehemaligen PSOE-Vorsitzenden in der baskischen Provinz Vizkaya. Ihm zufolge war die GAL keine selbständige Gruppe, sondern der Deckname für eine Strategie zur Terrorismusbekämpfung, mit der man Frankreich zur Ausweisung der ETA-Flüchtlinge bewegen wollte. Die Idee dazu stammte aus den Führungskreisen der PSOE im Baskenland. Unter Mithilfe des damaligen Innenministers José Barrionuevo seien die Kommandos aus Reihen der Nationalpolizei, der Guardia Civil, des militärischen Abschirmdienstes CESID und ehemaligen Söldnern der französischen Fremdenlegion zusammengestellt worden. Felipe González sei, so der Vorwurf Damboreneas, über jeden Schritt informiert gewesen.

Der Oppositionskandidat

und seine Freunde

Mit diesem von Grund auf ruinierten Ansehen bleibt der PSOE nur noch wenig argumentativer Spielraum. Wenn es eng wird, wie zuletzt beim Kommunalwahlkampf im Mai, zaubern die Sozialisten klassenkämpferische Aznar-Franco Vergleiche aus der Trickkiste. Die Partido Popular bietet für solcherlei Vorwürfe leicht Angriffsfläche. Bereits das Gründungsfoto der Alianza Popular aus dem Jahr 1976 versprach mehr Kontinuität als Wandel. Da standen sie lächelnd um den ehemaligen frankistischen Informationsminister Manuel Fraga Iribarne versammelt: Gonzalo Fernández de la Mora, Mitglied des ultrareaktionären katholischen Opus Dei, sein Ordensbruder Laureno López-Rodó, Planungs- und Entwicklungs- und späterer Außenminister der Diktatur, und Federico Silva Muñoz, Blauhemd und Techniker des Übergangs zur demokratischen Monarchie.

Mit der Parole "Das Gute von Franco bewahren, das Nötige erneuern", zog AP-Spitzenkandidat Fraga Iribarne in den Wahlkampf. Auf dem Land forderte er die Todesstrafe, die Dominanz der katholischen Kirche im Schulwesen und das Verbot der Scheidung, in den Städten umgab er sich mit dem liberal-konservativen Flügel seiner Partei von José María Areilza, Francos Botschafter in Argentinien und den USA, sowie Privatberater des Grafen von Barcelona, Juan, Vater des heutigen spanischen Königs Juan Carlos I.

Trotz der Namensänderung in Partido Popular treiben sich auch unter den heutigen Funktionsträgern genug blaue Schafe herum. Zuletzt lobte Mercedes de la Merced, Nummer drei auf der Europawahlliste 1994, die Sozialpolitik der Diktatur. Auf die Frage nach der Verfolgung Oppositioneller in den vierzig dunklen Jahren berief sie sich, ganz im gesamteuropäischen Trend liegend, auf die Gnade der späten Geburt. Davon wisse sie nichts, sie sei bei Francos Tod 1975 noch ein Kind gewesen, so ihre lapidare Antwort. Trotz heftiger Proteste trat sie nicht von der Liste zurück und sitzt heute in Straßburg. Ein anderer Anhänger frankistischer Sozialpolitik ist Fernando Suárez, auch er Europaabgeordneter. Der einstige Franco-Minister hat sich auf Vorträge auf Gedenkveranstaltungen zu Ehren des Diktators spezialisiert.

Die Führungsmannschaft um González weiß um die alten Ängste vor der Rechten, Produkt der alten Spaltung des Landes in zwei - das Spanien der Republik, der Verlierer des Bürgerkrieges und das der Gewinner, derer die von Francos Politik profitiert hatten. Vor allem bei den Rentnern zieht diese Propaganda. Die über 65jährigen sind heute die einzige Altersgruppe, bei der die Sozialisten noch immer die absolute Mehrheit erringen. Hinzu kommen diejenigen, die in den letzten 13 Jahren ein Pöstchen ergattern konnten. Sie sind beseelt von der Angst, es zu verlieren. Nur zu gut erinnern sie sich an den eigenen Wahlsieg. Bis hin zum Nachrichtensprecher wechselten die Gesichter. Wird Aznar dies wiederholen, fragen sich viele bang. (8) Doch auch das Mobilisieren aller Ängste wird den Sieg der Opposition nicht mehr verhindern können. Die offensichtliche moralische Zerrüttung der Sozialisten ist der beste Wahlkämpfer Aznars.

Die zweite Transición

"Im Interesse von Spanien" strebt der PP-Chef nach "einer zweiten Transición". (9) José María Aznar hat, seit er einen Anschlag der baskischen ETA am 20. April knapp überlebte, endgültig die Herzen des Wahlvolkes erobert. Er habe endlich Charisma, vermeldete die renomierte Tageszeitung "El País" am Tag nach dem Anschlag.

Erst einmal an der Macht will man das Land "von allen Korrupten reinigen." Worte wie Rechtsstaat und Moral führt er immer wieder an, wenn es um den schmutzigen Krieg der GAL und die Verurteilung der Regierung geht. Die gleichzeitigen ständigen Rufe gegen vorzeitige Haftentlassung von ETA-Häftlingen und nach hartem Vorgehen bei Unruhen im Baskenland beweisen das politische Kalkül hinter diesen Worten. Von einer Verhandlungslösung des Baskenkonflikts, wie in Nordirland vorgeführt, will auch die Opposition nichts wissen. Die Empörung im Falle GAL hat einen ganz einfachen Grund. Trotz eines Korruptionsskandals nach dem anderen wollten die Sozialisten einfach nicht stürzen. Spaniens Rechte hatte dank vierzig Jahre Franco-Diktatur einen zu schlechten Ruf, um Begeisterungsstürme bei den Wählern auszulösen, ein Regierungswechsel schien schier unmöglich.

Der Fall GAL kam der PP mehr als recht. Doch eines scheint man bei der politischen Ausschlachtung des Skandals vergessen zu haben. Ein solch drastischer Bruch der "Einheit der Demokraten" wird schnell zum Selbstläufer. Die Folgen für die der spanischen Rechten so heiligen Institutionen, wie Militär und Guardia Civil, lassen sich nicht mehr abschätzen. Manuel Fraga Iribarne warnte bereits im März von seinem Altenteil als

galizischer Ministerpräsident aus vor den Auswirkungen solchen Treibens. Seine Jünger in Madrid überhörten ihn.

Aznar und seine junge Generation versuchen, sich das Bild einer modernen Rechten zu geben. "Wie viele andere großen Nationen ist Spanien pluralistisch: vielsprachig, vielfältig, heterogen und plurikulturell. Manchmal haben religiöse Sturheit, falsch verstandene Staatsraison oder an Bruderkrieg erinnernde Auseinandersetzungen Gruppen aus unserem Schoß hinausgeführt, deren Abwesenheit uns menschlich und materiell ärmer gemacht hat. Aber historisch gesehen hat sich unsere Haltung gegenüber dem anderen durch Toleranz und Akzeptanz ausgezeichnet", wendet er sich beschwichtigend an Basken und Katalanen. (10)

Doch im Alltagsgeschäft schlagen schnell wieder die alten Töne durch: "Jemand muß den Mut aufbringen und die Grenzen der Autonomie abstecken", verkündete er nur einen Tag vor dem ETA-Attentat gegen sich. Vor allem im Bildungsbereich will er den Nationalisten einen Riegel vorschieben. So unterstützt die PP immer wieder Eltern, die das Recht auf eine spanischsprachige Schulbildung ihrer Kinder einfordern. Das "Gesetz zur Normalisierung der katalanischen Sprache" muß weg, so ihre Parole. Eine Auseinandersetzung, die an den Haaren herbeigezogen ist. Von 200.000 Neueinschulungen im Jahr 1994 wählten nur 57 Kinder den spanischen Unterricht. José María Aznar dürften diese Zahlen geläufig sein. Doch zentralistisches Gebaren bringt Stimmen in den rechten Kreisen Madrids und im Umland. (11)

Was zentralistisch gesinnte Wählerstimmen anzieht, muß politisch gesehen nicht immer erfolgversprechend sein. Der katalanische Ministerpräsident Jordi Pujol bezeichnet die Ideen Aznars als "eindeutig verfassungswidrig". Solange die PP am diesem Punkt nicht umdenke, werde es keine Unterstützung der katalanischen CiU für eine PP-Regierung in Madrid geben - und ob Aznar jemals - wie einst González - mit absoluter Mehrheit gewählt wird, ist zu bezweifeln. Sein baskischer Amtskollege Xabier Arzalluz wird noch deutlicher. Aznar spreche für "die Ewiggestrigen, für die, die uns hassen, für die Befürworter Großspaniens." Die heute mit antibaskischen Parolen auf Stimmenfang gehen, "sind die gleichen, die uns einst verfolgen ließen", erinnert er Aznar an die frankistische Vergangenheit der PP-Gründergeneration. Nationalismus und Vielvölkerstaat versus Zentralismus und nationale Einheit, eine alte Auseinandersetzung auf der iberischen Halbinsel, die bis heute in beiden Lagern Stimmen mobilisiert. (12)

Der Kandidat

und sein Programm

Aznar steht für ein durch und durch katholisch konservatives Programm. Er ist selbstverständlich gegen eine soziale Indikation im Abtreibungsrecht und die Anerkennung homosexueller Paare. Gegen Drogenkonsum hilft "der Glaube", und die Arbeitslosigkeit will er mit einer weiteren Liberalisierung des Arbeitsmarktes und Kürzungen des Arbeitslosengeldes bekämpfen. "Es ist falsch, eine Arbeitslosenunterstützung wie die hochentwickelten Länder zu verlangen. Wir brauchen einen Schutz der Arbeitslosen, der dem Land angemessen ist.", heißt sein Programm. Wer arbeitslos ist, soll zukünftig nicht mehr die Möglichkeit haben, angebotene Arbeitsplätze oder Weiterbildungsmaßnahmen abzulehnen, will er nicht die wenige staatliche Unterstützung verlieren - die konsequente Weiterführung der sozialistischen Politik.

Im gleichen Atemzug will er den Unternehmern durch eine 20 prozentige Steuersenkung Vorteile verschaffen. Den Höchststeuersatz für Besserverdienende will er von 56 Prozent auf 35 Prozent senken. Auch der kleine Mann soll nicht leer ausgehen. Fünf Prozent weniger Kranken- und Arbeitslosenversicherungsbeitrag heißt das Versprechen, ohne - das versteht sich von selbst - die Leistungen zu senken. Dabei glaubt er fest an den Segen der freien Wirtschaft. In einem Land, in dem das öffentliche Gesundheitswesen weit schwächer ausgebaut ist als im restlichen Europa, setzt er auf zusätzliche Privatisierung. Kostenminimierung nennt sich das. In Rentenfragen empfiehlt er private Zusatzfonds. Wovon die drei Millionen Arbeitslosen diesen Luxus finanzieren sollen, darüber schweigt Aznar sich aus. Der Vorsitzende der Gewerkschaft CCOO, Antonio Gutiérrez, wird hellhörig: "Steuersenkungen, weniger Staatsausgaben - irgendwas stimmt hier nicht." Er fürchten einen sozialen Kahlschlag.

Die Zukunft der Linken

Der dritten Kraft im Lande, der "Vereinigten Linken" (IU), einem Wahlbündnis, will es nicht so recht gelingen, aus dem Fall der Sozialisten Kapital zu schlagen und so "zur stärksten Partei der Linken zu werden." Mit 11,7

Prozent beim letzten Urnengang, den Kommunal- und Regionalwahlen im Mai, hat IU ihr bestes Ergebnis erreicht. Bei neuesten Umfragen liegen sie mit zehn Prozentpunkten dahinter zurück. Die Frage nach dem Verhältnis zu den beiden Großen verstärkt die von jeher latente innere Spaltung. So versuchten die Erneuerer, die "Neue Linke", auf dem letzten Parteikongreß im Dezember eine Erklärung durchzusetzen, die jegliche Zusammenarbeit mit der PP strikt ausschließt. Eine Haltung, die vor allem an der Basis seit den zeitgleich mit den Europawahlen stattgefundenen andalusischen Regionalwahlen immer mehr Einfluß gewinnt. Die PSOE, traditionell stärkste Partei im armen Süden, hatte erstmals seit zwölf Jahren die absolute Mehrheit verloren. Während die "Erneuerer" auf ein Zusammengehen mit der PSOE setzten, stimmte die vom harten Flügel um den Chefkoordinator von IU, Julio Anguita, dominierte Parlamentsfraktion zusammen mit der rechten PP gegen die sozialistische Minderheitsregierung. Ein Aufschrei der Empörung ging durch die IU-Reihen. Kommunistische Stimmen Hand in Hand mit denen der Großgrundbesitzer im "roten Andalusien" waren für die meisten zuviel. Man werde immer wieder mit der Rechten stimmen, wenn dies nötig erscheint, verteidigt Anguita seine Haltung, mit der er sich bis heute durchsetzen konnte.

Auch bei den Sozialisten ist es um die innere Einheit nicht ums Beste bestellt. Die von Alfonso Guerra (13) - dem Vertreter des orthodoxen Parteiapparates - angeführten "Guerristen" sind die einzigen, die sich seit längerem ernsthaft auf eine künftige Oppositionsarbeit vorbereiten. In der eigens gegründeten Zeitschrift "Temas" versucht man sich an einer programmatischen Debatte für eine neue sozialistische Linke. "Temas" dient dabei als Treffpunkt mit Theoretikern des gemäßigten Flügels der kommunistischen IU und gewerkschaftlich orientierten Intellektuellen. Alles deutet daraufhin, daß die Guerristen ihre Rückkehr an die innerparteiliche Macht vorbereiten. Auf dem letzten PSOE-Kongreß scheiterte Alfonso Guerra nur knapp, als er verlangte, wie einst in den achtziger Jahren, die Partei alleine zu koordinieren.

Die "Guerristen" kritisierten seit 1993 immer wieder das Bündnis mit den katalanischen Nationalisten der CiU, das dem Minderheitskabinett von González überhaupt erst das Regieren möglich machte. Dies komme, so Guerra, "einer ständigen Erpressung der Sozialistischen Partei" gleich. Die mit CiU-Chef Jordi Pujol abgestimmte Wirtschaftspolitik treibt, so Guerra, einen immer tieferen Keil zwischen die sozialistische Gewerkschaft UGT und die Partei. Deutliches Symbol ist der Generalstreik vom Januar letzten Jahres. Er hätte vor zwei Jahren, als die PSOE die absolute Mehrheit einbüßte, lieber eine Linksregierung zusammen mit IU gesehen.

Die Gegenseite hält, unter dem Vorwand, die innerparteiliche Demokratie stärken zu wollen, dagegen. Die "Erneuerer", deren Führer sich aus den Reihen der regionalen Parteivorsitzenden rekrutieren, setzen auf eine Föderalisierung der Partei. Die Stimmung an der Basis scheint ihnen wohlgesonnen. Man vereinigt zwei Drittel des Fußvolkes hinter sich. Am stärksten spitzt sich der Konflikt in Andalusien, der Heimat von González und Guerra zu. Diese flächenmäßig größte Region zählt zu den Hochburgen der PSOE.

Nach dem González-Sturz könnte die PSOE ein ähnliches Schicksal ereilen wie die französischen Sozialisten. In der Opposition wird die Partei nur schwer ihre Einheit wahren können. Die Regionalfürsten und ihre "Erneuerer" als Kern einer sozialdemokratischen Volkspartei europäischen Stiles, "Guerristen" und Teile von IU als neue sozialistische Partei und der orthodoxe Kern der spanischen KP als Radikalopposition links davon sind die drei möglichen neuen Strömungen auf der parlamentarischen Linken. Wie dem auch sei, Spaniens Sozialisten werden Jahre brauchen, um Ruf und Namen, zu erneuern. Vom moralischen Schaden in großen Teilen Bevölkerung - was sich in Spanien "gesellschaftliche Linke nennt und einst voller Hoffnung auf ein neues Gesellschaftskonzept setzte - ganz zu schweigen.

Anmerkungen:

1) Damit ist es nicht getan. Auch bei den anderen in Maastricht festgelegten Beitrittskriterien ist Spanien weit davon entfernt, sie zu erfüllen. Ein Blick auf das Vorjahr beweist dies: 4,3 Prozent Inflation anstatt der geforderten 3,5 Prozent, Zinssatz 11,4 anstatt 9,3 Prozent und Staatsverschuldung von 63,9 anstatt den geforderten 60 Prozent des BIP.

2) Spanien ist mit 85.000 Beschäftigten in der Kfz-Produktion, nach Deutschland und Frankreich das drittwichtigste Herstellerland in Europa. Insgesamt 25.000 Arbeitsplätze sind heute akut gefährdet. Lange Zeit war die iberische Halbinsel dank des niedrigen Lohnniveaus wichtige Werkbank für europäische und internationale Automobilproduzenten. Kaum eine Marke, die nicht mit einem Werk vertreten ist. Durch die

Öffnung des Ostens hat Spanien seine Standortvorteile verloren. Bereits heute produzieren die Großen der Branche im ehemaligen Ostblock, so FIAT in Polen, Opel in der ehemaligen DDR und VW in Tschechien. Nach der Werksschließung der VW Tochter SEAT in Zona Franca bei Barcelona (5.000 Arbeitsplätze, ein Viertel des Gesamtvolumens, gingen dabei verloren) werden immer wieder Befürchtungen laut, Wolfsburg könnte das SEAT Schlachtschiff, den Toledo, durch einen entsprechenden Skoda Mittelklassewagen ersetzten.

3) In Deutschland sind es 9 Prozent.

4) In den Genuß dieses Geldes kommt nur, wer 60 Tage im Jahr gearbeitet hat. Immer wieder finden Prozesse statt gegen Bürgermeister, die falsche Arbeitsscheine unterschreiben. Vielen Landarbeitern, die nicht auf ihren Satz kommen, bleibt oft nichts anderes übrig, als die Unterschriften beim eigenen Chef für teures Geld zu erkaufen. Bedingt durch die Trockenheit und die so fehlende Arbeit auf dem Lande, bezahlt die Regierung die Beihilfe seit Frühjahr ohne Vorlage von Arbeitsscheinen.

5) Gabriel Tortella (1994): El Desarrollo de la España contemporanea. Historia económica de los siglos XIX y XX, Alianza Universidad Textos, Madrid, S. 392/ 393.

6) Die junge Nach-Franco-Demokratie war beim Amtsantritt der Sozialisten alles anderere als gefestigt. Am 23. Februar 1981 besetzte der Guardia-Civil-Oberstleutnant Carlos Tejero mit zwei Hundertschaften das Parlamentgebäude, während in Valencia das Militär ausrückte und den Ausnahmezustand über die Stadt verhängte. Kurz nach ein Uhr nachts setzte König Juan Carlos mit einer Erklärung gegen die Putschisten dem Spuk ein Ende. Nur eineinhalb Jahre später, am 27. Oktober 1982, dem Vorabend der Wahl von Felipe González, flogen erneute Umsturzpläne auf.

7) Der Journalist José Luis Gutiérrez und der Professor für Soziologie an der Universität Complutnese de Madrid Amando de Miguel schreiben in ihrer 1989 erschienen González-Biografie "La Ambición del Cesar": "Ganz nebenbei, der Weg den die PSOE dabei einschlug ähnelt in einigen wesentlichen Punkten stark den, ganz klar von antidemokratischen Ideen geprägten, politischen Erfahrungen mit der mexikanischen PRI." (S. 13)

8) Die Angst bei einem Regierungswechsel seinen Arbeitsplatz zu verlieren ist in Spanien, wo es erst seit Franco ein Beamtengesetz gibt, bei den Staatsdienern tief verwurzelt. Und die Regierungen wechselten im allgemeinen schnell. Von 1812 bis heute haben es nur vier frei gewählte Präsidenten länger als fünf Jahre ausgehalten: González (seit 1982), dessen Amtsvorgänger Suárez (1976-1982), sowie der O'Donnell von der Unión Liberal (1858-1863) und Sagasta von der Partido Liberal (1885-1890). Der auf den nächsten Regierungswechsel hin hungernde Staatsdiener ist eine beliebte Figur der Literatur des letzten Jahrhunderts.

9) So der Titel seines nach dem Triumph bei den Europawahlen im vergangenen Jahr erschienenen programmatischen Buches.

10) José María Aznar (1994): España: la segunda transición, Espasa Calpe, Madrid, S. 29. (Die nicht eigens gekennzeichneten Zitate stammen aus Reden und Pressekonferenzen.)

11) Aznar veranschaulichte sein zentralistisches Denken bei einer Veranstaltung der Sommeruniversität der Universidad Complutense de Madrid am 28.7.95: "Die spanische Sprache ist, falls sie mir einen Vergleich erlauben, die wichtigste schnelle Eingreiftruppe Spaniens, das keine wirtschaftliche, aber sehr wohl eine kulturelle Großmacht ist", verkündete er im mitten im kriegerischen Konflikt im Vielvölkerstaat Bosnien. Die Parteijugend versteht dies auf ihre Art. "Pujol denk an Sarajevo", warnen Sprühereien in den Straßen Madrids in den letzten drei Jahren immer wieder den katalanischen Ministerpräsidenten.

12) Die Spaltung zwischen den rechten Nationalisten und der PP geht soweit, daß die Katalanen und die Basken gegen die Aufnahme der PP in die Straßburger Fraktion der Europäischen Volkspartei, dem christdemokratischen Zusammenschluß stimmte. Kohl und Mayor sprachen ein Machtwortsprache. Sie wollten nicht auf die - nach der CDU - zweitstärkste rechte Eurogruppe verzichten.

13) Alfonso Guerra war jahrelang enger Weggefährte von Felipe González. Als Organisationssekretär der PSOE und Vizepräsident der Regierung kontrollierte er die Partei. Mit seinem Redetalent zieht er hauptsächlich Stimmen aus dem klassischen sozialistischen Milieu, den Gewerkschaftskreisen an. 1991

schied er aus der Regierung aus. Er war wie so viele über die Korruption gestolpert. Sein Bruder hatte sich mittels der EXPO in Sevilla vom Arbeitslosen zum Multimillionär hochgearbeitet.

Reiner Wandler, 32 Jahre, lebt und arbeitet als Korrespondent der Züricher WOZ und der Berliner taz in Madrid.

Der Artikel ist abgedruckt in "Blätter für deutsche und internationale Politik" in der Ausgabe 9/95.

2. Frankreichs abschreckende Atompolitik

Gastkommentar von Bruno Barrillot

Autor: Bruno Barrillot · Rubrik: Frankreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak382/49.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:382:49

Die Entscheidung des neuen französischen Präsidenten Jacques Chirac, die Atomversuche wiederaufzunehmen, hat eine Frage in den Mittelpunkt der politischen Debatte gestellt, die seit Jahrzehnten Gegenstand allgemeiner Übereinstimmung war. Seit Ende der siebziger Jahre hatten sich alle Regierungsparteien, egal ob links oder rechts, zugunsten der "force de frappe" ausgesprochen. 1983 folgte ihnen die katholische Kirche, die auf dem Höhepunkt der Diskussion über die Euromissiles ihr grundsätzliches Einverständnis mit der nuklearen Abschreckung erklärte.

Die politische Diskussion in Frankreich

Die Wiederaufnahme der Atomversuche auf Mururoa offenbart einen wichtigen Widerspruch zwischen den französischen BürgerInnen und ihrem Präsidenten, oberster Chef über die Armeen und damit Garant ihrer Sicherheit. Die Umfragen von Ende August zeigen, daß 63 Prozent der Franzosen und Französinnen die Wiederaufnahme der Versuche mißbilligen. Diese Zahl überschreitet deutlich die Mehrheit, die kürzlich Jacques Chirac den Einzug in den Elysee-Palast bescherte.

Unter den politischen Parteien haben sich die ÖkologistInnen und die Kommunistische Partei klar für die Fortsetzung des Moratoriums und die Abschaffung der Atomwaffen ausgesprochen. Die Position der SozialistInnen ist nicht eindeutig: Während sie beinahe einstimmig die Wiederaufnahme der Versuche verurteilen, gehören sie gleichzeitig zu den entschiedensten VerfechterInnen der Erhaltung der französischen nuklearen Abschreckung. Diese Differenz zwischen den "grünen" Parteien und der Friedensbewegung einerseits, den Sozialisten andererseits erklärt teilweise die schwache Mobilisierung bei den Demonstrationen dieses Sommers in Frankreich.

Internationale Proteste

Die Ankündigung, Frankreich werde die Atomwaffentests wieder aufnehmen, hat einzigartige internationale Proteste ausgelöst. Die guten Beziehungen, die mit den Staaten des Süd-Pazifiks seit der Beruhigung in Neu-Kaledonien 1988 und seit der Aussetzung der Atomversuche 1992 geknüpft worden waren, haben sich rasant verschlechtert. Das Unverständnis führt zu grundlosen Beschuldigungen: Ohne diplomatische Umschweife klagte Jacques Chirac im Fernsehen Neuseeland und Australien an, sie wollten Frankreich aus dem Pazifik vertreiben. Doch hat sich der Widerstand gegen die französischen Versuche in den asiatischen Staaten ausgebreitet, in Japan, auf den Philippinen und anderen asiatischen Staaten - heiß begehrte Partner für die französische Industrie - und auch in Lateinamerika und besonders in Europa. Eine solche Welle der Kritik, die den Ruf seines Landes in der Welt vielleicht dauerhaft schädigen wird, hat den französischen Präsidenten offensichtlich überrascht. Wird das Wort Frankreichs auf internationaler Ebene noch glaubwürdig sein, wenn es selber seine erst vor Wochen geleistete Unterschrift unter den Atomwaffensperrvertrag durch die Wiederaufnahme der Atomtests ad absurdum führt?

Der Status Polynesiens

in Frage gestellt?

Wie nicht anders zu erwarten war, bedeutete der Abbruch des Moratoriums für Polynesien einen Schock, der eine Explosion der Gewalt hervorrief. Die Einrichtung des pazifischen Versuchszentrums Anfang der sechziger Jahre hat in diesem französischen Überseegebiet ("territoire d'outre-mer"; i.O.) das ökonomische und soziale Leben stark verändert. Die militärisch motivierten Zahlungen, die sich seit dreißig Jahren über das Gebiet ergießen, sind vor allem der lokalen Bourgeoisie zugute gekommen, die es vorzog, sich in einer Scheinökonomie auf Transferbasis einzurichten, statt eine autonome Entwicklung zu fördern. Einstmals selbstversorgend, lebt Polynesien inzwischen hauptsächlich von Importen, sogar was die Ernährung der Bevölkerung betrifft. Zwar ist der durchschnittliche Lebensstandard Polynesiens einer der höchsten im Pazifik, doch sind die Einkommensunterschiede sehr bedeutend. Tahiti gleicht in vielen Bereichen einem Land der Dritten Welt.

Der Aufstand der unterprivilegierten jungen Tahitianer, den wir gerade erlebt haben, ereignete sich an zwei symbolträchtigen Orten: dem Flughafen von Faa'a, der das Eingangstor des kolonialen Systems zur Insel Tahiti darstellt, und in den Luxusgeschäften von Papeete, Symbol des Reichtums, der mit dem Geld der Bombe eingeheimst wurde.

Diese Ereignisse stellen die französische Präsenz in Frage und stärken die Unabhängigkeitsbewegung Polynesiens.

Europa unter französischem Atomschutz?

Als Ausweg aus der diplomatischen Sackgasse, in die er mit seiner Entscheidung geraten ist, hat Jacques Chirac vorgeschlagen, Europa, insbesondere Deutschland, den Schutz durch die französische atomare Abschreckung anzubieten. Der Zeitpunkt für dieses Angebot war besonders schlecht gewählt, und die Europäer haben dem nicht das Interesse entgegengebracht, das die französische Regierung erwartet hatte. Aber muß daran erinnert werden, daß Präsident Mitterand das gleiche Angebot bereits vor zwei Jahren gemacht hatte? Die derzeitige Meinungsverschiedenheit über die Wiederaufnahme der Atomversuche dürfte mit der Unterzeichnung des Vertrages über das totale Verbot von Atomversuchen im Jahre 1996 beigelegt sein. Nicht undenkbar ist es daher, daß sich über links-rechts hinweg ein neues Einvernehmen herausbilden könnte, das die Erhaltung der französischen Atomwaffen und ihre Einführung in die Diskussion um die europäische Sicherheitspolitik betrifft.

Ist das französische Modell der "Abschreckung des Schwachen gegenüber dem Starken" auf die Sicherheit Europas anwendbar? Sicherlich nicht. Europa ist heutzutage eine große ökonomische Macht vom Schlage der Vereinigten Staaten geworden; schlecht vorstellbar, wie es eine atomare Strategie der Abschreckung des "Schwachen" gegenüber einem (welchem?) "Starken" konstituieren sollte. Dies könnte die Europäische Union - im (unwahrscheinlichen) Falle, daß sie sich mit der atomaren Waffe ausstattet - eher dazu bringen, sich Atomwaffen vom gleichen Niveau wie die anderen großen Weltmächte, USA und Rußland, zuzulegen. So würde der Vorschlag Chiracs unfehlbar auf eine erneute Verbreitung der Atomwaffen hinauslaufen.

Zudem: Ist es vorstellbar, daß Deutschland und die anderen EU-Staaten ihre Sicherheit dem französischen Atomschutz anvertrauen wollen, was Frankreich unweigerlich in einen privilegierten Status versetzen würde? Nur Franzosen bringen es fertig, eine solche Vorherrschaft gegenüber ihren europäischen Partnern zu beanspruchen. Schwerwiegender aber ist, daß das Angebot einer auf Europa ausgeweiteten französischen Abschreckung den Zusammenhalt der EU gefährdet. Der französische Präsident weiß, daß eine große Fraktion seiner europäischen Partner mit Schweden an der Spitze der Atomwaffe grundsätzlich feindlich gegenübersteht: Einerseits den europäischen Gedanken in Frankreich zu entwickeln, aber andererseits einen "atomaren Schutzschirm" vorzuschlagen, der unweigerlich ein Europa der zwei Geschwindigkeiten schaffen würde, das geht nicht zusammen.

Übersetzung ppi

Bruno Barrillot ist Mitarbeiter des Centre de Documentation et de Recherche sur la Paix et les Conflits (Dokumentations- und Forschungszentrum für Frieden und Konflikte) in Lyon.

3. Europäischer Kulturkongreß gegen Arbeitslosigkeit und Armut

Rubrik: Sozialpolitik; Aktionen / Veranstaltungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak382/46.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:382:46

Nicht nur die Themen der Arbeitsgruppen, auch die Musikensembles, die beim Kulturkongreß gegen Arbeitslosigkeit und Armut in Hamburg aufspielen werden, sind nun benannt.

Die Arbeitsgruppen werden 6. und 7.10. jeweils von 9 bis 13 Uhr und von 14 bis 17 Uhr tagen. Ihre Themen sind:

- Feminisierung der Armut

- Leben im Stadtteil - Recht auf ein Dach: Besetzung

- Internationaler Widerstand gegen Sozialkürzungen und Zwangsarbeit

- Arbeit: Tariflicher Arbeitsmarkt und prekäre Beschäftigungsverhältnisse

- Europäische Innen- und Außenpolitik - Unterdrückung als Notwendigkeit des Reichtums

- Kulturworkshop

Am 6.10. tritt von 18 bis 20 Uhr die Jazzband Meier, Müller, Schulze & Co auf. Um 21 Uhr beginnt ein Konzert mit Komando Tripontxi, Hechos contro el Decoro, Abwärts, Big Time und Justus. Beim Konzert am 7.10., ebenfalls ab 21 Uhr, treten auf Not fragile, Mühsam Verrockt, Dirty Youth, Los Desterados, Dritte Wahl und Husk of Pride.

Universität Hamburg, vom 5.10., 17 Uhr (Auftaktveranstaltung im Hörsaal des Pädagogischen Instituts) bis einschl. 8.10., 10-15 Uhr (Abschlußveranstaltung im WiWi-Hörsaal A), daran anschließend eine Demonstration.

Kontakt und Anmeldung vor dem Kongreß: Itaca Gruppe Hamburg, c/o Das Büro, Thadenstr. 118, 22767 Hamburg, Tel. 040-4322124, Fax 040-4395138.

Bestellung des Kongreß-Reader (Materialien zu den Arbeitsgruppen) über: AK Arbeitslose im DGB Marburg, Biegenstr. 3, 35037 Marburg, Tel. 06421-162775.

4. Die Partei hat wieder Tritt gefaßt. Dank Schröder gewinnt die SPD politisches Profil

Autor: Js. · Rubrik: SPD · CD-Datei: daten/aksuche/ak382/44.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:382:44

Während auf vordergründige Effekte orientierte Christdemokraten sich öffentlich am jämmerlichen Zustand der sozialdemokratischen "Opposition" weiden, plagen weitblickende Konservative die Sorgen. Untergräbt die Krise der SPD die Stabilität des ganzen politischen Systems? Der Forschungsdirektor der Konrad-Adenauer-Stiftung, Hans-Joachim Veen, sieht zumindest das System der Volksparteien, bestehend aus zwei großen politischen Lagern, gefährdet: "Zerfällt das eine, spaltet sich und erodiert irgendwann auch das andere." In den nicht mehr ernsthaft herausgeforderten Regierungsparteien würden sich die "Kräfte der Beharrung" durchsetzen; die Reformfreudigkeit schwindet und mit ihr die Innovationsfähigkeit des gesamten Systems.

Was den leitenden Angestellten der herrschenden Klasse Kummer bereitet, könnte Linke mit klammheimlicher Freude erfüllen: Schließlich gehört zu den mangels Druck von seiten der Opposition nur zögerlich angegangenen "Reformprojekten", mahnen die christdemokratischen Nachdenker, zuallererst der "Umbau des Sozialstaats". Der beklagte "Reformstau" auf diesem Gebiet zögere noch tiefere Einschnitte in das "soziale Netz" hinaus und schwäche darüberhinaus die Wettbewerbsfähigkeit des "Standortes Deutschland". Verspielt die BRD - der SPD sei Dank - am Ende ihre ökonomische Vormachtstellung in Europa? Schwindet damit die wesentliche Voraussetzung für deutsche Großmachtpolitik?

Leider liegen die Dinge schon deshalb nicht so einfach, weil die Erholung der SPD bereits begonnen hat. Personell ist sie weiterhin schwach. Nach einer FORSA-Umfrage von Mitte August würde Scharping im direkten Vergleich mit Kohl (46%) nur blamable 22% erreichen. Schröder dagegen würde mit 40% deutlich vor dem unschlagbar scheinenden amtierenden Kanzler (36%) liegen. Wenn die Umfrageergebnisse stabil bleiben, müßte die SPD daraus irgendwann die Konsequenzen ziehen.

Die "Erneuerung" der SPD vollzieht sich derzeit auf politisch-programmatischer Ebene. Die von Schröder propagierte "moderne Wirtschaftspolitik" wurde wenige Tage nach seinem Rauswurf von Scharping unter neuem Namen präsentiert: Er wolle eine Politik "klarer sozialdemokratischer Akzente", u.a. bei "Existenzgründungshilfen", "Entlastung von Unternehmen" und "Arbeitszeitflexibilisierung". Der allgemein als mißlungen gewertete Auftritt Scharpings in der Haushaltsdebatte des Bundestages besticht durch Ehrlichkeit. Wo in der Grundfrage der "Standortsicherung" Konsens besteht, fällt die Kritik an einer Regierungspolitik schwer, die von der keineswegs antikapitalistisch orientierten Frankfurter Rundschau als "Weg in eine andere Republik" und "Kursänderung Richtung voriges Jahrhundert" bezeichnet wird.

Auch in der Militärpolitik sind Unterschiede zwischen CDU und SPD mittlerweile nur noch mit der Lupe auszumachen. Nach anfänglichem Genörgel hat die Bundestagsfraktion - laut Scharping ab sofort der wesentliche Ort sozialdemokratischer Selbstdarstellung - bekräftigt, "daß der Einsatz unserer Soldaten in Jugoslawien von dem Beschluß des Bundestages gedeckt ist und daß die Soldaten unsere volle Unterstützung haben", so der SPD-"Verteidigungsexperte" Kolbow im Namen der Fraktion, bei der in dieser Frage "Übereinstimmung" herrscht. Die oft erhobene Klage, man wisse nicht, wofür die SPD eigentlich steht, wird dank solcher Klarstellungen bald nicht mehr zu hören sein.

Es ist das "Verdienst" Schröders, wesentliche Klärungen forciert zu haben. Alles ist erlaubt, wenn es der (eigenen) Sache dient: U-Boot-Export nach Taiwan, Förderung der Rüstungsindustrie, Umverteilung zu Lasten der Ärmsten, aber auch Bündnisse mit den Grünen. Selbst die Themen des bevorstehenden Parteitages hat Schröder durchgedrückt. Für das neu auf die Tagesordnung gesetzte Thema "Zukunft der Arbeit" hat er auch schon die Lösung parat: "Keine Angst vor Flexibilisierung."

Ob Schröder für seinen Avantgardismus belohnt wird, steht auf einem anderen Blatt. Der "Genosse für die Bosse" hat zu viele wackere Parteiarbeiter vor den Kopf gestoßen, nicht nur durch seine permanente "Disziplinlosigkeit". Seine plakativen Sprüche entzücken zwar die Unternehmer, kratzen aber die sozialdemokratische "Identität" an: "Der Staat kann nicht die Problemgruppen sozial absichern", begründete er seinen drastischen Sparkurs in Niedersachsen. Den in "Eurofighter" umbenannten Jäger 90 fordert er mit dem Argument, es habe "keinen Sinn, moralisch zu sein, wenn die Arbeitsplätze nicht da sind"; die

niedersächsische Industriepolitik brachte er auf den Nenner: "Ziel des Landes ist es, die Gewinnsituation des Unternehmens Volkswagen durchgreifend zu verbessern", schließlich sei "das Automobil die Kohle Niedersachsens".

In dem Interview mit der Woche, das als Begründung für seine Absetzung als wirtschaftspolitischer Sprecher der Partei herhalten mußte, hat Schröder einen fast schon unverzeihlichen Fehler gemacht: Er hat die Wahrheit über Politik und Programmatik der SPD gesagt. Daß die sozialdemokratische Wirtschaftspolitik von der der Bundesregierung weder "unterscheidbar" ist noch sein kann, ist eine außergewöhnlich ehrliche Beschreibung der Realität. Nur: Solche Offenheit gehört sich aus der Sicht des sozialdemokratischen Apparatschiks einfach nicht!

So könnte denn die SPD auch 1998 mit einem Kanzlerkandidaten Scharping antreten, der, weil "bis zur Selbstzerfleischung ernst und unpopulistisch" (Der Spiegel), von vornherein chancenlos wäre. Für radikale Linke, die von einer rot-grünen Bundesregierung zu Recht nichts erwarten, wäre das ohne weiteres zu verschmerzen. Gesamtgesellschaftlich betrachtet würde es allerdings unnötigen Zeitverlust bedeuten. Irgendwann muß sie doch mal Wirklichkeit werden, die rot-grüne Zukunftsvision - damit wir sie möglichst schnell hinter uns bringen können. Da hilft nur eins: Schröder muß Kanzler werden!

Js.

5. Keep on walking forward (Bericht von der 4. Weltfrauenkonferenz)

Autor: Zubeda Dangor · Rubrik: Frauen · CD-Datei: daten/aksuche/ak382/peking.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:382:peking

In meinem Beitrag möchte ich Ideen, Beobachtungen und persönliche Eindrücke von meinen Erfahrungen in Beijing darstellen und einige interessante Inhalte beleuchten.

Gertrude Mongella, Generalsekretärin der 4. Weltfrauenkonferenz, appellierte in ihrer Rede zur Eröffnung der Regierungskonferenz, daß die Regierungen sich Selbstverpflichtungen auferlegen sollen. Aber selbst wenn die Regierungen den in Beijing diskutierten Verpflichtungen folgen, wird sich das Ergebnis erst viel später einstellen, wenn abgeschätzt werden kann, wie viele Frauen daraus Nutzen ziehen, und in welchem Umfang sich Regierungen an ihre Zusagen gehalten haben.

Die Präsidentin der staatlichen Konferenz, Benazir Bhutto, sagte in der "China Daily": "Als erste Frau, die bisher gewählt wurde, um eine islamische Nation zu leiten, fühle ich mich Frauenthemen und allen Frauen besonders verpflichtet." Während ich auf dem NRO-Forum herumging, traf ich auf zwei pakistanische Frauen, die dort ihre Handarbeiten verkauften. Wir sprachen mit ihnen über ihre Präsidentin und was in Pakistan zur Zeit passiert. Auf die Frage zur Politik Benazir Bhuttos gegenüber den Frauen antworteten sie: "Sie ist ein Blutsauger, und den Frauen ging es noch nie so schlecht wie jetzt." Die Frau weinte als sie das sagte und konnte ihre Angst vor dem stattfindenden Blutbad und der Gewalt in Pakistan nicht unterdrücken. Aber Präsidentin Bhutto behauptet, für die Bedürfnisse der Frauen sensibilisiert zu sein und frauenfreundliche Politik zu machen. Das sind offensichtliche Widersprüche zwischen den NRO-Gruppen und der Regierung.

Die Kluft zwischen den NRO- und den Regierungsdelegationen war in Beijing nicht zu übersehen. Schon die räumliche Entfernung zwischen Huairo und Beijing (53 km) bot ausreichend Zündstoff für Konflikte. Einige NRO-Delegationen bekamen keine Möglichkeit, ihre RegierungsvertreterInnen zu treffen. Für die südafrikanische Delegation gab es zusätzlich Spannungen und Streß, da es keine ausreichende Leitung der Delegation gab. Weitere Treffen, Rücklaufinformationen und Auswertungstreffen waren entweder gar nicht geplant oder nicht vernünftig strukturiert. Das war aber nicht nur in unserer Delegation so. Insbesondere die Kommunikation zwischen den NRO-Gruppen und den Regierungsdelegierten war katastrophal, in einem Fall kam es sogar zu körperlichen Auseinandersetzungen.

In der Forumszeitung wurde der Vorwurf erhoben, daß die Leute, die in der Entwicklungspolitik arbeiten, ein Syndrom der permanenten Konferenzen entwickelt haben: Kindergipfel in New York (1990), Umweltgipfel in Rio (1992), Menschenrechtskonferenz (1994), Sozialgipfel in Kopenhagen (1995) und jetzt die Konferenz in Beijing. Dabei wirft sich die Frage auf, was alle diese Konferenzen sollen, wenn die Themen auf diesen Konferenzen völlig verschieden sind und nicht miteinander verbunden werden. Es macht den Eindruck, daß die Entwicklungsparadigmen des Sozialgipfels in Kopenhagen in Beijing keine Rolle spielten.

Andere in der Zeitung diskutierte Fragen waren: Was ist die grundlegende Philosophie der Entwicklung? Was ist gemeint mit Entwicklung? Wer zieht den Nutzen daraus? Das sind eigentlich die entscheidende Fragen, bei deren Beantwortung auch die gegensätzlichen Interessen von NRO-Gruppen und Konzernen deutlich werden.

Globale Ökonomie

In Arbeitsgruppen wurden verschiedene Aspekte der globalen Ökonomie diskutiert:

- Obwohl es einen weltweiten ökonomischen Aufschwung gibt, steigt die Armut extrem an. Über eine Billion Menschen leben in absoluter Armut, 70 % davon sind Frauen. Woher kommt das?

- Kann sich Frieden und Freundschaft überhaupt global entwickeln, wenn der Reichtum durch die Profite der Militärproduktion entsteht?

- Das System und die Kultur in der wir leben, basiert auf den Regeln des Kapitalismus. Auf der Konferenz wird über die entscheidenden Fragen nicht diskutiert: Akkumulation von Reichtum; ungleiche Verteilung; Rückverteilung von Reichtum.

- Einige Länder profitieren vom ökonomischen Wachstum. Viele Länder haben an dem Wachstum nicht teil. Das wirkt sich insbesondere für die Frauen in den Entwicklungsländern negativ aus.

- Ein großer Teil des ökonomischen Wachstums basiert auf der Ausbeutung von Frauen: unbezahlte und billige Frauenarbeit. Was Frauen zu diesem Wachstum beitragen, wird nicht anerkannt, obwohl sie einen enormen Anteil daran haben.

Die Forderung ist, daß das bestehende ökonomische Modell analysiert wird und die GewinnerInnen und VerliererInnen befragt werden. Frauen, die in dieser Entwicklung eine zentrale Rolle spielen, müssen bei der Suche nach Alternativen mitwirken.

Andere Veranstaltungen behandelten das Thema der Unterrepräsentation von Frauen in den Regierungen und das Fehlen von frauenpolitischen Themen. Als positives Beispiel für Beteiligung von Frauen an der Regierung wurde die Entwicklung in Uganda benannt. Dort gab es 1985 nur eine Frau im Parlament. Zehn Jahre später waren es 36 Frauen. Ein Erfolg der Quotierung.

Es wurde gefordert, daß sich mehr Basisgruppen zusammenschließen, um Netzwerke zu bilden, die KandidatInnen bei den Wahlen zu unterstützen, die sich für die Probleme und Fragen von Frauen, Kindern und Jugendlichen einsetzen. Um die Armut zu bekämpfen, muß die Kraft von unten her wachsen. In Lateinamerika haben solche Bemühungen zu langsamen aber profunden Entwicklungen geführt. Aber auch wenn Frauen zu einem hohen Prozentsatz an der Politik teilhaben, muß der Kampf um politische Partizipation von Frauen in der Gesellschaft weitergeführt werden. Um eine akzeptable Gesellschaft zu erreichen, müssen Bildung, politische Arbeit der Basisgruppen, die ökonomische Unabhängigkeit und mehr Frauen in Führungspositionen vorhanden sein.

Kritische Veranstaltungen über die Inhalte der UN stellten heraus, daß die UN Frauen nicht ausreichend berücksichtigt. In den wichtigsten Positionen sitzen weiße Männer, nur 11,8 % der Führungsposten sind mit Frauen besetzt. Die Förderung von Frauen findet nicht statt, es ist eine ungleiche Verteilung der Sitze innerhalb der UN-Posten und nur eine geringe Anzahl von Frauen als Vertreterinnen der Mitgliedsstaaten.

Konservatismus

Eine der größten Bedrohungen für die Frauenbewegung ist das Anwachsen des Konservatismus. Er tritt in verschiedenen Formen auf: Rassismus, religiöser Fundamentalismus, Faschismus, Sexismus und Homophobie. Auf der Konferenz waren die chinesischen Organisatoren voller Furcht vor den lesbischen Frauen.

Die Anzahl von religiösen Gruppen, die verschiedenste Workshops angeboten haben, war erstaunlich. Religiöse Ansichten von ganz links bis ganz rechts wurden vertreten, vor allem auch von den muslimischen Frauen.

Auf der einen Seite war es sinnvoll, Frauen zu ermöglichen, ihre spirituellen Ideologien darzustellen, auf der anderen Seite war es schlecht, daß die Bedrohung durch den Konservatismus überhaupt nicht diskutiert wurde, insbesondere für die jüngeren Frauen, die dem Feminismus mit Skepsis gegenüberstehen und dann auf einer sogenannten feministischen Konferenz mit solchen Inhalten konfrontiert werden. Fundamentalistische religiöse Gruppen nutzen die Gelegenheit, zu versuchen, Frauen, die nicht vom Feminismus überzeugt waren, zu ihrer jeweiligen Religion zu bekehren

Die Bedrohung des globalen Friedens und der (Frauen)Menschenrechte findet täglich statt: durch Kriege, Ausweitung von Nuklearwaffen, Waffenhandel und die Zerstörung der Umwelt als ein Ergebnis davon. Einige Frauen waren der Meinung, daß globale Konfliktresolutionen und Friedenserziehung eine Strategie gegen den Krieg seien. Dagegen wurde festgestellt, daß die UN-Resolutionen oft von den Weltmächten durch ein Veto verhindert werden, das macht den Sicherheitsrat zu einen zahnlosen Organ. Fälle wo das ganz deutlich ist, sind Ruanda, Bosnien-Herzegovina und die Nuklearwaffenversuche im Pazifik, die das Leben der Menschen und ihre Umwelt zerstören.

Der hohe Kommissionär, Jose Ayala Lasso, wies auf einem Treffen zu Menschenrechtsfragen darauf hin, daß die UN immer zum Sündenbock gemacht wird, wenn es einen Mangel an Aktionen und Verpflichtungen gegen Verletzungen der Menschenrechte gibt. Seiner Meinung nach, liegt die Schuld nicht bei der UN, sondern bei

den Mitgliedsstaaten, die ihren Verpflichtungen nicht nachkommen, was dazu führt, daß es der UN an Ressourcen fehlt, die beschlossenen Verpflichtungen durchzuführen.

Es hat sich gelohnt

Die Konferenz hat für meine Arbeit großen Nutzen gehabt. Gerade Südafrika ist in den letzten Jahren sehr isoliert gewesen und ich konnte für unsere zukünftige Arbeit viele Kontakte zu Frauenorganisationen anderer Länder knüpfen. Es war eine gigantisch große und teure Konferenz, über deren Sinn und Nutzen für den Kampf um Frauenrechte unterschiedliche Meinungen bestehen. Z.B. machte die Anzahl der verschiedenen Veranstaltungsangebote, deren tatsächlicher Inhalt fast nie aus der Programmbeschreibung hervorging, sondern erst durch den Besuch der Veranstaltung selber, das Treffen sehr unübersichtlich. Außerdem gab es eine große Unverbindlichkeit was die Durchführung der Veranstaltungen anging. Viel Zeit ging damit verloren, Veranstaltungsorte zu suchen, um dann festzustellen, daß die angebotene Veranstaltung gar nicht stattfindet. Ich denke, eine ernsthafte Auswertung und Bewertung all dieser Dinge wird erst zu einem späteren Zeitpunkt möglich sein.

Für mich war es ein wundervolles und erfrischendes Erlebnis, daß auf der Konferenz viele junge kämpferische Frauen waren. Es läßt einen Aufschwung des Feminismus erkennen und die Hoffnung, daß der Kampf auch in den nächsten Jahrzehnten weitergeführt werden wird.

Der Beitrag wurde von Zubeda Dangor am 15.9.1995 auf einer Veranstaltung der FrauenAnstiftung in Hamburg gehalten. Zubeda Dangor war als Mitglied der NRO-Delegation aus Südafrika in Beijing.

Bearbeitung, Kürzung und Übersetzung des Beitrages ak.

6. "Die Welt mit den Augen der Frauen sehen." Eindrücke vom NRO-Forum in China

Eindrücke vom NRO-Forum in China von Ann Stafford

Autor: Ann Stafford · Rubrik: Frauen · CD-Datei: daten/aksuche/ak382/50.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:382:50

"Es war anstrengend, aber es hat sich gelohnt", lautete die überwiegende Meinung der Frauen, die am Forum der Nicht-Regierungs-Organisationen (NRO) in Huairou teilnahmen, das parallel zur Weltfrauenkonferenz stattfand.

Thema Nr. 1 ist während des NRO-Forums die ständige Präsenz der einheimischen Sicherheitskräfte. Einige Konferenzteilnehmerinnen, insbesondere die neun exil-tibetischen Vertreterinnen, werden auf Schritt und Tritt begleitet und sind oft Übergriffen ausgesetzt. Demonstrationen dürfen nur auf dem Areal des NRO-Forums stattfinden. Ursprünglich sollte dafür sogar nur der dortige Schulspielplatz zur Verfügung stehen.

Auch wird sehr stark beklagt, daß das NRO-Forum nach Huairou verlegt wurde, einem 53 km von der offiziellen UNO-Konferenz entfernten Vorort von Peking. Dies bedeutet enorm lange Wegstrecken für die Frauen und erschwert die Kommunikation zwischen den beiden Veranstaltungsorten.

Das Gelände des NRO-Forums besteht aus Zelten, Schulhäusern und anderen Gebäuden. Alles liegt sehr weit auseinander. Die vorhandenen Räume sind meist viel zu klein und während der Seminare oft hoffnungslos überfüllt. So dient zum Beispiel das ehemalige Kino von Huairou, nun "International Convention Center" genannt, als Plenarsaal für Großveranstaltungen. Es faßt jedoch nur 1.500 Menschen. Die restlichen Teilnehmerinnen werden durch die Sicherheitskräfte daran gehindert, den Plenarsaal zu betreten. Forumsteilnehmerinnen mit Behinderungen kämpfen mit Zugangsschwierigkeiten zu einzelnen Workshops, weil die Gebäude keine Fahrstühle haben. Mit einer kleinen Demonstration protestierten sie gegen diese Form der Diskriminierung.

36.000 Menschen hatten sich für das NRO-Forum angemeldet. Aufgrund einer rigiden Visumspolitik der chinesischen Regierung, Finanzierungsproblemen und anderen Hindernissen haben es jedoch nur zwei Drittel tatsächlich geschafft, zur Weltfrauenkonferenz anzureisen.

Doch die Botschaft des NRO-Forums sind nicht die unzähligen Hindernisse durch die chinesischen Behörden und ängstliche Offizielle der UNO, die den Frauen in Huairou tagtäglich in den Weg gestellt werden. Betty Friedan, berühmte feministische Autorin aus den USA, rief am 6. September alle Anwesenden dazu auf, das eigentlich Wichtige in Huairou in den Mittelpunkt zu stellen.

Trotz der restriktiven Maßnahmen organisieren die NRO-Frauen weiterhin täglich Protestaktionen. Sie demonstrieren unter anderem für den Frieden, gegen Gewalt gegen Frauen, für die Freiheit Osttimors und gegen die Diskriminierung von Lesben. Die Workshops behandeln Themen wie die ungerechte Weltwirtschaft, die Auswirkungen von Strukturanpassungsprogrammen auf Frauen, Frauenrechte als Menschenrechte, Gesundheit und Reproduktionsrechte von Frauen, Ökologie und Frieden.

Doch die zusammengetragenen Erkenntnisse versetzen die Frauen nur selten in glückliche Stimmung. Nach einem Seminar über die Rolle von Frauenfragen auf der Tagesordnung der UNO äußert sich eine Teilnehmerin aus Großbritannien eher wütend: "Die Erkenntnis, daß die internationale Situation der Frauen noch viel schlimmer ist, als ich dachte, war ein Schock für mich. Frauen haben nicht einmal annähernd die Möglichkeit, ihren Anteil von 50% der Welt auch auf UNO-Ebene zu repräsentieren. Es wird höchste Zeit, sich auf die Tagesordnung zu drängen!" So ist "empowerment" (Ermächtigung) auch das meistbenutzte Wort in der Konferenz. Es läßt sich kaum übersetzen und bedeutet in etwa die Erringung von Macht und Zugangsmöglichkeiten sowie Fähigkeiten für Frauen.

Peking mit nach Hause bringen

Ein weiteres wichtiges Schlagwort ist die "Überwindung des Schweigens" von Frauen. Alles deutet darauf hin, daß die über 23.500 Frauen, die am NRO-Forum teilnehmen, bei ihrer Rückkehr aus Peking nicht mehr schweigen werden. Sie haben sich trotz vieler Schwierigkeiten nicht daran hindern lassen, sich in Peking zu

treffen. Und dort haben sie viele Frauen getroffen, die sich ebenfalls nicht von anderen diktieren ließen, worüber sie diskutieren sollen. Sie werden diese Erkenntnis nach Hause tragen und, getreu dem Motto des NRO-Forums, "die Welt mit den Augen der Frauen zu sehen", die Umsetzung der vielen verabschiedeten UNO-Dokumente in Angriff nehmen.

Das NRO-Forum ist demnächst zu Ende und wieder regnet es. Während des Forums hat es viele heftige Regenfälle gegeben, was entgegen allen Beteuerungen in der offiziellen Forums-Zeitung doch zu einer etwas gedämpften Stimmung unter den TeilnehmerInnen geführt hat.

Dies unter anderem deshalb, weil die Regenfälle das Zeltgelände in ein schwer begehbares Meer von Schlamm verwandelt haben und weil einige Großveranstaltungen aus dem Freien in den Plenarsaal verlegt wurden.

Die vielen Frauen verzetteln sich in den verschiedensten Workshops, eine gemeinsame Abschlußerklärung des NRO-Forums ist nicht vorgesehen. So sind die Eindrücke, welche die Frauen mit nach Hause nehmen, sehr unterschiedlich - je nachdem, in welchen Workshops sie gelandet sind. Manche sind herausragend gut, in anderen Diskussionen wiederum wird Altbekanntes referiert, auf allgemeinem Niveau. Manche Workshops fallen aus, weil z.B. die betreffenden Referentinnen kein Visum erhalten haben.

Doch übergreifend positiv ist das Zusammentreffen von Frauen aus den verschiedensten Ländern und Kontinenten in den Workshops: So treffen sich beispielsweise Frauen aus den Philippinen, aus Trinidad, aus Indien, aus den USA und aus anderen Ländern alle im gleichen Workshop zur feministischen Ökonomie und stellen fest, daß sie zu ähnlichen Themen arbeiten, und können Adressen austauschen.

Die initiierten Netzwerke sollen nach Peking ausgebaut und weitergeführt werden. Mit dem Beginn der offiziellen UNO-Konferenz hat auch das Lobbying angefangen. Zur Zeit beteiligen sich erst wenige NRO daran, noch konzentrieren sich die meisten auf die Veranstaltungen in Huairou.

Trotzdem gibt es schon 19 Caucuses zu den verschiedensten Themen der Aktionsplattform. Caucuses sind Zusammenkünfte von NRO-Vertreterinnen aus den verschiedensten Bereichen, bei denen die noch zur Diskussion stehenden Punkte erörtert und Lobbying-Strategien überlegt werden. Zur Diskussion stehen die Teile der Aktionsplattform in eckigen Klammern, bei denen in den Vorverhandlungen kein Konsens erreicht wurde.

Einige eckige Klammern wurden schon entfernt, z.B. zur Universalität der Menschenrechte, doch die Konferenzverhandlungen hinken hinter dem gesetzten Zeitplan her. Es ist also noch offen, was dabei herauskommt.

(Zusammenstellung aus zwei Berichten aus Peking vom 6.9. und 11.9.95)

7. IG Farben: Von Anilin bis Zwangsarbeit

"Deutschland und der nächste Krieg" - Buchvorstellung

Autor: Buchvorstellung · Rubrik: Geschichte des Faschismus; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak382/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:382:06

Für den Rezensenten von der taz war die Sache klar: Nur "schwelender Selbsthaß" kann Wolfgang Michal, den Autor des bei Rowohlt (Berlin) erschienenen Buches "Deutschland und der nächste Krieg", dazu getrieben haben, "die Deutschen als Serientäter" (Artikelüberschrift, taz vom 29.8.1995) zu porträtieren. "Michals Buch", behauptet taz-Autor Joachim Oltmann, "legt die Annahme einer historischen Verschwörung, einer schicksalhaften Prägung der Deutschen nahe." Oltmanns Rezension "legt die Annahme nahe", daß er in dem Buch nur geblättert hat. Dort finden sich tatsächlich Stellen, die an die "anti-deutschen" Kuriositäten eines Jürgen Elsässer erinnern: "Zu allen Zeiten hat der Orient die Deutschen um den Verstand gebracht", heißt es da oder: "Doch das Beste hebt sich Deutschland immer für den Schluß auf" - für den Weltkrieg um alles oder nichts.

Daß der Machtzuwachs des wiedervereinigten Deutschland nur in der erneuten Katastrophe enden kann, ist dabei für Michal noch nicht entschieden. Sein Buch, so schreibt er in einer Art Vorwort ("Vom kommenden Wilhelminismus"), sei ein "exorzistischer Versuch, das seit 1992 zum Vorschein kommende Gedankengut herauszutreiben und ‚zu Ende` zu denken. Es ist der Versuch, die ‚nationalen Interessen` nach bestem Wissen und Gewissen fort-zuschreiben. In diesem Präfix liegt die einzige Hoffnung des Autors."

Um die Gefährlichkeit des neuen deutschen Machtanspruchs deutlich zu machen, bedient Michal sich der Methode historischer Analogiebildung. Die Jahrzehnte nach der deutschen Reichsgründung von 1871 sind für ihn die Epoche, an der die Gefahren kommender deutscher Weltmachtpolitik exemplarisch studiert werden können. In Kaiser Wilhelm II. sieht er den historischen Vorläufer, unter dessen Regentschaft die jetzt wieder formulierte Politik nicht nur zu Ende gedacht, sondern auch in die Tat umgesetzt wurde - bis zum großen Weltkriegsgemetzel, dem allein 10 Millionen Soldaten zum Opfer fielen.

Als nahezu deckungsgleich sieht Michal vor allem die geopolitischen Vorstellungen der deutschen Eliten: Deutschland als bestimmender Faktor "Kerneuropas" mit "vitalen Interessen" vom Balkan bis zum Nahen Osten, in Afrika, in China. Zu den "künftigen deutschen Kriegszielen" zählt Michal gigantische Gebiete "von Marokko bis zum Ural, von Berlin bis Bagdad, von Königsberg bis zum Kaukasus". Die Kolonien "eines solchen Reiches lägen in Zentralasien, China und Afrika. Frankreich wäre eine bedeutende europäische Provinz, Rußland ein achtbares sibirisches Rohstofflager." In dieser Ausdehnung und Stärke könnte das Reich schließlich auch die USA und Japan zum Endkampf herausfordern.

Optimisten könnten gegen diese Schreckensvision einwenden, so schlimm werde es schon nicht kommen. Als Szenario eines weltpolitischen Super-GAU halte ich Michals Vision durchaus für legitim und immer noch realistischer als den Einwand des taz-Rezensenten Oltmann, Hitler habe "den Deutschen die Lust am Krieg ausgetrieben". Eine wesentliche Schwäche von Michals Argumentation liegt darin, daß Gegenkräfte, die die Katastrophe verhindern könnten, nicht vorkommen, weder innerhalb Deutschlands noch im potentiell bedrohten Ausland. Michals Prognose beruht auf historischen Analogien und auf Hochrechnung: "Die innere Logik der Geopolitik führt aber automatisch (Hervorhebung Michal) in den Krieg, denn sie fußt auf einer biologistischen Denkweise, die davon ausgeht, daß junge Staaten wachsen müssen, wenn sie in ihrer Entwicklung nicht zurückbleiben wollen."

Am Schluß wird die Schwäche des Buches unübersehbar. Zur Untermauerung zitiert Michal mehr als eine Seite lang aus Fritz Fischers Klassiker "Griff nach der Weltmacht", mit dem der renommierte Historiker in den sechziger Jahren ein westdeutsches Tabu brach und die Schuld des deutschen Kaiserreichs am Ersten Weltkrieg belegte. Auf den historischen Rückgriff - Fischer beschreibt die deutschen Kriegsziele von 1914 - folgen bei Michal drei dürre Sätze und drei vielsagende Punkte: "Im November 1918 war dieser Traum ausgeträumt. Vor fünfzig Jahren scheiterte der Versuch zum zweiten Mal. 1992 macht sich Deutschland zum dritten Mal auf..." Damit endet das Buch.

Sein Autor kennt sich in der deutschen Politik vor dem Ersten Weltkrieg offensichtlich sehr viel besser aus als in der aktuellen, die er vor allem nach den Schriften nationalistischer Ideologen beurteilt. Zitate aus der

Tagespresse dienen meistens dazu, die Visionen der kaiserlichen wie auch der neudeutschen Geopolitiker als verbindlich verankerte Politik erscheinen zu lassen. Mit dieser Methode können gravierende Fehler nicht ausbleiben. So erklärt Michal die Jugoslawienpolitik der Herren Genscher und Kinkel als schlichte Neuauflage kaiserlicher Balkanpolitik: "Bosnien ist nur die Schnittstelle, an der die eine Weltmacht der anderen den Weg abschneiden will. Die eine will zum Mittelmeer, die andere zum Persischen Golf. Die eine heißt Rußland, die andere Deutschland." Ein Zitat, das diese Sichtweise scheinbar stützt, ist schnell gefunden. "Für uns ist Bosnien wichtiger als Einsätze in anderen Kontinenten", hat Schäuble im April 1994 deklamiert - damit ist für Michal der Fall erledigt.

Ein wissenschaftliches Werk ist Michals Buch also mitnichten. Als polemische Streitschrift scheint es mir dennoch durchaus anregend. "Das Schlimmste befürchten und das Äußerste dagegen tun!" hieß eine - damals vor allem innenpolitisch gemeinte - Parole der westdeutschen radikalen Linken in den siebziger Jahren. Nicht wenige von denen, die das damals richtig fanden, haben längst ihren Frieden mit diesem Staat gemacht, den sie nunmehr als Musterbeispiel an Friedfertigkeit und "Zivilität" verkaufen. Ihnen muß Michals Buch als unerträgliche Provokation erscheinen. Insbesondere die scharf ablehnende Reaktion der taz läßt aufhorchen. Oltmann klagt am Schluß seines Verrisses, Michals Position verhindere "eine rationale Debatte über Sinn und Unsinn einer deutschen Teilnahme an einer internationalen, von der UNO legitimierten Eindämmung von Aggressionen und nationalistischen Massakern."

In seiner Replik vom 1.9. stellt Michal zunächst klar, daß der Anlaß seines Buches nicht die Bosnien-Debatte, sondern die "Renaissance der Geopolitik" gewesen ist. Anfälligkeit für geopolitisches Denken diagnostiziert er auch bei seinem Kritiker von der taz: "Bei Michal, schreibt Oltmann, ‚ist jeder deutsche Schritt vor die Tür ein Déjà-vu mit dem Kaiserreich.` Das ist in der Tat der Punkt, wo ich hellhörig werde. Wenn Journalisten beginnen, eine Nation, einen Staat ‚vor die Tür` treten zu lassen, gar ‚vor unsere Haustür`, dann weiß ich, wie tief geopolitisches Denken politische Analysen schon wieder beeinflußt."

Js.

Wolfgang Michal: Deutschland und der nächste Krieg; Rowohlt (Berlin) März 1995, 144 Seiten, DM 29,80

8. "Wir müssen runter von den Zuschauerbänken." Stichworte zur deutschen Militärpolitik 19901995

Stichworte zur deutschen Militärpolitik 1990-1995

Autor: Js. · Rubrik: Militärpolitik BRD - Bundeswehr; Interventionspolitik und Kriege · CD-Datei: daten/aksuche/ak382/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:382:26

Schon im Mai 1990 verkündete Helmut Kohl das goldene Zeitalter der Deutschen: "Nicht mehr andere werden über uns selbst bestimmen. Wir werden unser Wort selber reden." Ganz "unverkrampft" (Roman Herzog) machten sich die deutschen Außenpolitiker fortan daran, "unsere nationalen Interessen wie Sicherung und Bewahrung von Wohlstand" (derselbe) in die Waagschale zu werfen. Genscher riskierte in der Frage der Anerkennung Sloweniens und Kroatiens erhebliche Spannungen mit den westlichen Partnern; Schäuble bekannte sich mit seinem "Kerneuropa"-Vorstoß ebenso offen zur deutschen Hegemonie wie Kohl, der Deutschland zur "Nummer eins in Europa" erklärte: "Die Führungsrolle ist da, nicht weil wir sie suchen - sie ist einfach da."

Daß die europäische Führungsmacht auch militärisch endlich "runter von den Zuschauerbänken" (Kinkel) muß, ist Konsens bis hinein in die Reihen der Grünen. Die materiellen Voraussetzungen für das Mitmachen auf allen Kriegsschauplätzen der Welt wurden seit 1991 geschaffen. Die als "Preis für die deutsche Einheit" festgesetzte Verkleinerung der Bundeswehr auf 370.000 Mann wird durch ihre Umstrukturierung wettgemacht. Neben die größere "Mobilmachungsarmee" tritt eine schnelle Eingreiftruppe von 75.000 deutschen Soldaten, die im Rahmen der "Krisenreaktionskräfte" der NATO (Rapid Reaction Forces) und der WEU (Euro-Korps) innerhalb eines Monats an jeden Punkt der Erde verlegt werden können. Zukünftig sollen 25% des Heeres, 30% der Luftwaffe und 40% der Marine - ca. 100.000 Mann - den "Krisenreaktionskräften" zugeordnet werden. Auch wenn die "Normalisierung" ihren führenden Propagandisten noch viel zu langsam geht - in den vergangenen fünf Jahren sind militärpolitisch immer neue Meilensteine gesetzt worden. Ein unvollständiger Rückblick:

Januar 1991: Eine Kampfbombereinheit der Bundeswehr (270 Soldaten, 18 Alpha-Jet-Jagdbomber) wird nach Türkei-Kurdistan verlegt. Sie gehört zu der von der Türkei angeforderten NATO-Eingreiftruppe AMF. Damit ist erstmals eine Bundeswehreinheit in einem "Krisengebiet" stationiert - die Türkei ist Kriegspartei im zweiten Golfkrieg (Beginn: 17. Januar 1991).

Die Bundesregierung strebt eine Grundgesetz-Änderung an, um deutsche Out-of-area-Einsätze zu legalisieren. Kohl betont, es gebe für Deutschland "keine Nische, keine Flucht aus Verantwortung"; man werde von den Verbündeten zum Mitmachen "gedrängt".

Schließlich unterstützen 3.200 deutsche Soldaten in der Türkei und auf Versorgungsschiffen im Mittelmeer den Krieg gegen den Irak. Die deutsche Linke ist in der Frage von Krieg und Frieden gespalten; ein Teil unterstützt den Krieg gegen den Irak mit dem Argument, nur so könne die Existenz Israels geschützt werden.

Mai 1991: Der SPD-Parteitag spricht sich für eine deutsche Beteiligung an UNO-Blauhelmeinsätzen aus.

Juni 1991: Der Generalinspekteur der Bundeswehr, Admiral Wellershoff, schreibt in seinem Bericht über die "Reform der Bundeswehr": "Die Bundeswehr wird sich daher für die Streitkräfte eine nationale Führungsstruktur schaffen müssen, die eine operative Einsatzführung auch außerhalb der NATO-Kommandostruktur ermöglicht ..."

Dezember 1991: Es wird bekannt, daß Deutschland der Türkei Waffen aus NVA-Beständen im Wert von 1,5 Mrd. DM geliefert hat. Dazu gehören u.a. 250.000 Kalaschnikow-Maschinenpistolen, 5.000 schwere Maschinengewehre, 100.000 Panzerfäuste und 450 Mio. Stück Munition.

Januar 1992: Das Bundesverteidigungsministerium definiert die aktuellen und künftigen politisch-militärischen "Herausforderungen": "die Vorbeugung, Eindämmung und Beendigung von Konflikten jeglicher Art"; "die Förderung und Absicherung weltweiter politischer, wirtschaftlicher, militärischer und ökologischer Stabilität"; "die Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des Zugangs zu strategischen Rohstoffen".

Februar 1992: Die Bundesregierung erklärt den Einsatz der Bundeswehr außerhalb des Bündnisgebietes für möglich, und zwar als: "Katastrophen- oder humanitärer Einsatz; Einsatz zur Erhaltung des Friedens (Blauhelm); Einsatz zur Wahrung oder Durchsetzung des Friedens".

März 1992: Verteidigungsminister Stoltenberg erklärt seinen Rücktritt. Er muß gehen, weil entgegen dem Beschluß eines Bundestagsausschusses die Waffenlieferungen der Bundeswehr an die Türkei fortgesetzt worden sind. Neuer Verteidigungsminister wird Volker Rühe. Vorübergehend wird die Waffenhilfe an die Türkei gestoppt.

Juni 1992: Politiker der Regierungsparteien und der SPD fordern eine "begrenzte Militärintervention" gegen Jugoslawien. Deutsche Soldaten dürften aber "aus historischen Gründen" (wegen der Kriegsverbrechen der deutschen Wehrmacht in Jugoslawien) nicht direkt teilnehmen.

Juli 1992: Die Bundeswehr nimmt in der Adria mit vier Schiffen an der (zunächst eher symbolischen) "Überwachung" des Embargos gegen Rest-Jugoslawien teil. Außenminister Kinkel erklärt, man habe dem Druck der Partner nachgeben müssen. Tatsächlich wurde die Seeblockade auf deutsches Drängen beschlossen.

August 1992: Während sich die Bundesregierung gegen "militärische Abenteuer" in Jugoslawien ausspricht, startet die taz eine Serie von Diskussionsbeiträgen unter dem Titel "Europa im Krieg". Die Mehrheit der AutorInnen und Interviewten fordert eine militärische Intervention des Westens. taz-Redakteur Rathfelder spricht von einem "neuen Auschwitz" in Bosnien-Herzegowina.

September 1992: Kinkel fordert für die BRD einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat, um über weltweite UN-Kampfeinsätze mitentscheiden zu können: "Es sind unsere Interessen, die ein stärkeres deutsches Engagement in der UNO und im Sicherheitsrat verlangen ... Wir müssen runter von den Zuschauerbänken."

Vor der UNO kündigt der deutsche Außenminister an, Deutschland wolle "die verfassungsmäßigen Voraussetzungen dafür schaffen, daß unsere Streitkräfte, nach Zustimmung des Bundestages, den Vereinten Nationen für friedensbewahrende und friedensschaffende Einsätze zur Verfügung gestellt werden können."

November 1992: Die in der Adria kreuzenden Kriegsschiffe der NATO und der WEU, die die Blockade gegen Ex-Jugoslawien überwachen, dürfen jetzt auch Waffengewalt einsetzen. Hiervon ausgenommen sind die Einheiten der deutschen Marine.

140 Bundeswehrsoldaten und 75 Bundesgrenzschützer werden nach Kambodscha entsandt. Die Soldaten sind nicht dem militärischen UN-Kommando unterstellt, sondern dem Inspekteur des Sanitäts- und Gesundheitswesens der Bundeswehr.

Die Verteidigungspolitischen Richtlinien des Bundesverteidigungsministeriums formulieren: "Die nationale Interessenlage ist ... Ausgangspunkt der Sicherheitspolitik eines souveränen Staates." Die deutschen Soldaten müßten "künftig ... bereit sein, in einer eng verflochtenen Welt neben der Verantwortung für ihr Land Mitverantwortung für die bedrohte Freiheit und das Wohlergehen anderer Völker und Staaten zu übernehmen."

Dezember 1992: Anläßlich der bevorstehenden Intervention in Somalia bedauert der deutsche Außenminister, daß deutsche Soldaten wegen verfassungsrechtlicher Hemmnisse nur eine Nebenrolle spielen dürfen. Kinkel wörtlich: "Somalia wäre ein guter Anlaß gewesen", der Welt zu zeigen, "daß wir unsere Verpflichtung kennen und wahrnehmen". Soll heißen: Beteiligung der Bundeswehr an "Blauhelm-Einsätzen und anderen, auch friedensschaffenden UN-Missionen, also mit Kampfeinsatz".

Die Bundesregierung beschließt eine "Eventualplanung" über eine Beteiligung der Bundeswehr an militärischen Operationen für den Fall, daß die UN-Blauhelme sich aus Bosnien zurückziehen. Ein Einsatz deutscher Tornados stehe noch nicht zur Entscheidung.

April 1993: In AWACS-Aufklärungsflugzeugen, die Verletzungen des Flugverbots über Bosnien melden sollen, fliegen auch Soldaten der Bundeswehr. Die Maschinen sollen ggf. "Feuerleitfunktionen" für die in Italien stationierten NATO-Kampfbomberverbände übernehmen, die serbische Militärmaschinen abdrängen oder abschießen sollen.

In großformatigen Anzeigen preist das Verteidigungsministerium die Arbeit der nach Kambodscha geschickten Sanitätssoldaten: "In Kambodscha leben deutsche Soldaten vor, was für die Bundeswehr der Zukunft ... eine immer größere Rolle spielen wird: zu helfen, wo wir gebraucht werden; zu retten, wenn Gefahren drohen; den Frieden zu bewahren, wenn er verletzt wird".

Juni 1993: Das Bundesverfassungsgericht (BVG) erklärt einen Einsatz der Bundeswehr in Somalia für rechtmäßig.

Juli 1993: Die ersten 200 von insgesamt knapp 1.500 Bundeswehrsoldaten treffen in Somalia ein. Sie sollen selbst nicht in Kämpfe eingreifen, sondern einer indischen Einheit logistische Hilfe leisten. Die indischen Soldaten treffen in Somalia jedoch nie ein.

Oktober 1993: In Pnom Penh (Kambodscha) wird ein Sanitätsfeldwebel der Bundeswehr erschossen - der erste deutsche Tote bei einem Out-of-area-Einsatz.

Januar 1994: In Belet Uen (Somalia) wird ein junger Somali von Bundeswehrsoldaten erschossen.

Februar 1994: Beim "ersten Militäreinsatz der NATO" werden über Bosnien vier serbische Kampfflugzeuge von NATO-Soldaten abgeschossen. Ausführende Täter sind US-Amerikaner; deutsche Soldaten gehören zu den AWACS-Mannschaften, die den Angriff ins Ziel dirigieren - der erste "echte" Kampfeinsatz von Bundeswehrsoldaten.

März 1994: Die Bundeswehr zieht aus Somalia ab. Ihr Einsatz hat ca. 310 Mio. DM gekostet.

Juli 1994: Das BVG erlaubt Einsätze der Bundeswehr "out of area", vorausgesetzt sie finden im Rahmen der UNO oder als gemeinsame Aktion von "Systemen gegenseitiger kollektiver Sicherheit" wie NATO und WEU statt. Nur ein deutscher Alleingang bleibt weiterhin ausgeschlossen.

Vorbedingung für Auslandseinsätze der Bundeswehr sei die "grundsätzlich vorherige konstitutive" Zustimmung des Bundestages. Mit dem Adria-Einsatz und den AWACS-Flügen der Bundeswehr habe die Bundesregierung deshalb gegen die Verfassung verstoßen. Mit überwältigender Mehrheit billigt der Bundestag die beiden Auslandseinsätze nachträglich (424 Für-, 48 Gegenstimmen, 16 Enthaltungen).

Januar 1995: Seit Jahresbeginn gibt es erstmals ein "Führungszentrum" der Bundeswehr, das zunächst für ein Jahr die Planung, Führung und Koordinierung von Auslandseinsätzen übernimmt. Der unter dem Dach des Verteidigungsministeriums arbeitende "Führungsstab der Streitkräfte" ist wie ein Generalstab organisiert, hat aber keine operative Kommandogewalt.

Februar 1995: Die Bundesregierung beschließt, bei einem Abzug der UN-Truppen aus Bosnien-Herzegowina 1870 Soldaten zur Verfügung zu stellen, die auf Anfrage der NATO eingesetzt werden können.

Mai 1995: Die für den Einsatz in Bosnien vorgesehenen Heeres-, Luftwaffen- und Marineeinheiten werden in erhöhte Einsatzbereitschaft versetzt.

Juni 1995: Die Bundesregierung erklärt sich "grundsätzlich zu einem Bundeswehreinsatz auch bei einer Umgruppierung der UN-Truppen (in Ex-Jugoslawien) bereit". Bereitgestellt werden u.a. "Lufttransportkräfte", "Sanitätskräfte" und "Aufklärungs-Tornados". Bei einem Abzug der UN-Truppen sollen zusätzlich "Seestreitkräfte" sowie "deutsche Soldaten in internationalen Hauptquartieren, insbesondere im Hauptquartier des Schnellen Reaktionskorps der NATO" zum Einsatz kommen. Der Kabinettsbeschluß wird vom Bundestag mit 386 gegen 258 Stimmen bei 11 Enthaltungen gebilligt. Dafür stimmen neben 337 Abgeordneten der Koalition auch 45 Sozialdemokraten und vier Bündnisgrüne.

Juli 1995: Sanitätssoldaten für ein deutsch-französisches Feldlazarett werden nach Kroatien geschickt.

August 1995: Seit dem 1. August operieren 14 Tornados der Bundeswehr unter "regulären Kampfbedingungen" über Bosnien. Ihre Besatzungen sind ermächtigt, zur "Selbstverteidigung" Raketen einzusetzen.

September 1995: Die SPD zieht ihre Kritik an den Tornado-Kampfeinsätzen wieder zurück.

Zusammenstellung: Js.

Quellen: ak; ami; Blätter für deutsche und internationale Politik; Till Bastian: Frieden schaffen mit deutschen Waffen, Köln (PapyRossa) 1993

9. Fünf Jahre deutsche Einheit

Von Georg Fülberth

Autor: Georg Fülberth · Rubrik: Wiedervereinigung; Zeitgeschichte · CD-Datei: daten/aksuche/ak382/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:382:30

1. Kein Viertes Reich

Wie Westausdehnung der BRD bis zur Oder soll nun also die Wiederherstellung der deutschen Einheit am 3. Oktober 1990 gewesen sein. Das beruhigt insofern, als ursprünglich ja viel mehr vorgesehen war: die Restauration Deutschlands in den Grenzen von 1937. Selbst die Ostverträge der sozialliberalen Koalition haben, soweit es auf die Absichten der BRD ankam, dieses Ziel nicht endgültig revidiert. In einer gemeinsamen Erklärung vom Mai 1972 haben die drei damals im Bundestag vertretenen Fraktionen erklärt, die Grenzfeststellungen im Verhältnis zu Polen und der Sowjetunion sowie gegenüber der DDR habe die Bundesrepublik nur für sich selbst getroffen, nicht aber für ein künftiges Gesamtdeutschland. Diesem war also ausdrücklich das Recht vorbehalten, sich bis auf seinen Umfang von 1937 auszudehnen. Nach den Ergebnissen der Zwei-plus-Vier-Verhandlungen und den neuen Verträgen mit Polen und der (damaligen) UdSSR 1990 ist es damit vorbei. Für Polen brachte die Wiedervereinigung also eine zusätzliche Sicherung seiner Westgrenze.

Außenpolitisch ist also keineswegs das alte deutsche Reich wiederhergestellt worden. Dies gibt ein wenig Spielraum für ultrarechte Agitation, die zum Beispiel auf das ehemalige Königsberg zielt, doch scheint das für absehbare Zeit ein Randproblem zu sein.

Staatsrechtlich sieht es etwas anders aus. Durch den Anschluß der DDR nach Artikel 23 des Grundgesetzes wurde durch die Macht der Fakten ein uralter Anspruch der politischen Klasse der BRD bekräftigt: daß das am 18. Januar 1871 gegründete Deutsche Reich 1945 nicht untergegangen sei, sondern in der Substanz fortbestehe, verkörpert durch die Bundesrepublik, welche nunmehr die Aufgabe habe, die zwischenzeitlich verlorengegangenen Bestandteile wieder einzusammeln. Daß gleichzeitig 1990 ein Verzicht auf die alten Ostgebiete endgültig verbrieft wurde, widerspricht dem nicht: Selbstverständlich kann ein Staat Landstriche abtreten, ohne zu bestehen aufzuhören.

Ernster zu nehmen ist allerdings ein Einwand, den 1994 der Gießener Öffentlichrechtler Helmut Ridder äußerte: Nach dem Selbstverständnis der BRD habe diese 1990 gar keine Verhandlungen mit der DDR führen und keinen Einigungsvertrag mit ihr abschließen dürfen. Nur ein Beitritt ohne vorheriges Aushandeln habe das bisherige Dogma zugelassen. Daß die BRD sich stillschweigend darüber hinwegsetzte, bedeute die Liquidierung ihrer alten These vom Fortbestand des Reichs. Die Promotoren der Wiedervereinigung werden darauf allerdings mit der Erfahrungstatsache antworten können, daß der Spatz in der Hand mehr wert sei als die Taube auf dem Dach und im übrigen die Macht des Faktischen, aller Doktrin zum Trotz, jedem Recht letzlich doch immer wieder eine Nase zu drehen imstande sei.

Doch Ridders These vom staatsrechtlichen Ende der BRD bedeutet ohnehin nicht, daß das neue Gebilde nun irgendein Reich wäre, sei es das Erste (des Mittelalters), das Zweite (des Kaisers Wilhelm und der Weimarer Republik, die ja ebenfalls als "Deutsches Reich" firmierte), das Dritte (Hitlers) oder ein noch näher zu bestimmendes Viertes. Wer solche Analogien gebraucht, drückt sich nur darum, die Spezifik der neuen Situation durch eigene Anschauung und selbständige Begriffsbildung zu bestimmen.

Es gibt also seit 1990 einen neuen Staat, unabhängig davon, ob dies auch seine staatsrechtliche Substanz betrifft oder nicht. Selbst wenn die BRD gemäß der herrschenden Lehre noch weiterbesteht, so wäre sie dann doch zumindest größer geworden. Es ist zu prüfen, ob sich durch den Zusammenschluß mit der DDR ökonomische und innenpolitische Veränderungen auch im Westen ergeben haben (oder vielleicht in Zukunft noch ergeben werden). Auch ist denkbar, daß die internationale Stellung der BRD sich verändert hat. Um zumindest die Möglichkeit offenzuhalten, daß eine neue Situation entstanden ist, sprechen einige von der "Berliner Republik", im Unterschied zur Bonner. Gerade weil das zunächst inhaltsleer ist, mag es vorerst durchgehen.

Von der Weimarer Republik und von Hitlers Reich unterscheidet sich die "Berliner" BRD dadurch, daß sie zumindest offiziell keine Irredenta (1) und sonstigen uneingelösten Ansprüche im Verhältnis zu anderen Staaten mehr hat. Die Gebietsabtretungen gegenüber Frankreich, Belgien, Dänemark und Polen, ja sogar der Verlust der Kolonien, aber auch die hohen Reparationen nach dem Versailler Vertrag von 1919 waren von allen Parteien - sogar einschließlich der Kommunisten - als Diktat, welches revidiert werden müsse, verstanden worden. Nur bei der Bestimmung der Wege, die dabei zu gehen seien, unterschied man sich. Die KPD forderte den Sturz des Imperialismus, der auch die Beseitigung der Ordnung von Versailles bringen werde. SPD, Zentrum und Linksliberale setzten auf eine "Erfüllungspolitik": Man solle sich bemühen, den Auflagen nachzukommen und gerade dadurch beweisen, daß es nicht geht, der Friedensvertrag also revidiert werden müsse. Zwischenzeitlich - unter Stresemann - schwenkten sogar die schwerindustriellen Rechtsliberalen auf diese Linie ein. Konservative, Völkische und Nazis wollten den gewaltsamen Durchbruch, und das war dann ja auch schon die Politik des Dritten Reiches.

Die gegenwärtige Bundesrepublik dagegen fühlt sich in der internationalen Ordnung, wie sie seit 1990 besteht, so wohl, daß sie ihr gegenüber keine weitergehenden Forderungen stellt. Sie gibt sich außenpolitisch saturiert.

Just so charakterisierte Bismarck einst sein Reich. Am Ende stand der Erste Weltkrieg. Wer Analogien sucht, wird also in dieser Hinsicht auf die Zeit vor 1914 zurückgreifen wollen. Aber auch hier gibt es mehr Unterschiede als Gemeinsamkeiten, nämlich mindestens vier:

Erstens: Der Imperialismus der wilhelminischen und viktorianischen Periode war unter anderem auch durch Kampf um territoriale Ausdehnung sowie um die Gewinnung und Sicherung von Einflußgebieten bestimmt. Die deutschen Newcomer suchten unter Bismarcks Nachfolgern offen, doch in seiner eigenen Amtszeit schon latent den "Platz an der Sonne", die alten Mächte verteidigten ihre Machtsphären auf dem Balkan und in den Kolonien. Insofern war Deutschland doch weniger saturiert, als der erste Reichskanzler wahrhaben wollte. Eine gleiche oder ähnliche territoriale Expansionstendenz gibt es heute nicht - und zwar einfach deshalb nicht, weil Macht weniger als früher durch die Erstreckung des Hoheitsgebiets und formell festgelegter Einflußbereiche definiert ist.

Zweitens: Ein mächtiger Nachbar Deutschlands strebte nach der Veränderung der europäischen Grenzen: Frankreich hatte die im Frieden von 1871 erzwungene Abtretung des Elsaß und von Lothringen nie als endgültige Regelung akzeptiert. Es hatte also selbst eine Irredenta gegenüber Deutschland - wie Italien in seinem Verhältnis zur k.u.k. Monarchie.

Drittens: das Kapital war vor 1914 zwar international expansiv, aber national organisiert. Aus diesem Widerspruch bezog damals der Imperialismus seine Schubkraft. Die transnationalen Konzerne heute werden ihre Interessen entweder überhaupt nicht oder doch nicht ständig und einseitig mit der Politik eines bestimmten ("ihres") Nationalstaats verbinden.

Viertens: Wenn innerhalb der Konkurrenz der europäischen imperialistischen Mächte Deutschland besonders aggressiv war, dann nicht nur deshalb, weil es - laut Lenin - ein zu spät gekommener und deshalb besonders hungriger Räuber war. Hinzu kamen innenpolitische Gründe: Die Beschleunigung des ohnehin für unvermeidlich gehaltenen Kriegsausbruchs war für die herrschenden Klassen ein Mittel, um eine Parlamentarisierung des Reichs und die Aufhebung des Dreiklassenwahlrechts (und anderer diskrimierender Zensus-Bestimmungen in weiteren Einzel-Ländern) zu verhindern. Auf der anderen Seite sah zumindest der äußerste rechte Flügel der Sozialdemokratie in einem langdauernden militärischen Konflikt eine Chance, sich im Deal mit Junkern und Bourgeoisie politische Gleichberechtigung zu verschaffen. Vor 1914 wurde darüber zwar nie gesprochen, doch sofort mit dem Kriegsausbruch ist diese Strategie artikuliert worden. Eine solche innenpolitische Konstellation fehlt in Deutschland heute völlig.

2. Das Informal Empire

Wenn schon eine Analogie zur Situation der BRD seit 1990 gesucht werden soll, dann finden wir sie nicht in der Geschichte Deutschlands, sondern der USA. Diese hatten nach dem Ende des Bürgerkriegs von 1861-1865 (auch hier: Spaltung und "Wiedervereinigung"!) ihr "Informal Empire" über den gesamten amerikanischen Kontinent errichtet. Eine Voraussetzung hierfür war die überlegene Produktivität ihrer Industrie. Gelang es, die Grenzen der Nachbarn durch Freihandel für US-amerikanische Waren zu öffnen, dann war die eigene ökonomische Dominanz gesichert. Zu den Essentials in der Politik der Vereinigten

Staaten gehörte weiterhin der Zugriff auf die Rohstoffe der anderen Länder, die Möglichkeit ungehinderter Investitionen dort und die präventive Abwehr jeder denkbaren militärischen Bedrohung. So weit sich diese Politik auch gegen die ehemaligen Kolonialmächte richtete (etwa im ständigen Rückgriff auf die Monroe-Doktrin von 1823), konnte sie als emanzipatorisch mißverstanden werden. In Wirklichkeit wurden auch die Interventionen gegen Karibikstaaten nach 1945 (bis hin zur Unterstützung der Contra in Nicaragua und der Blockade Kubas), also insbesondere die spezifische Variante des Kalten Kriegs in der westlichen Hemisphäre, in die gleiche Tradition gestellt.

Die Situation Deutschlands in Europa weist viele Parallelen zur US-amerikanischen Hegemonie auf. Doch besteht sie nicht erst seit 1990. Auch vorher schon konnte der EG-Bereich ökonomisch als "Informal Empire" der BRD gelten. Soweit darunter aber vor allem - auch indirekte - politische Dominanz verstanden wird, galt dies nur gegenüber Südeuropa, während im Verhältnis zu Frankreich und Großbritannien - immerhin zwei Siegerstaaten des Zweiten Weltkriegs und Atommächte - Macht-Parität (wenngleich bei wirtschaftlicher Überlegenheit der Bundesrepublik) zu wahren war. Der Zusammenbruch des realen Sozialismus hat den Hegemoniebereich der Bundesrepublik allerdings quantitativ so erweitert, daß daraus eine neue Qualität entstand. Insbesondere die zwar inoffizielle, aber doch unübersehbare Inferiorität Rußlands gegenüber der deutschen Politik verschafft dieser einen Vorsprung gegenüber ihren westeuropäischen Partnern. Für die Weiterentwicklung des Informal Empire kommt insofern dem Systemwechsel in sämtlichen osteuropäischen Staaten und in der ehemaligen UdSSR eine größere Bedeutung zu als dem Anschluß der DDR.

3. Der kleine Unterschied

Analogien stiften keine Identität zwischen den Phänomenen, die miteinander verglichen werden. Die Differenzen zwischen der Stellung der USA auf dem amerikanischen Kontinent einerseits, Deutschlands in Europa andererseits sind nicht zu übersehen. Soweit es einen Produktivitätsvorsprung der BRD gegenüber Frankreich, Italien, den Beneluxstaaten und Großbritannien überhaupt gibt, ist er mit der Dominanz der Vereinigten Staaten in der westlichen Hemisphäre auf diesem Gebiet überhaupt nicht zu vergleichen. Von einer militärischen Überlegenheit der Bundesrepublik kann nicht gesprochen werden. Gerade jetzt zeigen die französischen Kernwaffentests das Bestreben einer anderen europäischen Macht, eine Sonderstellung gegenübe dem ökonomisch dominanten Nachbarn deutlich zu demonstrieren. Die gegenwärtige Subalternität Rußlands muß keine Konstante sein. So gesehen, tauchen neben dem neuen Element der EG als der Ausgangszone des wirtschaftlichen "Informal Empire" der BRD tatsächlich einige Bestandteile der internationalen Machtstruktur der Jahrzehnte vor dem ersten Weltkrieg wieder auf. Dies mag auch erklären, daß Rußland, Großbritannien und Frankreich einerseits, die BRD andererseits nachgerade reflexartig auf die Jugoslawien-Krise reagierten: Wieder suchte Deutschland die Konfrontation mit Serbien, das von Jelzin ebenso deutlich als traditioneller Bundesgenosse behandelt wird. Der deutsche Schulterschluß mit Kroatien erinnert an eine Partnerschaft im Zweiten Weltkrieg.

Das sind zwar Realitäten, aber eben - anders als 1914 und 1941 - nicht die einzigen. Die aus dem Kalten Krieg überkommende gleichzeitige formelle Bündniskonstellation mit Frankreich und Großbritannien, die aus dem Zusammenbruch der UdSSR resultierende informelle mit Rußland sind andere, neuere Tatsachen, denen gegenüber die Szenarien des wilhelminisch-viktorianischen Imperialismus und der Konfrontationen, die der deutsche Faschismus erzeugte, nicht verabsolutiert werden dürfen. Dies gilt um so mehr, als bis 1917 und dann noch einmal bis 1941 die USA im Isolationismus verharrten, während ihr jetziges Engagement in Bosnien auch von der Absicht diktiert ist, das Feld nicht den alten europäischen Mächten, insbesondere Deutschland, allein zu überlassen. Und für die BRD ist die transatlantische Einbindung, vor allem durch die NATO, ebenfalls mehr als eine Formalie.

4. Ost neu, West alt

Den geringsten Einfluß hatte die Herstellung der deutschen Einheit auf die Wirtschafts- und Sozialpolitik der sogenannten alten Bundesländer. Für die ehemalige DDR brachte sie einen Systemwechsel, der aber über kurz oder lang nichts anderes bedeutet als die Übernahme des im Westen Vorgefundenen. Dieses ist allerdings durch neue Daten bestimmt, die es jedoch eben nicht erst seit 1990 gibt, sondern seit ca. 1974: vor allem die nahezu ständig steigende Massenarbeitslosigkeit, die Investitionsschwäche in der industriellen Produktion bzw. Neuanlage von Kapital in erster Linie für Rationalisierungen, das zunehmende Gewicht von

Finanztransaktionen gegenüber der materiellen Erzeugung. Das "neue Gesicht des Kapitalismus" (J. Hirsch) ist älter als die Wiedervereinigung, und es ist nichts spezifisch Deutsches.

Imperialismus als wirtschaftlicher und politischer Komplex ist jetzt vor allem Arbeitsplatz-Konkurrenz, während der internationale Investitionswettbewerb bei weitgehend sich durchsetzendem Freihandel tatsächlich rein ökonomisch borniert sein wird. Dies haben wir aber ebenfalls schon seit etwa zwanzig Jahren, beginnend mit dem Ausweichen von metropolitanem Kapital in sogenannte Billig-Lohn-Länder. Nach dem Zusammenbruch des Sozialismus liegen diese allerdings etwas näher und damit günstiger. Die deutsche Extra-Variante besteht in der Zufuhr billiger Arbeitskraft nicht nur aus der ehemaligen DDR und mit Hilfe von untertariflicher Leiharbeit aus osteuropäischen Ländern, sondern auch durch Aussiedler(innen) aus der früheren Sowjetunion. Zum Glück ist dies kein Thema für die politische Rechte, die hier durch ihre völkische Ideologie gehemmt wird und sich statt dessen auf die Anti-Asyl-Agitation wirft. Eine aktionsfähige gewerkschaftliche Linke müßte hier einen Schwerpunkt ihrer Arbeit suchen: zugleich gegen Lohndumping und gegen Abschottung und Diskriminierung.

5. Schwule Faust

gegen den Faschismus?

Feinde haben einen scharfen Blick. In dem New-York-Roman "Fegefeuer der Eitelkeiten" von Tom Wolfe wird eine linke Gruppe "Schwule Faust gegen den Faschismus" persifliert, welche aktuelle Konflikte sich nur verständlich machen kann, indem sie sie auf Faschismus und Rassismus verengt. Noch gemeiner springt die mittlerweile offen reaktionäre Krimi-Autorin P.D. James in ihrem Roman "Der Beigeschmack des Todes" (1986) mit den Linken um: hierarchische Sekten, die allenfalls durch ein abstraktes Faschisierungsverdikt gegen den Rest der Welt zusammengehalten werden. Das sind bösartige Karikaturen. Lehrreich könnten sie immerhin sein, falls unsereins sich vornähme, diesen verzerrenden Vorlagen nicht irgendwann ähnlich zu werden. Die Gefahr hierzu besteht.

Anmerkung:

1) "Politische Bewegung, die danach strebt, abgetrennte Gebiete mit einer nationalen Minderheit wieder dem Mutterland staatlich anzuschließen." (Gerhard Wahrig: Deutsches Wörterbuch)

10. Die Problematik der personellen Abrechnung. Zur Konzentration der öffentlichen Auseinandersetzung auf die Stasi

Zur Konzentration der öffentlichen Auseinandersetzung auf die Stasi und den "inoffiziellen Mitarbeiter" des MfS - von Rolf Gössner

Autor: Rolf Gössner · Rubrik: Stasi-Debatte · CD-Datei: daten/aksuche/ak382/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:382:19

und den "inoffiziellen Mitarbeiter" des MfS - von Rolf Gössner

Die zeitgenössische Debatte um die Aufarbeitung und Bewältigung der DDR-Vergangenheit konzentriert sich - eigentlich von Anfang an auffällig - auf das Ministerium für Staatssicherheit, die Stasi und ihre offiziellen und inoffiziellen Mitarbeiter. Wie kommt es zu dieser Fixierung, welche Funktion kommt ihr zu, was wird damit erreicht und was möglicherweise ausgeblendet bzw. verdrängt? Und: Wie wirkt sich diese Konzentration auf die Beurteilung der Figur des ominösen IM aus, die immer wieder im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses steht?

Das MfS bzw. die Stasi sind zum Synonym geworden für systematische Staatsverbrechen am DDR-Volk und wider die Menschenrechte: Ein dichtes Spitzelnetz drangsalierte Andersdenkende und Abweichler, Millionen waren im zentralen Stasi-Computer erfaßt, in den Akten einer 200 km langen Strecke wurde Buch geführt über abweichendes und angepaßtes Verhalten, die Firma ("VEB Guck, Horch und Greif") schien allgegenwärtig, um den Staat vor seinen BürgerInnen zu schützen. Was ist da alles seit der "Wende" in der DDR ans Licht der Öffentlichkeit geschwappt - dank der Bürger und Bürgerinnen, die ihre Angst vor dem Überwachungsmoloch so weit überwinden konnten, daß sie es wagten, die Stasi-Zentralen zu stürmen, Abhöreinrichtungen zu kappen, Tresore zu knacken, konspirative Wohnungen auszuheben, Geheim-Akten sicherzustellen, ungefragt Akteneinsicht zu nehmen sowie Bürgerkomitees zur Auflösung der Stasi zu gründen; aber insbesondere auch, seit Akteneinsicht und Aufarbeitung in gesetzliche Bahnen gelenkt wurden, seit das Stasi-Unterlagen-Gesetz existiert und die Gauck-Behörde arbeitet. Die "Büchse der Pandora" ist geöffnet und viele sehnen sich inzwischen nach einem rigorosen Schnell-Verschluß. Die Öffnung der Stasi-Akten ist ein historisch bislang einmaliger Vorgang, der auch im Hinblick auf West-Geheimdienste Nachahmung finden sollte. Klandestin gesammelte Werke von Geheimdiensten in Zeitungen oder in den Händen der ehemaligen Opfer bergen selbstverständlich ungeheueren Sprengstoff, offenbaren staatliche Machenschaften und Abgründe menschlicher "Tugenden" und Sekundärtugenden.

Gründe und Abgründe

der dominanten Stasi-Debatte

Warum sich die isolierende Betrachtungsweise des Stasi-Phänomens bis hin zur Mystifikation so großer Beliebtheit erfreut, warum die Stasi-"Bewältigung" zeitweise geradezu hysterische Züge annimmt, hat mehrere Gründe: Zum einen dürfte es daran liegen, daß die Stasi den großangelegten Versuch unternommen hat, die gesamte Gesellschaft relativ flächendeckend zu infiltrieren, so daß sehr viele Menschen in Stasi-Maßnahmen und -Machenschaften involviert waren - entweder als Objekte klandestiner Begierden oder als TäterInnen bzw. Helfershelfer, die in die Hunderttausende gehen, als IM, als IMB, IME, IMS, IMK, KP, GMS und wie sie alle hießen. "Jeder in diesem Land kann Geschichten erzählen, in denen die Staatssicherheit eine Haupt- oder Nebenrolle spielt", berichtet die DDR-Bürgerrechtlerin Bärbel Bohley. "Sie war ein Teil unseres Lebens und gehörte einfach dazu. Damals allerdings hatte sie kein klares Gesicht; (...) erst durch die Akteneinsicht wurden die geheimen und kranken Gedanken dieses Monsters offenbar, die Sucht nach Macht durch totale Überwachung". (Bohley, in : Schädlich, Hrg., Aktenkundig, Berlin 1992, S. 39 f.)

Die Akteneinsicht für Stasi-Opfer offenbar(t)en Dokumente des Verrats, der Lügen, der Untreue und Feindbilder, Dokumente der Kriecherei und Überheblichkeit, der Angst und Feigheit. Sie führte in die Niederungen der menschlichen Existenz. Das bedeutet, daß sich viele Menschen, nachdem sie die Dimension der Stasi-Überwachung und die eigene Involviertheit bzw. Verstrickung erfahren haben, nicht nur von staatlicher Seite mißbraucht fühlen, sondern auch privat, oft von Ihrem engsten Bekanntenkreis - dies ist der

Stoff für öffentliche Erörterung und Medienaufmerksamkeit. Der Vertrauensmißbrauch, der Vertrauensbruch, die Untiefen des Verrats und das Geheimdienstflair sind der Stoff, aus dem die Alpträume sind, die sich als Humantouch-Stories hervorragend vermarkten lassen.

Doch die Vermarktung gehorcht nicht den Regeln rechtsstaatlicher Aufarbeitung, sondern eigenen Gesetzen des Marktes und der Gewinnerzielung; notwendige Differenzierungen unterbleiben dabei in aller Regel und Persönlichkeitsschutz scheint ein unbekanntes Fremdwort zu sein.

Zur Entlastungsfunktion der Stasi-Debatte

Die mit der Medienvermarktung verbundene Fixierung auf Stasi-IM-Geschichten eröffnen eine weitere Dimension, die als Funktionalisierung des Stasi-Themas apostrophiert werden kann: die Stasi-Debatte als Ablenkungsmanöver - und zwar in mehrfacher Hinsicht: von den unsozialen Folgen der Vereinigung, von den eigenen Verstrickungen und von den überlebenden West-Geheimdiensten, die - wenn auch vollkommen anders dimensioniert und strukturiert sich im Kern der gleichen schmutzigen, demokratiewidrigen Mittel bedienen - V-Leute, agents provocateurs, Geheimagenten, Lausch- und Spähangriffe, Infiltration politisch verdächtiger Szenen etc. - wie seinerzeit die Stasi und jeder andere Geheimdienst auch. Der Verdrängung durch die Dominanz und Einseitigkeit der DDR-Stasi-Debatte fallen u.a. anheim:

1. die Tatsache, daß der bundesdeutsche "Verfassungsschutz" in Teilen zum illegitimen Erben der Stasi-Hinterlassenschaften geworden ist: Dem VS sind in der Amtszeit des letzten DDR-Innenministers, Peter-Michael Diestel, ohne jegliche rechtliche Grundlage Stasi-Unterlagen zugegangen, die auch personenbezogene Daten von Stasi-Opfern bzw. Dritten enthalten (aus MfS-Abhöraktionen gegen BundesbürgerInnen; HVA-Unterlagen);

2. die Tatsache, daß ehemalige Stasi-Mitarbeiter nach politischen Opportunitätsaspekten reihenweise in den öffentlichen Dienst übernommen wurden, und zwar in hochsensible Bereiche, wie beispielsweise in den Bundesgrenzschutz oder zur Polizei im Freistaat Sachsen; hier ist - im Vergleich zu der oft rigorosen Ausgrenzungspraxis - das Gleichheitsprinzip der Verfassung verletzt;

3. die Tatsache, daß ein und dieselben Handlungen vollkommen unterschiedlich beurteilt und behandelt werden - je nachdem, ob sie in der DDR oder der Alt-Bundesrepublik begangen wurden. Beispiel: Spionage-Ost, Spionage-West. Meines Erachtens ein eklatanter Verstoß gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz der Verfassung;

4. die Tatsache, daß es weitreichende Wechselwirkungen zwischen den Geheimdienstes Westdeutschlands und der DDR- Stasi gab. Beispiel : das Interessenkartell BND-Stasi-KoKo bzw. zwischen Wirtschaft, Politik und Geheimdiensten in West und Ost-Deutschland. Wie in diesem Zusammenhang Informationen und Verstrickungen unter Verschluß gehalten werden sollen, das zeigt der Umgang mit dem Minderheitenvotum der Bundestagsabgeordneten Ingrid Köppe (Bündnis '90) im Schalck-Untersuchungsausschuß des Bundestages;

5. die Dämonisierung der DDR-Stasi vermag, insbesondere in den neuen Bundesländern, zu verdecken, daß sich gegenwärtig ein Strukturwandel im inneren Sicherheitsgefüge der Bundesrepublik vollzieht, der gravierende Folgen zeitigen kann: Wir erleben die Legalisierung einer neuen Geheim-Polizei und die Auflösung des verfassungsmäßigen Gebotes der Trennung von Polizei und Geheimdiensten - dieses Trennungsprinzip war notwendige Konsequenz aus den bitteren Erfahrungen mit der Gestapo im Nationalsozialismus; auch die Erfahrungen mit der Stasi, die sowohl Geheimdienst war als auch Geheim-Polizei mit exekutiven Befugnissen, sollte eigentlich einen sensibleren Umgang mit dieser Materie diktieren. Wenn die Bundesrepublik ein wenig Glaubwürdigkeit für sich in Anspruch nehmen will, muß auch die (Struktur-) Entwicklung und Tätigkeit ihres staatlichen Sicherheitssystems, ihrer (Politischen) Justiz, Polizei und Geheimdienste - "Verfassungsschutz" (VS), Bundesnachrichtendienst (BND) und Militärischer Abschirmdienst (MAD) - aufgearbeitet werden. Schließlich sind sie nicht zuletzt nachhaltig von den Wirren des Kalten Krieges geprägt, sind Entwicklung und Arbeit der (Geheim-) Dienste nicht ohne die Ost-West-Konfrontation, ohne die DDR-Existenz zu verstehen - bezogen sie doch fast vier Jahrzehnte lang ihre Hauptlegitimation aus diesen Gegebenheiten und Interaktionen.

Und das nennt sich Rechtsstaat?

Die DDR-Opfer haben ein berechtigtes und gesteigertes Interesse daran, die Täter zur Rechenschaft zu ziehen, Einblick in die Vorgänge ihrer Unterdrückung und Drangsalierung zu erhalten und rehabilitiert bzw. entschädigt zu werden. Dafür haben die BürgerechtlerInnen der Ex-DDR vehement gekämpft.

Mit dem "Stasi-Unterlagen-Gesetz" (STUG) und dem 1. (und 2.) "SED-Unrechtsbereinigungsgesetz" sind bereits wichtige Schritte unternommen worden. Auf die strafrechtliche "Aufarbeitung" wurden ursprünglich große Hoffnungen gesetzt, ebenso wie auf den Versuch, Stasi- und SED-belastete Personen, die sprichwörtlichen "roten Socken", aus dem politischen Leben und dem öffentlichen Dienst fernzuhalten.

Dabei nahm die Diskussion um die DDR-Stasi-Vergangenheit und ihre Bewältigung seit 1990 bisweilen selbstgerechte, inquisitorische Züge an und scheint sich allzu oft keinen Deut um die notwendigen Differenzierungen zu kümmern. Diese Entwicklung rührt gefährlich an rechtsstaatliche und demokratische Prinzipien: Sie scheinen von vielen Ostdeutschen, auch von ehemaligen BürgerrechtlerInnen eher als lästige Hindernisse auf dem Weg zur ersehnten Gerechtigkeit und Sühne für begangenes Unrecht wahrgenommen zu werden denn als endlich erlangte Beschränkungen staatlicher und gesellschaftlicher Verfolgungs- und Allmacht.

Wir befinden uns in einem schier unauflösbaren Dilemma: Auf der einen Seite das überaus begreifliche "Ahndungsbedürfnis" der unmittelbaren Stasi-Opfer und die hohen Erwartungen der Mehrheit der Bevölkerung in den neuen Bundesländern gerade an die strafrechtliche und disziplinarische "Bewältigung" der DDR-Stasi-Geschichte. Auf der anderen Seite die eigentlich relativ begrenzten Möglichkeiten der Verfolgung und Disziplinierung unter rechtsstaatlichen Bedingungen und die überaus großen Gefahren und kontraproduktiven Folgen, die mit dieser Art von "Geschichtsaufarbeitung" verbunden sind. Und dazwischen - oder über allem - das Interesse der antikommunistischen Staats- und Parteienfraktionen an einer umfassenden "Delegitimierung des SED-Regimes", "weil im Westen wie im Osten sich viele, wenn nicht die meisten, scheuen, der Wahrheit darüber ins Auge zu sehen, welches System sie mitgetragen haben und welche Verstrickungen sie eingegangen sind", wie es der ehemalige Oberlandesgerichtspräsident Rudolf Wassermann ausdrückt. (1)

Dem Willen zur Delegitimierung eines ganzen Systems mit den juristischen Mitteln eines anderen, gegnerischen, scheinen dann mitunter wesentliche Rechtsprinzipien untergeordnet zu werden. "Man verschanze sich nicht hinter dem positiven Recht und dem Rechtsstaat", droht gar der Bündnis '90/Grünen-Politiker Joschka Fischer seinen Spiegel-LeserInnen. (2) Doch abgesehen von den unterschiedlichen Interessen und Intentionen: Stasi-Opfern stehen regelmäßig Unverständnis und Verzweiflung ins Gesicht geschrieben, wenn sie gewahr werden, daß die mutmaßlichen Stasi-TäterInnen und die SED-Verantwortlichen, wenn überhaupt, nur schleppend strafrechtlich verfolgt werden oder nach wie vor im öffentlichen Dienst beschäftigt sind. Es scheint ein offenes Geheimnis, daß ehemalige Stasi-Obere und SED-Funktionäre sich längst über die berühmt gewordenen "Seilschaften" wieder in Positionen lancieren oder bereits lanciert haben, die ihnen erneut Macht über andere, womöglich über die ehemals von ihnen Unterdrückten, verleihen könnten. Und das nennt sich dann Rechtsstaat?

So hätten sie sich das nicht vorgestellt, geben die ehemaligen Stasi-Opfer enttäuscht zu Protokoll: "Wir haben Gerechtigkeit erwartet - und den Rechtsstaat bekommen". (Bärbel Bohley) (3) Der Frust über die "komplizierten Errungenschaften des Rechtsstaat" scheint zu wachsen: "Der Rechtsstaat versagt! Der Rechtsstaat kapituliert!" Unschuldsvermutung und Persönlichkeitsschutz - nur noch Fremdworte im vereinten Deutschland? So "verständlich" solche Verdikte einerseits auch klingen mögen - "populär" sind sie ohnehin - so gefährlich sind sie andererseits: Bergen sie doch hochbrisanten Sprengstoff, kratzen sie doch an Kategorien und Prinzipien, die die Bevölkerung der DDR so schmerzlich vermißt hat und die gerade die alte Bundesrepublik für die DDR-Opposition so attraktiv gemacht haben, Kategorien und Prinzipien, für deren Verwirklichung im eigenen Land die Menschen damals massenweise auf die Straße gegangen sind und die nun den ehemaligen Tätern "zugute" kommen. Sie kratzen nämlich an den die staatliche Macht begrenzenden Prinzipien des "liberalen Rechtsstaates", der Gewaltenteilung, der Bürgerrechte, des Persönlichkeitsschutzes, des informationellen Selbstbestimmungsrechtes, usw.

Ist möglicherweise im Zuge der Bewältigung der DDR-Stasi-Vergangenheit, angesichts des verbreiteten Unverständnisses und der Enttäuschung der Stasi-Opfer über den Umgang mit den Tätern, und im Zuge des

unbedingten Delegitimierungswillens im Westen, ein Infragestellen, eine schleichende Aufweichung dieser Prinzipien zu befürchten?

Menschen, die nach Stasi-Akten-Lage in einem wie auch immer gearteten Zusammenhang mit der Stasi erscheinen, werden (vor-)schnell medienöffentlich als Stasi-Spitzel denunziert und (vor-)verurteilt, auch wenn Beweise (noch) fehlen. Leider beteiligten sich auch manche Stasi-Opfer an diesem hektischen "Enttarnungsspiel" und lieferten, verstärkt nach der seit 1. Januar 1992 möglichen Akteneinsicht, die teilweise vagen Anhaltspunkte für solche Verdächtigungen: Kontaktschuld oder Staatsnähe lauten die vernichtenden (Vor-)Urteile, obwohl doch die rechtsstaatswidrig zustandegekommenen Stasi-Akten wahrlich keine Quellen der Wahrheit sind. (4) Anfeindungen, gesellschaftliche Ächtung und Isolation können die Folgen sein. Ein solches vorschnelles und undifferenziertes Vorgehen muß wohl auch dann als unverantwortlich bezeichnet werden, wenn sich die Vorwürfe später teilweise oder auch ganz bestätigen sollten.

Das hat nichts damit zu tun, ehemalige Stasi-Mitarbeiter zu decken und "Seilschaften" zu vertuschen. Diese sollen selbstverständlich enttarnt bzw. offengelegt werden, aber nicht prophylaktisch und spekulativ aufgrund von bloßen Indizien, sondern nur aufgrund beweiskräftigen Materials (was die rechtsstaatswidrig zustandegekommenen Stasi-Unterlagen für sich genommen nur selten sein können).

So läßt sich beispielsweise ein nicht unerheblicher Unterschied im Umgang mit dem Fall Sascha Anderson ausmachen: Der Liedermacher Wolf Biermann posaunte den fertigen Schuldspruch "Stasi-Mitarbeiter Sascha Arschloch" zu einem Zeitpunkt in die Welt, als noch keine konkreten Beweise vorlagen, während der Schriftsteller Jürgen Fuchs später versucht hat, sehr detailliert die dubiose Rolle Andersons und seine Stasi-Verstrickung zu dokumentieren. (5)

Die Fälle des ehemaligen Rektors der Humboldt-Universität, Heinrich Fink, des Rechtsanwalts und ehemaligen PDS-Vorsitzenden Gregor Gysi (6) sowie der Schriftsteller Günther Wallraff (7) und Bernt Engelmann sind ebenfalls abschreckende Beispiele möglicherweise unbedachter, aber dennoch skandalöser Verfahrenspraktiken, die existentielle Folgen zeitigen können. Auch die sogenannte Gauck-Behörde hat im Einzelfall schon - so im Fall Fink - unrühmlich agiert und gelegentlich "Blitzurteile" in Form vorverurteilender Bewertungen gefällt und sich somit richterähnliche Kompetenz angemaßt. (8)

Höchst problematisch ist auch der Umgang mit rund 2.000 Stasi-Akten, die angeblich aus CIA-Beständen oder Moskauer KBG-Archiven stammen sollen. (9) Dieses Material soll angeblich Hinweise auf West-Spione in bundesdeutschen Parteien enthalten. Einzelne Namen aus diesen Akten wurden - möglicherweise von staatlichen Stellen - gezielt und medienwirksam lanciert (u. a. die Fälle SPD-Wienand oder FDP-Lüder). (10)

(...)

Als Sachverständiger bei der öffentlichen Anhörung des Bundestagsinnenausschusses zum "Stasi-Unterlagen-Gesetz" (STUG) im August 1991 habe ich im Bewußtsein dieses Dilemmas dafür plädiert, die Aufarbeitung der Stasi-Machenschaften per Strafverfolgung und Disziplinarrecht nicht in den Vordergrund der notwendigen Aufarbeitungstätigkeit zu stellen und die Beurteilung des Stasi-Akten-Inhalts sowie einer etwaigen Stasi-Mitarbeit im konkreten Einzelfall differenziert anzugehen und dabei den Gleichbehandlungsgrundsatz zu beachten.

Das Risiko einer neuen Berufsverbotepolitik

Nach einer fast zwei Jahrzehnte währenden exzessiven politischen Verfolgung von KommunistInnen und ihren SympathisantInnen in der Alt-Bundesrepublik schlossen sich zwei Jahrzehnte an, in denen eine recht extensive und verhängnisvolle Berufsverbotepolitik gegen kommunistische und andere linksorientierte StellenbewerberInnen und StelleninhaberInnen im öffentlichen Dienst betrieben wurde - eine Politik, die Millionen von Regelanfragen an den "Verfassungsschutz", etwa zehntausend Berufsverboteverfahren und weit über tausend Berufsverbotemaßnahmen zeitigte.

Nachdem diese Politik gegen Ende der achtziger Jahre endlich in den meisten Bundesländern eingedämmt worden ist, birgt nun die seit der deutschen Vereinigung eingeführte Praxis der Feststellung von Stasi-Kontakten und SED-Mitgliedschaft bzw. auch bloßer "Staatsnähe" die Gefahr einer neuen Berufsverbote-Politik gigantischen Ausmaßes: Stellen-BewerberInnen aus der ehemaligen DDR werden praktisch einer Regelanfrage unterzogen. (12) Die rechtlichen Grundlagen sind im Einigungsvertrag, im

Stasi-Unterlagen-Gesetz und in entsprechenden Ausführungsbestimmungen des Bundes und der Länder zu finden.

So hat etwa die bayerische Staatsregierung, wie auch andere Landesregierungen, angeordnet, daß jeder Bewerber für den öffentlichen Dienst einen "Fragebogen zur Prüfung der Verfassungstreue" ausfüllen muß. (13) Darin müssen die AspirantInnen angeben, ob sie "extremistische Organisationen" unterstützen (z.B. die linke PDS, nicht etwa die rechten "Republikaner"), Mitglied einer DDR-Massenorganisation waren (z.B. Freie Deutsche Jugend, "Verband der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter"), für die Stasi spioniert haben oder als inoffizielle MitarbeiterInnen des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS; nicht des "Verfassungsschutzes" oder anderer westdeutscher Geheimdienste) geführt wurden. Sie müssen sich gegenüber den Kontrolleuren einverstanden erklären, daß der neue Arbeitgeber bei der Gauck-Behörde, beim "Verfassungsschutz" oder den Landesjustizverwaltungen nachforscht.

Die wesentlichen Grundlagen für die Überprüfung bieten der Einigungsvertrag, der pauschal die "Tätigkeit für" die Stasi als Kündigungsgrund nennt, sowie das Stasi-Unterlagen-Gesetz (STUG) von 1992.

So wichtig und bislang einmalig dieses Gesetz insgesamt ist, so überaus unzulänglich sind auch hier einzelne Regelungen und Regelungsbereiche. Abgesehen von den äußerst problematischen Zugriffsmöglichkeiten des "Verfassungsschutzes" und anderer Geheimdienste auf - zwar beschränkte, allerdings schwer beschränkbare - Stasi-Akten-Teile, genügt dieses Gesetz kaum rechtsstaatlichen Grundsätzen, was die Frage der Qualifizierung involvierter Personen bzw. die Überprüfung auf mögliche Stasi-Zusammenarbeit anbelangt.

Ich habe mich schon frühzeitig in meinem Gutachten zum Stasi-Unterlagen-Gesetz gegen eine erneute Regel-Überprüfung der politischen Gesinnung ausgesprochen, auch wenn sie auf Grundlage der festgestellten politischen Aktivitäten oder etwa der Mitgliedschaft in nicht verbotenen Parteien oder Organisationen der DDR erfolgt.

Ich sehe selbstverständlich dort einen Handlungsbedarf, wo es um die Frage geht, ob etwa ein Stasi-Mitarbeiter, der früher demokratische Kräfte bespitzelt hat und dem entwürdigende, menschenrechtswidrige Praktiken vorzuwerfen sind, hier in Deutschland bestimmte Funktionen und Ämter bekleiden darf. In sensiblen Bereichen, wie etwa bei der Polizei oder Justiz, ist jedenfalls besondere Vorsicht geboten (obwohl längst ehemalige Stasi-Mitarbeiter bei der Polizei - etwa in Sachsen - bzw. beim Bundesgrenzschutz untergekommen sind). Solche personellen Säuberungen in bestimmten Bereichen können allerdings nur auf der Grundlage eines rechtsstaatlichen Nachweises individueller Schuld erfolgen. Eine Bewertung durch den Stasi-Aktenverwalter Joachim Gauck reicht hierfür jedenfalls nicht. (14)

(...)

Die vorgenommene Grob-Einteilung in Opfer/Betroffene und Täter/Mitarbeiter (neben Begünstigten und Dritten) ist m. E. wenig tauglich, die erwähnten Probleme angemessen zu lösen, zumal eine solche klare Unterscheidung - nach Aktenlage - nicht durchgängig möglich ist. Schließlich ist Stasi-Mitarbeiter nicht unbedingt gleich Stasi-Mitarbeiter. Hier müßten die konkreten Ebenen, Funktionen und Tätigkeiten - zu wessen Nutzen, zu wessen Schaden - differenziert werden.

Bis heute fehlt eine verbindliche Bewertung der jeweiligen Tätigkeiten für das MfS - das bedeutet: Das STUG basiert im wesentlichen auf einer vorweggenommenen Pauschalverurteilung jeglichen mehr oder weniger intensiven Stasi-Kontakts (der möglicherweise im Einzelfall niemandem geschadet hat), jeglicher MfS-Mitarbeit, also prinzipiell auch solcher Tätigkeiten, die nach internationalem Standard zu den "legitimen" Tätigkeiten eines (geheim operierenden) Sicherheitsdienstes gehören - ob man diese im einzelnen für gut heißen mag oder nicht.

Im übrigen ist zu berücksichtigen, daß es Fälle gab, in denen Stasi-Opfer in eine Täter-Rolle gepreßt wurden. Insofern müssen auch die konkreten Umstände und Motive, die zur Mitarbeit (und später evtl. zum Ausstieg) führten, sowie die Art der gelieferten Informationen Berücksichtigung finden. (...)

Plädoyer für eine staatsferne Geschichtsaufarbeitung

"Die Stasi als Alleintäter, die SED als Anstifter und sonst nur Unglückliche, Gepeinigte und Beladene? Es war die Struktur, der die Kontrollmechanismen fehlten und in die sich die allermeisten Männer und Frauen

einfügten, die die DDR zu dem machte, was sie wurde." (Günter Gaus) (15) "Es gibt nur Unmut, Wut über unser verpfuschtes Leben im Käfig. Über das verpraßte ‚Volks`vermögen. Über die verratenen Ideale. Über die hunderttausendfachen Spitzeldienste (...) Jeder Strafanspruch ist gegenstandslos, weil wir beteiligt waren. Wir haben zugesehen. Wir haben weggesehen. Wir haben geschwiegen. Wir haben die Augen gen Himmel geschlagen. Wir haben alles besser gewußt. Viele haben mitgetan. Nur ein armseliges Häuflein von Menschen hat versucht, den Prozeß aufzuhalten." (der Bürgerrechtler Jens Reich) (16)

Eine gnadenlose und systematische Säuberung und Ausgrenzung birgt große Gefahren, die möglicherweise schwerer wiegen als die Nachteile, die mit einer allmählichen Reintegration verbunden sind. Schon deshalb muß die Überprüfung u.a. nach Stasi-Kontakten differenziert durchgeführt werden. Und was Strafrecht und Strafjustiz anbelangt, so behindern sie die angestrebte geschichtliche Aufarbeitung eher als daß sie ihr nützen könnten. Der zu erwartende Umfang der Verurteilung von DDR-Regierungskriminalität wird, gemessen an der Masse der TäterInnen und Taten, äußerst gering sein und ein grotesk verzerrtes, nämlich ein rein "kriminalistisches" Spiegelbild der DDR-Realität abgeben.

Zum Nährwert einer öffentlichen "Entstasifizierung"

Was mir auf Dauer wichtiger scheint als die Klärung individueller Schuld und Sühne sowie eine gnadenlose politische Säuberung, ist die Aufdeckung der Strukturen und Arbeitsmethoden jenes autoritären Staatssicherheits- und Unterdrückungssystems, die Erforschung der sozioökonomischen Bedingungen und der psychosozialen Faktoren und Mechanismen in der DDR-Gesellschaft - unter besonderer Berücksichtigung der politischen Verantwortung der SED für die DDR-Staats- und Sicherheitskonzeption.

Das MfS bzw. die gesamte Stasi stellte zwar einen gewichtigen Kern des staatlichen Gewaltapparates der DDR dar, aber diese Institution kann nicht herausisoliert betrachtet und aufgearbeitet werden, denn sie war "nur" Teil des gesamten autoritär strukturierten DDR-Systems, das keinen demokratischen Kontrollmechanismen unterworfen war.

Eine ernsthafte Aufarbeitung der Geschichte des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) der DDR kann nicht isoliert von der Analyse des bürokratischen Systems staatlicher und gesellschaftlicher Herrschaftsausübung in der DDR betrieben werden (Repressionsapparat aus Stasi, Polizei, Justiz, Armee; SED-Parteiapparat und Blockparteien als Stützen des Systems); sie kann nicht isoliert von der herrschenden Sicherheitskonzeption und dem Staats- und Politikverständnis der SED vorgenommen werden, denn die Stasi war immer nur ein Machtinstrument der Partei, die die Stasi kontrollierte; sie kann aber auch nicht isoliert vom historischen Umfeld nach der alliierten Befreiung vom Faschismus, der Zeit des Kalten Krieges, nicht isoliert von der Rolle der Weltmächte in der Ost-West-Auseinandersetzung und der Rolle der alten Bundesrepublik als "Bollwerk gegen den Kommunismus" aufgearbeitet werden.

Diese Gesamtschau ist unabdingbar, will man zu einer fundierten, die historischen Zusammenhänge und Wechselwirkungen beachtenden Einschätzung der DDR-Geschichte gelangen. Oder wie Günter Gaus es ausdrückt: "Nein sagen zur Staatsräson, die den Schwindel braucht, alles Böse, Verächtliche, Erstickende, Bedrückende sei allein von der Stasi in die DDR gekommen." (Freitag, 30.10.92).

Erst durch eine Untersuchung der geschichtlichen Wechselwirkungen unter Einbeziehung der sozio-ökonomischen und psycho-sozialen Strukturen und Mechanismen wird sich auch herausfinden lassen, wie sich Menschen zu Spitzeldiensten abrichten lassen bzw. diese "freiwillig" leisten, wie dieses System, mit Hunderttausenden von individuellen ZuträgerInnen aufgebaut, so lange Zeit aufrechterhalten werden konnte, und wie es - trotz dieses perfekt wirkenden Apparates - zu einer Umwälzung von unten kommen konnte, die letztlich zur Auflösung des Apparates und eines ganzen Staates führte. Aus den Erkenntnissen dieser öffentlichen "Entstasifizierung" - die gegen die Gnade des schnellen Vergessens, gegen die altbekannte Amnesie der Deutschen immer wieder erkämpft werden muß - wird die Bevölkerung nicht nur der ehemaligen DDR, sondern auch der alten BRD nur lernen können. Nicht zum Wohle eines gesamtdeutschen "starken" Sicherheitsstaates, sondern zum Wohl der politisch-demokratischen Kultur, die als historische Aufgabe begriffen werden muß: Das gesamte deutsche Volk, dem der Ruch von Autoritätsgläubigkeit und extremem Sicherheitsdenken anhaftet, wird mit diesen Erkenntnissen möglicherweise eher in die Lage versetzt werden, sich künftig politisch aufgeklärt und selbstbewußter gegen solche Überwachungsapparate, Feindbildproduzenten und Denunziationssysteme zur Wehr zu setzen.

Das vereinte neue Deutschland, diese nun expandierende wirtschaftliche und politische Macht in Europa - die manche nicht zu Unrecht als bedrohlich empfinden - wird diese zu erwerbenden staats- und autoritätskritischen Tugenden bitter nötig haben.

Dieser Beitrag von RA Dr. Rolf Gössner ist die erweiterte Fassung einer gutachterlichen Stellungnahme, die er am 8. Juni 1994 während einer öffentlichen Anhörung von Experten und Betroffenen im Brandenburgischen Landtag abgegeben hat. Eingeladen hatte der ehemalige Vorsitzende des Stolpe-Ausschusses, Prof. Dr. Lothar Bisky (PDS), zur Erörterung des Themas "Zur politischen und juristischen Bewertung der IM-Tätigkeit in der Gegenwart". Als Politiker und Experten äußerten sich noch: Prof. Dr. Michael Schumann (PDS), Dr. Peter-Michael Diestel (CDU), RA Prof. Dr. Axel Azzola, Prof. Dr. Karl-Heinz Schöneburg, Mitglied des Landesverfassungsgerichts Brandenburg. Das Wortprotokoll dieser Anhörung, auch mit den Stellungnahmen von Betroffenen, ist über die Fraktion PDS/Linke Liste im Landtag Brandenburg zu erhalten.

Der Artikel erschien in GEHEIM Nr. 4/94. Bezugsadresse: GEHEIM z.Hd. Michael Opperskalski, Postfach 270324, 50509 Köln. Einzelpreis DM 7,50.

Quellen:

1) Wassermann, Zur Aufarbeitung des SED-Unrechts, in: Aus Politik und Zeitgeschichte vom 22.1.1993, S. 4f.

2) Fischer, Kleine und große Schufte, in: Der Spiegel Nr. 9/1992, S. 39ff (44).

3) Zit. nach Frankfurter Rundschau (FR) vom 23.1.92, S. 6.

4) Auch der Bundesgerichtshof hat festgestellt, daß Stasi-Akten nicht einmal ausreichen, einen für den Erlaß eines Haftbefehls erforderlichen Tatverdacht zu belegen.

5) S. Jürgen Fuchs, Landschaften der Lüge, mehrteilige Spiegel-Serie ab Nr. 47/1991, S. 280ff.

6) vgl. zum "Fall" Gregor Gysi: Gohde/Lederer, Der Stasi-Verdacht gegen Gregor Gysi (+ Dokumente), in: Gysi/Heuer/Schumann (Hrg.), Zweigeteilt - Über den Umgang mit der SED-Vergangenheit, Hamburg 1992, S. 200ff.

7) z.B. die Illustrierte Super! und Bild vom 30.10.1992; dazu: Jakobs, "Bild" braucht den Aufmacher, in: taz 7.11.92, S. 11; Günther Wallraff ficht vor Gericht erfolgreich gegen Stasi-Vorwurf, in: FR 11.11.92.

8) Die der Behörde auch von Gerichten zugestandene Möglichkeit, Stasi-Akten bzw. -Inhalte zu bewerten, verleiht ihr quasi richterähnliche Kompetenzen; vgl. dazu: Der Spiegel Nr. 26/1993, S. 92f.

9) Vgl. Auf den Knien zur CIA, in: Der Spiegel Nr. 32/1993, S. 18ff.

10) vgl. FR 31.7.93, 11.8.93; taz 5.8.93, S. 5.

11) vgl. Riehl-Heyse, Dum-Dum-Geschosse aus der Schreibmaschine. Die Medien machen's möglich: Der Rufmord wird gesellschaftsfähig, in: Süddeutsche Zeitung, Pfingsten 1992; Paul, Deutschland, deine Denunzianten, in: Die Zeit v. 10.9.1993, S. 56.

12) Dazu u. a.: Weichert, Überprüfung der öffentlichen Bediensteten in Ostdeutschland, in: Kritische Justiz 4/1991, S. 457ff; Weißbuch: Unfrieden in Deutschland, hrg. von der Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde, Berlin 1993.

13) Vgl. Der Spiegel Nr. 49/1992, S. 12.

14) Vgl. dazu: Gauck, Die Stasi-Akten, Reinbek 1991; Henke (Hrg.), Wann bricht schon mal ein Staat zusammen, München 1993; Wohin mit den Spitzeln a.D.? In: Der Spiegel Nr. 31/1993, S. 44ff.

16) Gaus, Irrweg und Irrsinn, in : Freitag v. 30.10.1992.

17) Reich à la laterne? Über den Strafanspruch des Volkes, in Kursbuch 111/1993, S. 11.

11. Wie die Nazis in die Provinz gehen. Zum Beispiel: Landkreis Miltenberg.

Autor: Martin Bayer · Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak382/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:382:07

Der Landkreis Miltenberg: 120.000 EinwohnerInnen, davon knapp 10.000 in der Kreisstadt. Die Mehrheiten im Kreistag und in den meisten Gemeinde- und Stadtparlamenten stellt traditionell und unangefochten die CSU. Der Landkreis Miltenberg, der hier exemplarisch für alle anderen Provinz-Landkreise stehen kann, ist konservativ, etwas verschlafen, bietet wenig kulturelle und politisch-alternative Infrastruktur, ist also mit einem Wort: Provinz.

Gerade jene verschlafene Provinzidylle (I) haben sich nun Nazis aus diversen Gruppen als Hinterland erwählt, in dem sie - nicht ganz zu Unrecht - meinen, ungestörter wirken zu können als in den Großstädten mit ihren doch noch sehr regen Antifa-Szenen. Im Miltenberger Kreis gab es schon seit Jahren Parolenschmierereien mit Hakenkreuzen und Veranstaltungen rechtsextremer Parteien wie NPD und REPsund auch schon mal Drohungen und tätliche Angriffe gegen AusländerInnen oder die wenigen aktiven AntifaschistInnen. Die REPs holten z.B. mehrfach ihren Vorzeigepolitiker Dr. Zeitler, ehemaliger SPD-Oberbürgermeister in Würzburg und inzwischen wieder aus den REPs ausgetreten. Dieser betonte dann in Leidersbach/Kreis Miltenberg, die REPs würden für "Eigenschaften wie Vaterland, Gemeinschaft und nicht ‚Gesellschaft`, für die Bereitschaft zum Teilen und für den Grundsatz ‚Deutschland zuerst`" eintreten. Abgesehen davon, daß Vaterland eine Eigenschaft sein soll, sind dies die üblichen modernisierten rechtsextremen Formulierungen.

Relativ neu im Kreis MIL ist die Tatsache, daß Rechtsextreme von außen in den Landkreis gehen, um dort ungestört tätig zu werden. Dies hängt sicherlich auch mit zwei Funktionären zusammen: Klaus Beier (Kirchzell) ist ein nicht zu unterschätzender NPD/JN-Aktiver (unter anderem Vorsitzender des NPD-Kreises Aschaffenburg/Miltenberg). Weiterhin ist das Bund-Frankenland-Mitglied Jürgen Schwab (Amorbach), ehemaliger REP-Kreisvorsitzender, zu nennen, der in Bamberg studiert. Seine Nazi-Postille "Junges Franken" ist allerdings über eine Postfachadresse in Großheubach bei Miltenberg zu beziehen. Über den von ihm maßgeblich beeinflußten "Deutschen Freundeskreis" (DF) und den "Frankenrat", beides Kooperationsorgane diverser Nazi-Gruppen, hat er z.B. sehr gute Kontakte zur FAP (bzw. - nach dem Verbot - zu ehemaligen FAP Mitgliedern).

Nazi-Aktivitäten

der letzten Jahre

So erklärt sich, daß bereits im November 1991 im Rahmen der Aschaffenburger Aktionswoche des Deutschen Freundeskreises in der kleinen Spessartgemeinde Eschau-Sommerau/Kreis Miltenberg eine Veranstaltung durchgeführt wurde: Der FAP-Bundesvorsitzende Friedhelm Busse sprach bei einer "nationalrevolutionären Kundgebung" (Einladungsflugblatt) vor ca. 30 militanten Nazis, die aus dem gesamten Rhein-Main-Gebiet angereist waren.

Im September 1992 war der Einzugsbereich, aus dem die im Kreis MIL versammelten Nazis kamen, erheblich größer: zu einem Konzert mit "Tonstörung" kamen rd. 100 Skins in das Obernburger Rock-Cafe Last Exit. (Die Kneipe hat heute einen anderen Pächter und ist kein Nazi-Treff mehr.) Sie stammten aus den umliegenden bayerischen und hessischen Städten und Großstädten, z.B. auch aus Dresden.

Am 29. und 30.1.1993 wollte die FAP wiederum in Eschau einen Landesparteitag und zusammen mit dem DF einen Tag später in Obernburg eine Demonstration anläßlich des 60. Jahrestages der "Machtergreifung" Hitlers durchführen. Beides wurde vom Landratsamt Miltenberg verboten. Das Verwaltungsgericht hob das Verbot gegen den Parteitag auf. Dieser fand aber nicht statt.

Als am 10.11.1994 die Wiking-Jugend verboten wurde, kam es auch in Miltenberg zu einer Hausdurchsuchung. In Miltenberger Antifa-Kreisen stand seit einigen Monaten fest: Dirk Nahrat, Bruder des Bundesführers der Wiking-Jugend (WJ), hat sein Domizil in der unterfränkischen Kreisstadt aufgeschlagen. Nahrath hatte noch in den Wochen zuvor versucht, Elternbeiratsvorsitzender an der Grundschule zu werden. Den Posten eines Klassen-Elternsprechers und eine ähnliche Position am städtischen Kindergarten konnte er

bereits besetzen, da bei den Wahlen seine WJ-Aktivitäten unbekannt waren. Das Offenlegen seiner Nazi-Tätigkeiten verhinderte zumindest die Wahl zum Elternbeiratsvorsitzenden. Der katholische Kindergarten Miltenberg-Nord sah sich in seiner an die Eltern gerichteten Kindergartenzeitung sogar genötigt, eine Warnmeldung mit Beschreibung der WJ abzugeben: "Vorsicht - Wiking-Jugend in Miltenberg. Informieren Sie andere Eltern, Freunde und Bekannte!"

An jenem 10. November, als ab 6.15 Uhr die Razzia bei Nahrath durchgeführt wurde, dürften die Beamten wohl auch diverse gerahmte Hitler-Zitate etc. bemerkt haben, die zur Verzierung des Wohnzimmers gedient haben sollen. Dirk Nahrath war zudem seit einiger Zeit auf der Suche nach einem größeren Anwesen mit Gebäude, in dem - so wird allgemein vermutet - eine neue WJ-Schulungsstätte entstehen sollte! Auch hier wollte die WJ wohl bewußt "aufs Land" gehen. Daraus wird nun erstmal nichts.

Internationales Nazi-Treffen

Bisheriger Höhepunkt war allerdings der 10.12.94: Als Gegenaktion zur Konferenz der europäischen Staatschefs veranstalteten europäische Nazis im Saalbau in Klingenberg eine Konferenz mit rund 200 TeilnehmerInnen. Ursprünglich sollte die Veranstaltung in Michelstadt durchgeführt werden. Nachdem der Vertrag dort gekündigt worden war, wichen die Nazis nach Klingenberg aus. Dort versammelten sich Rechtsextreme aus den Niederlanden (u.a. Tim Mudde, Generalsekretär der Centrumspartij 86), Argentinien (u.a. Dr. Carlos Dufour/Argentinische Nationalistische Arbeiterpartei in Europa), Frankreich (u.a. Claude Cornilleau, Vorsitzender der Nationalistischen Partei Frankreichs und Europas), Kroatien (u.a. Velimir Bujanec, Vorsitzender der Jungen Kroatischen Rechten/Neue Rechte), Deutschland (u.a. NPD-Chef Deckert und Vertreter der JN), Luxemburg, Bulgarien, Österreich (soweit der Presse zu entnehmen) und Italien (wie BeobachterInnen berichteten).

Der Pächter des Saalbaus gab bekannt, er sei über den wahren Charakter der Veranstaltung im unklaren gelassen worden, was später in einer Gegendarstellung von Klaus Beier für den JN-Regionalverband Unterfranken dementiert wurde. Als Ausrichter der Veranstaltung wurden Junge Nationaldemokraten aus Stolberg (Nordrhein-Westfalen) benannt. Ein weiterer Beleg also, daß die NPD/JN als Auffangbecken der WJ dient (Stolberg war der Bundessitz der WJ).

Verabschiedet wurde in Klingenberg ein Europäisches Jugendmanifest, in dem wahrscheinlich gegenseitige Kontakte verabredet worden sind. Die mit mehreren Hundertschaften anwesende Polizei beschlagnahmte Propagandamaterial, Hakenkreuze etc. Im Programmheft waren gemeinsam zu singende Lieder abgedruckt: "Es dröhnt der Marsch der Kolonne", "Legion Condor", "Auf hebt unsere Fahnen", "Ein junges Volk steht auf" und andere. Ein politisches Kabarett mit Harry Kirch und Rene Heizer sowie Live-Musik von "Noie Werte" und mit dem Nazi-Barden Frank Rennicke mußte mangels Erlaubnis der Stadt Klingenberg ausfallen. Zu hören war dann nur noch krachende Marschmusik. Die örtliche Naziprominenz (Beier, Schwab etc.) wurde nicht gesehen. Sie verschanzte sich anscheinend im Saal.

Ein Mitglied der Miltenberger Initiative für Demokratie und Frieden (IDeF) (2) bemerkte die Nazi-Zusammenrottung erst im Laufe des Nachmittags und alarmierte daraufhin einige Antifaschistinnen, so daß wenigstens symbolisch eine Gegenaktion stattfand und BeobachterInnen vor Ort waren. Die Nazis selbst feierten ihren "europäischen Kongreß der Jugend" als "Zusammenschluß der europäischen Nationalisten".

Das Nationale Info-Telefon Franken (12.12.94, 22 Uhr), ein Infodienst der Rechten, kommentiert das Polizeiaufgebot in der Weise, daß die "ausländischen Gäste" sich "an vermeintlich untergegangene Regimes erinnert fühlen mußten". Nazi-Deutschland war damit wohl nicht gemeint. Eher sollte mit dieser Formulierung die ehemalige DDR denunziert werden. Schließlich kündigten die Nazis an, der zweite Kongreß dieser Art solle 1995 "in einem wirklich demokratischen Land Mitteleuropas" stattfinden, womit - wie in Miltenberg vermutet wird - Kroatien gemeint sein könnte.

Hausdurchsuchung

und Pizzaessen

Zur Durchsuchung einer weiteren Nazi-Wohnung im Landkreis Miltenberg kam es im Januar 1995. Im Rahmen einer Aktion, die sich vor allem gegen den Volksverhetzer und NPD-Chef Deckert richtete, wurden zehn

Objekte in Süddeutschland durchsucht, die zumeist in der Provinz liegen; so auch in Schneeberg/Kreis Miltenberg. (Main-Echo, 27.01.95)

Im Februar war eine weitere Nazi-Aktivität mit bundesweiter Ausstrahlung zu beobachten. In Aschaffenburg versammelten sich auf Einladung des NPD-Kreisverbandes Aschaffenburg-Miltenberg (Führer: Klaus Beier, Kirchzell) rund 120 Neonazis zu einem "Hans-Münstermann-Trauermarsch" mit Kundgebung. Erinnern wir uns: Der Schüler Münstermann war während des Faschings 1993 bei einer Schlägerei erstochen worden, wobei ein albanischer Asylbewerber als Täter gilt. Damals gingen rund 800 BürgerInnen in Aschaffenburg auf die Straße und bildeten - unter Beteiligung führender Neo-Nazis und örtlicher CSU-Prominenz - eine Lichterkette für den Getöteten.

1994 ging die Wiederholung dieser Innenstadtbeleuchtung für die NPD in die Hose: Lediglich rund 30 Personen, durchweg aus dem Nazi-Spektrum, beteiligten sich. Daher hatte die NPD 1995 vorgesorgt und bundesweit wenigsten 120 Anhänger für ihren Trauermarsch gegen "Inländerfeindlichkeit" mobilisieren können. AntifaschistInnen wollten den Fasching nutzen, um gegen den Nazi-Aufmarsch vorzugehen. Mit Pappnasen und anderen Karnevalsutensilien trafen sie sich auf dem Kundgebungsplatz (in direkter Nähe des Tatortes von 1993), da an Fasching eben den Pappnasen die Straße gehört. Humorlos dagegen die Polizei: Sie räumte und machte so Platz für die NPD!

Später ging sie gegen ca. 50 Antifas vor, die nach dem Ende der Nazi-Kundgebung angeblich "die Konfrontation mit einzelnen Rechten" (Main-Echo, 27.02.95) gesucht hätten. Zwei der pappnasigen FaschingsfreundInnen wurden festgenommen. Dann setzten Uniformierte die 50 Antifas eine Viertelstunde lang fest, damit die Nazis abziehen konnten und "gingen gegen einzelne auch mit körperlicher Gewalt vor". (Main-Echo, ebd.)

Aber auch die NPD bekam Kontakt mit bayerischen Beamten. Elf Neo-Nazis wurden vorübergehend festgenommen. Sie führten nach Polizeiangaben zum Teil Gasrevolver, Tränengas, Elektroschockgeräte, Nazi-Embleme und Uniformteile bei sich. Zudem durften sie den geplanten Kameradschaftsabend nach der Kundgebung nicht durchführen, mußten in Gruppen von maximal zehn Personen abziehen und ihr Führer Deckert bekam ein Teilnahme-Verbot am "Münstermann-Trauermarsch".

Als die Kundgebung beendet und der beabsichtigte Kameradschaftsabend aufgelöst war, zogen sich die Nazis zurück - in den Landkreis Miltenberg. Dort versuchten sie, im Klingenberger Saalbau einen Ersatz-Kameradschaftsabend durchzuführen, was polizeilich verhindert wurde. Und schließlich trafen sie sich in Klaus Beiers Stammkneipe, der Pizzeria "Quo Vadis" in Amorbach, mit immerhin noch 20 Personen. Auch dort griffen Staatsdiener auftragsgemäß durch und demonstrierten zur Beruhigung der Bevölkerung und des Auslandes, daß die bayerische Staatsregierung auf dem rechten Auge keinesfalls blind sein kann! (3)

Und die Schlußfolgerungen?

Die bereits vor längerer Zeit getroffene Feststellung, daß die Nazis sich mit Vorliebe in der Provinz austoben (im hessischen Michelstadt, in den bayerischen Orten Miltenberg, Klingenberg, Eschau ... aber auch in anderen Provinzen Deutschlands) bewahrheitet sich - sogar bei internationalen Treffen, wie wir im Dezember 1994 gesehen haben. Was aber hat dies für AntifaschistInnen zu bedeuten? Welche Schlußfolgerungen ergeben sich aus den hier beispielhaft aufgeführten Nazi-Aktivitäten in der Provinz?

Es ist wohl klar, daß den benachteiligten Provinzen mit ihren unzureichenden antifaschistischen Strukturen Hilfe angeboten werden muß. So könnten aus der Provinz in die Großstädte abgewanderte AntifaschistInnen von sich aus den Kontakt in die Herkunftsregion halten und den dort Verbliebenen regelmäßig Informationen, Termine und interessante Veröffentlichungen zukommen lassen. Wichtig wäre auch, die finanzielle Unterstützung der Projekte auf dem Land trotz Umzugs in die Stadt nicht abreißen zu lassen. Metropolen-AntifaschistInnen oder Gruppen könnten ganz gezielt provinzielle Initiativen fördern (Initiativen-Patenschaften).

Weiterhin sollte es für Gruppen aus den größeren Städten und Zentren der antifaschistischen Bewegung selbstverständlich sein, an Demonstrationen u.ä. in der Provinz teilzunehmen, falls dies von den dortigen Initiativen gewünscht wird. Selbstverständlich kann dies nur auf Grundlage der von den Gruppen vor Ort ausgegebenen Bedingungen geschehen. Diese wissen selbst am besten, welche Formen angesagt sind, wie

die örtliche Nazi-Szene reagieren wird oder wie die Polizei sich verhält. Die Mentalität "Wir aus der Metropole zeigen den Provinzheinis jetzt mal, wie eine richtige Antifa-Demo auszusehen hat" ist nicht nur überheblich und kolonialistisch, sondern politisch kontraproduktiv.

Es sollte hier zur gängigen solidarischen Praxis werden, auch einmal hundert oder mehr Kilometer zurückzulegen, um an einer Aktion in der Provinz mit möglichst vielen VertreterInnen der städtischen Antifa teilzunehmen. Eine Klarstellung scheint mir aber nötig: Die antifaschistisch Aktiven aus den ländlichen Gegenden werden sich für diese Unterstützung nicht in gleicher Weise revanchieren können. Sie verfügen eben nicht über die Substanz, schnell einmal mit fünfzig Leuten nach Frankfurt oder Nürnberg zu fahren. Und ihre starke Inanspruchnahme durch die Arbeit vor Ort, die immer auf sehr wenigen Schultern liegt, verhindert wahrscheinlich sogar, daß auch nur fünf Leute anreisen können.

Berücksichtigt werden muß auch, daß die Antifa-Aktiven in der Provinz nicht - wie in den Metropolen - überwiegend unter 25 Jahre und kinderlos sind und in Schul- oder Hochschulausbildung stehen, sondern sehr oft durch Familie und Berufstätigkeit stark eingespannt sind. Es bleibt dabei: Unterstützung der Provinz ist ein politisch lebenswichtiger und eigentlich auch selbstverständlicher Akt der Solidarität.

Martin Bayer

Anmerkungen:

1) Zur Definition des Begriffs "Provinz" und zu einigen allgemeinen Aspekten dieses Themas siehe Martin Bayer: "Was ist Provinz?" in: NHZ Nr. 83 (Mai/Juni 1994); auch in: Arranca! Nr. 4 (Sommer 1994); sowie ders.: "Provinz: Ort ohne Linke?" in: NHZ Nr. 97 (Jahreswechsel 1994/1995).

2) Ich danke Mitgliedern der Initiative für Demokratie und Frieden (IDeF) für zahlreiche Informationen, insbesondere die Dokumentationen "Rechtsextreme Aktivitäten im Landkreis Miltenberg" 1993 und 1994.

3) In diesem Zusammenhang stellt sich natürlich noch die Frage: Was ist mit den Republikanern im Kreis MIL? Denn die sind hier nicht weiter erwähnt, da sie mit großen Aktionen nicht in Erscheinung getreten sind. Und sie werden es auch künftig nicht tun. Nachdem das Land Bayern die REPs als rechtsextremistisch eingestuft hat und damit die Mitgliedschaft in dieser Partei nicht mehr unbedingt mit der Tätigkeit als Beamter zu vereinbaren ist, wurde es dem Miltenberger REP-Kreisvorsitzenden mulmig. Der Polizeibeamte Bittner tat also, was auch Zeitler (Würzburg) schon gemacht hatte: Er trat aus. (Zeitler wollte keine Kürzung seiner Pension riskieren.) Bittners rechte Hand Patzelt folgte seinem Meister; somit sind die REPs absolut führungslos und seither auch nicht mehr in Erscheinung getreten.

Der Artikel erschien (in kürzerer Fassung) in "NHZ Linke Zeitschrift für die Region". Der "RABAZ - antifaschistische Infozeitung aus Bayern" wurde er angeboten, von der Redaktion allerdings kommentarlos nicht gedruckt.

12. Nachrichten von Rechts

Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak382/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:382:31

Erfurt, 26.7.95: Mit einem Freispruch endete die Berufungsverhandlung vor dem Landgericht Erfurt gegen den Neonazi Dienel. Dieser war wegen der Verwendung des sogenannten "Kühnen-Grußes" im April 1992 auf dem Gelände der Gedenkstätte Buchenwald vom Amtsgericht Weimar zu einer Haftstrafe von sechs Monaten verurteilt worden. Damals - so das Landgericht - sei der "Kühnen-Gruß" noch nicht strafbar gewesen.

Thüringen/Sachsen, 14.8.95: Bei umfangreichen Kontrollen auf Autobahnen etc. nahm die Polizei in diesen beiden Bundesländern insgesamt 84 Jugendliche in Vorbeugegewahrsam. Dieser Vorbeugewahrsam kann in diesen Bundesländern bis zu zwei Wochen verhängt werden. Die Neonazis wurden vom zuständigen Gericht für eine Woche aus dem Verkehr gezogen. Insgesamt waren weit über 100 Neonazis kontrolliert und vorübergehend festgenommen worden. Anlaß des Aufmarsches von etwa 900 Polizisten war die Ankündigung der traditionellen "Rudolph-Heß-Aktionswoche"; diese fand nach vorliegenden Informationen in Form eines Aufmarsches von 60 Neonazis in Hamburg am 18.8.95 und von 250 Neonazis in Schneverdingen (Lüneburger Heide) am 19.8. statt. In Hamburg wurden etwa 15 Nazis festgenommen, die in Schneverdingen aufmarschierten Nazis zerstreuten sich bei Eintreffen der Polizei.

Roskilde/Dänemark, 19.8.95: Auch in Roskilde marschierten ca. 100 Nazis auf. Sie wurden von 500 Antifaschisten bedrängt und am Betreten der Stadt gehindert. Bei den Auseinandersetzungen wurden dort etwa 30 Antifaschisten und ebensoviele Neonazis festgenommen. In Roskilde wurde über den Auslieferungsantrag gegen Gary Rex Lauck verhandelt, der mittlerweile nach Deutschland ausgeliefert wurde.

Oslo, 16.8.95: Aufgrund von Hinweisen aus Deutschland wurde in Oslo Lars Burmeister (26 Jahre) verhaftet, nach dem seit drei Jahren gefahndet wurde. Burmeister, Berliner Regionalchef der inzwischen verbotenen "Freiheitlichen Arbeiterpartei", hatte damals gemeinsam mit Komplizen drei Männer zusammengeschlagen, von denen einer erblindete. Ein Auslieferungsantrag, dem höchstwahrscheinlich stattgegeben werden wird, soll gestellt sein.

Koblenz, 18.8.95: Gegen Michael Petri, Vorsitzender der mittlerweile verbotenen "Deutschen Nationalisten", wurde wegen der Verbreitung jugendgefährdender Schriften Anklage erhoben. Petri wird beschuldigt, Schriften, die zum Haß gegen Ausländer, insbesondere Türken, aufstacheln, seit 1993 über ein Mainzer Postfach vertrieben haben. Unter anderem wird in diesen Schriften behauptet, die Türken würden eine Geheimarmee mobilisieren und "Die Ausrottung des deutschen Volkes ist ihr Programm". Am 7. Juni 95 hatte die Polizei in einer bundesweiten Razzia 80 Häuser und Wohnungen durchsucht, und die über Mainz verschickten Blätter bei den Empfängern beschlagnahmt. Da gegen Petri Ende September auch wegen Fortführung der verbotenen "Deutschen Alternative" der Prozeß eröffnet werden soll, will die Staatsanwaltschaft beide Verfahren zu einer gemeinsamen Hauptverhandlung zusammenlegen. In diesem Verfahren ist Petri eine von insgesamt 18 Personen, die sich deshalb zu verantworten haben.

Belgien, 27.8.1995: Ca. 200 ausländische Skins, darunter 144 deutsche, wurden von der belgischen Polizei ausgewiesen, nachdem sie sich eine Schlacht mit der Polizei geliefert hatten. Die Skins hatten am Vorabend versucht, ca. 40 weitere Skinheads aus dem Polizeigewahrsam zu befreien. Anlaß der Auseinandersetzungen war das alljährlich in Diksmuide stattfindende Treffen zum Gedenken an die im ersten Weltkrieg am Fluß Yser gefallenen Soldaten. Diese "Yserbeidefahrt" ist seit Jahren ein zentraler Treffpunkt europäischer Neonazis, die auch in den vergangenen Jahren dieses Treffen für sich zu nutzen versuchten.

Magdeburg, 30.8.95: Zu einer Jugendstrafe von vier Jahren wurde ein Skinhead verurteilt, der im Herbst 1991 einen Türken lebensgefährlich verletzt hatte. Das Gericht sah es als erwiesen an, daß der mittlerweile 23jährige sein Opfer mit Leuchtspurmunition beschossen hatte. Ein Mitangeklagter wurde zu einem Jahr Jugendstrafe auf Bewährung verurteilt.

Northeim, 3.9.95: Im Northeimer Industriegebiet versammelten sich etwa 300 Skins aus dem gesamten Bundesgebiet zu einem Oi-Konzert in der Nähe der Wohnung von Thorsten Heise, Niedersachsen-Chef der verbotenen FAP. Die Polizei stellte bei Kontrollen Totschläger, Ketten und Gaspistolen sicher.

Frankfurt/Oder, 6.9.95: Vor dem Landgericht Frankfurt/Oder begann die Neuauflage des Prozesses gegen den 21jährigen Silvio J., der beschuldigt wird, am 31. Oktober 1992 mit zwei Brandsätzen die Asylunterkunft in Dolgenbrodt abgebrannt zu haben, in die am Tag darauf 84 afrikanische Asylbewerber einziehen sollten. Mangels Beweisen hatte das Landgericht Potsdam auf Freispruch entschieden; das Urteil war aber vom Bundesgerichtshof kassiert worden. Der Fall Dolgenbrodt ist deshalb von einiger Brisanz, weil der Angeklagte ursprünglich ausgesagt hatte, Dorfbewohner hätten ihn für die Tat bezahlt. Diese Aussage hatte er vor Gericht widerrufen.

Cottbus, 7.9.95: Ein Treffen von etwa 70 führenden Mitgliedern verbotener Nazi-Organisationen wurde von der Polizei aufgelöst. Unter den Teilnehmern waren u.a. Friedhelm Busse, Ex-Chef der FAP, Frank Hübner von der verbotenen "Deutschen Alternative" und Frank Schwerdt von "Die Nationalen". Es habe der Verdacht auf Fortführung der verbotenen Vereine bestanden, begründete die Polizei ihr Einschreiten. Diverses NS-Propagandamaterial wurde beschlagnahmt. Insbesondere die ehemalige "Deutsche Alternative" soll - so die Polizei - seit einiger Zeit versuchen, wieder aktiv zu werden und neue Strukturen zu bilden.

Dortmund, 7.9.95: Wegen Fortführung der verbotenen "Nationalistischen Front" steht in Dortmund der Neonazi Meinolf Schönborn mit zwei weiteren Neonazis vor Gericht. Sie sollen den Zusammenhalt der "NF" auch nach deren Verbot aufrechterhalten haben und über Schönborns Versandhandel Nazi-Propagandamaterial produziert und verbreitet haben. Speziell Schönborn hatte zum "Aufbau unabhängiger nationalistischer Zellen" aufgerufen. Ende 1994 war Schönborn unter dem Verdacht, eine terroristische Vereinigung zu betreiben, verhaftet worden, später aber wieder freigelassen worden. Erst wenige Tage vor Prozeßeröffnung hatte die Polizei bei Schönborns Mitangeklagtem Stefan Roger Pielert Wohn- und Geschäftsräume durchsucht und dabei Kataloge mit rechtsextremem Inhalt beschlagnahmt.

Ein Versuch Schönborns, seine Produktion und seinen Versandhandel ins dänische Kvaers zu verlagern, um von dort aus durch deutsche Gerichte unbehelligt arbeiten zu können, war 1994 spektakulär gescheitert: Bauern und angereiste AntifaschistInnen hatten den deutschen Nazis in einer gemeinsamen Aktion deutlich gemacht, wo in Dänemark die Liberalität endet.

Im August hatte die Grünen-Abgeordnete Annelie Buntenbach Innenminister Kanther beschuldigt, nicht gegen die Fortführung der NF vorzugehen. Ihr seien Materialien zugespielt worden, nach denen sich etwa 830 Aktivisten und 9.000 Sympathisanten um Schönborn scharen würden. Speziell der von Schönborn ins Leben gerufene "Förderkreis mitteldeutsche Jugend" sei bisher nicht verboten. Die Vorwürfe Buntenbachs wurden vom Innenministerium (selbstverständlich) zurückgewiesen. Schönborn habe derzeit maximal 50 Aktivisten in Stützpunkten in Berlin, Bremen, Braunschweig, Chemnitz und Nürnberg. Ob die Aktion gegen Pielert aufgrund des Materials, das Frau Buntenbach den Behörden übergeben hatte, durchgeführt wurde, ist unklar.

13. Lauck aus Dänemark ausgeliefert

Autor: ES, Hamburg · Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak382/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:382:33

Nach monatelangem Tauziehen wurde der US-amerikanische NSDAP/AO-Chef Gary Rex Lauck aus Dänemark nach Deutschland ausgeliefert. Lauck war am 20. März dort aufgrund eines internationalen Haftbefehls des Amtsgerichts Hamburg festgenommen worden. In Deutschland droht ihm nun ein Prozeß wegen Volksverhetzung, Bildung einer kriminellen Vereinigung, Aufstachelung zum Rassenhaß und Verbreitung verfassungsfeindlicher Propaganda. Ob Lauck wegen all dieser Delikte angeklagt werden kann oder ob sich die Anklage auf die Punkte beschränken muß, die das oberste dänische Gericht als gerechtfertigt ansah, ist dabei derzeit noch unklar.

Daß Lauck überhaupt ausgeliefert wurde, stellt nicht nur für die Neonazis eine Überraschung dar. Bislang nämlich galt Dänemark als ein Land, dessen Liberalität sogar die übelste Nazi-Propaganda straffrei zu ertragen schien und das deshalb für diverse deutsche Nazigröße zur scheinbar sicheren Auslandsfiliale auserkoren wurde. Jahrelang z.B. vertrieb der Altnazi und ehemalige SS-Mann eines Nebenlagers von Auschwitz, Thies Christophersen, von dort aus seine in Deutschland verbotene Postille "Die Bauernschaft". Auch Meinolf Schönborn von der verbotenen "Nationalistischen Front" meinte, von Kvaers aus seine NS-Devotionalien vertreiben zu können (was ihm die dortigen Bauern zusammen mit AntifaschistInnen mit Mistgabeln und ähnlichem Gerät effektiv austrieben). Dänemark diente häufiger für Treffen zwischen deutschen Neonazis und Lauck, der als Produzent des NS-Kampfrufs (vertrieben in Lincoln/Nebraska) eine nicht gerade unbedeutende Propagandaschrift vertreibt, über die auch die deutschen NS-Kader ihre Nachrichten austauschen. Lauck selbst ist seit mehr als 20 Jahren in diesem Geschäft tätig. Spätestens 1974 war er mit Christophersen und anderen Nazis spektakulär im Hamburger Haus des Sports aufgetreten, später bei der NS-Kampfgruppe der Familie Müller in Mainz-Gonsenheim. Festnahmen in der Vergangenheit führten aber nicht zu einem Prozeß, sondern zu seiner Abschiebung in die USA.

Laucks Ausweisung erfolgte nach drei Verfahren, deren letztes schließlich vor dem obersten dänischen Gerichtshof stattfand. Die Richter sahen es als erwiesen an, daß Lauck auch in Dänemark wegen der ihm in Deutschland vorgeworfenen Delikte zu einer Haftstrafe von über einem Jahr verurteilt werden könne. Dies aber ist nach dänischem Recht die Voraussetzung für eine Auslieferung eines Ausländers.

Gegen die Auslieferung Laucks protestierten in Roskilde, wo dieser einsaß, am 19.8.95 etwa 100 Neonazis, die von etwa 500 AntifaschistInnen bedrängt wurden. Tatsächlich gelang es den Nazis nicht, nach Roskilde zu gelangen, weil AntifaschistInnen die Zufahrtsstraßen für sie gesperrt hatten. 57 Personen aus beiden Lagern wurden festgenommen.

Zur Vorbereitung des Prozesses aus antifaschistischer Sicht hat sich in Hamburg eine Gruppe gebildet, die schon ein erstes Faltblatt herausgebracht hat. Die Gruppe ist erreichbar über Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20537 Hamburg, Stichwort "Lauck".

ES, Hamburg

14. Dreieinhalb Jahre Knast für Althans

Autor: ES, Hamburg · Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak382/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:382:36

Eine der schillerndsten Figuren der deutschen Neonazi-Szene, Bela Ewald Althans, wurde am 29.8.1995 von der Staatsschutzkammer des Berliner Landgerichts zu dreieinhalb Jahren Gefängnis wegen Volksverhetzung, Beleidigung und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener und Leugnen der Schoah verurteilt. Schon zuvor war Althans vom Landgericht München in zweiter Instanz zu 18 Monaten ohne Bewährung verurteilt worden. Damit endet fürs erste die Karriere des Ende der 80er bis Anfang der 90er Jahre als Nachfolger Kühnens apostrophierten Möchtegern-"Führers" Althans. Die jetzige Verurteilung erfolgte auf Grund der Aussagen von Althans, die er in dem Film "Beruf Neonazi" gemacht hatte.

Althans, aus einer eher liberaler Hannoveraner Familie, war 1983 zu Kühnens "Aktionsfront Nationaler Sozialisten" gestoßen, hatte nach deren Verbot beim Altnazi Otto-Ernst Remer NS-Schulungen gemacht und war mit seinem Infoladen in München zu einem organisatorisch kaum einzuordnenden, über seine Aktivitäten und seine Versandaktionen aber weithin beachteten Kader der Naziszene geworden. Insbesondere seine Kontakte zu Ernst Zündel in Toronto/Kanada, als dessen Ziehsohn und Statthalter in Deutschland er sich gerne darstellte, verhalfen ihm zu einigem Einfluß, auch wenn sein immer geschniegeltes und gestyltes Yuppie-Aussehen ihm innerhalb der Szene einiges an Mißtrauen einbrachte.

Weltweite Bekanntheit erlangte Althans durch den staatlicherseits mit 460.000 DM geförderten Film des Filmemachers Winfried Bonengel, in dem er alle Lügen des nazistischen Geschichtsrevisionismus auftischte. Seine Bekanntschaft mit Bonengel ist dabei sicher älter: Dieser hatte auch schon den Film über den Mord an einem Hannoveraner Aussteiger aus der ANS-Szene gedreht. Der Film "Beruf Neonazi" erregte wegen seiner offenen Nazi-Propaganda weltweit Aufsehen und durfte in Deutschland nur äußerst selten und vor ausgesuchtem Publikum gezeigt werden.

Vor Gericht stritt Althans nahezu alles ab: Er sei 1983 nur halbherzig zu den Nazis gestoßen, dem Filmemacher habe er sich aus Gefälligkeit als Schauspieler zur Verfügung gestellt, er sei von Bonengel geleimt worden und überhaupt habe er sich seit 1990 aus der Naziszene gelöst. Tatsächlich gab es um Althans immer auch Spekulationen, die in einschlägigen Kreisen stets um den Vorwurf der Homosexualität und des Verrats kreisen. Wie jetzt vor Gericht bekannt wurde, hatte sich Althans in der Tat etwa 1991 dem bayerischen Landeskriminalamt als Informant zur Verfügung gestellt. Seit etwa 1993 gibt es Kontakte zum bayerischen Verfassungsschutz. Dieser bestätigte zwei Kontaktgespräche, bei denen Althans für Informationen über die internationale Naziszene eine Geldforderung von DM 360.000 DM erhoben habe. Die Zusammenarbeit sei aber auf einem zweiten Treffen beendet worden; nicht nur wegen der Geldforderung, sondern auch, weil der VS mit einem Aktivisten der vordersten Front nicht zusammenarbeite. Weitere Fragen allerdings wurden mit Hinweis auf eine beschränkte Aussagegenehmigung vom Vertreter des Verfassungsschutzes nicht mehr beantwortet. Auch die Zusammenarbeit mit dem Landeskriminalamt soll von diesem wegen "mangelnder Nachrichtenehrlichkeit" der Quelle Althans 1994 beendet worden sein.

Das Gericht folgte den Einlassungen Althans, er habe sich vom Nazismus gelöst, nicht, da dieser sich auch im Prozeß immer wieder auf geschichtsrevisionistische Nazi-Quellen berufen habe. Zudem war Althans beispielsweise noch 1992 beim "Rudolf-Heß-Gedenkmarsch" in führender Position dabei gewesen und auch bei den Rostocker Pogromen vom August/September 1992 war Althans dabei - zu einer Zeit, zu der er schon ausgestiegen sein will. Das Gericht hielt Althans für einen "Demagogen und geistigen Brandstifter" und ging mit der Verurteilung zu dreieinhalb Jahren Haft noch über dem Antrag der Anklage hinaus. Die 18 Monate aus dem Münchner Urteil sind darin eingeschlossen.

ES, Hamburg

15. Briefbombenprozeß in Österreich eröffnet

Autor: ES, Hamburg · Rubrik: Österreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak382/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:382:38

Vor dem Wiener Landgericht begann am 11. September der Prozeß gegen die beiden Neonazis Peter Binder und Franz Radl. Sie werden außer der nationalsozialistischen Wiederbetätigung (ein in Österreich hart geahndetes Delikt) auch der Urheberschaft für mindestens die erste Serie der Nazi-Briefbomben im Herbst 1993 beschuldigt. Franz Radl, ein Student, soll Anstifter, Peter Binder, ein Elektrotechniker, der ausführende Bastler gewesen sein. Einem dritten Angeklagten, Alexander Wolfert, wird nur nationalsozialistische Wiederbetätigung, nicht aber Beteiligung an der Bombenserie zur Last gelegt. Wolfert und Binder hatten gemeinsam mit Nitroglyzerin experimentiert und in Binders Wohnung waren Teile gefunden worden, wie sie für die Herstellung von Briefbomben benutzt werden können: Wolframdrähte aus Taschenlampenbatterien, Patronenhülsen ohne Zünder etc.

Die Angeklagten bestreiten jede Beteiligung an den Briefbombenattentaten, bei denen vier Personen, darunter der Wiener Bürgermeister Helmut Zilk, schwer verletzt wurden. Sie räumen die "nationalsozialistischen Wiederbetätigung" ein. Für dieses Delikt war im Herbst 1993, unmittelbar vor der Briefbombenserie, der VAPO-Führer und auch in Deutschland bekannte österreichische Nazi, Gottfried Küssel zu einer langjährigen Haftstrafe verurteilt worden. Die Briefbomben sollten als Akt der Solidarität mit Küssel gelten.

Außer auf die oben genannten Indizien kann die Staatsanwaltschaft auf eine Computerdatei verweisen, in der 1561 Personen mit Adressen gespeichert waren, u.a. die Empfänger der ersten zehn Briefbomben. Auch die Schreibmaschine Radls paßt zu einem Artikel in der Untergrundzeitung "Halt", in dem zum Terror aufgerufen wurde. Insbesondere soll Radl Verfasser einer Schrift sein, in der "10 Briefe für 10 Jahre Küsselhaft" gefordert wurden.

Für Zweifel an der Täterschaft Binders sorgte unterdes ein Gutachten des Experten für Sprengstoffe des österreichischen Bundesheeres: Dieser sagte aus, daß zwischen den Briefbomben der ersten Serie und den später verschickten derartige Parallelen bestünden, daß sie mutmaßlich denselben Erbauer hätten. Diese zweite Serie aber kam erst zur Explosion, als Binder und Radl längst in Haft waren. Insgesamt bekennt sich eine bis heute völlig dubiose "Bajuwarische Befreiungsarmee" (BBA) zu den Attentaten. Dieser "BBA" werden folgende Vorfälle zugerechnet:

24.8.1994: Vor einer Klagenfurter Volksschule wurden mehrere Polizisten beim Versuch schwer verletzt, eine Rohrbombe zu entschärfen.

4.-6.10.1994: Vier Briefbomben werden aufgegeben, die aber nicht explodieren.

4. und 6. 2. 95: Vier Roma werden in Oberwarth (Burgenland) durch eine Rohrbombe getötet, in der benachbarten Gemeinde Stinatz wurde ein Mitarbeiter der Müllabfuhr verletzt.

9. und 13.6.95: Drei weitere Briefbomben aus Österreich verletzen eine Fernsehmoderatorin in München, einen SPD-Politiker in Lübeck und zwei Angestellte eines Partnervermittlungsinstituts in Linz.

Ob es sich bei diesen Bomben um "Entlastungsattentate" handelt, ob die Briefbomben wirklich aus derselben Werkstatt stammen - dies sind bislang offene Fragen.

Interessant aber wird sein, was die deutschen Zeugen, die in dem Prozeß vernommen werden sollen, auszusagen haben. So tauchte in unmittelbarer Umgebung Binders damals das Auto des Berliner Nazis Priem auf. Binder war auch längere Zeit gemeinsam mit Gottfried Küssel Bewohner des von Nazis besetzten Hauses in der Berliner Weitlingstraße. Dort hatte Binder an Schulungen zum Bombenbau teilgenommen. An der tschechischen Grenze war Binder mit einem bis unters Dach mit Waffen beladenen Auto festgenommen worden. Als Binder dann offenbar nicht termingerecht beim Ziel ankam, erkundigte sich ein ominöser "Dr. Vanda" bei Binders Ehefrau nach dessen Verbleib.

Vermutlich handelt es sich bei diesem "Dr. Vanda" um Bendix Wendt, ein Mitglied von Priems NS-Rock-Gruppe "Die Vandalen", das Binder aus der Weitlingstraße kennt. Wendt ist Schlosser und Waffennarr, er kann seit Anfang 1994 nicht mehr aufgefunden werden und wird als Söldner in Kroatien vermutet.

"Er habe nichts zu sagen" - dies lies lapidar ein zweiter deutscher Neonazi dem österreichischen Verfassungsschutz mitteilen: Peter Naumann, 41 Jahre, der gerade den deutschen Behörden umfangreiche Waffendepots der Nazis gezeigt hat (siehe Artikel in dieser ak). Eben dieser Naumann, selbst Experte in Sachen Bomben, war seit seiner Haftentlassung 1990 nicht nur in der Berliner Nazi-Szene aufgetaucht, sondern pflegte auch Kontakte zur VAPO des Gottfried Küssel und Franz Radl, so u.a. auf sogenannten "Ulrichsberg-Treffen".

Für den Prozeß in Österreich sind zunächst 15 Verhandlungstage angesetzt. Vernommen werden sollen 133 Zeugen. Ein Urteil wird nicht vor Mitte Oktober erwartet.

ES, Hamburg

16. Peter Naumann: Reuiger Bombenbastler oder gewiefter Taktiker an der Leine des VS?

Autor: Bildungs- und Solidaritätswerk Anna Seghers · Rubrik: Geheimdienste; Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak382/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:382:28

Mitte August ging eine Meldung durch die Medien, die bei vielen für Erstaunen sorgte: Der seit den 70er Jahren aktive NS-Kader Peter Naumann präsentierte vor den laufenden Kameras des ARD-Magazins "Panorama" den anwesenden Fahndern zahlreiche Waffendepots. Noch Anfang des Jahres wurden bei dem Diplom-Chemiker zwei Sprengsätze gefunden. Der Zusammenhang zu der Briefbombenserie in Österreich, den Szene-Kenner vermuteten, konnten die deutschen Ermittlungsbehörden bisher nicht bestätigen.

Naumann blickt auf eine lange Karriere in der NS-Szene zurück. Der 42jährige schloß sich 1970 den "Jungen Nationaldemokraten", der Jugendorganisation der NPD an, deren Bundesvorsitzender er 1976 wurde. Im gleichen Zeitraum wurde er auch für die NPD-Studentenorganisation NHB (Nationaldemokratischer Hochschulbund) aktiv. 1975 schoß er bei einer Plakataktion des NHB mit einer Gaspistole auf StudentInnen der Mainzer Uni. Von 1981 bis 1984 war er kommissarischer Vorsitzender des Kreisverbandes der NPD Wiesbaden (1), 1984 stellvertretender Vorsitzender neben Hans Schmidt, einem frühen Vertreter der "Deckert-Linie" in der NPD. Ein Jahr später gründete er, von seinen Aufgaben als NPD-Kreisvorsitzender entbunden, den "Völkischen Bund", der auch als "Arbeitsgemeinschaft Nationaler Verbände/Völkischer Bund" auftrat. Diese rechte Splittergruppe hatte laut VS-Bericht nur 20 Mitglieder, konnte aber zu Sonnenwendfeiern bis zu 80 Personen mobilisieren. Die Sonnenwendfeiern wurden konspirativ organisiert, so daß es AntifaschistInnen nie gelang, den genauen Veranstaltungsort festzustellen. Zu diesen Sonnenwendfeiern im Rhein-Main-Gebiet reisten neben NPD-Funktionären wie Hans Schmidt (später hessischer NPD-Landesvorsitzender) auch Nazi-Größen anderer Organisationen an. Sie stellten somit eines der vielen Foren für überparteiliche Absprachen der Neonazis dar. Ansonsten führte der VB Schulungen durch, auf denen über die Arbeitsweise der Sicherheitsbehörden aufgeklärt wurde, oder stellte Ordner bei Nazi-Veranstaltungen, zum Beispiel zur Beerdigung des Altnazis Emil Maier-Dorn.

Alle diese öffentlichen Aktivitäten waren nur ein Teil von Naumanns Tätigkeiten. Im Hintergrund wirkte er als Drahtzieher diverser militärischer Vorhaben der westdeutschen Faschistenszene:

Nach mehreren Ermittlungsverfahren wegen rechtsterroristischer Aktivitäten wurde Naumann 1987 verhaftet, "wegen des Verdachtes, Sprengstoffanschläge auf DDR-Grenzanlagen sowie auf Sende- und Strommasten in Südtirol beabsichtigt zu haben". Im Oktober 1988 wurde er schließlich vom OLG Frankfurt wegen versuchter Gründung einer terroristischen Vereinigung und wegen eines im August 1987 verübten Sprengstoffanschlags auf ein Mahnmal für italienische NS-Opfer in Rom zu vier Jahren und sechs Monaten Haft verurteilt. (2)

Die Verurteilung ging auf eine Aussage Ottfried Hepps zurück. Hepp stand ebenfalls Mitte der 80er Jahre in Frankfurt vor Gericht, weil er zusammen mit Walter Kexel Terroraktionen durchgeführt hatte ("Hepp-Kexel-Gruppe"). Hepp und Kexel, die beide aus der "Volkssozialistischen Bewegung Deutschlands" (VSBD) kamen, und später zu Märtyrern der "nationalrevolutionären" Untergrundzeitschrift "Schwarzer Rebell" avancierten, hatten neben Banküberfällen zur Geldbeschaffung Anfang der 80er Jahre Sprengstoffanschläge auf US-Soldaten durchgeführt. (3)

Mit Kexel und Hepp plante Naumann, den in Berlin einsitzenden Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß zu befreien. Hepps Kumpan Kexel wurde 1985 nach einer Verurteilung zu 14 Jahren Haft erhängt in seiner Zelle aufgefunden. Hepp behauptete damals, Kexel sei vom BND ermordet worden, weil er zuviel über die Machenschaften dieses Dienstes in der rechten Szene und vor allem der "WSG Hoffmann" gewußt habe. (4)

Das gleiche Schicksal ereilte den Forstmeister Heinz Lembke, er starb einen Tag vor seiner Aussage über die Hintergründe der Depots in seiner U-Haft Zelle. Schon 1980 war er von Raymund Hörnle, einem damaligen Aktivisten in Manfred Roeders "Deutschen Aktionsgruppen", des Anlegens von Waffendepots bezichtigt worden. Er wurde im Oktober 1981 verhaftet, weil ein Waldarbeiter solche Depots gefunden hatte. (5) Während der niedersächsische Innenminister von einem organisierten Hintergrund ausging ("die Waffen können nicht aus Diebstählen bei der Bundeswehr stammen, sondern müssen regelrecht angeliefert worden sein"), klagte Bundesanwalt Rebmann, nachdem er das Verfahren an sich gezogen hatte, seinerzeit einen

"Einzeltäter" an. Das Berliner "Antifa Info" geht davon aus, daß die umfangreichen Depots (z. B. 50 Panzerfäuste) im Zusammenhang mit der "Stay behind"-Doktrin der NATO ("Gladio") bereitgehalten wurden (6), die nach Recherchen von Schmidt-Eenboom dem BND unterstellt war. (7)

In eben diesen Depots fand man schon damals die Fingerabdrücke Naumanns, wie die Bundesanwaltschaft gegenüber einem Mitarbeiter des Bildungswerkes Anna Seghers berichtete. Wie im Prozeß 1988 bekannt wurde, hatte Naumann 1979 gemeinsam mit Lembke Anschläge auf Sendemasten verübt, als Protest gegen die Ausstrahlung des Fernsehfilms Holocaust. Mit dem Führer der "Deutschen Aktionsgruppen", Manfred Roeder, der sich laut Hörnle damals auch aus den Depots des Forstmeisters bediente, störte Naumann noch im Juni 1995 eine antifaschistische Veranstaltung in der Nähe von Celle. (8) Roeder war wie Naumann im Jahr 1990, als kein Tag ohne faschistische Anschläge verging, vorzeitig aus der Haft entlassen worden. Während Roeder sich in der Folgezeit zum Reisekader der bundesdeutschen Rechten (Südafrika, Südamerika, Großbritannien und zur "Aufbauarbeit nach Ostpreußen") entwickelte, verschickte Naumann vordergründig über seine VB-Adresse Hetzpamphlete ("Ewig sei der Toten Tatenruhm"), während er sich im Hintergrund ungestört seiner Leidenschaft für Waffen und Sprengstoff widmen konnte.

Damit schließt sich der Kreis zum Ausgangspunkt unserer Recherche, nämlich der "Präsentation" dieser Depots, die auch Material aus alten Lembke-Beständen enthalten sollen, durch Naumann selbst. Verfassungsschützer wie der hessische VS-Chef Ferse sehen in Naumann einen Einzeltäter, der in der rechtsextremistischen Szene "isoliert und ohne Einfluß" sei, so Ferse gegenüber der Frankfurter Rundschau. (9)

Der "isolierte Einzeltäter" Naumann bediente sich, um seinen Schritt für die rechte Szene nachvollziehbar zu machen, namhafter "Zeugen", während er vor der Presse sein Statement abgab. Anwesend waren Meinolf Schönborn (ehem. Chef der Nationalistischen Front) und Frank Rennicke (NPD). Eigentlich sollte auch Günter Deckert kommen, er war aber verhindert. Schönborn erklärte in einer in Nazikreisen herumgeschickten und über das "Nationale Infotelefon Rheinland" verbreiteten Erklärung Naumanns Schritt als wegweisend, mutig und mit ihm abgesprochen: "... wer politischen Weitblick besitzt, dem muß die Bedeutung dieses Schrittes klar sein. Rechtsterrorismus führt uns in eine endgültige politische und völkische Sackgasse. Ich hoffe, daß viele Kameraden diesen Schritt des Kameraden Peter Naumann verstanden haben oder noch verstehen werden und dann unsere Sache der kämpferischen Gewaltfreiheit ordentlich fortführen (...). Ich kann an dieser Stelle versichern, daß Kamerad Peter Naumann weder einen Deal mit dem BKA gemacht hat, noch aus der Szene aussteigen will. Genau das Gegenteil ist der Fall. Alle seine Sprengmitteldepots hat er ohne Not, freiwillig und ohne Zwang offengelegt." Weiter ruft Schönborn dazu auf, VS-Kontakte öffentlich zu machen und der Presse zu mißtrauen.

Trotz erklärter "kämpferischer Gewaltfreiheit" versucht Schönborn gerade mit Schulungsmaterial der sogenannten "Reichstreuen", das aus den Niederlanden verschickt wird, die Kameraden auf den großen Kampf vorzubereiten. Er mahnt sie ruhig und unauffällig auf ihren Einsatz zu warten. Bis dahin sollen sie sich körperlich ertüchtigen und sich inhaltlich mit Nationalsozialismus und Deutschtum beschäftigen. Bisher waren in Antifa-Kreisen Kontakte Naumanns zu Schönborn, dessen Prozeß wegen Fortführung der NF vor wenigen Tagen begann, nicht weiter bekannt. Auffallend ist lediglich eine konzeptionelle Übereinstimmung zwischen NF und Naumanns VB: konspiratives Vorgehen und Schulungsveranstaltungen für die "nationale Jugend". Schönborn geisterte erst kürzlich wieder durch die Medien, als die Bundestagsabgeordnete Annelie Buntenbach von den Grünen umfangreiches Material über die Weiterexistenz der NF vorlegte, die demnach über 830 Unterstützer und 9.000 Sympathisanten verfügt. Über Schönborns Beweggründe Naumann zu unterstützen, läßt sich nur spekulieren.

Zusammenfassend leiten sich aus dem "Fall Naumann" folgende Fragen ab:

- Warum verliefen die meisten Ermittlungsverfahren gegen Naumann im Sande, wie z. B. 1982 wegen "Gründung einer terroristischen Vereinigung" oder zuletzt im März 1995 wegen der Sprengstoffunde in seiner Wohnung?

- Warum führte die Feststellung von Naumanns Fingerabdrücken in einem der Lembke-Depots seinerzeit nicht zu einem Verfahren gegen den Wiesbadener oder zumindest zur öffentlichen Revidierung der "Einzeltäter"-Legende?

- Wie kommt es, daß Naumann von dem hessischen VS-Chef Ferse als isolierter Einzelgänger bezeichnet wird, während sich eine Woche später Meinolf Schönborn, der Chef der nach neuesten Erkenntnissen größten militanten und illegalen Organisation der Rechten in der BRD, der "Nationalistischen Front", für ihn einsetzt?

- Läuft Naumann etwa auch, wie Lembke, an der Leine eines westdeutschen Geheimdienstes, der ihn beauftragte, die Depots offenzulegen, um zu verhindern, daß die Waffen in die Hände von Nazis gelangen, die ihrerseits nicht den Weisungen der Geheimdienste unterliegen? Ein Einsatz dieser Waffen gegen Organe des Staates hätte im Geheimdienstapparat einige den Job gekostet.

- Hat Naumann vielleicht selbst Angst, Opfer eines Mordanschlages zu werden? Lembke starb einen Tag vor seiner Aussage über die Hintergründe der Depots in seiner U-Haftzelle. Die Naziszene spricht noch immer von Mord durch den Geheimdienst. Walter Kexel nahm sich nach Verkündung des Urteils in der Zelle das Leben. Sein Freund Hepp machte einen Dienst dafür verantwortlich.

- Oder gab es einen "Deal" Naumanns mit BKA und BAW, die Depots offenzulegen gegen Verzicht auf eine Anklage in einer anderen Sache (Briefbomben), zu der BKA und BAW soviel Beweismittel hatten, daß sie Naumann unter Druck setzen konnten?

Bildungs- und Solidaritätswerk

Anna Seghers e. V.

Kontaktadresse: Bildungs- und Solidaritätswerk Anna Seghers e. V., Werderstr. 8, 65195 Wiesbaden, Tel. 0611-440887, Fax: 0611-9490751.

Anmerkungen:

1) Kurt Hirsch, Rechts von der Union, Personen, Organisationen, Parteien seit 1945, München 1989.

2) Ebenda

3) Schwarzer Rebell Nr. 4, April 1985

4) Schwarzer Rebell, Nr. 1, 1986

5) Der Stern vom April 1982

6) Antifa-Info Berlin Nr. 14, Frühjahr 1991

7) Schmidt-Eenboom, Der BND, Düsseldorf 1993

8) Der Rechte Rand, Nr. 35, Juli 1995

9) Frankfurter Rundschau, 19.08.95

17. NATO-Bomben für den Frieden?

Autor: he., Hamburg · Rubrik: Interventionspolitik und Kriege; Jugoslawien / Ex-Jugoslawien · CD-Datei: daten/aksuche/ak382/54.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:382:54

Der 1. September wird zum zweiten Mal in der deutschen Geschichte zu einem einschneidenden Datum. Während in vielen Orten die wenigen Verbliebenen der Friedensbewegung des Beginns des Zweiten Weltkriegs durch Deutschland am 1. September 1939 gedachten und mit der Forderung nach Rückzug der deutschen Tornado-Bomber aus Ex-Jugoslawien verbanden, begann die erste Welle der insgesamt 3.000 Bombenflüge der NATO gegen bosnisch-serbische Stellungen um Sarajewo, Pale und Banja Luka - unter Beteiligung des Kontingents der Bundeswehr.

Die bisher schwersten Bombenangriffe der NATO folgten auf einen Granatenangriff auf Sarajewo. Am 18.8. starben 38 Menschen, und 80 wurden verletzt, als eine Granate auf dem Marktplatz von Sarajewo einschlug. Von den UN-Beobachtern wurde einige Tage später erklärt, es sei eindeutig erwiesen, daß die Granate von Einheiten der bosnischen Serben abgefeuert worden sei. UN- und NATO-Vertreter stellten an die politische und militärische Führung der bosnischen Serben die Forderungen:

"- keine Angriffe auf ... Sarajewo und andere Schutzzonen

- ohne Verzug die schweren Waffen aus der 20-Kilometer-Sperrzone um Sarajewo abzuziehen

- völlige Bewegungsfreiheit für UN-Truppen und Personal sowie Nichtstaatliche Organisationen und ungehinderter Zugang zum Flughafen von Sarajewo" (aus einem Brief des NATO-Generalsekretärs Claes, zitiert nach FAZ, 4.9.95)

Diese Forderungen entsprechen einer Vereinbarung aller Kriegsbeteiligten vom Frühjahr 1994. Im April 1995, nach Ablauf des Ende 1994 ausgehandelten Waffenstillstandsabkommens, hatten serbische und bosnische Verbände die unter UN-Bewachung stehenden schweren Waffen gewaltsam aus den Depots geholt. Seitdem wird der Zugang nach Sarajewo wieder von den Militärverbänden der bosnischen Serben kontrolliert, wobei vor allem die Versorgung der Bevölkerung stark behindert wird. Die Führung der Serbischen Republik Bosnien weigerte sich, der Forderung nachzukommen. Sie führte dafür an, daß auch die bosnischen Regierungstruppen über schwere Waffen verfügten und so zu befürchten sei, daß diese einen möglichen Rückzug der bosnischen Serben zu einer neuen Offensive nutzen würden. Zwar hatte Claes im selben Brief geschrieben, wenn die bosnischen Serben auf die Bedingungen eingehen würden, würde "von den bosnischen Regierungstruppen Zurückhaltung erwartet und damit gerechnet, daß sie aus dieser Situation in und um Sarajewo keinen Vorteil ziehen." Aber genau dies ist nicht geschehen, was die bosnischen Serben in ihrer Überzeugung stärkt, die NATO greife einseitig und parteiisch in den Krieg ein. Im Windschatten der NATO-Bomber begannen bosnische Regierungstruppen und bosnisch-kroatische Verbände eine militärische Offensive zur Eroberung der nordwestlichen Region Bosnien-Herzegowinas. Ziel ist Banja Luka. Aus diesem Gebiet, aus dem noch vor einigen Wochen Muslime und Kroaten vertrieben wurden, um es ethnisch einheitlich der Serbischen Republik Bosnien zuzuschlagen, gibt es jetzt eine umgekehrte Fluchtwelle.

Die russische Regierung hat den NATO-Staaten vorgeworfen, die Bombenangriffen würden nicht durch die UN-Resolutionen gedeckt. Die NATO darf nur auf Anforderung des UN-Blauhelm-Kommandos in Bosnien eingreifen. Z.Zt. besteht die absurde Situation, daß es drei verschiedene internationale Militärverbände in Bosnien gibt, die jeweils nur zum Schutze der jeweils anderen da sind. Die Blauhelmsoldaten sollen gar nicht in Kampfaktionen verwickelt werden, dürfen aber zur Selbstverteidigung und zum Schutz der UN-Schutzzonen Waffen einsetzen. Die "Schnelle Eingreiftruppe" (Frankreich, Niederlande, Großbritannien) ist zum Schutz der Blaumhelmsoldaten anwesend, darf formell nicht mehr als diese, ist aber de facto als Kampftruppe stationiert worden. Die NATO-Verbände haben wiederum die Aufgabe, die Einsätze der Schnellen Eingreiftruppe abzusichern - so wurde noch am 30.6. im Bundestag die Zustimmung zur deutschen Beteiligung am NATO-Einsatz begründet. Formell forderten deshalb zunächst die UN-Stellen die bosnischen Serben auf, die schweren Waffen zurückzuziehen und den Zugang nach Sarajewo freizugeben. Zur Durchsetzung der Forderung wurde die Schnelle Eingreiftruppe eingesetzt, zu deren Schutz wiederum die NATO angerufen wurde.

Rußland wurde von dem bevorstehenden Angriff zwar informiert, aber nicht konsultiert. Welche weitreichenden Folgen dies haben kann, wurde an der Reaktion aus Moskau deutlich. Die russische Regierung sieht sich aus dem Entscheidungsprozeß herausgedrängt und reagierte mit lange so nicht gehörtem Großmachtgebaren. Wenn die NATO ihre Bosnienpolitik und die Ausweitung der NATO auf die Nachbarn Rußlands fortsetze, bedeute dies Krieg, ließ Jelzin verlauten. Zwar ist dies auch chauvinistische Kraftmeierei aus innenpolitischen Gründen, aber die fast einstimmige Verabschiedung zweier Resolutionen in der Duma, in denen die gesamte russische Außenpolitik in bezug auf Bosnien verurteilt wird, zeigt, daß es um mehr geht. Rußland sieht seinen Anspruch als Großmacht und gleichberechtigter Parter bzw. Gegenpart der NATO bedroht. Ex-Jugoslawien ist außerhalb der Grenzen der ehemaligen UdSSR die einzige Region, in der Rußland als Gegenpart zu den NATO-Staaten eine Rolle spielt. Würde dies durch die NATO außer Kraft gesetzt, käme das einem realen Machtverlust gleich.

Mit den Drohungen aus Moskau wurde gleichzeitig schlagartig deutlich, daß die oft angesprochene Gefahr, aus einem begrenzten Konflikt auf dem Balkan könnte ein Flächenbrand ungeheuren Ausmaßes werden, nicht nur Spekulation, sondern Wirklichkeit ist.

Mehr und mehr zeigt sich eine gravierende Veränderung im Bosnienkonflikt. Die USA, die lange vertraten, dieser Konflikt müsse von den europäischen Staaten gelöst werden, übernehmen jetzt die Initiative. Die NATO-Bombenangriffe gehen auf Drängen der USA zurück; im Prinzip wurden diese auf einer NATO-Konferenz Mitte Juli beschlossen, auf der die USA eine schärfere Gangart gegen die Vertreibungspolitik der bosnischen Serben forderten. Der Granatenangriff auf den Marktplatz von Sarajewo war dann nur der Anlaß für das Bombardement, nicht der Grund.

Von den USA wurde auch die nächste Eskalationsstufe eingebaut. Am 11.9. wurde von einem US-amerikanischen Schiff Marschflugkörper eingesetzt. Das geschah auf Anweisung der NATO-Kommandantur in Absprache mit dem US-Präsidenten, aber ohne Konsultation der französischen und britischen Regierung. Die französische Regierung protestierte scharf gegen dieses Verfahren. Der NATO-Generalsekretär Claes (politische Führung) forderte die Beendigung der NATO-Einsätze, wenn Muslime und Kroaten diese weiter für ihre Offensive nutzen würden. Damit traten deutlich die alten Differenzen im westlichen Lager zu Tage, über die sich die USA derzeit einfach hinwegsetzen. Die Friedensverhandlungen liegen jetzt allein in der Hand der USA. Weder die Kontaktgruppe noch die EU haben derzeit wirklichen Einfluß auf den Verlauf.

Die Krieger in den NATO-Staaten und den Medien triumphieren, daß "Härte Wirkung zeigt"(FAZ). Durch das Einlenken der bosnischen Serben auf die Forderungen der NATO fühlen sich alle diejenigen bestätigt, die auf eine militärische Lösung des Konflikts setzen. Diese Logik führte auch dazu, daß im Schatten des NATO-Bombardements die Offensive der bosnisch-kroatischen Verbände und der bosnischen Regierungstruppen begann. Nur, was militärisch gewonnen und besetzt gehalten wird, gilt als sicher für die zukünftigen Verhandlungen. Die serbische Seite hat das seit Beginn des Krieges für sich ausnutzen können. Nun wird diese Logik umgedreht - mit der Folge, daß der Konflikt unweigerlich in die nächste militärische Runde gehen wird.

Zur Absicherung des Friedensplanes (fast unverändert der alte Vance-Owen-Plan) liegt der Vorschlag der USA auf dem Tisch, NATO-Verbände und russische Truppen einzusetzen, jeweils auf der Seite ihrer Schützlinge. Damit wird eine Vermutung bestätigt, daß die Stationierung der "Schnellen Eingreiftruppe" nur der Vorbote für die Stationierung von NATO-Bodentruppen gewesen ist. Welche Gefahr in dieser Konstellation liegt, haben die Drohungen Jelzins deutlich gemacht. Zwar hätten NATO und Rußland "nur" die Aufgabe, die Durchsetzung des Friedensplanes in der ihnen anvertrauten Region zu überwachen, aber es liegt schon ein Konflikt auf dem Tisch, in den auch die "Schutzmächte" verwickelt werden könnten. Denn der Friedensplan sieht zwar einen gemeinsamen Staat Bosnien vor, aber in Wahrheit wird es mindestens zwei Staaten geben. Die heute schon zu erwartenden Schritte der serbischen Republik, die Autonomie zur Abspaltung zu nutzen, wird die Zentralregierung mit militärischer Gewalt zu verhindern versuchen. Was werden NATO-Verbände tun, um die im Friedensplan formulierte Einheit Bosniens zu erhalten, wenn auf der anderen Seite nicht nur die serbischen Verbände stehen, sondern auch noch russisches Militär?

Und eine zweite Konfliktlinie ist schon vorgezeichnet. Kroatien wird sich trotz gegenwärtiger Zustimmung zum Friedensplan nicht mit dieser Lösung zufrieden geben. In der regierungsnahen kroatischen Zeitung Vjesnik

heißt es: "Dieses kleine Kroatien muß eine solche Form und Fläche einnehmen, die ihm geostrategisch sichere Grenzen gibt. Das kann Kroatien aber innerhalb der jetzigen Grenzen nicht erreichen. Vor uns Kroaten steht die historische Aufgabe, ein solches Kroatien zu schaffen. Das aber bedeutet die Integration des gesamten Bosnien und der Herzegowina." (zitiert nach Politische Berichte, 7.9.95) Werden die NATO-Truppen dann gegen Kroatien vorgehen?

NATO- und russische Truppen sind keine Blauhelmverbände und würden entsprechend anders agieren. Der jetzige Vorschlag der USA weist darauf hin, daß auf ein militärisches Durchsetzen des Friedensplanes gesetzt wird.

Die US-Regierung geht von drei Möglichkeiten aus. Im ersten Fall geht die bosnisch-serbische Seite auf die Forderungen der NATO ein; dann soll alles weitere diplomatisch geregelt werden. Im zweiten Fall weigert sie sich; dann soll solange gebombt werden, bis Fall eins eintritt. Im dritten Fall wird davon ausgegangen, daß die bosnisch-serbische Seite sich weigert, die Regierung Rest-Jugoslawiens sie darin unterstützt und Rußland sich dem anschließt; dann wird von einem Zerfall der Kontaktgruppe ausgegangen; der US-Kongreß wird das Waffenembargo aufheben; die NATO-Truppen zur Luft-"Verteidigung" Bosnien, die bosnischen Regierungstruppen übernehmen die Land-"Verteidigung". (Nach Guardian Weekly, 11.-17.9.95) Das wäre die "Bosnisierung" des Krieges, die in diesen Tage mit der Offensive der bosnischen Regierungstruppen schon begonnen hat.

Als die Fraktion der SPD 1914 den Kriegskrediten zustimmte, führte sie an, dieser Krieg werde gegen den "Zarismus" und "Militarismus" geführt. Am Ende dieses Krieges wollten die gleichen Sozialdemokraten mit der Verantwortung für diesen Krieg nichts mehr zu tun haben.

Heute stimmen Sozialdemokraten und Grüne nach eigenem Selbstverständnis nicht der Militarisierung der deutschen Außenpolitik zu, sondern tragen den Humanismus auf ihren Fahnen. Wo mag dies enden, wenn Waltraud Schoppe, außenpolitische Sprecherin der Grünen im Bundestag, angesichts der Vorbereitung der NATO-Bombenangriffe sagt: "Wenn man Menschenrechte universell begreift, muß man sich auch vorbehalten, sie überall zu verteidigen."(Die Woche, 21.7.95) Bei der skizzierten Konfliktsituation in Bosnien kann dort alles Mögliche passieren, nur die Menschenrechte werden mit Sicherheit auf der Strecke bleiben.

he., Hamburg

18. Mit der Saarlandbrigade zurück in die Zukunft

"Narvik, Rotterdam, Korinth, Kreta und Cassino sind Stätten unserer Siege"

Autor: Gertrud Selzer, Aktion 3. Welt Saar · Rubrik: Militärpolitik BRD - Bundeswehr; Interventionspolitik und Kriege · CD-Datei: daten/aksuche/ak382/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:382:22

Die Saarlandbrigade (Luftlandebrigade 26) mit ihren Standorten im Saarland (Merzig, Lebach, Saarlouis), Rheinland-Pfalz (Zweibrücken) und Baden-Württemberg (Philippsburg) gehört zur AMF, der mobilen Eingreiftruppe der NATO. Die Fallschirmjäger der Saarlandbrigade bilden eine Eliteeinheit, die für die außenpolitischen Überlegungen der Bundesrepublik von großer Bedeutung ist.

Sie war am Somalia-Einsatz 1993 federführend beteiligt, im September 1994 an einem NATO-Manöver in Kurdistan und im Juli dieses Jahres ist Oberst Hans Heinrich Dieter, der Kommandeur der Brigade in Saarlouis, zum "nationalen deutschen Befehlshaber in Kroatien ernannt worden." (Saarbrücker Zeitung, 25.7.95) In der Öffentlichkeit präsentiert er sich als "soldatischen Vollprofi" mit "Interesse an Zeit- und Militärgeschichte" und als "glänzender Stratege". (Merziger Stadtanzeiger, 26.7.95)

Die Eroberung von Kreta

als Heldentat

Bei der Saarlandbrigade legt man Wert auf Tradition. In den Werbebroschüren feiert die Brigade die nationalsozialistischen Eroberungsfeldzüge als militärische Leistungen. "Schon im Zweiten Weltkrieg waren die Fallschirmjäger der Deutschen Wehrmacht eine besondere Truppe. Ihre Waffentaten am Fort Eben Emael, auf Kreta oder am Monte Cassino sind Legende geworden und werden auch von vielen Gegnern gerühmt." Jährlich finden an den Standorten der Kasernen sogenannte Kreta-Gedenkfeiern statt. Jedoch nicht um den Ermordeten KreterInnen und deportierten Juden zu gedenken. Die Nachfolger der Eroberer von Kreta gedenken der gefallenen Soldaten und erklären damit die Täter zu Opfern.

Die Eroberung Kretas im Mai 1941, "Unternehmen Merkur" genannt, war die erste Invasion aus der Luft in der Kriegsgeschichte und ist bis heute die Grundlage zahlreicher Legenden. Das deutsche Terrorregime auf Kreta wird immer noch heroisch verklärt. In den aktuellen Zeitungen der Fallschirmjäger werden Gruppenreisen an die Tatorte nach Kreta angeboten; auch Wehrmachtvideos und CDs mit Fallschirmjäger-Liedern werden dort offen zum Verkauf präsentiert.

Das Regime der Wehrmacht auf Kreta war barbarisch. Tausende wurden bei sogenannten "Sühnemaßnahmen" hingerichtet und unzählige Häuser und Ortschaften geplündert und zerstört. Die Juden, die auf Kreta lebten, wurden zum größten Teil deportiert.

Der Schriftsteller Nikos Kazantzakis berichtet über das Dorf Alikianos: "Am 2. Juni exekutierten sie auf dem Kirchhof 42 Männer, vor den Augen ihrer zum Zuschauen gezwungenen Frauen, als Sühnemaßnahme für die während des Angriffs getöteten Fallschirmjäger. Die Todgeweihten mußten mit eigener Hand ihre Gräber ausheben. Nachdem die Deutschen ihr Geld, ihre Ringe und Uhren abgenommen hatten, erschossen sie sie in Zehnergruppen und warfen ihnen jeweils - anstelle von Gnadenschüssen - noch eine Handgranate hinterher. Viele sind lebendig begraben worden. Augenzeugen berichten, daß sich die auf die Erschossenen geworfene Erde noch von den Todeszuckungen der so Begrabenen bewegte." (zitiert nach: Zeitpunkte 3/1995)

"Klein unser Häuflein,

wild unser Blut"

Der evangelische Militärpfarrer der Saarlandbrigade dagegen rechtfertigt noch 1995 in einem Fernsehinterview die Erschießungen ziviler Geiseln auf Kreta durch Angehörige der deutschen Wehrmacht. In der Koblenzer Kaserne der Saarlandbrigade befahl im August 1994 ein Kommandeur seinen Fallschirmjägern das Lied "Hinter den Bergen" zu singen. Darin heißt es: "Hoch aus den Lüften stürzen wir nieder, tief in die feindlichen Reih'n. / Gegner wir kommen, hast du's vernommen, bald wirst geschlagen du sein. / Fallschirmjäger gehen ran an den Feind. Narvik, Rotterdam, Korinth, Kreta und Cassino sind /Stätten uns'rer Siege." Wie selbst der letzte Bericht des ehemaligen Wehrbeauftragten Alfred Biehle (CSU) vom März '95 zeigt, ist dies kein Einzelfall.

Doch damit nicht genug: In der offiziellen Werbebroschüre der Saarlandbrigade wird mit einem anderen Nazi-Lied geworben, dem Lied der Fallschirmjäger: "Rot scheint die Sonne" von Willy Lachner. Offiziell dürfen nur noch zwei der drei Strophen gesungen werden, jedoch stört der Abdruck auch der dritten Strophe bei der Bundeswehr niemanden: "Klein unsere Häuflein, wild unser Blut./ Wir fürchten den Feind nicht und auch nicht den Tod./ Wir wissen nur eins, wenn Deutschland in Not,/ zu kämpfen, zu siegen, zu sterben den Tod./An die Gewehre, an die Gewehre!/ Kamerad, da gibt es kein zurück."

Die netten Jungs von nebenan

Vor Ort präsentieren sich die Militärs gern als Teil des kulturellen Lebens und als die netten Jungs von nebenan. Pfadfindern gleich helfen sie bei der Gestaltung von Festen und kämpfen gegen Hochwasser. Und diese Form der Selbstdarstellung, verbunden mit Aussagen über die wirtschaftliche Bedeutung in strukturschwachen Regionen, wird von der Mehrheit der Bevölkerung und allen Parteien getragen. Die "Saarbrücker Zeitung" wird ihrer Monopolstellung gerecht und ist mit ihrer Hofberichterstattung ein Teil der Selbstinszenierung der Militärs.

Der TV-Film "Friedensengel" von Kaos Filmteam, Köln und Querblick, Konstanz entlarvt diese Selbstdarstellung. Nach der bundesweiten Ausstrahlung des Films von Kanal 4 über die Frequenzen von RTL provozierte die erste öffentliche Vorführung an einem der Brigadestandorte einen Skandal. Während die SPD sich mit der Saarlandbrigade solidarisiert und sie zu öffentlichen Gelöbnissen auffordert, greift die saarländische CDU-Landtagsfraktion in einer gemeinsamen Stellungnahme mit der Saarlandbrigade zum Mittel der politischen Lüge. Das NS-Lied "Rot scheint die Sonne" wird zum Volkslied erklärt und die letzten Manöver in Kurdistan und der Türkei wurden rückwirkend aus dem Kalender gestrichen. Ein Berufssoldat der Saarlandbrigade wirft der AKTION 3. WELT Saar in einem Leserbrief vor, von der PKK finanziert zu werden und als deren Marionette zu fungieren.

Bestehen bleibt, daß trotz zahlreicher nervöser Ausbrüche die Kritik an der Saarlandbrigade nicht widerlegt wurde.

Militärstiefel für die Opfer

Für den 9. November 1995, 57 Jahre nach der Reichspogromnacht, hat das Fallschirmjägerbatallion 261 Lebach ein öffentliches Gelöbnis in der Stadt Wadern angekündigt. "Die Feier nicht innerhalb von Kasernen, sondern bürgernah durchzuführen, geht auf die Initiative des Ortsrates des Stadtteils Gehweiler zurück. (...) Bevor am Donnerstag, 9. November, gegen Abend das feierliche Gelöbnis erfolgt, bieten die Soldaten tagsüber Rundflüge im Hubschrauber, Freifallvorführungen sowie eine Waffen- und Geräteschau an." (Saarbrücker Zeitung, 14.2.95) Dagegen regt sich in der Region Widerstand.

Gertrud Selzer

Die Autorin ist Mitarbeiterin der AKTION 3. WELT Saar und des BUKO (Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen)

19. Von der Krise zum Krieg - Jugoslawien 1980-1995

Autor: he., Hamburg · Rubrik: Interventionspolitik und Kriege; Jugoslawien / Ex-Jugoslawien · CD-Datei: daten/aksuche/ak382/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:382:27

1981

Unruhen im Kosovo. Soziale, ökonomische und politische Forderungen (Republikstatus) werden erhoben.

1986

Slobodan Milosevic wird erster Sekretär des Bundes der Kommunisten in Serbien.

Die Serbische Akademie der Wissenschaften erarbeitet ein (nicht öffentliches) Memorandum: Darin wird behauptet, die Serben seien die Opfer des titoistischen Regimes gewesen und der Bund der Kommunisten sei gelähmt. Die Verfassung von 1974 wird für den Verlust serbischer Souveränität zugunsten der Provinzen (besonders des Kosovo) verantwortlich gemacht. Pressekampagne gegen den angeblichen "Genozid am serbischen Volk" im Kosovo.

1988

In Belgrad demonstrieren eine Million gegen den "Genozid am serbischen Volk", der angeblich im Kosovo stattfindet.

Streiks der Bergarbeiter, Unruhen und Säuberungen im Kosovo. Der albanische Führer Azem Vllasi wird abgesetzt.

Die Regierung Mikulic tritt zurück.

1989

Januar Ante Markovic bildet eine Regierung. Es wird eine "Schocktherapie" gegen die dreistellige Inflation beschlossen. Die Arbeiter von Vukovar demonstrieren in Belgrad und rufen zu einem Generalstreik für ganz Jugoslawien auf.

28.3. Eine Änderung der Verfassung stellt die Autonomie der beiden Provinzen Vojvodina und Kosovo in Frage.

In Slowenien wird die führende Rolle der Partei gestrichen und das Recht auf Sezession betont.

Mai In Kroatien wird die HDZ (kroatisch-demokratische Gemeinschaft) gegründet, ihr Führer ist Franjo Tudjman.

September Durch Änderung seiner Verfassung beansprucht Slowenien das Recht auf Austritt aus der jugoslawischen Föderation.

1990

Januar Auf dem Parteitag der jugoslawischen KP (BdKJ) fordern die slowenischen Delegierten die Aufhebung des Führungsmonopols der KP, die Zulassung eines Mehrparteiensystems und die Durchführung freier Wahlen. Die Delegierten Kroatiens schließen sich ihnen an. Auf einer ZK-Tagung Ende März schließen sich auch die Delegationen Bosnien-Herzegowinas und Makedoniens an. Es wird die Forderung nach Dezentralisierung des BdKJ aufgestellt.

1.3. Ausnahmezustand im Kosovo

April-Mai Wahlen in Kroatien (HDZ 42%, Ex-Kommunisten 25%). Eine Regierung der HDZ wird gebildet, der frühere Kommunist und Führer der HDZ, Franjo Tudjman, wird Präsident. Freie Wahlen in Slowenien. Sieg der Demos-Koalition (mit 55%, die Kommunisten bekommen 17%; jedoch erhält keine Partei des Demos-Bündnisses mehr als 10%). Bei den Präsidentschaftswahlen siegt der Kandidat der Kommunisten, Milan Kucan, über den von Demos (Zoze Pucnik).

Juni Das serbische Parlament enthebt die Regierung des Kosovo ihres Amtes und löst das Parlament auf.

Juli Geheimes Treffen der albanischen Abgeordneten des Kosovo; sie rufen die von Serbien unabhängige Republik Kosovo aus. Verfassungsänderungen in Kroatien (Fahne mit Schachbrett, offizielle "kroatische" Sprache).

September Das slowenische Parlament beschließt, alle Maßnahmen der Zentralregierung zu blockieren, solange der Autonomiestatus des Kosovo nicht wieder hergestellt ist und die Auflösung des Parlaments nicht zurückgenommen worden ist.

November/Dezember Die neue kroatische Verfassung ändert das Statut der Serben in Kroatien.

Wahlen in Mazedonien: Keine Partei bekommt die absolute Mehrheit, 31 Sitze für die Ex-Kommunisten, 37 für die nationalistische VMRO, 25 für die albanische Partei, 18 für die reformistische Partei von Ante Markovic. Der Ex-Kommunist Kiro Gligorov wird Präsident.

Wahlen in Bosnien: die drei nationalistischen Parteien, die muslimische SDA, die serbische SDS und die kroatische HDZ, erhalten 55% der Stimmen, bei 20% Enthaltungen und 25% für die nicht-nationalistischen Parteien (Ex-Kommunisten, Liberale und Reformisten). Abkommen zwischen den drei nationalistischen Parteien: Präsident der Republik wird ein Muslim (Alija Izetbegovic), Parlamentspräsident ein Serbe (Mocilo Krajisnik) und Ministerpräsident ein Kroate (Jure Pelivan).

Wahlen in Serbien und Montenegro: Slobodan Milosevic wird Präsident Serbiens (mit 65% gegen 20% für Vuk Draskovic, den Führer der Partei der serbischen Erneuerung.) Präsident von Montenegro wird Momir Bulatovic (Kommunist) mit 77% der Stimmen. Die Radikale Partei von Vojislav Seselj wird wegen ihrer brutalen Methoden von den Wahlen ausgeschlossen. Die Sozialistische Partei erhält 194 von 250 Abgeordneten.

In einem Referendum in Slowenien ergibt sich eine Mehrheit von 88% für die Selbständigkeit.

1991

20.2. Das slowenische Parlament beschließt die staatliche Unabhängigkeit.

21.2. Das kroatische Parlament beschließt den Vorrang der Republikgesetze vor denen der Föderation.

29.2. Die Serben in der Krajina erklären ihre Unabhängigkeit von Kroatien. In der Folgezeit kommt es zu zahlreichen militärischen Zusammenstößen, bei denen die Bundesarmee auf Seiten der Serben eingreift. Die kroatische Regierung verliert weitgehend die Kontrolle über diese Gebiete.

9.3. Demonstration der Gegner von Milosevic und von zahlreichen Jugendlichen, insbesondere für die Pressefreiheit; die Armee greift ein.

In Karadjordje findet ein Geheimtreffen zwischen Tudjman und Milosevic statt: Sie diskutieren über eine Aufteilung von Bosnien-Herzegowina.

Im Park von Plitivice in Kroatien kommt es zu ersten bewaffneten Zusammenstößen und Toten.

Krisensitzung des Staatspräsidiums. Die Armeeführung fordert die Verhängung des Ausnahmezustands, da nur noch die Armee in der Lage sei, den Zusammenhalt Jugoslawiens zu gewährleisten. Das Staatspräsidium lehnt die Forderung ab. Milosevic wirft den Gegnern Sabotage vor; Serbien werde diese Beschlüsse nicht akzeptieren.

12.5. In einem Referendum erklärt die Krajina die Trennung von Kroatien und den Verbleib bei Jugoslawien.

15.5. Ende des Mandats des serbischen Präsidenten Jovic; die Serben weigern sich, turnusgemäß den Kroaten Stipe Mesic zum Präsidenten zu wählen; jener hatte sich gegen den Erhalt der jugoslawischen Föderation geäußert.

19.5. Volksabstimmung über die Souveränität Kroatiens. 90% stimmen für die Unabhängigkeit; die serbische Bevölkerung (ca. 15% der Gesamtbevölkerung) boykottiert die Abstimmung.

25./26.6. Slowenien und Kroatien erklären ihre Unabhängigkeit.

27.6. Die Bundesarmee greift in Slowenien ein.

5.7. Die EG erklärt ein Waffenembargo und friert die finanziellen Hilfen für Jugoslawien ein.

7.7. Durch europäische Vermittlung kommt es zum Abkommen von Brioni: Die Unabhängigkeit wird drei Monate aufgeschoben und Stipe Mesic zum Präsidenten gewählt.

18.7. Die kollektive Präsidentschaft erklärt den Rückzug der Bundesarmee aus Slowenien für drei Monate.

August Die makedonische Regierung fordert die Entlassung der makedonischen Soldaten aus der Bundesarmee, da der "Bruderkrieg" abgelehnt wird.

26.8.-17.11. Die multi-ethnische Stadt Vukovar in Slawonien wird von Serben mit Unterstützung der Bundesarmee angegriffen und belagert.

7.9. Die EG schlägt die Abhaltung einer Friedenskonferenz für Jugoslawien in Den Haag vor.

8. 9. Volksabstimmung über die Unabhängigkeit Mazedoniens. 75% der Beteiligten stimmt zu; die albanische Volksgruppe (ca. 20% der Gesamtbevölkerung) boykottiert die Abstimmung.

25.9. Der Sicherheitsrat der UNO erklärt ein Embargo für Waffenlieferungen an Jugoslawien.

3.10. Auf einem Drittel des kroatischen Staatsgebietes finden Kampfhandlungen statt; Dubrovnik wird von der Bundesarmee angegriffen. Der "serbische Block" (Serbien, Montenegro, Vojvodina und Kosovo) ergreift in der kollegialen Präsidentschaft die Macht und erklärt, der "Krieg stehe unmittelbar bevor".

7.10. Die Unabhängigkeit von Slowenien und Kroatien wird bestätigt.

15.10. Das bosnische Parlament stimmt für die staatliche Souveränität; die serbischen Delegierten beteiligen sich nicht an der Abstimmung.

8.11. Die EG beschließt Wirtschaftssanktionen gegen Rest-Jugoslawien, da diese den Friedensvorschlag nicht akzeptiert haben; die USA folgen.

November Die Bundesarmee zieht sich Schritt für Schritt aus Kroatien zurück und verlegt die Truppen nach Bosnien-Herzegowina.

26.11. Genscher erklärt für die Bundesregierung, daß Deutschland mit der Anerkennung Sloweniens und Kroatiens nur noch bis nach Abschluß des Maastrich-Vertrages warten wird. (Die Verhandlungen darüber sollen nicht belastet werden.)

16.12. Die EG beschließt einen Kriterien-Katalog, dessen Einhaltung Voraussetzung für die Anerkennung der Teilstaaten Jugoslawiens sein soll.

23.12. Die BRD erkennt Slowenien und Kroatien völkerrechtlich an.

1992

15.1. Auch die anderen Länder der EG erkennen Kroatien und Slowenien unter dem Druck der BRD an, obwohl Kroatien den EG-Katalog nicht erfüllt. Makedonien wird die Anerkennung aufgrund eines Vetos der griechischen Regierung versagt. In Zagreb wird das Ende des Bundes der Kommunisten offiziell besiegelt.

Auf dem Kongreß der HDZ schließt die Rechte, die Bosnien-Herzegowina nach ethnischen Gesichtspunkten aufteilen will, Stjepan Klujic, einen bosnischen Kroaten und Gegner einer solchen Politik, aus der Partei aus. Er wird durch den von Tudjman und dem kroatischen Verteidigungsminister Gojko Susak (einem kanadischen Emigranten, der ursprünglich aus der Herzegowina stammte) unterstützten Mate Boban ersetzt.

21.2. Der Sicherheitsrat der UNO schickt 14.000 Soldaten in die von Serben beherrschten Teile Kroatiens. Sie werden unter vorläufigen Schutz der UNO gestellt.

29.2./1.3. Geheime Abstimmung der Albaner des Kosovo zugunsten der Unabhängigkeit.

Volksabstimmung in Bosnien-Herzegowina über die Unabhängigkeit. Die Serben boykottieren (ca. 33% der Bevölkerung). Bei einer Beteiligung von 63% sprechen sich diese fast geschlossen für die Unabhängigkeit aus; es kommt zu ersten militärischen Zusammenstößen.

Die Volksabstimmung in Montenegro ergibt eine Mehrheit für den Verbleib bei Jugoslawien.

9.3. Der Cutilhero-Plan, der von den serbischen und kroatischen Vertretern unterstützt wird, sieht eine Aufteilung von Bosnien-Herzegowina in "ethnische Kantone" vor. (Die Kroaten sind zwar für die Aufteilung, aber gegen andere Aspekte des Plans.) Bedenken bei den Muslimen.

27.3. Das Parlament der bosnischen Serben verabschiedet eine Verfassung, nach der die "Serbische Republik Bosnien-Herzegowina" als Bestandteil Jugoslawiens festgeschrieben wird. Sie verlassen gleichzeitig die Regierung Bosnien-Herzegowinas.

6.4. Die EG erkennt Bosnien-Herzegowina (trotz der Mahnung zur Vorsicht der Badinter-Kommission) völkerrechtlich an; bei der Anerkennung von Mazedonien stößt sie nach wie vor auf das Veto Griechenlands.

7.4. Die USA erkennen Kroatien, Slowenien und Bosnien-Herzegowina an.

Ende April Beginn der Belagerung von Sarajewo

27.4. Serbien und Montenegro rufen die Bundesrepublik Jugoslawien aus.

6.5. "Geheimtreffen" zwischen Mate Boban (Chef der HDZ in Bosnien-Herzegowina) und Radovan Karadzic (Chef der selbsternannten serbischen Republik Bosnien) in Graz. Sie stimmen in der Aufteilung von Bosnien-Herzegowina überein.

22.5. Kroatien, Slowenien und Bosnien-Herzegowina werden Mitglieder der UN.

30.5. Die UNO beschließt ein Embargo des Handels, der Ölzufuhr und der Luftfahrt gegen Serbien-Montenegro.

31.5. Wahlen im "neuen" Jugoslawien. Milosevics Sozialistische Partei erhält die Mehrheit. Die Radikale Partei von Vojislav Seselj, der rechtsradikale Verbündete von Milosevic, erhält 30%. Die Opposition boykottiert die Wahlen. Einige Tage später wird der Schriftsteller Dobrica Cosoc Präsident Serbiens.

16.6. Kroatien erkennt das unabhängige Bosnien-Herzegowina an. Einen Tag später wird zwischen den beiden Regierungen ein Militärbündnis geschlossen; beide rufen zu einer militärischen Intervention gegen Serbien auf.

2.7. Milan Panic wird Ministerpräsident der Bundesrepublik Jugoslawien.

3.7. Die Republik "Herceg-Bosna" unter Führung des Kroaten Mate Boban wird ausgerufen.

10.7. Die WEU beschließt, die Adria zu überwachen, um die Einhaltung des Embargos gegen Rest-Jugoslawien durchzusetzen. Die Bundesregierung beschließt die Teilname der Bundesmarine. Die NATO beschließt die Überwachung des Luftraums.

26.7. Das Parlament der Serbischen Republik Bosnien-Herzegowinas legt das beanspruchte Staatsgebiet fest; es umfaßt zwei Drittel des gesamten Staatsgebiets, auf dem vor dem Krieg ca. 1 Mio. Muslime lebten.

3.8. Erste Wahlen im unabhängigen Kroatien. Tudjman gewinnt und wird mit 57% wiedergewählt.

13.8. Jugoslawien erkennt Slowenien offiziell an.

26.-27.8. Internationale Konferenz über Ex-Jugoslawien in London. Aus ihr geht eine "permanente Konferenz" hervor, deren erste Sitzung am 3. September in Genf stattfindet. Den Vorsitz führen Lord Owen (EG) und Cyrus Vance (UNO).

19.9. Die UNO weigert sich, dem neuen serbisch-montenegrinischen Bund (Rest-Jugoslawien) den Sitz von Jugoslawien zu übereignen, da der alte jugoslawische Staat aufgehört habe zu existieren. Rest-Jugoslawien muß damit einen Antrag auf Aufnahme stellen und sich somit den gleichen Prozeduren unterwerfen wie die neuen, unabhängigen Republiken.

6.10. Der UN-Sicherheitsrat beschließt ein Flugverbot über Bosnien-Herzegowina.

28.10. Vance und Owen legen einen ersten Verfassungsentwurf für Bosnien-Herzegowina vor, wonach die Republik in zehn autonome Regionen unterteilt werden soll. Die Grenzen sollen nach wirtschaftlichen und nicht nach ethnischen Gesichtspunkten gezogen werden.

8.12. Wahlen in Slowenien (die Liberal-Demokratische Partei erhält 23,3%, die Christdemokraten 14,5%, die Ex-Kommunisten 13,6%, die extreme Rechte fast 10%). Milan Kucan wird mit 60% der Stimmen als Präsident wiedergewählt.

1993

11.1. In Genf wird der Vance-Owen-Plan vorgestellt; er beinhaltet die Aufteilung von Bosnien-Herzegowina in zehn Provinzen (mit jeweils drei für Serben, Kroaten und Muslime und einem Sonderstatus für Sarajewo). Trotz der Bedeutung ethnischer Kriterien werden auch andere Gesichtspunkte berücksichtigt. Die Provinzen der drei Volksgruppen sind untereinander nicht verbunden, mit Ausnahme zweier kroatischer Provinzen. Der Plan wird nur von den Kroaten angenommen.

5.2. In New York werden die Friedensverhandlungen im Beisein von Owen und Vance wieder aufgenommen.

10.2. Die USA stimmen dem Vance-Owen-Plan zu. Aus Protest gegen serbische Übergriffe auf die Versorgung der bosnischen Enklaven Srebrenica, Gorazde und Cerska blockiert die bosnische Regierung die Versorgung von Sarajewo. Am 17.2. beschließt der Hochkommissar der UNO die Unterbrechung der Hilfslieferungen.

19.2. Der Sicherheitsrat der UNO beschließt die Resolution 807, derzufolge die "Blauhelme" zu ihrem Schutz auch Waffen einsetzen dürfen.

25.2. Der Präsident der USA ordnet den Abwurf von Hilfslieferungen aus der Luft für die belagerten ostbosnischen Städte an.

25.3. Präsident Izetbegovic unterzeichnet den Vance-Owen-Plan. Die Serben weigern sich weiterhin; Karadzic behauptet, die Aufteilung verweigere den Serben den Zugriff auf die Bodenschätze Bosnien-Herzegowinas.

31.3. Der Sicherheitsrat nimmt die Resolution 816 an: Die UNO-Schutzzonen können künftig auch mit Gewalt gesichert werden.

6.4. Jahrestag des Kriegsbeginns. Kroatische Angriffe gegen Mostar, das von den Muslimen "gesäubert" und Hauptstadt von "Herceg-Bosna" werden soll. Kämpfe zwischen Kroaten und Muslimen in Zentralbosnien.

8.4. Unter dem Namen "jugoslawische Republik Mazedonien" wird Mazedonien Mitglied der UNO.

12.4. Der erste Kampfeinsatz der NATO in ihrer Geschichte zur Durchsetzung des Flugverbots.

16.4. Der Sicherheitsrat erklärt Srebrenica zur "Sicherheitszone".

18.4. Der Sicherheitsrat verschärft die Sanktionen gegen Serbien (Resolution 820).

26.4. Das Parlament der Serbischen Republik Bosnien-Herzegowinas lehnt den Vance-Owen Plan einstimmig ab.

1./2.5. Treffen aller Beteiligten in Athen. Unter dem Druck von Milosevic und der Griechen akzeptiert Radovan Karadzic die Unterzeichnung des Vance-Owen-Plans, sofern dieser vom Parlament der Serben in Pale ratifiziert würde. Das Parlament widerspricht und setzt für den 15. und 16. Mai ein Referendum an.

6.5. Wirtschaftsembargo der jugoslawischen Föderation gegen die bosnischen Serben, weil diese den Friedensplan nicht annehmen.

Der Sicherheitsrat macht fünf weitere Städte (Sarajewo, Tuzla, Zepa, Gorazde und Bihac) zu "Sicherheitszonen".

15./16.5. In einem Referendum sprechen sich 96% der bosnischen Serben gegen den Vance-Owen-Plan und für die Unabhängigkeit aus.

22.5. Angesichts der militärischen Lage beschließen die Vertreter der USA, der EG und Rußlands in Washington ein "gemeinsames Aktionsprogramm", welches den Vance-Owen-Plan de facto beerdigt. An der Grenze zwischen Serbien und Bosnien sollen internationale Beobachter stationiert werden.

31.5. Der serbische Präsident Dobrica Cosic wird von den Anhängern Milosevics und den Ultranationalisten um Seselj seines Amtes enthoben; sein Nachfolger wird Zoran Lilic.

15./16.6. Milosevic und Tudjman sprechen sich in Genf für die Teilung von Bosnien-Herzegowina in drei ethnische Einheiten im Rahmen einer Konföderation aus. Dieses neue Projekt der Unterhändler (am 1. Mai hatte Thorvald Stoltenberg Cyrus Vance abgelöst) wird von Izetbegovic abgelehnt, da es einer faktischen Teilung Bosnien-Herzegowinas nach ethnischen Gesichtspunkten gleichkommt, wobei der größte Teil des Staatsgebiets an Serbien und Kroatien fallen würde. Auch die Führer der Serben und Kroaten in Bosnien-Herzegowina, Karadzic und Boban, lehnen den Plan ab. Friedenshändler Owen erklärt: "Der Vielvölker-Einheitsstaat Bosnien läßt sich nicht mehr aufrecht erhalten."

19./20.6. Die Serben der Republik Krajina sprechen sich in einem Referendum für die Vereinigung mit den bosnischen Serben aus.

11.7. Das bosnische Präsidium widerspricht den serbisch-kroatischen Plänen einer Teilung der Republik. Statt dessen schlägt es eine Föderation ohne ethnische Aufteilung vor.

19.7. Die EG-Außenminister beschließen, den Druck auf Kroatien zu verstärken, um die Angriffe Kroatiens auf die muslimische Seite in Bosnien-Herzegowina zu unterbinden. Großbritannien fordert Wirtschaftssanktionen, die jedoch am Widerstand Deutschlands scheitern.

30.7. Das Prinzip einer "Union der Republiken von Bosnien-Herzegowina" mit einer schwachen Zentralmacht wird von allen drei kriegsführenden Parteien akzeptiert. Danach soll ein Parlament gewählt werden, das jedoch nicht aus allgemeinen und freien Wahlen entsteht, sondern aus Delegierten der drei Regionen zusammengesetzt ist. Die drei Republiken sollen unabhängig sein (einschließlich Außenbeziehungen), die Sezession wäre zustimmungspflichtig; die BürgerInnen sollen das Recht auf doppelte Staatsbürgerschaft haben. Izetbegovic verlangt vor einer Fortsetzung der Verhandlungen den serbischen Rückzug von den Bergen Igman und Bjelasnica bei Sarajewo.

20.8. Die internationalen Unterhändler schlagen den kriegsführenden Parteien eine Aufteilung von Bosnien-Herzegowina in drei Republiken vor, mit 52% des Gebietes für die Serben, 31% für die Muslime und 17% für die Kroaten. Die mehrheitlich von Muslimen bewohnten Gebiete im Zentrum sollen durch einen Korridor verbunden werden. Sarajewo soll unter UNO und Mostar unter EU-Kontrolle gestellt werden.

24.8. Die kroatische Seite versteht diesen Plan als Signal: sie proklamiert die Kroatische Republik Herceg-Bosna mit Mostar als Hauptstadt. Die kroatischen Vertreter in der bosnisch-herzegowinischen Regierung verlassen diese. Ein eigenes Parlament soll gebildet werden.

27.8. Das Restparlament Bosnien-Herzegowinas lehnt den Vance-Owen-Plan ab.

16.9. Der bosnische Präsident und der Vorsitzende des "serbischen Parlaments" in Pale unterzeichnen eine gemeinsame Erklärung, nach der jede der drei Republiken nach zwei Jahren und auf der Grundlage eines Referendums aus der Föderation ausscheiden könnte.

29.9. Das Rest-Parlament in Sarajewo kündigt die Zustimmung zum Vance-Owen-Plan an, wenn die Serben und Kroaten die von ihnen gewaltsam besetzten Gebiete zurückgeben.

30.9. Bruch zwischen Milosevic und dem Chef der Radikalen Partei, Vojislav Seselj. Die Partei von Milosevic klagt die Milizen Seseljs öffentlich der Kriegsverbrechen in Kroatien und Bosnien an.

4.10. Bewaffnete Auseinandersetzungen in der Enklave Bihac, die mehrheitlich von Muslimen bewohnt wird. Separatistische Kräfte, Anhänger von Fikret Abdic, kämpfen gegen die Truppen der Zentralregierung von Izetbegovic.

7.10. Vor der UNO verlangt der bosnische Präsident Izetbegovic Garantien für die politische, wirtschaftliche und geografische Überlebensfähigkeit, die internationale Absicherung des Friedensplanes sowie eine Übernahme der von Serben eroberten Gebiete mit der Gewähr, daß die Vertriebenen und Flüchtlinge dorthin zurückkehren können.

21.10. Abdic schließt ein Abkommen mit den Führern der Serben und Kroaten in Bosnien, Karadzic und Boban.

23.10. Massaker von kroatischen Streitkräften an Muslimen in dem Dorf Stupnido in Mittelbosnien.

2.11. Der Chef des bosnischen Generalstabs, Sefer Halilovic, wird abgesetzt, weil er angeblich "Kriegsverbrechen" gedeckt hat. Weitere führende Militärs werden in Sarajewo verhaftet.

8.11. Deutschland und Frankreich wollen die Sanktionen gegen Rest-Jugoslawien aufheben, wenn dieses sich zu Zugeständnissen an Bosnien-Herzegowina bereit erklärt; die USA lehnen ab, weil dieses die "Aggressoren" begünstigen würde.

16.11. Die alte Brücke von Mostar (Weltkulturerbe) wird von kroatischen Streitkräften zusammengeschossen. Erste Bündnisse von Serben und Muslimen um Mostar gegen die Kroaten.

18.11. Die kriegsführenden Parteien verpflichten sich, Hilfslieferungen durch die "humanitären Korridore" durchzulassen. 19.12. Wahlen in Serbien: Die Partei von Milosevic bekommt 123 von 250 Mandaten, die von Draskovic geführte Koalition DEPOS 45, die Radikalen von Seselj 39, die Demokratische Partei von Zoran Djindjic 29, die serbische Demokratische Partei von Vojislav Kostunica (früher bei DEPOS) 7, die ungarische Gemeinschaft in der Vojvodina 5, eine Koalition zweier kleiner albanischer Parteien 2 Sitze. Die wichtigsten albanischen Parteien boykottierten die Wahl.

In der von Serben bewohnten Provinz Krajina ging die erste Runde der Wahlen an Milan Babic, der von Seselj unterstützt wurde; doch in zweiten Wahlgang siegte der von Milosevic unterstützte Kandidat Milan Martic.

20.12. Die UNO-Vollversammlung stimmt mit 109 Stimmen einem Antrag Bosnien-Herzegowinas zur Aufhebung des Waffenembargos gegen Bosnien-Herzegowina sowie einer schärferen Anwendung des Embargos gegen Rest-Jugoslawien zu; die USA stimmen zu, die EG-Staaten und Rußland enthalten sich.

22.12. Verhandlungen zwischen den kriegsführenden Parteien und den Außenministern der Zwölf in Brüssel; sie scheitern. Es wird für Weihnachten ein Waffenstillstand vereinbart, der aber nicht eingehalten wird.

1994

8.1. In Bonn treffen sich Izetbegovic und Tudjman; Tudjman schlägt eine Teilung Bosnien-Herzegowinas sowie eine gleichzeitige Wirtschafts-, Zoll- und Währungsunion beider Staaten vor. Die Grenzziehung zwischen muslimischen und kroatischen Teilen in Bosnien-Herzegowina bleibt offen; die militärische Auseinandersetzung zwischen den beiden Parteien geht weiter.

19.1. Rest-Jugoslawien und Kroatien unterzeichnen eine Erklärung zur Normalisierung der Beziehungen, ohne gegenseitige Anerkennung.

28.1. Der US-Senat fordert mit großer Mehrheit die Aufhebung des Waffenembargos gegenüber Bosnien-Herzegowina.

3.2. Der Sicherheitsrat droht in einer Entschließung Kroatien wegen seiner Beteiligung am bosnischen Krieg Wirtschaftssanktionen an.

5.2. Auf dem Markt von Sarajewo fordert ein Granatenangriff 68 Tote und fast zweihundert Verletzte. Dies ist der schlimmste Angriff auf die Stadt seit Beginn der Kampfhandlungen.

Der US-amerikanische Außenminister will Luftangriffe der NATO nicht mehr ausschließen. Der französische Außenminister Juppé spricht von einem Wendepunkt in der Jugoslawienpolitik.

Die UNPROFOR erklärt nach einer Untersuchung, die Herkunft der Granaten könne nicht eindeutig festgestellt werden.

9.2. Vereinbarung eines Waffenstillstandes zwischen bosnischen Serben und Muslimen.

Die NATO fordert die Serben auf, alle schweren Waffen aus einem Umkreis von 20 km um Sarajewo zurückzuziehen, andernfalls seien Luftangriffe zu erwarten.

16.2. Griechenland verhängt ein Embargo gegen Mazedonien.

19.2. In Frankfurt findet eine Konferenz der Außenminister Kroatiens und Bosnien-Herzegowinas statt. Grundsätzlich wird sich auf einen Zusammenschluß des muslimischen und des kroatischen Teils Bosnien-Herzegowinas geeinigt.

25.2. Zwischen den Kroaten und den bosnischen Streitkräften wird in Zagreb ein Waffenstillstand vereinbart. Unter dem Druck der USA beginnen Gespräche zur Bildung einer muslimisch-kroatischen Konföderation in Bosnien nach "belgischem Modell".

26.2. Beginn der Verhandlungen zwischen Kroaten und Muslimen in Washington. Anfang März eine Einigung auf ein Kantonsmodell.

28.2. Zwei US-Kampfflugzeuge schießen vier aus der Krajina gestartete Flugzeuge, die Bosnien überfliegen, ab, da sie den von der UNO im Oktober 1992 getroffenen Beschluß des Flugverbotes über Bosnien verletzen.

7.3. Ein Bataillon der UNPROFOR übernimmt die Kontrolle über den Flughafen Tuzla. Aus Mostar werden die schweren Waffen der Kroaten abgezogen.

13.3. In Wien wird zwischen Muslimen und Kroaten die Föderation von Bosnien und Herzegowina vereinbart. Die Republik beansprucht 51% des Gebietes von Bosnien-Herzegowina. Eine gemeinsame Regierung soll in Fragen der Außen-, Wirtschafts-, Handels- und Finanzpolitik zuständig sein; Polizei, Bildungs-, Kultur- und Sozialpolitik falle in die Zuständigkeit der Einzelkantone. Mit der Republik Kroatien soll eine Konföderation eingegangen werden (Zoll und Währung; "Verteidigung").

Ende März Die bosnischen Serben starten Angriffe gegen die UNO-Schutzzone Gorazde; das Parlament Bosnien-Herzegowinas stimmt dem Föderationsvertrag zu; erstmals nehmen neben den muslimischen auch die kroatischen Vertreter wieder teil.

10./11.4. Erstmals greifen Flugzeuge der NATO in die Bodenkämpfe um Gorazde ein.

14.4. Der Bundestag beschließt mit den Stimmen der Regierungskoalition und der SPD einen Antrag, mit dem der Einsatz der Bundeswehr bei den AWACS-Aufklärungsflügen gebilligt wird.

22.4. Die NATO erklärt Gorazde wie Sarajewo zur militärischen Ausschlußzone; alle Beteiligten werden aufgefordert, bis zum 27. April schwere Waffen abzuziehen.

23.4. 2.000 UN-Soldaten kommen in Gorazde an; die NATO verlangt von der UN die Ermächtigung zu Luftangriffen, da die serbische Seite die Stadt immer noch mit Granaten beschießt; der Sonderbeauftragte der UNO, Akashi, und der UNPROFOR-Kommandant lehnen ab.

11.5. Kroatische und muslimische Vertreter einigen sich in Wien auf die Konföderation Bosnien-Herzegowina.

12.5. Der US-Senat fordert erneut die Aufhebung des Waffenembargos gegen Bosnien-Herzegowina. Clinton lehnt ab, weil dies den Friedensprozeß stören würde und die USA keine Alleingänge gegen die Interessen der europäischen Verbündeten unternehmen dürfe.

13.5. Die "Jugoslawien-Kontaktgruppe", bestehend aus den Außenministern der USA, Großbritanniens, Frankreichs, Rußlands und Deutschlands, legen einen Teilungsplan für Bosnien-Herzegowina im Verhältnis 51:49 vor. Die Kriegsparteien lehnen dies geschlossen ab.

8.6. Das US-Repräsentantenhaus fordert mit 244 zu 178 Stimmen die Aufhebung des Waffenembargos gegen Bosnien-Herzegowina.

5.7. Die Internationale Kontaktgruppe verabschiedet in Genf einen neuen Teilungsplan, der nach wie vor eine Teilung im Verhältnis 51:49 vorsieht. Sarajewo soll der UNO unterstellt werden.

23.7. Die EU übernimmt die Verwaltung der Stadt Mostar für zwei Jahre, der ehemalige Bremer Bürgermeister Hans Koschnick wird Administrator.

1.8. Milosevic fordert die bosnischen Serben zur Annahme des Plans der Kontaktgruppe auf. Der Plan sei zwar nicht gerecht, aber Kompromisse müßten gemacht werden; außerdem lasse der Plan Veränderungen durch Verhandlungen zu.

3.8. Das Parlament der Serbischen Republik in Bosnien-Herzegowina beschließt die Durchführung eines Referendums über den vorgelegten Friedensplan, was als versteckte Ablehnung gewertet werden muß. Die Regierung Rest-Jugoslawiens bricht daraufhin die Beziehungen zur Serbischen Republik ab.

11.8. Der US-Senat fordert Clinton auf, das Waffenembargo auch im Alleingang aufzuheben.

22.8. Bosnische Regierungstruppen erobern die von Fikret Abdic geführte "Autonome Region Westbosnien" um die Stadt Velika Kladusa; 40.000 Menschen fliehen.

28.8. In einer Volksabstimmung lehnen über 90% der Bewohner der "Serbischen Republik" in Bosnien den internationalen Teilungsplan ab, obwohl das Belgrader Parlament zur Annahme aufgerufen hatte.

23.9. Die UNO beschließt eine Lockerung der Sanktionen gegen Rest-Jugoslawien für einen Zeitraum von 100 Tagen.

8.10. Der Amtsinhaber Kiro Gligorow gewinnt die Präsidentenwahlen in Mazedonien mit 52%. Bei den Parlamentswahlen siegt das Bündnis aus Sozialisten, Sozialdemokraten und Liberalen.

3.11. Die UNO-Vollversammlung empfiehlt mit 97 Ja-Stimmen und 61 Enthaltungen, das Waffenembargo gegen Bosnien-Herzegowina aufzuheben.

11.11. Die US-Regierung beschließt, sich aus der Überwachung der Einhaltung des Waffenembargos für Bosnien-Herzegowina auszuklinken.

21.11. NATO-Flugzeuge greifen serbische Stellungen auf dem Flugplatz von Udbina (in der Krajina) an, von wo aus Flugzeuge in Kampfhandlungen in Bosnien-Herzegowina eingegriffen haben.

2.12. Kroatien unterzeichnet ein Wirtschaftsabkommen mit den Serben der aufständischen Krajina.

5.12. Boutros-Ghali empfiehlt, die UNO-Truppen aus den Sicherheitszonen abzuziehen, da die UNO zuwenig Soldaten habe, um die Gebiete und die Soldaten ausreichend zu schützen.

18.12. Mit serbischer Unterstützung erobern die bosnischen Verbände um Fikret Abdic die Stadt Velika Kladusa in der Enklave von Bihac wieder zurück.

24.12. Es wird durch Vermittlung von Ex-US-Präsident Carter ein Waffenstillstand bis Ende April 1995 vereinbart. Trotzdem kommt es zu massiven Kampfhandlungen, vor allem in der Enklave von Bihac.

1995

Januar Kroatien kündigt den Vertrag zur Stationierung von UN-Blauhelmen auf seinem Territorium, weil die versprochene Entwaffnung der Serben und die Rückkehr der Kriegsflüchtlinge nicht absehbar seien.

21.1. Sarajewo ist seit 1.000 Tagen eine belagerte Stadt. In Anwesenheit von 200 Bürgermeistern aus aller Welt wird der etwa 20.000 Opfer der Belagerung und Beschießung gedacht.

12.2. Der kroatische Verfassungsgerichtshof setzt das Statut des Verwaltungsbezirkes Istrien außer Kraft. Obwohl etwa 15% der Einwohner Italiener sind, dürfen keine zweisprachigen Stempel mehr Verwendung finden.

11.3. Aufgrund des Drucks der EU zieht die kroatische Regierung die Kündigung des UNO-Mandates zurück. Sie verlangt jedoch eine Reduzierung der "Blauhelme" von 14.000 auf 5.000 Mann. Gleichzeitig rüsten sowohl Serben wie Kroaten für einen neuen Waffengang.

27.3. Karadzic ordnet die Generalmobilmachung an und droht mit Angriffen auf die Schutzzone Tuzla.

2.5. Einheiten der kroatischen Armee erobern die westslawonische Stadt Okucani, um die Kontrolle über den Autoput nach Belgrad zurückzuerlangen.

3.5. Als Vergeltung greifen die Krajina-Serben Zagreb mit Raketenwerfern an.

25.5. Bei einem serbischen Raketenangriff auf die ostbosnische Stadt Tuzla kommen über 70 Menschen um. Die NATO fliegt Angriffe gegen serbische Munitionsdepots.

Ende Mai Die Serben machen mehrere hundert Soldaten der UNPROFOR zu ihren Gefangenen und drohen mit ihrer Ermordung im Fall einer Fortsetzung der Luftangriffe. Sie erklären alle Vereinbarungen mit der UNO für ungültig.

Mitte Juni Die Blauhelmsoldaten werden wieder freigelassen. Die bosnische Armee versucht, den Belagerungsring um Sarajewo zu sprengen.

30.6. Der Bundestag beschließt den Einsatz von Tornados in Bosnien.

10.7. Die UNO-Schutzzone Srebrenica wird von den bosnischen Serben erobert. Massenflucht der Muslime nach Tuzla.

12.7.1995 Bosnische Serben erobern Srebrenica. 40.000 werden eingeschlossen, später vertrieben.

13.7. Izetbegovic kündigt Ende des UNO-Mandats an.

Chirac fordert Einsatz militärischer Gewalt zum Schutz der "Schutzzonen". Die Flüchtlinge bewegen sich in Richtung Tuzla.

14.7. Generalstabsmäßige Vertreibung der muslimischen Bevölkerung durch die bosnisch-serbischen Militärs aus Srebrenica. 10.000 haben die Enklave schon verlassen.

15.7. Angriff der bosnischen Serben auf die UNO-Schutzzone Zepa.

Frankreich findet keine Unterstützung seiner Forderung nach militärischem Eingreifen.

17.7. Serbische Militäreinheiten greifen jetzt auch Zepa an. Großbritannien verlegt weitere 12 Kampfflugzeuge nach Bosnien und 6000 Soldaten.

21.7. Nun wird auch Zepa von serbischen Einheiten erobert. Die Offensive gegen Bihac geht weiter. Kroatische Serben starten Offensive gegen Bihac.

24.7. Erstmals werden Verbände der "Schnellen Eingreiftruppe" zum Schutz Sarajewos eingesetzt.

27.7. NATO will mit militärischen Mitteln einen Angriff auf Gorazde verhindern.

31.7. Tudjman droht mit militärischer Rückeroberung der Krajina.

5.8. Kroatien eröffnet Krieg gegen die Krajina mit der Operation "Gewittersturm". Der größte Teil der serbischen Bevölkerung der Krajina, insgesamt ca. 130.000 Menschen, werden durch kroatisches Militär vertrieben oder fliehen aufgrund der zu erwartenden Übergriffe.

10.8. Eine in Moskau geplante Friedensverhandlung zwischen Tudjman und Milosevic scheitert, weil Tudjman nicht ohne Izetbegovic verhandeln will.

15.8. Serbische Milizen vertreiben die letzten muslemischen und kroatischen BewohnerInnen aus Banja Luka (Nordbosnien).

18.8. Bei einem Granateinschlag auf dem Markt von Sarajewo werden 38 Menschen getötet und 80 verletzt. Die UNO erklärt später, es sei erwiesen, daß die Granate von bosnisch-serbischen Einheiten abgefeuert worden sei.

23.8. Die NATO beginnt mit dem Bombardement auf bosnisch-serbische Stellungen um Sarajewo und in Pale.

Die BRD ist erstmals seit dem Ende des zweiten Weltkriegs an direkten Kriegshandlungen beteiligt.

1.9. Die Regierung Rest-Jugoslawiens und der Serbischen Republik Bosnien-Herzegowina bilden eine gemeinsame Verhandlungskommission. Milosevic hat bei Stimmengleichheit den Ausschlag, was als Eingrenzung der Position Karadzics angesehen wird.

4.9. Jelzin erklärt, die NATO-Luftangriffe würden nicht durch das UNO-Mandat gedeckt. Er warnt vor weiterer Gewaltanwendung.

9.9. Jelzin warnt, eine Ausweitung der NATO nach Osten "bedeute Krieg".

12.9. Erstmals setzt die NATO Marschflugkörper gegen bosnisch-serbische Stellungen ein.

14.9. Jelzin und Clinton versuchen, den Konflikt zwischen der NATO und Rußland abzuschwächen.

he., Hamburg

Diese Chronologie entstand auf der Grundlage einer Zeittafel in dem auch sonst sehr lesenswerten Buch von Catherine Samary: "Die Zerstörung Jugoslawiens; Ein europäischer Krieg" (ISP-Verlag, Köln, 1995), einer

Aufstellung für die Bundestagsgruppe der PDS, der ak aus den Jahren 1989 bis 1995 sowie Zeitungsberichten aus dem Zeitraum 1990 bis 1995.

Ausgewählte Angaben über einzelne Republiken

in der ehemaligen Föderation Jugoslawien, +, +, +, +, +

, , , , ,

Ex-Republik, Fläche, Einwohner, BIP pro, Ind.-Prod., Bruttover-

, in km2, in Mio., Kopf in Mio. $, 1991 zu, schuldung

, , (1990)*, (1990), 1990, in Mio $**

Bosnien/

Herzegowina,

51129,

4,52,

1600,

-24,0,

1677

Kroatien, 56538, 4,69, 3400, -28,5, 2994

Mazedonien, 25713, 2,13, 1400, -17,0, 761

Slowenien, 20251, 1,95, 5500, -12,4, 1788

Restjugoslawien, , , , ,

Serbien***, 88361, 9,88, 2200, -18,0, 4869

Kosovo, 10887, 1,98, 730, -20,0, 726

Vojvodina, 21506, 2,05, 3250, -14,0, 841

Montenegro, 13812, 0,64, 1700, -13,0, 597

Altjugoslawien, 255804, 23,81, 2600, -20,0, 16295****

* Anfang August 1992: rund 500.000 Flüchtlinge im Ausland und rund 2,2 Millionen Flüchtlinge innerhalb des ehemaligen jugoslawischen Territoriums,, davon: in Bosnien/Herzegowina 1,3 Millionen und rund 93.000 aus Kroatien; in Kroatien: 367.000 aus Bosnien/Herzegowina und 265.000 Vertriebene aus kroatischen Kampfgebieten; in Mazedonien: 31.000 aus den anderen ehemaligen Republiken; in Slowenien: 70.000 aus dem übrigen ExJugoslawien,, davon rund 45.000 aus Bosnien/Herzegowina; in Restjugoslawien - davon in Serbien - 382.000 und in Montenegro 49.000,, vor allem aus Bosnien/Herzegowina., +, +, +, +, +

** Stand September 1990 ohne Aufteilung der nicht direkt zuzuordnenden Schulden auf Bundesebene (3.600 Millionen $) inklusive Kosovo und Vojvodina, +, +, +, +, +

*** inclusive Kosovo und Vojvodina, +, +, +, +, +

**** Stand Ende Dezember 1991: 15.630 Millionen $,, davon rund, +, +, +, +, +

Aus: Cornelia Domaschke/Birgit Schliewitz,, Spaltet der Balkan Europa?,, Aufbau Verlag,, Berlin 1994, +, +, +, +, +

20. Exempel Balkankrieg: Von der Blockkonfrontation zur innerimperialistischen Konkurrenz

Autor: AI., Nürnberg · Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft; Interventionspolitik und Kriege; Jugoslawien / Ex-Jugoslawien · CD-Datei: daten/aksuche/ak382/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:382:02

Der Bosnien-Beschluß des Bundestags und die Kampfeinsätze der Bundeswehrtornados markieren eine historische Zäsur. Wir stellen im folgenden dar, daß sowohl die innenpolitischen als auch die aus-senpolitischen Bezugspunkte der BRD-Politik neu abgesteckt werden.

- Eine "übergroße Koalition" aus CDU/ CSU, FDP, SPD und Teilen von Bündnis 90/Die Grünen stimmte für den ersten "heißen Kriegseinsatz" der Bundeswehr im ehemaligen Jugoslawien. Die Massenmedien applaudierten. Lediglich die PDS votierte geschlossen dagegen.

- Die SPD ist wieder einmal an der Grundfrage "Krieg oder Frieden" umgefallen und trägt den Kursschwenk hin zur Militarisierung der deutschen Außenpolitik mit.

- Sekundiert von bekannten Intellektuellen signalisieren erhebliche Teile von Bündnis 90/Die Grünen, allen voran ihr starker Mann Joschka Fischer, ebenfalls Verständnis oder reden Kriegseinsätzen der Bundeswehr offen das Wort. Sie verabschieden sich von ihrem Grundsatz "Gewaltfreiheit". Die Not der Menschen in Bosnien dient Fischer dafür lediglich als nützlicher Vorwand. In Wirklichkeit geht es ihm darum, die Bündnis 90/Die Grünen als regierungsfähig darzustellen.

- Die Parlamentsmehrheit tut so, als sei Krieg das beste Mittel, um die humanitären und politischen Probleme in Bosnien zu lösen. Militärische Interventionen werden als eine Art Allheilmittel angepriesen. Im Parlament gibt es - mit Ausnahme der schwachen PDS und einiger Grüner - keine wirkliche Opposition gegen die Kriegsbefürwortung.

- Dabei zeigt der UNO- und NATO-Einsatz im ehemaligen Jugoslawien tagtäglich, daß die UNO- und NATO-Truppen die Massaker an der Zivilbevölkerung vielfach nicht verhindern. Das jüngste Beispiel war die Vertreibung von gut 150.000 Krajina-Serben, die unter den Augen der UNO-Blauhelme erfolgte, die zu deren Schutz stationiert waren. Verschiedentlich trugen UNO und NATO dazu bei, Übergriffe zu verharmlosen und zu vertuschen. Sie unternahmen bisher auch keinen ernsthaften Versuch, die Aufklärung von Kriegsverbrechen einzufordern.

- Die Friedensbewegung, die bis Mitte der achtziger Jahre Hunderttausende auf die Straße brachte, ist als handlungsfähige Kraft inexistent. Die verbliebenen Aktiven sind kaum noch mobilisierungsfähig. Dabei findet nur wenige hundert Kilometer von unserem Land entfernt ein barbarischer Krieg statt, in dem Kriegsverbrechen wie Massenvergewaltigungen und ethnische Säuberungen seit Jahren an der Tagesordnung sind.

- Die Reste der bundesdeutschen Linken haben es bisher nicht verstanden, die so wesentliche Frage "Krieg oder Frieden" zum Ansatzpunkt ihrer Politik und für Aktionen zu machen.

Wer vor zehn Jahren ein ähnlich pessimistisches Szenario prophezeit hätte, wäre von niemandem ernst genommen worden. Ein Blick auf den Zeitraum zwischen 1985 und 1995 zeigt, welch dramatische Rückschläge antimilitaristische und linke Vorstellungen und Politikansätze hinnehmen mußten und wie gründlich das bis dahin gültige politische Koordinatensystem ins Rutschen kam. Das heißt aber auch, daß sich dem Gegenstand "internationale Politik" neu genähert werden muß, um sich auf diese Situation einzustellen.

Die "neue Weltordnung" und das Exempel Jugoslawien

Die Positionen zum Krieg im ehemaligen Jugoslawien spiegeln die innenpolitischen aber auch die internationalen Kräfteverschiebungen in bisher ungekannter Schärfe wider. Der Fall Jugoslawien demonstriert, wie ein ursprünglich lokaler Konflikt verkompliziert, verschärft und verlängert wird, weil sich spätestens seit 1990/91 mehrere Großmächte mit zum Teil konträren Interessen einmischen. Sie ermuntern die jeweiligen Schützlinge unter den lokalen Konfliktparteien, weiter Krieg zu führen und versetzen sie durch Waffenlieferungen bzw. deren Duldung auch in die Lage dazu. Mittlerweile ist der Krieg in Bosnien längst nicht mehr nur eine Auseinandersetzung verfeindeter Teilrepubliken Ex-Jugoslawiens. Er hat sich zum ersten

großen Stellvertreterkrieg nach dem Ende der Blockkonfrontation verwandelt. Diese Konstellation ist neu. Sie ist am ehesten vergleichbar mit den innerimperialistischen Konflikten, die die Jahrzehnte vor der Oktoberrevolution prägten.

Der Zusammenbruch des realsozialistischen Blocks und der Sowjetunion, die wichtigsten Ereignisse unserer Epoche, hatten das Ende der europäischen Nachkriegsordnung, das Ende der weltweiten Blockkonfrontation und die absolute wirtschaftliche und ideologische Hegemonie des kapitalistischen Systems zur Folge.

Im Windschatten des Mauerfalls und der in ihrem internationalen Gewicht stark geschwächten UdSSR bzw. heute Rußlands nahm auch die außenpolitische Bedeutung der BRD erheblich zu. Dieser Machtzuwachs begann aber nicht erst mit der Wiedervereinigung. Jahrzehntelang hatten alle BRD-Regierungen daran gearbeitet, außenpolitisch wieder "Flagge zeigen" zu können. Die wichtigsten Stationen waren: Wiederbewaffnung und Gründung der Bundeswehr (1955), NATO-Eintritt und die Notstandsgesetze (1968).

Auf der Ebene der Weltpolitik hat der kapitalistische Westen seit der Auflösung der Sowjetunion keinen Systemgegner mehr. Da die internationale Einflußsphäre der UdSSR/Rußlands schrumpfte, entstand in vielen Weltregionen eine Art außenpolitisches Machtvakuum (z.B. Osteuropa, Afrika, Kaukasus, Teile der Golfregion), in das nun mehrere konkurrierende Mächte vorzustoßen versuchen. Derzeit werden die Karten im weltpolitischen Machtpoker neu gemischt. Das Abstecken der Interessenssphären zwischen den verschiedenen Großmächten (USA, Rußland, BRD, Frankreich, England, Japan und China) wird die nächsten Jahre bestimmen.

Da der NATO der "große gemeinsame Feind" fehlt, gibt es auf politischer und militärischer Ebene auch das, was bisher gerne "der Westen" genannt wurde, nicht mehr. Vielmehr zerfällt der westliche Block in Einzelteile, die in Teilbereichen in scharfer Konkurrenz zueinander stehen. Die Blockkonfrontation wird abgelöst von einer zunehmend schärfer ausgetragenen innerimperialistischen Konkurrenz. Das schließt nicht aus, daß derzeit die Gemeinsamkeiten noch überwiegen. Hier sind auf der politisch-ökonomischen Ebene vor allem die Anstrengungen der G7-Länder zu nennen, weltweit wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen zu schaffen, die kapitalistische Ausbeutung überhaupt erst möglich machen. Außerdem sind sich alle G7-Länder darin einig, die Herausbildung einer islamischen Großmacht bzw. eines islamischen Blocks zu verhindern, sich von der Armutsmigration abzuschotten und, sofern vorhanden, linke Befreiungsbewegungen zu bekämpfen. In diesem Zusammenhang verändert auch die UNO ihre Rolle. War sie bis 1989 die Bühne, auf der die Blockkonfrontation ausgetragen wurde, so finden dort mittlerweile die Interessensdifferenzen der unterschiedlichen kapitalistischen Großmächte ihren Niederschlag.

Im Jugoslawienkonflikt manifestierten sich diese Widersprüche erstmals in aller Schärfe. Die Widersprüche sind der tiefere Grund für das unentschlossene und schwankende Handeln der UNO-Truppen, die immer wieder Zugeständnisse an die unterschiedlichen Kriegsparteien machen. Es waren diese Interessensdifferenzen, die eine einheitliche politische und militärische Konzeption von UNO und NATO unmöglich machten. Hier liegen auch die Gründe für das Scheitern des Boykotts, den alle Großmächte zugunsten ihrer jeweiligen Schützlinge unterlaufen! Aufgrund dieser Großmachtkonflikte kann ein internationaler Militäreinsatz keinesfalls zum Ende des Krieges sondern nur zu dessen weiteren Eskalation beitragen! Denn England/Frankreich einerseits und die USA bzw. BRD andererseits nehmen deutlich unterschiedliche Positionen ein. Dabei geht es weder Frankreich/England, noch USA/BRD noch Rußland um Demokratie, Menschenrechte oder ähnliches. Dies zeigt sich zum Beispiel daran, daß die BRD Deserteure wieder zurückschickt - auch in die Hände der serbischen Militärbehörden! - oder gegen Kriegsverbrechen immer nur dann protestiert wird, wenn sie von den Schützlingen der anderen Seite verübt werden. So war die Massenvertreibung der Krajina-Serben in der BRD nur eine Randnotiz. Über die verheerende Lage im von Serbien unterjochten Kosovo schweigen alle Großmächte. Die Kosovo-Albaner haben keine Lobby, niemand interessiert sich für ihr Leiden.

Die UNO: Heuchelei mit den Menschenrechten

Nach dem Ende der Blockkonfrontation und insbesondere mit dem 2. Golfkrieg wurde hierzulande eine Diskussion darüber angezettelt, ob UNO-Militäreinsätze notwendig und gerechtfertigt sind, um Menschen- und Völkerrechte durchzusetzen. Heute ist offenkundig, daß die politischen Eliten solche Beweggründe letztlich nur vorschieben. Die Blauhelmdebatte war nur eine "Türöffnerdebatte". Sie dient einzig und allein dazu, im

eigenen Land Kriegseinsätze zu legitimieren und von den dahinterstehenden Interessen abzulenken. UNO-Beschlüsse, so sehr sie auch mit humanitären Argumenten begründet werden mögen, sind nichts anderes als ein Ausdruck der nackten weltpolitischen Kräfteverhältnisse. Und Großmächte haben mit Menschenrechten nur dann etwas am Hut, wenn es Sonntagsreden zu halten gilt bzw. es ihren Interessen nützt. Wenn nicht, siehe China, Indonesien, Iran usw., dann werfen sie den Mantel des Schweigens darüber, und die Zusammenarbeit geht weiter. Übrigens nutzten die USA die UNO schon in den fünfziger Jahren, um dem eigenen Krieg in Korea "höhere Weihen" zu verleihen. Die Auswertung der letzten drei großen UNO-Militäreinsätze im Irak, in Somalia und Jugoslawien belegt unseres Erachtens diese Aussagen.

Fall 1: Der 2. Golfkrieg/Irak

Begründet wurde der unter US-Führung realisierte UN-Kriegseinsatz mit der Besetzung Kuwaits durch irakische Truppen. Weiterhin wurden die undemokratischen Verhältnisse im Irak sowie die katastrophale Menschenrechtssituation im Irak und dem besetzten Kuwait angeführt. Saddam Hussein wurde von allen Massenmedien als Inbegriff des Bösen aufgebaut. Sie gipfelten in Vergleichen "Saddam = Hitler".

Teile der kritischen Intelligenz wie Hans Magnus Enzensberger, Grüne wie Daniel Cohn-Bendit und Linke im Umfeld der Zeitschrift konkret übernahmen diese Positionen. Von linker Seite wurde die befürchtete Zerstörung Israels durch irakische Giftgasangriffe als Rechtfertigung für die Kriegsunterstützung angeführt. Ein klassisches linkes Prinzip, die Ablehnung imperialistischer Kriege, wurde gebrochen, weil die Bellizisten der Meinung waren, daß das drohende große Unheil nur noch durch den Einsatz einer westlichen Kriegsmaschine aufzuhalten sei. "Westliche Allianz = Zivilisation", "Irakisches Regime = Barbarei" lautete die Alternative für die Bellizisten. Eine kritische Reflexion dieser Position bzw. eine Auswertung unter Einbeziehung der heutigen Realität im Irak sowie in der autonomen kurdischen Zone im Nordirak fehlt bis heute.

Vier Jahre später treiben die Mitglieder der ehemaligen Kriegsallianz mit dem Irak und seinem Führer Saddam Hussein wieder munter Geschäfte. Allerdings unter verschärften Bedingungen. Heute herrschen weder im Irak noch in Kuwait demokratische Verhältnisse. An der miserablen Menschenrechtssituation hat sich in beiden Ländern nichts geändert. Gegen Ende des Golfkriegs wurden im Irak noch Kurden und Schiiten zur Erhebung gegen das Regime ermuntert. Der blutigen Niederschlagung der Aufstände sah der Westen nahezu tatenlos zu. Dieser brüske Kurswechsel, der die Rechte der Rebellierenden der Einheit und der Stabilität des Irak unter der Führung Saddam Husseins unterordnete, wurde dem staunenden Publikum in der BRD mit einer bis dahin beispiellosen pro-kurdischen Mitleidskampagne schmackhaft gemacht.

Fall 2: Somalia

In diesem Fall wurde die UNO-Militärintervention mit der katastrophalen Menschenrechts- und Versorgungssituation und dem Zusammenbruch jeglicher staatlichen Ordnung begründet. Rußland verhielt sich kritisch distanziert. Die BRD war erstmals mit Bundeswehrtruppen bei einem UNO-Kriegseinsatz dabei. Eine wichtige innenpolitische Schranke wurde zu Fall gebracht.

Im Unterschied zum 2. Golfkrieg hatte der UNO-Einsatz aber nicht einmal zu Beginn ein klares politisches und militärisches Ziel. Es bestand wohl die Hoffnung, daß eine militärische Intervention Somalia wie ein Kartenhaus zusammenfallen lasse und zügig mit dem Aufbau einer neuen pro-westlichen Regierung hätte begonnen werden können.

Auch die bundesdeutsche Linke hatte keine Vorstellungen über die Ursachen für die Krise in Somalia und über die politischen Kräfteverhältnisse. Die Friedensbewegung tat sich mit einer Positionsbestimmung sehr schwer. Kritik am Einsatz der Bundeswehr bzw. dem gesamten Militäreinsatz kam vor allem von den vor Ort tätigen Hilfsorganisationen (Rotes Kreuz, Malteser u.a.). Große Teile der Sozialdemokratie, der Grünen und der Öffentlichkeit befürworteten den ersten Bundeswehreinsatz "out of area", der im Namen der humanitären Verantwortung stattfand.

Nach kurzer Zeit wurde deutlich, daß die Situation in Somalia viel komplizierter war als gedacht und sich Widerstand gegen die Interventionstruppen bildete. Die UNO-Truppen zogen sich zurück.

Bilanz: Die großmäulig angekündigte "Operation Hoffnung" war ein Schlag ins Wasser. Somalia wurde wieder sich selber überlassen. Heute kräht in den westlichen Massenmedien kein Hahn mehr danach. Der von den USA ausgeguckte Hauptfeind General Aidid schickt sich derzeit an, Präsident zu werden. Die

Versorgungskrise hat sich, wie von allen Hilfsorganisationen befürchtet, im Zusammenhang mit dem Militäreinsatz zwar kurzfristig bessern aber keineswegs lösen lassen. Auf eine selbstkritische Aufarbeitung der prointerventionistischen Positionen bei den Grünen, der SPD und den Massenmedien warten wir bisher vergeblich.

Fall 3: Die Kriege im ehemaligen Jugoslawien

Im Unterschied zu den beiden vorher genannten Konflikten treten im ehemaligen Jugoslawien von Beginn an gegensätzliche Interessen der Großmächte zutage.

Erstmals nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion tritt Rußland, das im Golfkrieg und in Somalia über eine Statistenrolle nicht hinausgekommen war, als euro-asiatische Großmacht auf und wird von der NATO als solche auch akzeptiert. Anknüpfend an den Zarismus befürwortet Rußland eine serbische Hegemonie in dieser Region, auch wenn diese nur um den Preis eines äußerst blutigen Expansionskrieges zu haben ist. Deshalb unterläuft Rußland Boykottmaßnahmen der UNO oder mildert sie ab.

Das westliche Lager hat sich gespalten, nachdem noch zu Beginn der Krise gemeinsam versucht, wurde Jugoslawien als Gesamtstaat zu erhalten. Als sich zeigte, daß das Auseinanderbrechen nicht mehr aufzuhalten schien, schlugen sich die BRD sofort und die USA bald danach auf die Seite Kroatiens, das beiden als vorgeschobener Verbündeter in der Region dient.

Großbritannien und Frankreich befürchten dadurch eine Ausdehnung des BRD-Einflusses. Gelingt es der BRD, ein stabiles Kroatien an sich zu binden, so verfügt sie über einen Kordon eng angebundener Staaten, der vom Baltikum über Polen, Tschechien, Österreich, Ungarn bis an die Adria reicht. Großbritannien und Frankreich fürchten zu Rrecht, daß damit ihr Einfluß in Südosteuropa abnehmen würde. Sie setzten deshalb auf die Schwächung Kroatiens und duldeten die Politik Serbiens. Da sich beide Großmächte im eigenen Land mit separatistischen Bewegungen (Nordirland, Baskenland/Korsika) herumschlagen, hatten sie ohnehin große Vorbehalte, im Falle Kroatiens und Bosnien-Herzegowinas das Recht auf Lostrennung von einem existierenden Nationalstaat anzuerkennen. Im Falle Frankreich kommt hinzu, daß der islamische Fundamentalismus als Gefahr für die Sicherheit Europas eingeschätzt wird. In den letzten Monaten geht Frankreich deutlich auf Distanz zu großserbischen Plänen.

Auch wenn sie es nicht laut sagen sind sich aber alle Großmächte darin einig, daß es in Europa einen muslimisch dominierten Staat, Bosnien-Herzegowina, nicht geben soll. Außerdem will keine der Großmächte in diesem Krieg in größerem Maße militärisch eingreifen, weil man sich für die Durchsetzung der jeweils eigenen Interessen dafür keine Vorteile verspricht. Aus dieser widersprüchlichen internationalen Kräftekonstellation erklärt sich das schwankende Agieren der UNO.

Nach der kroatischen Offensive in der sog. Krajina ist Bewegung in die Situation gekommen. Es deutet sich eine Einigung zwischen den USA und Rußland an. Offenbar soll Bosnien-Herzegovina der Form nach als Staat erhalten, de facto jedoch zwischen Serbien und Kroatien aufgeteilt werden. Ethnische Säuberungen werden damit nachträglich gerechtfertigt, weitere könnten noch bevorstehen. So bietet die UNO die Schutzzone Gorazde den Serben geradezu auf dem Präsentierteller zur Einnahme an. Der Schutz der Menschenrechte, die immer wieder großspurig als Begründung für den Militäreinsatz auf dem Balkan herangezogen werden, spielt in diesem Machtpoker keinerlei Rolle.

Al., Nürnberg

Dieser Artikel faßt im wesentlichen die Diskussionen zusammen, die in den letzten Wochen im KB-Nürnberg geführt wurden.

21. Die Stahlhelmfraktion marschiert. Fortsetzung der grünen Interventionsdebatte

Autor: Js. · Rubrik: Interventionspolitik und Kriege; Grüne (und Vorläufer) · CD-Datei: daten/aksuche/ak382/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:382:15

Was zu befürchten war: Mit Erscheinen des Offenen Briefes von Joschka Fischer und den folgenden eher moderaten Kritiken daran (vgl. ak 381, S. 5) ist die Debatte um Krieg und Frieden bei Bündnis 90/Die Grünen keineswegs beendet. Die BefürworterInnen eines militärischen Eingreifens in Ex-Jugoslawien haben sogar noch nachgelegt. So bezeichnete der Fraktionsvorstand die NATO-Bombenangriffe als "logische Konsequenz" der vorangegangenen Massaker der bosnischen Serben und nahm damit die Eskalation des Mordens zumindest billigend in Kauf. Sind die Grünen noch zu retten?

Für den historischen Bundestagsbeschluß vom 30. Juni, der die Grundlage für die Kampfeinsätze der Bundeswehr-Tornados in Bosnien bildete, haben bekanntlich auch vier Bündnisgrüne gestimmt, darunter die beiden niedersächsischen Abgeordneten Helmut Lippelt und Waltraud Schoppe. Bei den niedersächsischen Grünen hat das eine kontroverse Debatte ausgelöst. In der Mitgliederzeitung Grüne Zeiten (Ausgabe Juli/August) ist neben kritischen Stellungnahmen auch die persönliche Erklärung von Helmut Lippelt dokumentiert, mit der er seine Zustimmung zum Antrag der Bundesregierung begründete. Besonders eine Passage hat es in sich:

"Ich werde zustimmen", begründet Lippelt seine "schwere Entscheidung", "weil ich den Anspruch der Entsendestaaten für gerechtfertigt halte, Deutschland möge sich - da es aus guten Gründen weder Blauhelme noch Landstreitkräfte für die Eingreiftruppe stellt - zumindest an deren Schutz mit ECR-Tornados beteiligen, über die die westeuropäischen Entsendestaaten nicht verfügen."

Für Lippelt bleibt das "Tabu" - keine Bundeswehr in Gebiete zu schicken, wo die Wehrmacht ihre Verbrechen begangen hat - unangetastet, wenn die deutschen Soldaten in Kampfbombern Hilfestellung bei den Bombardierungen leisten. Ein bemerkenswertes Beispiel politischer Differenzierungskunst!

In klarer Abgrenzung von solchen argumentativen Verrenkungen hat Bundesvorstandssprecher Jürgen Trittin die Dimension des Bundestagsbeschlusses vom 30. Juni auf den Punkt gebracht. Unter der Überschrift "Das Ende der Selbstbeschränkung. Die Bundeswehr im Kriegseinsatz" schreibt er:

"Ob Wiederbewaffnung, ob Notstandsgesetzgebung, selten ist eine Zäsur so unspektakulär über die Bühne gegangen wie am 30. Juni 1995. Fast genau zwei Jahre, nachdem das neu vereinigte Deutschland die historische Verpflichtung auf den Schutz politisch Verfolgter aus dem Grundgesetz strich, ermöglichten 386 Abgeordnete des Bundestages - darunter vier Grüne - den ersten Kriegseinsatz der Bundeswehr. Eigentlich war die Mehrheit größer, stimmte doch auch die SPD-Fraktion für eine Beteiligung von Sanitätern, Fallschirmjägern und Logistik am Kampf und verweigerte nur den Tornado-Einsatz.

Die Regierungskoalition konnte sich zufrieden zurücklehnen, wissend, daß es hinter diese Entschränkung deutscher Außenpolitik - wie beim Asylrecht - kaum je ein Zurück geben dürfte. Was mit Sanitätern in Laos begann, führte über die Pioniere in Somalia bis zum Einsatz deutscher Kampfbomber über dem ehemaligen Jugoslawien, deren Aufgabenbestimmung es ist, im Zweifelsfall zuerst zu schießen. (...) Die Gelegenheit, auch den letzten beschränkenden Konsens deutscher Außenpolitik - keine Bundeswehr dort, wo einst die Wehrmacht wütete - abzuräumen, war zu günstig." (Schrägstrich 7-8/95)

So deutlich Trittin sich hier äußert, in der Debatte um den Offenen Brief Joschka Fischers ("militärische Verteidigung der UN-Schutzzonen") versucht er - aus taktischen Gründen? - dem Streit die Schärfe zu nehmen. Die Frage der taz (24.8.), ob es "auch Fischers Motiv war, den Grünen eine regierungsfähige Außenpolitik zu geben", verneint er und nimmt Fischer auch gegen den Vorwurf in Schutz, sich zu "einem Vertreter dieser gefürchteten deutschen Großmachtpolitik gewandelt" zu haben.

Die Fischer gleichberechtigte Sprecherin der Bundestagsfraktion, Kerstin Müller, sieht dagegen in der Frage von Krieg und Frieden keinen Grund für falsche Zurückhaltung:

"Wenn ein Mitglied der Grünen die Grundlinien unserer pazifistischen Außenpolitik umformulieren will ..." (Einschub des Interviewers: "Fischer will das.") "..., um die Grünen regierungsfähig zu machen, dann heißt das noch lange nicht, daß die Partei da mitmacht. (...) Ich jedenfalls finde es - gerade in dieser zentralen Frage - fatal, unsere Programmatik zu ändern, bloß um des Regierens willen." (taz-Interview vom 17.8.)

Diese und andere böse Worte veranlaßten den verteidigungspolitischen Sprecher der bündnisgrünen Bundestagsfraktion, Winfried Nachtwei, zu dem Appell an die Fischer-Gegner, doch bitte auf "Pauschalisierungen, Unterstellungen und Dämonisierungen" zu verzichten. Vor allem gehöre es sich nicht, Fischer "machttaktische und programmrevisionistische Motive" zu unterstellen. Wenn die Antimilitaristen sich nicht mäßigten, drohe "ein Rückfall in die Streitunkultur der 80er Jahre". (zitiert nach taz, 26./27.8. und FR, 28.8.)

Ein paar Tage später wurde der Abgeordnete Nachtwei erneut in der Presse erwähnt. Seine Forderung, die allgemeine Wehrpflicht abzuschaffen, hat leider einen kleinen, aber entscheidenden Schönheitsfehler: Die Bundeswehr möchte Nachtwei in eine Berufsarmee umwandeln - ein Vorschlag, der im übrigen auch von der neuen Wehrbeauftragten Claire Marienfeld befürwortet wird (wegen der vielen jungen Männer aus der "Generation der Egoisten", die, statt das Vaterland zu verteidigen, den Kriegsdienst verweigern). Nachtwei nennt aber auch praktische Vorteile einer Berufsarmee: "Er verwies darauf, daß die Bundeswehr schon jetzt zu etwa 60% aus Berufs- und Zeitsoldaten bestehe. (...) Außerdem gebe es ernsthafte Untersuchungen, wonach sowohl der Wehr- als auch der Zivildienst unter volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten teurer als die Beschäftigung tariflich bezahlter Kräfte sei." (taz, 1.9.) Daß diese anständig entlohnten Fachkräfte eine höhere Leistungsbereitschaft haben und deshalb ihren Job besser machen als die unmotivierten Wehrpflichtigen, liegt auf der Hand - angesichts "wachsender Anforderungen" an den Berufsstand ein wesentliches Argument, das Nachtwei allerdings - noch? - nicht auszusprechen wagte.

NATO-Luftangriffe als "logische Konsequenz"

Während Kerstin Müller im fernen Peking weilte, gab der Fraktionsvorstand am 30.8. unter der Überschrift "Logische Konsequenz" folgende Erklärung zu den Luftangriffen der NATO ab:

"Der Vorstand der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erklärt zu den NATO-Angriffen auf Stellungen der bosnischen Serben:

Wir bedauern, daß der Krieg in Bosnien-Herzegowina so weit eskalieren mußte. Die Luftangriffe der NATO sind jedoch die logische und grausame Konsequenz aus den jüngsten Massakern der bosnischen Serben an der muslimischen Zivilbevölkerung.

Nach wie vor kann eine Lösung des Konfliktes und ein dauerhafter Frieden in der Region jedoch nur über zähe Verhandlungen auf politischem Wege erreicht werden.

Wir fordern die Kriegsparteien in Bosnien auf, die gewalttätigen Auseinandersetzungen unverzüglich zu beenden und an den Verhandlungstisch zurückzukehren."

(Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion, Pressemitteilung Nr. 562/95; Hervorhebungen Js.)

Das ist der gesamte Text. Bundesvorstandssprecher Jürgen Trittin und Bundesgeschäftsführerin Heide Rühle erklärten dagegen, die Bombenangriffe der NATO seien "die falsche Antwort" auf das "erneute Massaker an Bewohnern Sarajevos":

"Die NATO, die Großmächte, die die UNO dominieren, müssen aufhören, mit Lösungen zu spielen, die - wie im Falle Kroatiens - durch das Hochrüsten einer Kriegspartei neue Gewalttätigkeiten und damit eine Ausweitung des Konflikts zur Folge haben.

Die Durchsetzung eines totalen Waffen- und Energieembargos ist und bleibt ein Gebot der Stunde."

Am 5. September übernahm der Bundesvorstand diese und andere Passagen in eine mehrheitlich beschlossene Erklärung. Gleichzeitig kritisierte er - indirekt und ohne Namensnennung - das Verhalten des Fraktionsvorstandes:

"In dieser Situation durch Pressemitteilungen öffentlich den Eindruck zu erwecken, Grüne würden Bombardements der NATO rechtfertigen oder gar die zwischenzeitlich erfolgte Einstellung der Angriffe

bedauern, ist verfehlt. Es steht in einem scharfen Widerspruch zu Programm und Beschlußlage von Bündnis 90/Die Grünen."

Eine Prognose über den Ausgang der Auseinandersetzungen fällt nicht leicht. Jürgen Trittin beschreibt das Dilemma richtig: "Wir haben in unseren Reihen die schärfsten Befürworter und die schärfsten Gegner einer Intervention." (taz, 24.8.). Dieser Tatbestand könnte zu der Annahme verleiten, daß es über kurz oder lang zu einer Klärung kommen muß, die zumindest von Teilen der unterlegenen Seite mit Austritten oder Abspaltungen beantwortet werden würde. Wer die Grünen kennt, wird sich mit solchen Prophezeiungen zurückhalten, auch wenn die vertretenen Standpunkte "objektiv" unvereinbar sind. Die Partei hat es immer wieder verstanden, drohende Spaltungen durch Formelkompromisse zu vermeiden.

Die Frage ist allerdings, ob die Bellizisten hinter ihre jetzt vertretene Position zurückkönnen. Dafür spricht immerhin, daß - machtpolitisch betrachtet - für sie kein unmittelbarer Handlungszwang besteht. Die Frage der grünen Regierungsfähigkeit auf Bundesebene stellt sich auf absehbare Zeit nicht: Der desolate Zustand der SPD hat alle Hoffnungen, spätestens 1998 sei die derzeitige Regierungskoalition am Ende, gegen Null schwinden lassen.

Js.

Ein Nachtrag: Die Legende, Joschka Fischer wäre erst in diesem Sommer, unter dem Eindruck der Massaker an den bosnischen Muslimen, zum Befürworter "humanitärer" Interventionen geworden, läßt sich mit einem Griff ins Archiv widerlegen. Bereits vor über einem Jahr hatte er in einem Spiegel-Gespräch (abgedruckt in Nr. 33 vom 15.8.1994, Titel: "Blauhelme - warum nicht?") den grünen Abschied von nicht-militärischer Außenpolitik gefordert. Befragt zu künftigen Blauhelm-Einsätzen deutscher Soldaten antwortet er mit einer rhetorischen Gegenfrage: "Warum sollten Deutsche sich perspektivisch nicht daran beteiligen?" Noch erhellender ist das folgende Frage-Antwort-Spiel. Der Spiegel: "Werden die deutschen Soldaten aus den Awacs-Flugzeugen und von den Schiffen in der Adria zurückbeordert, wenn Sie in der Regierung sitzen?" Fischer weicht zunächst aus: "Wir werden eine Linie finden müssen, die der humanitären Verantwortung auch dort gerecht wird, wo Streitkräfte gefragt sind, zum Beispiel beim Transport von Nahrungsmitteln. Gegen solche humanitären Einsätze kann man doch allen Ernstes nicht sein." Die Spiegel-Redakteure fragen nicht etwa nach, warum denn für Transportarbeiten "Streitkräfte gefragt" sein müssen, sondern wiederholen ihre unbeantwortet gebliebene Frage: "Und was wird mit den Awacs-Flugzeugen und den Adria-Schiffen?" Fischer: "Für mich bewegt sich das im Horizont des Möglichen. Gegen eine Kriegsbeteiligung à la Golfkrieg aber bin ich ganz entschieden."

Bellizistischer Putschversuch

In der GAL, dem Hamburger Landesverband von Bündnis 90/Die Grünen, wird die Tradition bellizistischer Putschversuche fortgesetzt. So provozierten vier Mitglieder des Landesvorstands die immer noch antimilitaristische Mehrheit der Hamburger Grünen mit einem am Antikriegstag verteilten Flugblatt, in dem es u.a. hieß: "Nie wieder Faschismus muß für uns heute auch heißen: Verhinderung von Völkermord, Vergewaltigung von Frauen und Massenvertreibungen, Schutz der bedrohten Menschen, notfalls mit militärischer Gewalt." In der Aufzählung fettgedruckter Forderungen zum Antikriegstag war das Wörtchen "notfalls" dann gleich weggelassen worden. "Militärischer Schutz von UNO-Schutzzonen" stand da ohne jede Einschränkung.

Die beabsichtigte Wirkung trat ein. Das Hamburger Abendblatt meldete unter der Überschrift "GAL schwenkt um", der GAL-Landesvorstand habe sich "für den militärischen Schutz der UN-Schutzzonen in Ex-Jugoslawien ausgesprochen." (HA, 1.9.) Die Mehrheit des Landesvorstands (sechs von insgesamt zehn Mitgliedern) wertete das Vorgehen der Minderheit als "schamlosen Versuch, ... eine vermeintliche Wende der GAL in der Friedenspolitik vorzugaukeln und den Riß in der Partei bewußt zu vertiefen." Auf der Mitgliederversammlung am 9. September wurde per Beschluß festgehalten, daß der Inhalt des umstrittenen Flugblatts "nicht der Meinung der Landesmitgliederversammlung entspricht". Eine inhaltliche Festlegung wurde vertagt.

22. Ausstattungshilfe: Deutsche Innenpolitik im Ausland

Autor: Stefan Gose · Rubrik: Außenpolitik der BRD; Rüstungsexport · CD-Datei: daten/aksuche/ak382/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:382:14

Bekannt ist, daß die Bundesrepublik seit 1994 Rang zwei der weltweit größten Waffenexporteure eingenommen hat. Neben diesen privatwirtschaftlichen (oft von der Bundesregierung hoch subventionierten) Rüstungsexporten gibt es staatliche Militärhilfen und, auf unterer, zumeist unbeachteter Stufe, staatliche "Ausstattungshilfen". Diese Ausstattungshilfen des Bundesinnenministeriums/BMI und des Bundesverteidigungsministeriums/BMVg beinhalten kleinere Lieferungen und Dienstleistungen an ausländische Streitkräfte, Polizeien und andere Sicherheitsdienste. Ausstattungshilfen sind weniger wegen ihres Umfangs interessant denn als Grundstein für eine später weitergehende Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich. Im folgenden wird das Ausstattungshilfeprogramm 1995-1998 des Auswärtigen Amtes vorgestellt.

Die deutsche Ausstattungshilfe setzt sich aus vier Haushalten zusammen:

Ausstattungshilfe für Ausländische Streitkräfte/BMVg: DM 45,5 Mio.

Allgemeine Polizeihilfe zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität, insbesondere der Rauschgiftkriminalität/BMI:

DM 65,4 Mio.

Sonderfonds für kleinere Projekte/AA:

DM 24,0 Mio.

Demokratisierungshilfe/AA:

DM 28,0 Mio.

Parlamentshilfe des Deutschen Bundestages/BT: DM 3,4 Mio.

Summe: DM 166,3 Mio.

Seit 33 Jahren existiert die Ausstattungshilfe "als Instrument deutscher Außenpolitik". 1992-94 wurde sie um die Bereiche "Demokratisierungshilfe" und "Organisierte Kriminalität/Rauschgift" erweitert und auf Mittel- und Osteuropa ausgedehnt. Nach Aussage des Auswärtigen Amtes/AA liegen die Schwerpunkte der "Ausstattungshilfe für Ausländische Streitkräfte" darin, fremde Truppen mit "gesellschaftlichen und entwicklungspolitisch sinnvollen Aufgaben zu betrauen" und "etwas über die Rolle der Streitkräfte in einer demokratischen Gesellschaft zu vermitteln".

Im Polizeibereich sollen Rechtsstaatlichkeit und die Beachtung der Menschenrechte gefördert werden. An erster Stelle steht jedoch der nebulöse Begriff der "Organisierten Kriminalität/OK" (Rauschgift, Kfz-Verschiebung, Nuklearkriminalität, Menscheneinschleusung, Geldwäsche), womit deutsche innenpolitische Probleme als "Ausstattungshilfe" im Ausland angegangen werden. Besonders erwähnt werden auch "Maßnahmen zur Lösung des Minenproblems in Bürgerkriegsländern der Dritten Welt". Angesichts des geringen Umfangs der Polizeihilfe bleibt dies jedoch ein rein deklamatorisches Ziel.

Was deutsche "Demokratisierungshilfe" aus Sicht des Auswärtigen Amtes heißen kann, soll kurz an einigen Länderbeispielen dargestellt werden. Zu den Hilfsbegründungen des AA empfiehlt es sich, den jüngsten Jahresbericht von amnesty international gegenzulesen.

Albanien. "(...) Es gilt, bei Unterstützungsmaßnahmen sowohl den Aufbau der Polizei insgesamt, als auch den rechtzeitigen Ausbau von Fachdienststellen für die Bekämpfung der Organisierten Kriminalität, die Albanien zunehmend als logistische Basis nutzt, voranzubringen."

Äthiopien. "(...) Nach dem Sturz des Mengistu-Regimes 1991 bemüht sich die neue äthiopische Regierung um wirtschaftliche und politische Reformen. (...) Als ad-hoc-Maßnahme wurden 1994 20 Polizeistreifenwagen geliefert."

Ecuador. "(...) Innenpolitische Destabilisierungseffekte sind zu befürchten. (...) Im Rahmen der Dreijahresplanung 1992 bis 1994 wurde Ecuador insbesondere eine dem neuesten Stand der Technik entsprechende EDV-Ausstattung zur Verfügung gestellt. (...) Die polizeiliche Zusammenarbeit mit den Behörden in Ecuador ist gut."

Estland. "(...) Eine weitere multilaterale Zusammenarbeit bei der Komplettierung des Polizeifunknetzes sowie die Erweiterung des Projekts auf andere Bereiche eines Kommunikations- und Informationsverarbeitungsnetzes sind denkbar. Der Wunsch zur Unterstützung beim Kampf gegen den Nuklearschmuggel wurde seitens der IM Estland an D bereits herangetragen."

Kap Verde: "In der bisherigen Ausstattungshilfe erfolgte eine Unterstützung der kapverdischen Streitkräfte auf dem Gebiet der Seeraumüberwachung (Lieferung einer Do-228), Bau und Einrichtung einer Kfz-Werkstatt und Transportwesen (Lkw aus Überschußbeständen der Bundeswehr). (...) Dem Wunsch der kapverdischen Seite, Hilfe auch bei der medizinischen Versorgung zu erhalten, dürfte bei dem geringen Mitteleinsatz, wenn überhaupt, nur sehr bedingt zu entsprechen sein."

Kolumbien. "(...) Die Ausstattung der Rauschgiftbekämpfungsbehörde DIJIN befindet sich derzeit in Umsetzung."

"Marokko stellt einen Stabilitätsfaktor im Maghreb dar (...). Das Land ist bereit, den Westsaharakonflikt auf friedlichem Wege beizulegen. Für das Ausstattungshilfeprogramm 1995-1997 wurden folgende Schwerpunkte gebildet: (...) Durchführung von Speziallehrgängen zur Weiterbildung der (militärischen) Ausbilder in Zusammenarbeit mit deutschen Industrieunternehmen."

"Senegal gilt seit langem als demokratischer Rechtsstaat mit weitgehenden Freiheits- und Bürgerrechten. Probleme gibt es lediglich mit den Separatisten im Süden des Landes. (...) Zur logistischen Unterstützung der gelieferten bzw. bereits vorhandenen Fahrzeuge ist die Ausstattung von Instandsetzungseinheiten, vor allem durch die Einrichtung von vorhandenen Werkstattgebäuden (inkl. nötiger Umarbeiten) angelaufen."

Diese wenigen Beispiele zeigen, daß dem Auswärtigen Amt weniger die weltweite Demokratisierung am Herzen liegt, als kooperationsfähige Sicherheitspartner für Bundeswehr, Bundeskriminalamt und Geheimdienste. Die Sicherheitsprobleme deutscher Innenpolitik soll möglichst schon das Ausland lösen. Dafür wird gerne übersehen, daß manche "Demokratisierungshilfe" an Militärregime geliefert wird. Das Kalkül: Ist der Staat unter Kontrolle, so ist es hoffentlich auch seine Grenze.

Stefan Gose

Quelle: Ausstattungshilfeprogramm 1995-1998, Haushaltskapitel 0502 Titel 68623 des gegenwärtigen Haushaltsentwurfes, Bonn 22.6.1995. Alle Zitate aus dieser Vorlage.

Stefan Gose ist Redakteur der Monatszeitschrift antimilitarismus information (ami).

Vierjahresprogramm der deutschen Ausstattungshilfe 1995 - 1998, +, +, +, +

Empfänger, Betrag, , Träger, vgl.

Mio. DM, +, , 1992-94, +

Albanien, 1,0, , BMI, Neu

Äthiopien, 2,0, , BMI, Neu

Benin, 4,5, , BMVg, 5,0

Bolivien, 0,15, , BMI, 1,5

Botsuana, 2,2, , BMVg, 4,0

Brasilien, 2,7, , BMI, 4,0

Bulgarien, 4,5, , BMI, 2,0

Burkina Faso, 3,5, , BMVg, 6,0

Costa Rica, 0,4, , BMI, 5,0

Ecuador, 1,4, , BMI, 1,5

Guinea, 2,8, , BMVg, 5,0

Kap Verde, 1,2, , BMVg, 8,0

Kolumbien, 1,7, , BMI, 2,5

Kongo, 2,2, , BMVg, 4,0

Lettland, 3,0, , BMI, 3,0

Litauen, 3,0, , BMI, 3,0

Marokko, 4,5, , BMVg, 2,0

Mauretanien, 2,1, , BMVg, Neu

Mazedonien, 2,3, , BMI, Neu

Namibia, 2,0, , BMI, Neu

Namibia, 4,5, , BMVg, 7,0

Palästina/

Autonom., 3,0, , BMI, Neu

Panama, 1,0, , BMI, Neu

Papua-

Neuguinea, 2,0, , BMVg, 2,5

Peru, 1,0, , BMI, 1,0

Polen, 2,55, , BMI, 6,0

Rumänien, 4,0, , BMI, Neu

Rußland, 1,5, , BMI, Neu

Sambia, 4,5, , BMVg, 5,0

Senegal, 3,5, , BMVg, 6,0

Slowakische

Rep., 4,65, , BMI, 5,3

(CSFR)

Tansania, 3,5, , BMVg, 7,0

Tansania, 2,9, , BMI, 3,5

Tschechische

Rep., 1,55, , BMI, 5,3

(CSFR)

Tunesien, 4,5, , BMVg, 5,7

Tunesien, 2,5, , BMI, 3,5

Ukraine, 4,0, , BMI, Neu

Ungarn, 4,1, , BMI, 8,0

Venezuela, 2,5, , BMI, Neu

Weißrußland, 3,0, , BMI, Neu

Summe:, 107,7, , , 117,0

23. Die Kapitalisten lieben - den Kapitalismus hassen. Kubas Drahtseilakt zwischen Reform und Regulation

Autor: kuk · Rubrik: Kuba · CD-Datei: daten/aksuche/ak382/45.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:382:45

Seit gut zwei Jahren versucht die kubanische Regierung, mit schrittweisen Wirtschaftsreformen der Krise des Landes Herr zu werden. Vorläufiger Höhepunkt in dem Bemühen, ausländisches Kapital ins Land zu holen, ist die Anfang September vom kubanischen Parlament verabschiedete Neufassung des Investitionsgesetzes. Damit setzt sich ein Prozeß fort, in dem immer größere Produktionsbereiche dem Zugriff des Kapitals geöffnet werden. Anfang November 1994 war bereits die Zuckerindustrie, die als "strategischer Bereich" definiert und daher tabu war, für ausländische Beteiligungen geöffnet worden. (1) Damals war auch der Zugriff auf Liegenschaften in Aussicht gestellt und ein erneuertes Investitionsgesetz angekündigt worden. Carlos Lage erklärte damals, daß ausländischem Kapital in Zukunft kein produktiver Sektor mehr verschlossen bleiben werde. (El Pais, 1.11.1994)

"Machen Sie sich keine Sorgen: Auf diesem Kontinent ist Kuba das beste Land, um sein Geld zu investieren und das aus einem ganz einfachen Grund: Es ist das einzige Land, in dem nicht das Risiko einer kommunistischen Revolution besteht." Mit diesen Worten hatte Castro vor spanischen Geschäftsleuten anläßlich der Einweihung eines neuen Hotelkomplexes in Varadero zwar die Lacher auf seiner Seite; doch so ganz überzeugt wird er nicht gewesen sein, daß allein damit ausländische Kapitalströme auf die Insel umgeleitet werden. Nach sechsmonatiger Beratung verabschiedete das kubanische Parlament am 4.9.1995 die Neufassung des Investitionsgesetzes (Ley 50) aus dem Jahre 1982. Damit endet eine Periode, in der ausländische Investitionen auf Joint-ventures, in denen die kubanische Seite laut Gesetz über 50% der Anteile hielt, beschränkt waren.

Das neue Investitionsgesetz

Ausländische Investoren können nun Grundbesitz erwerben, sich mit bis zu 90% an Joint-ventures beteiligen und "in Ausnahmefällen" sogar 100%ige Tochterunternehmen gründen. Von dieser Möglichkeit soll immer dann Gebrauch gemacht werden, wenn die erforderlichen Investitionen die Beteiligungsmöglichkeiten der kubanischen Seite überschreiten. Arbeitskräfte können nun direkt auf dem Arbeitsmarkt gesucht werden. (2) Bisher erfolgten Auswahl und Bezahlung durch eine staatliche Behörde. Auf legale Grundlage gestellt ist nunmehr auch der Verkauf von Immobilien an Privatpersonen und -gesellschaften, der in Einzelfällen bereits seit Beginn dieses Jahres möglich war. Eine wichtige Rolle wird hierbei die spanische Bank Argentaria spielen, die in Havanna ein Joint-venture kontrolliert, das den Verkauf von Gewerbeimmobilien organisieren will. (Handelsblatt, 5.9.1995) Gebäude sowie Grundstücke können erworben werden, um sie selber zu bewohnen oder um sie für touristische Zwecke zu nutzen.

Legalisiert wird die von Unternehmern seit langem geforderte Möglichkeit, kubanische Beschäftigte zum Teil in Devisen zu bezahlen, um die Leistungsbereitschaft zu stimulieren. (3) Die Neufassung des Gesetzes soll Hemmnisse im Verwaltungsapparat bei Genehmigungsverfahren abbauen. Damit reagiert Kuba offensichtlich auf Klagen der ausländischen Wirtschaft über allzu viele Verfügungen.(4) Des weiteren sollen Freihandelszonen und ähnlich privilegierte Industrieparks eingerichtet werden. Andere Bestimmungen regeln Fragen der Steuerbefreiung, des Kapitalexportes und des Umweltschutzes. Weiterhin nicht erlaubt sind ausländische Investitionen in den Bereichen Gesundheit, Erziehung, Verteidigung und Nationale Sicherheit.

Heftigen Streit löste während der Parlamentsdebatte die Frage aus, ob ExilkubanerInnen ausländischen Investoren gleichgestellt sein sollen. Dies wurde u.a. von Fernando Vecino Alegret, Minister für höhere Erziehung, und von Augustin Lage, dem Bruder von Carlos Lage, abgelehnt. Augustin Lage warnte vor der Gefahr, daß insbesondere die reichen ExilkubanerInnen, die in der Vergangenheit am schärfsten gegen die Revolution gekämpft hätten, von der Neufassung profitieren könnten. Carlos Lage, Außenminister Roberto Robaina und Alfredo Guevara, Präsident des kubanischen Instituts für Kunst und industrielle Cinematographie, wandten sich gegen einen solchen Ausschluß, weil er die Versuche torpedieren würde, mit gemäßigten ExilkubanerInnen ins Gespräch zu kommen. Castro wandte sich ebenfalls gegen einen Ausschluß und gab zu bedenken, daß es ExilkubanerInnen wegen der US-Blockade gegenwärtig eh nicht möglich sei zu investieren. Nach Wegfall des Embargos seien die feindselig gesinnten Exilanten wohl die letzten, die auf Kuba tätig

werden würden. Der Komponist und Pianist Frank Fernández war ebenfalls gegen einen Ausschluß. Schlimmer aber sei es, daß die KubanerInnen selber von der Möglichkeit zu investieren ausgeschlossen seien: "Wie viele andere Leute auch, habe ich ein schlechtes Gefühl, weil alle Menschen dieser Erde ein Recht wahrnehmen können, das die Kubaner nicht haben." (El Pais, 6.9.1995)

Wenig konkretes war über die Gründe der Neufassung und über mögliche Auswirkungen zu erfahren. Hiram Marquetti, Wirtschaftsprofessor und Regierungsberater, sieht dank des Investitionsgesetzes das Ende des periodo especial noch in diesem Jahr gekommen. Negative Auswirkungen erwartet hingegen Jörg-Niklas Meyer (jw, 2.8.1995). Die KubanerInnen werden nach seiner Einschätzung die verstärkte Abhängigkeit von ausländischem Kapital kaum erdulden. Sichtbares Anzeichen hierfür sei der heftige Streit, der in den Ausschüssen, die mit der Abfassung des Textes beauftragt waren, geführt worden sei. (5) Die Auseinandersetzungen hätten zur Verschiebung der für Juni angesetzten Tagung des kubanischen Parlaments geführt. Castro selbst warnte während der Debatte vor überhöhten Erwartungen. Keinesfalls werde die Insel jetzt mit ausländischem Kapital überschwemmt werden. Tatsächlich sind keine Zahlen und Fakten genannt worden, die die Notwendigkeit dieser Reform unterstreichen. Gibt es tatsächlich einen "Investitionsstau" in dem Sinn, daß gemischte Unternehmen an fehlendem kubanischen Kapital scheitern? Sind die Reformen auf den häufigen Treffen kubanischer Spitzenpolitiker mit westlichen Geschäftsleuten eingefordert worden? Man wird wahrscheinlich erst in einem Jahr feststellen können, ob ausländische Investitionen in nennenswertem Umfang zugenommen haben.

Die Stabilisierung des Peso

Während die Neufassung des Investitionsgesetzes ein Signal nach außen bedeutet, sind die seit dem vergangenen Jahr ergangenen Maßnahmen zur Stabilisierung des kubanischen Peso eindeutig nach innen gerichtet. Der soziale Sprengstoff, der in der zunehmenden Dollarisierung der kubanischen Gesellschaft steckt, kann nur durch eine Stärkung der einheimischen Währung entschärft werden. Würde man jedoch hierfür auf argentinische, brasilianische oder chilenische Vorbilder zurückgreifen, so würde das gravierende soziale Verheerungen bewirken und dem kubanischen Modell seine letzte Legitimation entziehen. Denn Castro steht für einen sozialverträglichen Wandel, dessen Erfolgsaussichten zwar immer noch im Ungewissen liegen, der aber von der Mehrheit der Bevölkerung offensichtlich gewollt wird. Die Stabilisierung des Peso erfolgt nicht durch einen strikten staatlichen Sparkurs, sondern durch die Anwendung sukzessiver Maßnahmen, (6) mit denen staatliche Ausgaben allmählich gesenkt, die Einnahmen erhöht und die Geldumlaufmenge auf ein erträgliches Maß reduziert werden.

Verantwortlich für diese Politik ist der frühere Finanz- und seit Mai 1995 als Wirtschaftsminister amtierende José Luis Rodriguez, der zu Jahresbeginn 1993 ein Programm erstellte, mit dem über eine Reduzierung der im Umlauf befindlichen Pesomenge die Kaufkraft der einheimischen Währung wieder hergestellt werden soll. Zu den Maßnahmen zählten im Mai 1994 drastische Preiserhöhungen bei Zigaretten (400-500%), Bier (200%) und Rum (300%), höhere Wasser- und Strompreise (122%), gestiegene Transport-, Post- und Telegraphengebühren, Eintrittsgelder für vormals kostenlose Veranstaltungen, höhere Zinsen auf Sparguthaben und die progressive Besteuerung der auf den freien Märkten selbständig Arbeitenden. Geplant oder bereits eingeführt sind überdies Steuern auf Flughafendienstleistungen, für die Aufstellung von Straßenwerbung, für bestimmte Eigentumsformen (z.B. Häuser, Boote, Zweitwohnungen), Erbschaften u.ä. Ab Januar 1994 werden Sozialversicherungsabgaben erhoben. (Latin American Weekly Report, 29.9.1994) Halbiert wurden im ersten Quartal 1994 die Subventionen für die Landwirtschaft, völlig gestrichen die Zuschüsse für Arbeiterkantinen. Für Schulessen und -uniformen werden Eigenbeiträge erhoben, Stipendien für OberstufenschülerInnen durch Darlehen ersetzt. (ND, 3.6. und 9./10.7.1994) Nicht angetastet werden vorerst die Subventionen für rationierte Lebensmittel.

Dank dieser Maßnahmen ist die Geldumlaufmenge von ehemals knapp 11,9 Mrd. im Mai 1994 über 10,6 Mrd. im September 1994 auf knapp 8 Mrd. Pesos im August 1995 gesenkt worden. Das Haushaltsdefizit konnte 1994 mit etwa 3,2 Mrd. Pesos im Vergleich zum Vorjahr um 1 Mrd. gesenkt werden. Der in Ermangelung eines aussagefähigen offiziellen Umtauschkurses zur Wertbestimmung herangezogene Schwarzmarktkurs sank von 120:1 (Pesos:Dollar) im Herbst 1994 auf 15:1. (jw, 1.8.1995) (7) Trotz aller Einsparungen wird der kubanische Staat 1995 etwa 3 Mrd. Pesos für defizitäre Staatsbetriebe sowie 741 Mio. Pesos für Nahrungsmittelsubventionen bereitstellen. (LAWR, 20.7.1995) Über die Einführung eines konvertiblen Pesos

wird viel spekuliert; er wird aber vermutlich noch solange auf sich warten lassen, bis die kubanische Wirtschaft deutliche Zeichen von Gesundung erkennen läßt.

Die Steuer- und Abgabenflut kann zu einem Problem für diejenigen werden, die bisher allein von ihrem staatlichen Einkommen gelebt haben. Da die Marktpreise für Lebensmittel immer noch vergleichsweise hoch sind, droht staatlichen Angestellen tendenziell die Verarmung. Der Druck, irgendwelche bezahlten Nebentätigkeiten anzunehmen, wächst. In einem besonderen Dilemma befinden sich die Beschäftigten des Gesundheits- und Erziehungssektors, denen die Ausübung selbständiger Tätigkeiten untersagt ist.

Entlassungen in Verwaltungen und Staatsbetrieben

Die bereits erwähnten Subventionen in Milliardenhöhe für unrentable Industriebetriebe bedeuten ein ernstes Hindernis auf dem Weg zu einer Währungsstabilisierung. Um die Staatsausgaben zu senken, müßten massive Entlassungen veranlaßt werden. In den 32 Ministerien und zentralen Verwaltungseinrichtungen wurden, verbunden mit einer Umstrukturierung, im April 1995 11.000 Stellen gestrichen. Im Erziehungsministerium z.B. sind von früher 1.200 Angestellten nur noch 375 übriggeblieben. Erheblich schlimmer wird es den industriellen Sektor treffen. Etwa der Hälfte der 3.000 Betriebe, von denen erst 120 als Aktiengesellschaften betrieben werden, arbeitet unrentabel. Ihnen droht Schließung oder Entlassung in die Unabhängigkeit. Beides ist mit Arbeitsplatzabbau verbunden. Der damalige Finanzminister José Luis Rodríguez sprach von 500.000 (15% aller Arbeitsplätze) abzubauenden Stellen. Die Regierung werde sich um Ersatzarbeitsplätze bemühen, erwäge aber auch eine Ausweitung der für selbständige Arbeit zugelassenen Berufe. Im März dieses Jahres legten staatliche Stellen und Gewerkschaften erstmals Pläne für eine schrittweise Reduzierung der Belegschaften vor. Konkrete Maßnahmen wurden aber noch nicht bekannt, da Entscheidungen immer nur Fall für Fall getroffen werden sollen.

Im Juli 1995 nannten staatliche Stellen bereits 700.000 (20% der Erwerbstätigen) abzubauende Arbeitsstellen. Von den insgesamt 4,3 Mio. berufstätigen KubanerInnen arbeiten 3,6 Mio. beim Staat, darunter 53% im Dienstleistungssektor, die anderen in den 3.000 Betrieben. Schätzungen gehen dahin, daß der industrielle Sektor zur Zeit nur 30% seiner Produktionskapazität ausfüllt. Im Bereich der Leichtindustrie sind 1994 480 Produktionseinheiten mit 29.000 Arbeitsplätzen geschlossen worden. Ein drastischer Abbau um bis zu 50% steht dem Maschinenbau (60.000 Beschäftigte), der Bauindustrie (50.000) und der Primärindustrie (26.000) bevor. Allerdings haben die Betriebe kein Recht, auf eigene Faust Entlassungen vorzunehmen. Die dazu benötigte Genehmigung der Zentralregierung wird bisher nur dann erteilt, wenn der Effizienzgewinn des betreffenden Betriebes für den wirtschaftlichen Aufschwung unerläßlich ist. 1994 sind dennoch auf diese Weise 93.000 Arbeitsplätze abgebaut worden. (El Pais, 20.7.1995) Um die Auswirkungen der Arbeitslosigkeit abzumildern, wird der Sozialetat 1995 um 60% gegenüber dem Vorjahr steigen.

Selbständige Tätigkeit

Wie bereits erwähnt, setzen die staatlichen Stellenrationierer auf eine Ausweitung selbständiger Arbeit, um den Entlassenen eigene Einkünfte zu ermöglichen. In knapp 200 zugelassenen selbständigen Berufen arbeiten rund 180.000 registrierte KubanerInnen (5% der Beschäftigten). Etwa die gleiche Zahl verdient auf diese Weise illegal sein Geld, d.h. ohne ein Gewerbe anzumelden. Investitionen in Geschäfte oder Industrie sind ihnen nicht möglich. Am 13.6.1995 ist die Zahl der zugelassenen Berufe um Haustierfriseure, Puppendoktoren, Kerzenreiniger und Piñata-Hersteller erweitert worden.

Im Bereich selbständiger Arbeit werden auch noch andere irrationale Momente sichtbar. So war es zunächst (September 1993) Ärzten, Akademikern und Lehrern untersagt, sich selbständig zu machen. Zwei Jahre später hob das Arbeitsministerium dieses Verbot insoweit auf, daß Personen aus den genannten Berufsgruppen zwar selbständig arbeiten dürfen, allerdings nicht in ihrem Beruf. Dies hat zur Folge, daß immer mehr Akademiker als Handwerker, Taxifahrer oder Köche arbeiten, da sie mit dieser Tätigkeit das vier- bis fünffache ihres staatlichen Gehaltes verdienen. (El Pais, 14.8.1995) Der "Nebenjob" muß außerhalb der Arbeitszeit ihres akademischen Berufes ausgeführt werden. Nicht als Selbständige arbeiten dürfen Personen, die in der Politik oder Verwaltung Funktionen ausüben, sowie Armeeangehörige und Juristen.

Das lange Hin und Her um die Zulassung privater Fast food- und Restaurantbetreiber hat vorläufig ein Ende gefunden. Im Juni dieses Jahres ist der Betrieb endgültig legalisiert worden. Der Staat verlangt für die Konzession eine monatliche Steuer von 300 Dollar, bzw. 300 Pesos, wenn Speisen und Getränke in

einheimischer Währung bezahlt werden können. Wird Alkohol ausgeschenkt, müssen 100 Dollar/Pesos zusätzlich bezahlt werden. (Caribean & Central America Report, 27.7.1995) Beschränkungen gibt es insoweit, als die paladares nicht mehr als 12 Stühle aufstellen und lediglich Familienangehörige beschäftigen dürfen. Schätzungen gehen von 8.000 privaten Restaurants, davon 1.500 in Havanna, aus.

Tatsächlich ist die Bereitschaft, sich an die Vorschriften zu halten, die für Selbständige gelten, nicht sehr groß. Obwohl seit April 1994 schwere Geldstrafen drohen, haben Kontrolleure in der ersten Jahreshälfte 1995 allein in Havanna 6.801 Verstöße festgestellt und Geldbußen in Höhe von insgesamt 4,9 Mio. Pesos verhängt. Zu den häufigsten Verstößen zählen das Anbieten von Waren und Dienstleistungen an hierfür nicht genehmigten Orten, das Einstellen von Arbeitskräften, der Verkauf von nicht selber angefertigten Industriegütern, sowie die selbständige Tätigkeit in noch nicht dazu zugelassenen Erwerbszweigen. (C&CAR, 27.7.1995)

Freie Agrarmärkte verbessern Nahrungsmittelversorgung

Nachdem vier Jahre lang alle Versuche gescheitert sind, die Nahrungsmittelproduktion unter Verzicht auf marktwirtschaftliche Mechanismen anzukurbeln, kündigte Vize-Präsident Raúl Castro am 17.9.1994 die Zulassung freier Agrarmärkte an. Ein entsprechendes Dekret trat am 1.10.1994 in Kraft. Anders als bei den freien Bauernmärkten, die in den 80er Jahren für kurze Zeit zugelassen wurden, dürfen sich neben Privatpersonen und den neugegründeten Kooperativen auch alle Staatsbetriebe an der "Marktwirtschaft" beteiligen. Sie alle müssen zunächst ein bestimmtes Kontingent ihrer Ernte zu festen Preisen an den Staat abführen. Alles darüberhinaus produzierte kann dann bei freier Preisbildung selbständig verkauft werden.

Ausgeschlossen vom freien Handel sind Rind-, Pferde- Maultier- und Eselsfleisch, frische Milch, Kaffee, Tabak und Kakao. Diese Beschränkungen gelten nur solange, wie die genannten Produkte noch ausgesprochene Mangelware sind. Zu den nunmehr legal und ohne Rationierung angebotenen Waren zählen Bananen, Batate, Yuka, Zitronen, Kürbisse, Knoblauch, Ziegen- und Schweinefleisch, Hühner und Eier. Überwachung und Organisation der freien Agrarmärkte obliegen den lokalen Behörden. Sie regeln auch die hygienischen Vorschriften, den Einzug der Verkaufssteuern, sie organisieren den Markt in kommunalen Räumlichkeiten und ziehen Gebühren für Standmiete und andere Dienstleistungen ein. Den Produzenten ist es ausdrücklich untersagt, den Verkauf aus eigenen Geschäften heraus abzuwickeln.

In verschiedenen Regionen der Insel gab es bereits seit längerem Vorläufer der freien Agrarmärkte. Regionale und lokale Behörden, die besonders große Probleme mit der Nahrungsmittelversorgung hatten, durften hier den Vorreiter spielen. Die dabei gemachten positiven Erfahrungen gaben den Ausschlag, freie Agrarmärkte landesweit zuzulassen. Mittlerweile gibt es 160 freie Agrarmärkte. Das Preisniveau liegt etwa 50% unter den Schwarzmarktpreisen, ist aber immer noch zu hoch, um mit kubanischen Durchschnittseinkommen bezahlt werden zu können. (8)

Die Einkommen der HändlerInnen werden in Havanna und Santiago de Cuba mit 5%, in den Provinzhauptstädten und in kleineren Gemeinden mit 10-15% besteuert. Landwirtschaftlichen Produzenten, die die vereinbarten Liefermengen nicht an den Staat abführen, drohen Geldstrafen. (ALAI, 14.10.1994) Eine Woche nach Öffnung der freien Agrarmärkte wurde ein weiteres Dekret bekanntgegeben, wonach Privatpersonen, Staatsbetriebe und Militärfarmen ihre Fahrzeuge an andere landwirtschaftliche ProduzentInnen vermieten dürfen. Der Mietpreis für den Transport zu den Märkten ist frei aushandelbar. (El Pais, 24.10.1994)

Analog zur Einführung der freien Bauernmärkte erlaubte das Exekutivkomitee des Ministerrats am 26.10.1994 per Dekret, daß zukünftig Industrie- und Handwerksprodukte auf selbständiger Basis angeboten werden dürfen. Auch hier gilt für private und staatliche ProduzentInnen, daß sie nach Erfüllung ihrer Verpflichtungen dem Staat gegenüber autonom auf dem Markt agieren können. Staatlicherseits erhofft man sich von dieser Maßnahme einen deutlichen Anstieg der Konsumgüterproduktion. Zur Abwicklung der Geschäfte stehen die Läden des Handelsministeriums zur Verfügung, in denen es seit Jahren kaum noch etwas zu kaufen gab. Darüberhinaus ist es gestattet, öffentliche Märkte auf den Straßen zu organisieren. Im Gegensatz zu den Agrarmärkten kann der Verkauf von Konsumgütern auch Handelsfirmen übertragen oder auf Kommission über Dritte erfolgen. Im September der vergangenen Jahres war in einigen Provinzen bereits mit 70 Märkten für Industrie- und Handwerksprodukte experimentiert worden. (El Pais, 27.10. und LAWR, 10.11.1994)

Fazit

Ernesto Mélendez, Minister für ausländische Investitionen, definierte den kubanischen Weg folgendermaßen: "Kuba setzt ein Modell sui generis durch, das weder etwas mit Schocktherapien noch mit neoliberalen Strömungen zu tun hat, die in unserer Region gerade hoch im Kurs stehen. Aber wir exekutieren eine sehr harte Anpassungspolitik, deren letzter Schritt in der Transformation der Landwirtschaft bestand. In diesem Bereich ist der Einfluß des Staates fast nicht mehr zu erkennen." (El Pais, 16.11.1994) Zukünftige Reformen werden mit großer Wahrscheinlichkeit in dieselbe Richtung weisen. Doch der Rückzug des Staates aus der Ökonomie unterscheidet sich grundlegend von den Wirtschaftsmodellen vergleichbarer karibischer und lateinamerikanischer Länder.

Kuba befindet sich im Übergang von einer planwirtschaftlichen zu einer mit marktwirtschaftlichen Elementen versehenen, aber gleichwohl stark regulierten Wirtschaftsform. Die Regierung ist fest entschlossen, die inneren Reformen unter strenger Aufsicht und Kontrolle durchzuführen. Der Bedarf an ausländischem Kapital führt zu einer sukzessiven Öffnung der kubanischen Wirtschaft für ausländische Unternehmen. Durch den Ausschluß der KubanerInnen entsteht der Eindruck, daß diese vom Geldverdienen im großen Stil abgehalten werden sollen. Tatsache ist, daß es heute noch keine Oberschicht auf Kuba gibt, die auch nur im mindesten über das Kapital verfügt, das für die Wiederbelebung der Wirtschaft benötigt wird. Und bisher sieht es so aus, als ob die Regierung verhindern möchte, daß sich eine solche einheimische Elite bilden kann. Die "Reformen mit angezogener Handbremse" können drei mögliche Auswirkungen haben: 1. Die Belebung der Binnenwirtschaft gelingt nicht. Der fortdauernde Mangel an bezahlbaren Nahrungs- und Konsumgütern schwächt die Legitimation der Regierung. 2. Es gelingt tatsächlich, im Zusammenspiel von staatlichen Betrieben, ausländischen Investoren und einer ständig wachsenden selbständigen Mittelschicht ein halbwegs funktionierendes Verhältnis von Geldstabilität, ausreichendem Warenangebot und entsprechender Kaufkraft der Bevölkerung herzustellen. 3. Wenn Fall eins eintritt, kann der Druck auf die Regierung soweit zunehmen, daß auf Regulationen weitgehend verzichtet wird und sich dadurch "barbarische Formen" des Kapitalismus durchsetzen.

Auf Kuba werden die Auswirkungen der Reformen auf die Gesellschaft nicht übersehen. Castro erklärte auf dem VI. Kongreß des Verbandes kubanischer Frauen (3.3.1995), daß mit der Zunahme privaten Eigentums und der Erlaubnis des Dollarbesitzes die Ungleichheiten unter den KubanerInnen zunähmen. Dies müsse solange hingenommen werden, bis es die wirtschaftliche Situation erlaube, die nationale Währung mit einem starken Außenwert zu versehen: "Es wird viele Dinge geben, die den bisher erreichten Zustand an sozialer Gerechtigkeit unterminieren. ... In dem Maße, in dem Elemente des Kapitalismus und der Marktwirtschaft eingeführt werden, kommt es unvermeidlich zu Rückschritten bei den von der Revolution erkämpften Errungenschaften." Castro befürchtete, daß es bei dem begonnenen Prozeß der Effektivierung der Betriebe zu einer gesteigerten Diskriminierung gegenüber der Arbeitsleistung von Frauen kommen werde. (El Pais, 6.3.1995)

Was bei Castro mit bedauerndem Unterton daher kommt, klingt in der Wochenzeitung der kubanischen Einheitsgewerkschaft CTC, Trabajadores, weniger wehmütig. Substantielle Veränderungen einer Mentalität, die sich in 35 Jahren herausgebildet habe, seien unumgänglich. Paternalismus und Gleichmacherei müßten zu Grabe getragen werden. Die Etablierung von Elementen sozialer Ungerechtigkeit müsse als Preis dafür hingenommen werden. (ND, 7.4.1995) Andererseits weisen die Reformen Elemente auf, die dazu bestimmt sind, die Entwicklung sozialer Ungleichheit zu verlangsamen. Die Akkumulation privaten Kapitals in den Händen der KubanerInnen wird vor allem dadurch gebremst, daß das Einstellen von bezahlten Arbeitskräften behindert wird. Diese aus sozialistischer Sicht durchaus sympathische Beschränkung ist allerdings spätestens dann nicht mehr vermittelbar, wenn ExilkubanerInnen durch die Neufassung des Investitionsgesetzes die Mehrwertproduktion gestattet wird.

Obwohl es noch nicht ausgemacht ist, daß es den jungen Reformern unter Castro gelingen wird, die Wirtschaft des Landes zu gesunden und gleichzeitig ein sehr hohes Maß an sozialer Verantwortung zu bewahren, läßt sich doch soviel sagen: Nahezu alle Reformen der vergangenen zwei Jahre haben, unbeschadet unerfreulicher Nebenwirkungen, Verbesserungen in der gewünschten Richtung bewirkt. Zwar ist die wirtschaftliche Situation noch lange nicht befriedigend, andererseits konnten die so oft beschworenen sozialen Errungenschaften in wesentlichen Punkten bewahrt werden. Ein wichtiger Punkt aus linker Sicht ist die Arbeitsmarktpolitik, die trotz "gutmeinender" Ratschläge, hier rigoros zu verfahren, nach wie vor von sozialer Verantwortung geprägt ist. Mindestens genauso wichtig, wie zu vorsichtigem Optimismus Anlaß bietende

Zahlen und Fakten, ist aber noch etwas anderes: Viele Beobachter glauben, daß sich die Stimmung unter den KubanerInnen seit dem Jahreswechsel spürbar verändert habe. Der von Funktionären und Politikern immer wieder behauptete Umschwung werde auch an der Basis so empfunden. Die Leute glauben inzwischen, daß es einen Ausweg aus der tiefen Krise geben wird.

kuk

Anmerkungen:

1) Diese Maßnahme wird als Reaktion auf zwei katastrophal schlechte Ernteergebnisse angesehen. 1993 und 1994 waren mit eigenen Mitteln nur etwa 4 Mio. Tonnen eingebracht worden. Die früheren Ergebnisse von über 7 Mio. Tonnen hofft man nun mit ausländischem Kapital wieder zu erreichen.

2) Die freie Arbeitskräftewahl soll in den Unternehmen nicht gestattet sein, die 100%ig in ausländischer Hand sind. El Pais, 17.8.1995.

3) Auch der kubanische Staat zahlt in Ausnahmefällen Dollarprämien an Personen, die in wichtigen Wirtschaftsbereichen eingesetzt sind, z.B. an Kellner in der Tourismusbranche, Landarbeiter im Tabakanbau, Hafenarbeiter in Havanna und Techniker, die Kraftwerke reparieren. El Pais, 16.1.1995.

4) Manche Beobachter kritisieren, daß ein häufig beklagtes Problem durch die Neufassung nicht ausgeräumt werde: Nach wie vor sei das Gründungsverfahren von Joint-ventures außerordentlich umständlich.

5) Im Beratungszeitraum sind insgesamt sechs Entwürfe vorgelegt und zahlreiche Änderungsanträge gestellt worden. Angesichts der Tragweite der Beschlüsse muß man allerdings von einem relativ schnellen parlamentarischen Durchlauf sprechen. Die ersten Ankündigungen der Neufassung datieren vom 1.11.1994.

6) Die Brisanz, die in der Reform der Staatsfinanzen steckt, wird daran deutlich, daß zwischen Januar und März 1995 auf 80.000 Bürgerversammlungen über Probleme und Maßnahmen zur Währungsstabilisierung diskutiert wurde. Stimmungen und Meinungen der Bevölkerung bestimmen offenbar Tempo und Ausmaß der getroffenen Entscheidungen.

7) Als im August 1995 der Kurs sogar bis auf 8:1 gefallen war, wurden Gerüchte laut, wonach die kubanische Nationalbank diese Wertsteigerung durch den Verkauf von Dollars auf der Straße künstlich eingeleitet habe. Neue Züricher Zeitung 4.9.1995.

8) In Havanna benötigt eine vierköpfige Familie neben ihrem Gehalt in Pesos im Schnitt etwa 30 Dollar im Monat, um genügend Lebensmittel und Dinge des täglichen Bedarfs einkaufen zu können. Neue Zürcher Zeitung, 4.9.1995.

24. Zapatistas zwischen Aufbruch und Repression

Mit einer Volksbefragung versuchen die Zapatistas, die politische Initiative wiederzugewinnen

Autor: Boris Alexander · Rubrik: Mexiko · CD-Datei: daten/aksuche/ak382/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:382:10

Die Situation ist verfahren. Niemand weiß so recht, wie es weiter gehen soll in Chiapas. Der Regierung gelingt es auch mit 80.000 Soldaten bisher nicht, dem zapatistischen Aufstand das Rückgrat zu brechen. Die Rebellen aus dem Lakandonischen Urwald schaffen es andererseits aber ebenfalls nicht, mit einer zivilen Mobilisierung den harten Griff des militärischen und politischen Belagerungszustandes zu durchbrechen.

Am 9.2.1995 setzte Präsident Ernesto Zedillo die Bundesarmee via Fernsehansprache in Marsch, um die Comandantes des EZLN festnehmen zu lassen. Mehrere tausend schwerbewaffnete Soldaten drangen mit Panzern und Lastwagen in die unzugängliche Kernregion des zapatistischen Aufstandsgebiet ein. Dörfer wurden zerstört und die Zivilbevölkerung in den Dschungel vertrieben. Doch der Militärschlag führte nicht zum Ziel. Die Truppen des EZLN und die Mitglieder der militärischen Leitung der Zapatistas, des CCRI (Geheimes Revolutionäres Indígena Komitee), hatten sich in den für die Soldaten kaum erreichbaren Dschungel der Berge zurückgezogen. Die Konfrontation blieb aus. Schon bald meldete sich Subcomandante Marcos mit einem Brief an die Öffentlichkeit zurück. Im Mexiko-Stadt füllte sich der Zocalo, der zentrale Platz der Hauptstadt vor dem Regierungspalast, mit Hunderttausenden, die den Rückzug der Armee forderten.

Regierung blockiert Dialog

So sah sich Ernesto Zedillo gezwungen, erneut in den Dialog mit den unbeugsamen Zapatistas einzuwilligen. Seit April finden die Gesprächsrunden nun in San Andrés Larrainzar, einem kleinen Ort etwas nördlich von San Cristóbal, statt. Doch bisher blockiert die Regierungsdelegation jeden Fortschritt in den Verhandlungen über soziale Verbesserungen für die marginalisierten Indígena-Gemeinden. Über die Demokratisierung des politischen Systems und substanzielle gesellschaftliche Veränderungen, wie z.B. eine Agrarreform, wollen die Regierungsunterhändler nicht einmal diskutieren, geschweige denn verhandeln. Nach dem fünften Treffen am 26.7. sahen sich die EZLN-Comandantes Tacho und David genötigt zu erklären: "Die Regierungsseite hat alles mögliche unternommen, damit dieser Dialog scheitert und um uns zum Abbruch der Gespräche zu drängen." Ihre Schlußfolgerung lautete: "Wir werden weiter auf dem Prozeß des Dialogs bestehen, aber wir müssen darauf hinweisen, daß sich nach und nach alle Türen schließen und nur noch eine offen bleibt." Damit spielten Tacho und David auf die Option der Wiederaufnahme des Kampfes mit Waffen an.

Doch genau darauf scheinen sich die Regierung und die Bundesarmee ebenfalls vorzubereiten. Im Bundesstaat Chiapas sind mittlerweile 80.000 Soldaten stationiert. Hinzu kommen paramilitärische Polizeikräfte wie die "Judiciales", die mit schweren Waffen ausgerüstet sind. Die "Guardias Blancas", die "Weißen Garden" der Großgrundbesitzer, operieren manchmal verdeckt, manchmal ganz offen im Verbund mit Militär und Polizei. So kommt es zu Räumaktionen von besetztem Großgrundbesitz, bei denen die illegalen Todesschwadrone der Hazienderos mit der Bundespolizei gemeinsam agieren. Dabei werden Campesinos oft brutal mißhandelt. Seit Januar wurden über 60 Mitglieder unabhängiger Campesinogewerkschaften in Chiapas ermordet.

Die Armee rüstet auf

Die Armee wird unterdessen klammheimlich mit Aufstandsbekämpfungswaffen hochgerüstet. So kaufte die Luftwaffe in den letzten Monaten sechs Hubschrauber "Sikorsky", 20 Hubschrauber "Bell", 22 Hubschrauber "Mac Donald Douglas", 17 Flugzeuge "Pilatus PC-7", 16 Flugzeuge "Maile" sowie weitere Flugzeuge der Marken "Arava" und "C-130 Hercules". Das Heer hat 3.297 Truppentransporter, 200 Panzerwagen sowie große Mengen an Waffen und Munition beschafft. Es ist mittlerweile auch kein Geheimnis mehr, daß argentinische, guatemaltekische und US-amerikanische Militärberater die Truppen in Chiapas in Techniken der Guerillabekämpfung trainieren. Mexikanische Absolventen der vom CIA betriebenen "Escuela de las Americas" sind ebenfalls im Einsatz. Aus dieser Institution gingen Generationen von Folterknechten der Militärdiktaturen ganz Lateinamerikas hervor. Die Strategie der Zedillo-Regierung ist klar: Durch eine "low intensity warfare", eine "Kriegsführung niedriger Intensität", soll die soziale Basis der Zapatistas mürbe

gemacht werden. Zu dieser menschenverachtenden Strategie gehören Repression und Versuche, die Dorfgemeinschaften gegeneinander auszuspielen oder intern zu spalten.

Die Zapatistas wissen, daß sie eine militärische Konfrontation bei dem gegebenen Kräfteverhältnis nicht eingehen können. Der Tod Tausender Zivilisten könnte der Preis einer offensiven militärischen Aktion des EZLN sein. So setzen die Zapatistas statt auf Waffen weiterhin auf die Mobilisierung der Zivilgesellschaft in ganz Mexiko, um auf diese Weise den militärischen Sperrgürtel und die Blockade der Verhandlungen aufzulösen. Im Juni wurde die Idee für eine Initiative geboren, mit der die Zivilgesellschaft mobilisiert und in den Dialogprozeß miteinbezogen werden sollte: Die MexikanerInnen wurden aufgefordert, sich zu den Forderungen der Zapatistas und zu deren Zukunft direkt zu äußern. Am 27.8. führte das EZLN dazu die große "Volksbefragung für Demokratie und Frieden", die "Consulta nacional por la democracia y la paz" durch. Selbstverständlich konnte das EZLN als im Untergrund operierende Gruppe die Organisierung nicht selbst leisten. Damit wurde die "Alianza Civica", die "Bürgerallianz", ein Zusammenschluß zahlreicher Nichtregierungsorganisationen, der sich zur Überwachung der Präsidentschaftswahlen im August letzten Jahres gegründet hatte, beauftragt. Die Propagierung der Befragung übernahm der Demokratische Nationalkonvent (CND), eine auf Initiative der Zapatistas aus der Taufe gehobene Vereinigung zahlreicher Oppositionsgruppen.

Volksbefragung der Zapatistas

Am 27.8. gaben 1,2 Mio. MexikanerInnen ihr Votum an einem der 10.032 landesweit aufgestellten Wahltische ab. In 1.856 Indígena-Gemeinden wurden zusätzlich Dorfversammlungen abgehalten. Die Beteiligung an dem ungewöhnlichen Plebiszit wurde von der Opposition als zwar nicht begeisternd, aber zufriedenstellend bezeichnet. Immerhin hatten das Gros der Medien und das gesamte Fernsehen, die in Mexiko regierungsloyal sind, die Consulta verschwiegen. Ob die Mobilisierung durch die Befragung stark genug ist, um der Regierung einen kompromißbereiteren Verhandlungskurs aufzuzwingen, ist allerdings eher zweifelhaft. Doch den Zapatistas ging es bei der Consulta ja auch um wesentlich mehr, als nur um den Gesprächsprozeß mit den Zedillo-Unterhändlern. Die Rebellen aus den Bergen des Südostens wollten die zivile Opposition in ganz Mexiko erreichen und eine Debatte über programmatische Ziele und politische Methoden der demokratischen Kräfte anstoßen.

Die erste Frage nach der Zustimmung zu den 16 Hauptforderungen des EZLN (siehe nebenstehenden Kasten) hatte klaren Suggestivcharakter. In einer Videobotschaft an die TeilnehmerInnen einer Großdemonstration zum Jahrestag der Gründung des Demokratischen Nationalkonvents erklärte Sub Marcos dazu: "Viele sagen: Wer wird denn auf diese Frage mit Nein antworten? Wer wird denn nicht damit einverstanden sein, daß dies die wichtigsten Forderungen sind? Aber in Wirklichkeit hat sich niemand gefragt: Wenn das tatsächlich die Forderungen sind, warum reagieren dann die Regierenden nicht auf sie? Die Frage hört hier also nicht auf. Wenn das die Hauptforderungen sind, warum werden sie dann nicht erfüllt, warum wird kein Regierungsprogramm oder Aktionsprogramm entworfen, das diese Forderungen berücksichtigt?" Fast 100% der TeilnehmerInnen am Referendum stimmten den Hauptforderungen zu. Es bleibt die Frage des Sub: "Wenn alle damit einverstanden sind, warum wird dann also nichts gemacht?" Wer die Frage mit "Ja" beantwortet hat, ist also aufgerufen, sich selbst am Kampf um die Umsetzung der zapatistischen Forderungen zu beteiligen.

Auch die zweite Frage, ob ein Zusammenschluß der Opposition für den Kampf um die 16 Hauptforderungen für wünschenswert gehalten wird, wurde fast einstimmig bejaht. Marcos sagte zum Sinn der Frage: "Wenn breite Kreise der Bevölkerung mit dieser Frage einverstanden sind, dann ist es als eine Art Mandat an die politischen Kräfte zu verstehen, damit sie sich vereinen. Außerdem bekommen sie gesagt, wozu. Es heißt nicht, vereint Euch für einen Wahlprozeß, vereint Euch um einen Kandidaten oder vereint Euch, um das EZLN zu unterstützen, sondern es heißt: Vereint Euch im Kampf um die 16 Hauptforderungen, die in Frage 1. stehen." Diese Erklärung ist als ein deutlicher Fingerzeig an die verschiedenen Oppositionsorganisationen zu verstehen. Sowohl in der CND als auch innerhalb der linksgerichteten PRD (Partei der Demokratischen Revolution) und der parteiungebundenen Linken bekämpfen sich die verschiedenen Strömungen in altgewohnter Manier. Statt die Zapatistas effektiv zu unterstützen, kultivieren hier große Teile der zersplitterten Linken einen rechthaberischen Streit um des Kaisers Bart und blockieren sich so selbst. Das Projekt der Zapatistas besteht hingegen darin, die größtmögliche Einheit im Kampf um die zentralen Forderungen zu erreichen.

Über 90% bejahten auch die dritte Frage und forderten eine "tiefgreifende politische Reform". Sub Marcos weist darauf hin, daß die Forderung nicht an die Regierung gestellt wird, sondern an die MexikanerInnen selbst. "Ich denke, in dem Maße, in dem sich die Frage auf die Mexikaner bezieht und nicht auf die Regierung, ist es etwas, was die Gesellschaft aufbauen muß. (...) Wir fragen also nicht: Sollen wir von der Regierung verlangen, daß sie eine tiefgreifende politische Reform durchführt. Nein, die müssen wir machen." Um demokratisierend auf die Gesellschaft zu wirken, muß also die Opposition selbst beginnen, interne Demokratie zu praktizieren. Wer hier zugestimmt hat, wird in der durch und durch von Paternalismus und autoritären Strukturen geprägten mexikanischen Linken viel zu tun haben. Genau darauf spielt die Frage an.

Die Fragen vier und fünf beziehen sich auf die Zukunft des EZLN. Die Fragestellung, die zu einiger Verwirrung geführt hatte, wurde durch Marcos präzisiert: "Das EZLN fragt nicht, ob es legal werden soll, oder in die Legalität aufgenommen werden soll, in eine falsche, korrupte, autoritäre Legalität, die wir bekämpfen. Sie fragt nicht, ob es eine politische Partei werden soll. Sie fragt nicht, ob es sich entwaffnen soll. Das EZLN wird sich nicht entwaffnen. Um das EZLN zu entwaffnen, müssen sie alle und jeden von uns umbringen. Alle, aber wirklich alle." Eine Mehrheit der Befragten antworteten, sie wünschten keine Vereinigung des EZLN mit anderen politischen Organisationen. Auf welche Weise das EZLN sich nun als "unabhängige neue politische Kraft" konstituieren will, ist noch unklar. Einen Hinweis zumindest gibt der Sub: "Auch wenn wir nicht mit den Waffen kämpfen können - was nicht heißt sie abzugeben, sondern sie bereitzuhalten, aber sie nicht zu benutzen - müssen wir etwas machen. Und eine Möglichkeit ist, eine politische Kraft zu werden. So könnten wir den Leuten nicht nur sagen: Organisiere Dich! Sondern: Organisiere Dich auf diese Weise, organisiere Dich mit uns auf diese Weise!" Möglicherweise steht also die Gründung einer zivilen zapatistischen Organisation an.

Weitgehende Einigkeit bestand wiederum bei der Antwort auf die sechste Frage. Die "angemessene Präsenz und Beteiligung der Frauen" soll garantiert werden. Die Zapatistas gestehen ein, daß auf diesem Feld noch viel zu tun ist: "Wenn viele Leute, Frauen und Männer, denken, daß es eine gleiche Beteiligung von Männern und Frauen geben soll, muß es auch zu einer tiefgreifenden Reform oder Revolution in den Befehlsstrukturen des EZLN kommen."

Wenn die Fragen der Consulta auf den ersten Blick auch sehr simpel erscheinen, wird spätestens beim dritten Lesen ihr eigentlicher und tiefer Gehalt deutlich. Es geht den Zapatistas nicht darum, einen von über einer Million MexikanerInnen unterschriebenen Wunschzettel an Präsident Zedillo zu schicken. Die Fragen stellen sich vielmehr denjenigen, die sie beantworten. Wer sie bejaht, ruft sich damit selbst auf, zur Lösung beizutragen. Auf diese Weise unternehmen die Zapatistas einmal mehr den Versuch, eine breite und plurale Oppositionsbewegung zu stärken, die sich selbst artikuliert und politische Initiativen entfaltet.

Wirtschaftliche Talfahrt - Repression und Krise der PRI

Ob die Consulta die selbstgesteckten Ziele erreichen wird, darüber kann zum jetzigen Zeitpunkt wenig gesagt werden. Sicher ist dagegen, daß der Handlungsdruck auf die Linke in Mexiko wächst. Die wirtschaftliche Talfahrt als Folge der Peso-Krise vom Dezember letzten Jahres übertrifft die schlimmsten Prognosen. Das Finanzministerium teilte mit, daß das Bruttoinlandsprodukt im zweiten Quartal 1995 um 10,5% unter den Vorjahreswerten lag. Die Rezession wird begleitet von einem Inflationsschub. So steigen die Preise, während Hunderttausende ihre Arbeitsplätze verlieren. Die Schlangen vor den Pfandleihhäusern werden immer länger.

Was geschehen kann, wenn die Linke nicht in der Lage sein sollte, die Verzweiflung und die Wut der Menschen in organisierten Protest mit einer gesellschaftlichen Perspektive zu verwandeln, hat sich Ende August im historischen Zentrum von Mexiko-Stadt gezeigt. Dort befindet sich der traditionelle Straßenmarkt. Das Heer der fliegenden Händler ist in den letzten Monaten durch die Wirtschaftskrise stark angewachsen. Für viele der Arbeitslosen liegt im Verkauf einiger Habseligkeiten die einzige Möglichkeit, ein paar Pesos zu verdienen. Als die Polizei mit Tränengas und Schlagstöcken die ungeliebten fliegenden Händler aus einigen Straßen vertreiben wollte, flogen plötzlich Steine und Flaschen. Die Polizei bereitet sich auch in Mexiko-Stadt auf härtere Repression vor. Ein am 1.7. in Kraft getretenes Gesetz gibt der Polizei weitgehende Handlungsfreiheit, um willkürliche Verhaftungen und Kontrollen durchzuführen.

Auch im Bundesstaat Guerrero zeigte sich am 28.6., welche Entwicklung dem ganzen Land drohen könnte. Über 200 Mitglieder der für ihre Brutalität berüchtigten Polizeitruppe der "Judiciales" stoppten eine Gruppe von

Landarbeitern, die sich auf dem Weg zu einer Protestkundgebung befanden. Ohne Vorwarnung erschossen die Polizisten 17 Landarbeiter, 22 weitere wurden schwer verletzt. Die Landarbeiter der Organización Campesina de la Sierra del Sur (OCSS) wollten öffentlich ein Lebenszeichen des im Mai verhafteten und seither verwundenen OCSS-Mitgliedes Gilberto Romero Vázquez einfordern. Im Bundesstaat Guerrero sind gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Campesino-Organisationen auf der Tagesordnung. Die Bundesarmee hat Teile des Berglandes mittlerweile militarisiert. Es ist ein offenes Geheimnis, daß sich in Guerrero bewaffnete Guerillagruppen gebildet haben.

Der Machtkampf in der seit 66 Jahren regierenden Staatspartei PRI verschärft sich unter dem Druck der Ereignisse weiter. Ex-Präsident Carlos Salinas blieb nach einer harten Auseinandersetzung mit seinem Nachfolger Ernesto Zedillo im März nichts anderes übrig, als Mexiko in Richtung Nordamerika zu verlassen. Zedillo wirft der Salinas-Seilschaft Versagen in der Wirtschaftspolitik, Verstrickung in den Drogenhandel sowie die Morde am reformbereiten PRI-Präsidentschaftskandidaten Luis Donaldo Colosio (23.3.1994) und am PRI-Generalsekretär José Francisco Ruiz Massieu (28.9.1994) vor. Mittlerweile liegen erste Beweise vor, die belegen, daß Colosio Opfer eines Komplottes des damaligen amtierenden Präsidenten Carlos Salinas mit seiner grauen Eminenz José Cordoba Montoya, dem General Garcia Reyes und Generalstaatsanwalt Diego Valades wurde. Einer der Drahtzieher des Mordes an Colosio, Generalstaatsanwalt Diego Valades, war anschließend verantwortlich für die Aufklärung des Falles! Es braucht viel Phantasie, um sich die Verkommenheit dieser politischen Klasse zu vergegenwärtigen.

Boris Alexander

Die Fragen der Consulta:

Die Teilnehmenden (1.188.094) sollten auf diese Fragen am 27. August mit "Ja", "Nein" oder "Weiß nicht" antworten:

1. Bist du damit einverstanden, daß die wichtigsten Forderungen des mexikanischen Volkes: Land, Wohnung, Arbeit, Ernährung, Gesundheit, Erziehung, Kultur, Information, Unabhängigkeit, Demokratie, Freiheit, Gerechtigkeit, Frieden, Sicherheit, Kampf gegen die Korruption und Umweltschutz sind? (Ja: 97,5%; Nein: 1,3%; Weiß nicht: 1,2%)

2. Sollen sich die verschiedenen Kräfte der Demokratisierung in einer breiten Oppositionsbewegung auf staatsbürgerlicher, sozialer und politischer Ebene zusammenschließen und für diese Hauptforderungen kämpfen? (92,2%; 4,8%; 3,0%)

3. Sollen die Mexikaner eine tiefgreifende politische Reform durchführen, die die Demokratie gewährleistet (Im bezug auf Wahlen, Wählerlisten, unparteiische und autonome Wahlorgane, freie staatsbürgerliche Beteiligung für alle, einschließlich der nichtpartei- und regierungsorientierten Personen, Anerkennung aller nationalen, regionalen und lokalen politischen Kräfte und Gerechtigkeit für alle)? (94,5%; 2,5%; 3,1%)

4. Soll das EZLN sich in eine unabhängige neue politische Kraft verwandeln, ohne sich mit anderen politischen Organisationen zu vereinen? (52,6%; 38,2%; 9,2%)

5. Soll sich das EZLN mit anderen Gruppen und Organisationen vereinen und gemeinsam eine neue politische Organisation bilden? (48,7%; 43,2%; 8,1%)

6. Soll die angemessene Präsenz und Beteiligung der Frauen auf allen Ebenen der Repräsentation und der Entscheidungsmacht in allen zivilen und Regierungsorganen garantiert werden? (93,1%; 3,7%; 3,2%)

25. Soziale Bewegungen in Westasien (Rezension)

Autor: Albrecht Müller · Rubrik: Nahost allgemein; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak382/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:382:21

Die politisch-soziale Situation, islamische Kräfte, Linksparteien und neue soziale Bewegungen in Westasien sind das Thema der zwanzig Aufsätze des im Verlag des "informationszentrum 3. welt" von Jörg Später herausgegebenen Sammelbandes "... alles ändert sich die ganze Zeit".

Im ersten Teil sollen die Rahmenbedingungen der emanzipativen Kräfte abgesteckt werden. Martin Robbe arbeitet für die Region zwei widersprüchliche Tendenzen heraus: "der Drang außenstehender Mächte einzugreifen, auch militärisch, und der Versuch regionaler Kräfte, anstehende Probleme selbst zu lösen". (S. 22) Im Widerstand gegen die wiederholten Interventionen formierten sich allen voran die islamischen Fundamentalisten und "wecken neue Hoffnungen". (S. 22) Daß "manche Elemente ihrer Programmatik [...] rückwärtsgewandt und irrational" (S. 22) seien, rücken westliche BeobachterInnen zumeist in den Vordergrund. Als Ausweg aus dem Dilemma der Linken formuliert er, "die Linke muß sich heute mehr oder weniger damit abfinden, das, was auf der Welt geschieht, zu beobachten und zu kommentieren". (S. 24) Für konkrete politische Perspektiven bezieht er sich auch auf neue soziale Bewegungen und den Islam, eine Staatskritik ist bei ihm aber nicht zu finden.

In politischer Aussage und Vokabular unterscheidet sich Detlef Hartmanns Aufsatz zur Durchsetzung der Infitâh in Ägypten, einer "Transformation, die als Medium sozialen Krieg und Zerstörung braucht" (S. 36), deutlich von den anderen Arbeiten des Bandes. An seine bipolare, kriegsähnliche Sicht der Liberalisierungsprozesse als scheinbar bewußt gesteuerter "sozialer Belagerungszustand, in dem die Regierung ihren Aufmarsch an allen entscheidenden Frontabschnitten längst formiert hat, wenn auch in behutsamen Terrainvorstößen" (S. 29), schließt sich eine fast revolutionsromantische Verklärung von Massenaufständen wie z.B. Brotrevolten an.

In einigen der Beiträge wird die Auseinandersetzung mit dem islamischen "Fundamentalismus" geführt, um dem in den westlichen Medien verbreiteten Bild eine differenziertere Betrachtungsweise entgegenzusetzen. Der Begriff "Fundamentalismus" sei seines ursprünglichen, theologischen Gehalts beraubt worden und "zu einem neuen Schimpfwort" verkommen. (S. 38) Gerhard Höpp interpretiert den islamischen Fundamentalismus als Ausdruck einer Krisenerfahrung, die durch verschiedene Faktoren ausgelöst wurde und die zur Annahme führten, daß "der Islam den realen Sozialismus als neues Feindbild ersetzt habe". (S. 42) Einflußreiche westliche Denker wie Popper oder Huntington bestätigten dieses dichotome (zweigeteilte) Weltbild.

Statt einer direkt aus der Religion abgeleiteten Beschreibung der politisch-religiösen Ideologie schlägt Bishara vor, den konkreten Entwicklungsweg des arabischen Nationalismus zu untersuchen, der möglicherweise "gescheitert ist, weil es ihm nicht gelungen ist, eine feste Brücke zu den Ideologien der Volkstraditionen zu bilden". (S. 52) Zwei Aufsätze über Ägypten und die Türkei vervollständigen die übergreifende Betrachtung des politischen Islams durch konkrete Beispiele.

Um die Krise der traditionellen Linken nach dem Zerfall der Sowjetunion geht es im nächsten Teil. Faleh A. Jabar gibt einen Überblick über die kommunistischen Parteien im sogenannten Nahen Osten. Die Autoren zweier Aufsätze beschäftigen sich mit Linksparteien, deren zentrales Ziel die nationale Befreiung ist: S. Tamaris Beitrag über die palästinensische Linke und U. Wolter/J. Keetman über die soziale Programmatik der PKK in Nordwest-Kurdistan. Besonders letzterer steht für eine kritische Auseinandersetzung mit den Gruppierungen, auf die sich die Solidaritätsbewegung bezieht. In der Gratwanderung kritischer Solidarität ist der Artikel sehr gelungen, läßt jedoch einige Aspekte unbeleuchtet. So heißt es zwar, "die PKK steht für eine entschiedene Modernisierung der kurdischen Gesellschaft" (S. 113), doch das spezifische Verhältnis zwischen Tradition und Modernisierung wird nicht beleuchtet. Zugleich wird auf die Widersprüche innerhalb der PKK wie z.B. zur nationalen Frage nur ansatzweise eingegangen.

In der Einleitung des Bandes porträtiert der Herausgeber Jörg Später einige der neuen sozialen Bewegungen der Region. Er trennt hierbei ausdrücklich zwischen traditionellen Linksparteien und neuen sozialen Bewegungen. Zwar seien die linken Befreiungskonzepte weitgehend gescheitert, doch Unterdrückung, Ausbeutung und Ungleichheit gebe es nach wie vor. Der Widerstand organisiere sich in Bewegungen,

Interessensgruppen und Organisationen. In Anlehnung an A.G. Frank und Marta Fuentes-Frank versteht J. Später unter sozialen Bewegungen solche, die jenseits des kolonialen Befreiungskampfes für Freiheit, Gleichheit und Solidarität eintreten. Ihr Ziel sei es nicht, die Staatsmacht zu erlangen, gegen die sie in der Regel gerichtet seien, sondern sie stünden für eine andere Form sozialer Transformation.

Die einschränkende Definition von neuen sozialen Bewegungen: "als neue ‚revolutionäre Subjekte` (in unserem Verständnis) taugen sie wahrlich nicht, denn mit linkem Politikverständnis haben sie oft nichts [...] am Hut" (S. 17), mag für einen klassischen linken Revolutionsbegriff zutreffen. Die Aufsätze im letzten Teil des Buches relativieren jedoch den etwas überzogenen Pessimismus des Einleitungsartikels.

Wurden bisher fast ausschließlich die nationalen Befreiungsbewegungen als Hoffnungsträger in dieser Region gesehen, sind die Aufsätze dieses Bandes geeignet, ein differenzierteres und vollständigeres Bild der politischen und sozialen Entwicklungen im sogenannten Nahen Osten zu vermitteln.

Albrecht Müller

... alles ändert sich die ganze Zeit. Soziale Bewegung(en) im "Nahen Osten". Hg. von Jörg Später. Freiburg (iz3w) 1994. 225 S., 25 DM.

26. Siedlungen oder Frieden?

Autor: Klaus Mellenthin · Rubrik: Israel / Palästina · CD-Datei: daten/aksuche/ak382/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:382:40

Ermöglicht wurde der Abschluß der Grundsatzerklärung zwischen Israel und der PLO gerade durch deren Unbestimmtheit. Genauere Vereinbarungen in den zentralen Fragen - Siedlungen, Wasser, Jerusalem und Freilassung der Häftlinge - wären im ersten Schritt nicht möglich gewesen. Nach der Unterzeichnung der Erklärung im September 1993 in Washington hing jedoch sehr viel davon ab, die "Dynamik des Friedensprozesses" zu nutzen, die Begeisterung der sehr großen Mehrheit der Palästinenser, die Zustimmung in größeren Teilen der israelischen Bevölkerung. Tatsächlich aber begann sich der Friedensprozeß bald dahinzuschleppen, die Ausführung der in der Grundsatzerklärung vereinbarten Schritte war mit Halbheiten und Widersprüchlichkeiten belastet, keiner der in der Erklärung angestrebten Termine ist bisher eingehalten worden.

Von den "großen Fragen" ist bisher nur die Wasserverteilung, unter großen Zugeständnissen der palästinensischen Seite, vorläufig geklärt worden. Eine Lösung anderer zentraler Probleme - vor allem Siedlungen und Jerusalem - ist nicht nur nicht absehbar; auf israelischer Seite wird viel getan, die Lösung dieser Probleme noch mehr zu erschweren. Der privat finanzierte Siedlungsbau in den besetzten Gebieten, der dem "Siedlungsstopp" nicht unterliegt, geht munter weiter - die notwendige Infrastruktur wird vom Staat Israel bezahlt. Im großen Umfang wird ebenfalls vom Staat in den Bau von Straßen auf der Westbank investiert, die alleine der Verbindung der Siedlungen untereinander und/oder als Umgehungsstraßen um palästinensische Ortschaften dienen. In Ostjerusalem wird palästinensischer Boden enteignet, werden Siedlungen gebaut und weitere geplant. Alle paar Wochen wird von Siedlern versucht, neue Stützpunkte zu errichten, was zwar meist von der israelischen Armee be- oder verhindert wird, womit die Siedler aber häufig Zugeständnisse der Regierung erreichen können. Über das territoriale Ausmaß des zukünftigen palästinensischen "Autonomiegebiets" darf noch gerätselt werden - deutlich ist aber schon jetzt, daß die Regierung eine vollständige Rückgabe der Westbank ausschließt.

"Frieden Jetzt" - mit der Regierung

Die israelische Protestbewegung (hierzulande meist als mißverständlich als "Friedensbewegung" bezeichnet) steht dieser Entwicklung weitestgehend passiv gegenüber. Der größte und einflußreichste Teil dieser Bewegung, der einem Dachverband ähnliche Zusammenschluß von Protestgruppen "Frieden Jetzt", hat sich lange Zeit an der (sozialdemokratischen) Arbeitspartei orientiert und seine Opposition im wesentlichen gegen den (rechten) Likud unter Begin, später unter Schamir gerichtet. Die im Dezember 1987 begonnene Intifada führte zur Entstehung einer Anzahl neuer Protestgruppen und auch zu einer relativen Radikalisierung von "Frieden Jetzt". Dieser Dachverband orientierte sich nun mehr an der Bürgerrechtspartei (Ratz), einem entschiedenen Fürsprecher von Verhandlungen mit der PLO. Mit dem Eintritt der Ratz (als Teil des Meretz-Bündnisses) in die von der Arbeitspartei geführte Regierungskoalition 1992 sah sich "Frieden Jetzt" gleichsam "selbst in der Regierung" sitzen. "Frieden Jetzt" ist, abgesehen von der Durchführung von Umfragen und von Initiativen im parlamentarischen Rahmen, in Schweigen erstarrt und hat der Rechten das Feld überlassen.

Die bisher einzig nennenswerte Ausnahme ist die Kundgebung von "Frieden Jetzt" am 4. September 1993 in Tel Aviv nach der Bekanntgabe der bevorstehenden Unterzeichnung der Grundsatzerklärung durch Israel und die PLO - nachdem die rechte Opposition knapp eine Woche zuvor eine Massendemonstration gegen das Gaza-Jericho-Abkommen durchgeführt hatte. Auf der Kundgebung in Tel Aviv rief Amos Oz dazu auf "jetzt jede Form von leeren Protesten [zu] vermeiden," die Friedensbewegung dürfe "sich nicht dazu hinreißen lassen, der Regierung jedesmal noch weitere Zugeständnisse abzufordern, wenn die Verhandlungen in eine schwierige Phase geraten. Wir wollen nicht vergessen, daß wir von heute an keine Protestbewegung mehr sind." (Es ist schon etwas bizarr, eine Bewegung zu ermahnen, sich nicht zu Forderungen "hinreißen" zu lassen, nachdem sie schon vor geraumer Zeit in einen Tiefschlaf gesunken ist.) Amos Oz forderte allerdings auch: "Die Friedensbewegung sollte sich auf ihre neue Aufgabe konzentrieren, nämlich einen intensiven öffentlichen Dialog mit jenen Israelis zu führen, die die neuen Verhältnisse nicht akzeptieren wollen." Eine Versöhnung zwischen Israel und den Palästinenser werde nur dann zustande kommen, wenn es gelinge, "gleichzeitig einen Prozeß emotionaler Beruhigung im israelischen Volk in Gang zu setzen." Diese so wichtige

Forderung nach einem intensiven öffentlichen Dialog gerade mit den Gegnern des Abkommens verhallte jedoch wirkungslos ...

Zwei Jahre nach dem letzten zu bemerkenden Lebenszeichen von "Frieden Jetzt" wurde jetzt im August innerhalb dieses Dachverbands zumindest eine kontroverse Diskussion über das öffentliche Auftreten geführt. Amiram Goldbloom, "Frieden Jetzt"-Aktivist, versuchte vergeblich, demonstrative Aktionen in den Siedlungen anzuregen. (Eine Umfrage unter Westbank-Siedlern hatte ergeben, daß 32% von ihnen gegen Entschädigung zur Rückkehr nach Israel bereit sind und weitere 8% diese Möglichkeit erwägen.) Die Bewegung sei jedoch nicht zu einer solchen Kampagne bereit, weil solche Aktionen im Gegensatz zur Regierungspolitik stünden. Tzali Reshef, einer der Köpfe der Bewegung, argumentierte, die Rechte sei in ihrem Bemühen um öffentliche Unterstützung gescheitert. Warum solle da die Linke gegen die Siedlungen demonstrieren? Eine Gegendemonstration der Linken würde nur zeigen, daß sie von den Aktionen der extremen Rechten beeindruckt sei. Ein weiteres Führungsmitglied, Janet Aviad, wollte das Schweigen der Bewegung als Resultat einer Entscheidung aufgefaßt wissen, die aus einer Position der Stärke heraus getroffen worden sei. Die Siedler hätten sich mit ihren Aktionen nur selbst geschadet.

Nachdem Siedlergruppen ihre Protestaktionen auf Israel selbst ausgedehnt und u.a. durch Blockaden ein erhebliches Verkehrschaos verursacht hatten, konferierten Anfang August in ihren jeweiligen Hauptquartieren sowohl die Spitze der Arbeitspartei wie von "Frieden Jetzt". Der Generalsekretär der Arbeitspartei, Nissim Zvily, schlug eine Massenkundgebung zur Unterstützung des Friedensprozesses vor und wurde von mehreren Ministern unterstützt. Rabin widersprach diesem Vorschlag entschieden, eine solche Kundgebung würde nur die Polarisation in der Bevölkerung verschärfen. Die Führung von "Frieden Jetzt" sah sich außerstande, ohne die Arbeitspartei eine eindrucksvolle Kundgebung zu organisieren. So erschienen ein paar Tage darauf nur einige kleine Gruppen in Jerusalem vor dem Verteidigungsministerium, wo Rabin und Peres sich mit der israelischen Verhandlungsdelegation trafen, und in Haifa mit Forderungen wie "Stoppt den Siedler-Terrorismus" und "Ja zum Frieden! Nein zur Gewalt!"

Die einzige öffentlich wirkende Protestgruppe jüdischer Israelis ist in den letzten rund zwei Jahren der von Uri Avnery geführte kleine "Gusch Schalom" (Friedensblock). Alle seine Bemühungen, sagte Avnery im August, "Frieden Jetzt" zum Handeln zu bewegen, seien gescheitert. In den vergangenen zwei Jahren sei "Frieden Jetzt" einem "historischen Verfall" erlegen. "Ihre Entschuldigungen [für ihre Untätigkeit - Anm. ak] grenzen ans Lächerliche; sie haben das ganze Friedenslager geschwächt. Alle Debatten werden heute zwischen Rabin und der Rechten geführt." Die Linke existiere im öffentlichen Bewußtsein überhaupt nicht mehr.

Klaus Mellenthin

27. Gaza-Jericho - und das war's

Autor: KM · Rubrik: Israel / Palästina · CD-Datei: daten/aksuche/ak382/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:382:41

"Die Geschichte Rabins ist die Geschichte Israels, die sich seit 1948 als eine Reihe von Kriegen darstellt. Er hat sich von Anfang an an der palästinensischen Tragödie beteiligt (vor allem bei der Vertreibung der Bewohner von Lydda und Ramleh [1948; Anm. ak]). Wie die Mehrheit der Israelis kann er sich weder von den Vorstellungen noch von der Ideologie befreien, die dieses Land seit Beginn der zionistischen Bewegung leiten. Deshalb ist er nicht der Mann, der den Staat Israel auf neue Wege führen kann. Es ist unwahrscheinlich, daß er der Führer sein würde, der Israel zum Frieden führt."

(Tom Segev in "Haaretz", 3.5.95)

Während des Sechstagekriegs im Juni 1967 hatte Israel die syrischen Golan-Höhen, die ägyptische Sinai-Halbinsel, den von Ägypten verwalteten Gazastreifen, den westlich des Jordan gelegenen Teil Jordaniens und das ebenfalls jordanische Ostjerusalem besetzt. Ostjerusalem wurde unmittelbar nach dem Krieg faktisch annektiert und 1980 per Gesetz zum Teil Israels und zur Hauptstadt des Staates erklärt. Die Annexion Ostjerusalems wurde und wird international nicht anerkannt. Die Golan-Höhen wurden 1981 nach einer Gesetzesvorlage der rechtsradikalen Knesset-Delegierten Geula Cohen annektiert. Die Sinai-Halbinsel wurde nach Abschluß des Friedensvertrags mit Ägypten 1982 vollständig geräumt. (Kurz darauf wurde der Libanon-Krieg angezettelt; seit Ende diese Krieges beansprucht Israel einen zehn bis zwanzig Kilometer breiten Streifen im Libanon an der Grenze zu Israel als "Sicherheitszone".) Gazastreifen und Westbank wurden bis 1994 von Israel als "verwaltete", nicht als besetzte Gebiete bezeichnet. Mit diesem terminologischen Trick hat Israel stets die Anwendbarkeit des international gültigen Völkerrechts, das sich auf militärisch besetzte Gebiete bezieht, bestritten; hat sämtliche UN- Resolutionen ignoriert und bis 1994 von der UN entsandten Beobachter oder Untersuchungskommissionen abgewiesen.

Vom Sechstagekrieg bis zur Abwahl der von der Arbeitspartei geführten Regierungskoalitionen 1977 wurden 27 Siedlungen auf der Westbank und im Gazastreifen errichtet. (1) Hierbei handelte es sich größerenteils um sog. Sicherheitssiedlungen im Jordangraben entlang der (neuen) Grenze mit Jordanien und im Umkreis von Jerusalem. Unter der Regierung der Arbeitspartei siedelte sich aber auch eine Gruppe um den rechtsradikalen Rabbiner Mosche Levinger, einem der Führer der religiös-nationalistischen Siedlerorganisation "Gusch Emunim" (Block der Getreuen) in Hebron an. Ebenso entstand unter der Regierung der Arbeitspartei das Zentrum der Hard-core-Siedler Kirjat Arba. Unter der Likudregierung entstanden von 1977 bis 1992, z.T. mit Unterstützung der Arbeitspartei, über 100 weitere Siedlungen. Sie wurden großenteils nach der Taktik angelegt, palästinensische Dörfer und Städte einzukreisen und voneinander abzuschneiden, um so den Anspruch auf das "ganze Israel" durchzusetzen. Wenn auch in rund zwei Drittel aller Siedlungen nur rund 200 Menschen oder noch weniger leben, wird aufgrund dieser Siedlungstaktik dennoch "die geringe Quantität der jüdischen Siedler [...] eine bedeutsame politisch-strategisch-bevölkerungspolitische Qualität im Westjordanland." (Wolffsohn/Bokovoy)

In den letzten Jahren der Likud-Regierung mit Jitzchak Schamir an der Spitze wurde die Siedlungspolitik in einem Ausmaß betrieben und finanziell gefördert, daß auch die USA leicht verärgert reagierten (ein dringend benötigter und zugesagter Zehn-Milliarden-Dollar-Kredit wurde "eingefroren"), und Rabin mit dem Versprechen pragmatischer Politik, d.h. der Hinwendung zur Lösung der Probleme in Israel, die Wahlen 1992 - wenn auch mit minimaler Mehrheit - gewann. (S. die ausführliche Analyse in ak 345, 26.8.92)

Von rund 8000 Siedlern auf der Westbank und im Gazastreifen 1977 wuchs - nach einer auf verschiedene Quellen gestützte Aufstellung in "Jerusalem Report" - die Anzahl der Siedler unter Likudgeführten Regierungen bis 1992 auf etwa 130.000 an; die palästinensische Bevölkerung in diesen Gebieten wurde zur selben Zeit auf 1,8 Millionen geschätzt.

300.000 Siedler

Die Bezifferung der Anzahl der Siedler schwankt zwar zwischen 100.000 und 140.000, im Bereich dieser Größenordnung bewegen sich aber die Angaben in fast allen Quellen. Diese Größenangabe entspricht auch der Sichtweise von fast ausnahmslos allen jüdischen Israelis. Tatsächlich handelt es sich jedoch, wie Danny Rubinstein, Redakteur der israelischen Tageszeitung Haaretz, klarstellte, um 300.000 Israeli, die in den seit

1967 besetzten Gebieten leben. Die unterschiedliche Zählweise resultiert daraus, daß die israelische Öffentlichkeit zwischen den verschiedenen Arten von Siedlungen jenseits der Grenze von 1967 unterscheidet, und zwar nach deren geografischer Lage und, mehr noch, nach der Motivation der Siedler. Die rund 150.000 BewohnerInnen der acht großen jüdischen Stadtteile in Ostjerusalem, dessen Stadtgrenzen nach 1967 um ein Mehrfaches ausgedehnt wurden, werden in Israel nicht als Siedler angesehen. (Diese Sichtweise wird von der Auslandspresse gemeinhin geteilt.) Das gleiche gilt für die Israelis, die in städtischen Siedlungen auf der Westbank im weiteren Umkreis von Jerusalem oder nahe der sog. Grünen Linie (der 67er-Grenze), insbesondere auf der Höhe von Tel-Aviv, wohnen. Als Siedler werden in der israelischen Öffentlichkeit nur diejenigen gesehen, die aus ideologischen, politischen oder religiösen Gründen in den besetzten Gebieten siedeln. Die ideologischen Siedler seien, schreibt Rubinstein, nur eine Minorität von etwa acht Prozent. Die große Mehrheit der Siedler, die aus wirtschaftlichen Motiven in den besetzten Gebieten lebe, identifiziere sich zwar nicht mit den ideologischen Motiven der Siedlerbewegung, bilde aber "eine Art politisches Hinterland" für sie: "sie werden eine Quelle der Unterstützung und des Aktivismus in der Stunde der Prüfung bilden. Das Kardinalproblem der Siedlungen ist daher nicht ideologisch, sondern liegt in dem Umstand, daß die israelische Regierungen eine massive Unterstützung in einem großen Sektor der Öffentlichkeit für das Leben auf der Westbank aus anderen, nicht ideologischen Gründen geschaffen haben. Es ist dies, was das Haupthindernis einer zukünftigen Lösungen sein kann." (S. auch ak 345, S. 23)

Nach der Grundsatzerklärung vom 13.9.93 sollen die Verhandlungen über den dauerhaften Status der Westbank und des Gazastreifens am 13.4.96 beginnen. Da aber die Wahlen zu einer palästinensischen Selbstverwaltungsbehörde, die bereits vor gut einem Jahr, am 13.7.94, stattfinden sollten, bisher nicht durchgeführt worden sind, werden die Verhandlungen über den dauerhaften Status wohl erst nach den für den Oktober '96 anberaumten Wahlen in Israel aufgenommen werden. Ein Wahlsieg des Likud ist recht wahrscheinlich: Die Rabin-Regierung (und auch die PLO bzw. die Palästinensische Nationalbehörde) hat es bisher nicht verstanden, die absolute Notwendigkeit einer baldigen Aussöhnung zwischen den Völkern Israels und Palästinas in der israelischen Öffentlichkeit angemessen zu propagieren; und der allergrößte Teil der jüdisch-israelischen Protestbewegung hat der Rechten "die Straße" überlassen. Zwar wäre auch eine Likud-Regierung an die Grundsatzerklärung und die seither geschlossenen Vereinbarungen gebunden, von einem Fortschreiten des Friedensprozesses würde aber kaum noch die Rede sein können.

Kantonisierung

Verhandlungen über den dauerhaften Status von Westbank und Gazastreifen betreffen selbstverständlich in erster Linie die Frage: Was geschieht mit den Siedlungen? Die Rabin-Regierung hat bisher nicht nur keine relevanten Schritte unternommen, die Siedlungsfrage zu lösen; sie wahrt in dieser Zeit der Interimsabkommen nicht einmal den Status, der zum Zeitpunkt der Unterzeichnung der Grundsatzerklärung bestand. Uri Avnery qualifizierte dieses Vorgehen als "Vertragsbruch".

Während Siedler immer wieder versuchen, noch weitere Wehrdörfer auf der Westbank zu plazieren, häufig daran von israelischem Militär gehindert werden, weil es unnützes Aufsehen verursacht, wird gemäß der Devise von Rabin, daß keine Siedlung aufgelöst werde, die Enteignung palästinensischen Landes, der Ausbau militärischer Stellungen und die "Erweiterung" von Siedlungen vorangetrieben. Allenthalben werden auf der Westbank Straßen gebaut, die nur dem Verkehr zwischen den Siedlungen dienen. Alleine die Straße, die das palästinensische Jenin umgehen und zur Siedlung Eilon Moreh führen soll, wird (umgerechnet) 7,5 Mio. Mark kosten.

Beim jährlichen Treffen des Israeli Management Center klagte Rabin nach dem Besuch zweier Siedlungen mit jeweils etwa dreißig Familien, der Schutz jeder dieser Familien kostet jährlich 375.000 Mark, obwohl ihr Beitrag zur Sicherheit Israels gleich Null sei. Unterdessen fordert das Militär zusätzlich zu den bereits veranschlagten 185 Mio. Mark weitere 175 Mio. für die Neustationierung auf der Westbank, die Gesamtkosten dieser Operation werden mit einer Milliarde Mark veranschlagt.

Israelische Kritiker dieser "Friedenspolitik" sprechen schon des längeren von einer "Kantonisierung" der Westbank. Gemeint ist damit eine Zerteilung der Westbank, die den Verkehr zwischen den einzelnen "Kantonen" mehr oder weniger behindert und die "Kantone" in unterschiedlichem Maße israelischer Oberherrschaft unterworfen bleiben. Daß diese Kritiker nicht übertrieben haben, zeigt der Inhalt der Operation "Regenbogen II", deren Details das Ergebnis der Verhandlungen zwischen Peres und Arafat im August sind.

Die Westbank soll in drei Gebiete unterteilt werden, die sich voneinander durch den Grad der Kontrolle, den sich Israel vorbehält, und das Maß der Befugnisse, die den Palästinensern übertragen werden, unterscheiden.

- Gebiet A: Jenin, Nablus, Tulkarm und Kalkilya im nördlichen Teil der Westbank. Aus Jenin soll sich das israelische Militär zuerst zurückziehen, was nach Militärquellen jedoch nicht vor November erfolgen werde. In allen diesen vier Städten solle den Palästinensern die volle Autorität (was auch immer darunter verstanden werden mag!) übertragen werden. Um diese Städte herum werden Umgehungsstraßen für die Siedler gebaut, das Militär wird an den äußeren Rändern dieser palästinensischen Städte und um die Siedlungen herum stationiert.

- Gebiet B: Größere Städte wie Ramallah und El-Bireh, kleinere Städte und Dörfer wie Tubas, Kabatiya und Bei Furik, sämtlich im weiteren Umfeld von Jerusalem gelegen. Hier solle den Palästinensern nur die zivile Autorität übertragen werden, Israel, d.h. hier: die israelische Armee, wird für alle Sicherheitsfragen zuständig sein.

- Gebiet C: In diesem Gebiet mit u.a. einem Teil der großen Siedlungsblöcke im Umkreis von Jerusalem, das etwa 11 Prozent der Fläche der Westbank ausmacht, wo aber 70% der Siedler leben (70% nach offizieller israelischer Zählung, also ohne die 150.000 Siedler in Ostjerusalem), wird Israel die volle Kontrolle behalten.

- Hebron mit 400 jüdischen SiedlerInnen unter 140.000 PalästinenserInnen wird als eigene Kategorie geführt. Die Lage ist dort seit dem von Baruch Goldstein in der Ibrahim-Moschee verübten Massaker im Februar 1994 (s. ak 364, 9.3.94 u. ak 369, 24.8.94) nach wie vor so gespannt, daß sich die Regierung weigert, von einer Neustationierung des Militärs (Abzug aus Hebron und Gruppierung der Einheiten um die Stadt herum) auch nur zu reden.

Der Festlegung entsprechend, daß das palästinensische Ostjerusalem Teil Israels sei und bleibe, ist es in die Planung von "Regenbogen II" nicht einbezogen worden.

Spricht irgendetwas dafür, daß diese mit Milliardenaufwand betriebene Operation nur ein Zwischenschritt auf dem Weg zur Räumung der Westbank ist? Soll nur die Sicherheit der Siedlungen gewährleisten werden, bis nach den entsprechenden Verhandlungen ab dem 13.4.96 dann am 13.4.99 der ausgehandelte dauerhafte Status in Kraft tritt? Oder geht es hier um die Umwandlung der Devise "Gaza und Jericho zuerst" in: "60% von Gaza und Jericho ganz - aber dann nichts mehr"?

Anfang Januar dieses Jahres wurden Regierungspläne bekannt, die auch mit allerbestem Willen nicht mehr als "Zwischenschritte" gewertet werden können. Sechzehn Siedlungen auf der Westbank, die nahe an der Grünen Linie liegen, sollen weiter ausgebaut und annektiert, d.h. dem Gebiet des israelischen Staates einverleibt werden. Des weiteren soll ein Korridor zum Jordan, der die Siedlungen des Ariel-Blocks mit seinen 33.000 Bewohnern einbezieht, quer durch den Norden der Westbank gezogen werden.

KM

Anmerkung

(1) Diese wie alle anderen Zahlenangaben in diesen Artikeln sind eher als Näherungswerte aufzufassen. Nicht selten differieren die Zahlen von Quelle zu Quelle je nach dem politischen Interesse der Autoren.

28. Hebron und Kirjat Arba

Rubrik: Israel / Palästina · CD-Datei: daten/aksuche/ak382/42.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:382:42

Die Bewohner der jüdischen Enklaven in Hebron (arab. Khalil) und der benachbarten Siedlung Kirjat Arba, aus denen die fanatischsten Siedler und auch der Massenmörder Dr. Baruch Goldstein stammen, sind nicht charakteristisch für die Gesamtheit der Siedler. Charakteristisch aber ist die Haltung der israelischen Regierungen, ob von der Arbeitspartei geführt oder vom Likud, gegenüber der Ansiedlung in Hebron und der Gründung der Siedlung Kirjat Arba.

Zehn Monate nach dem Sechstagekrieg, im April 1968, setzten sich 80 national-religiöse Juden als Schweizer Touristen getarnt und unter der Führung des rechtsradikalen Rabbiners Mosche Levinger in einem Hotel in Hebron fest. Die seinerzeitige von der Arbeitspartei geführte Regierung verhielt sich zuerst passiv, ließ die Gruppe dann in einer Militärgarnison in Hebron unterbringen. Noch 1968 versuchte die Levinger-Gruppe, eine Siedlung auf einem Hügel nordöstlich von Hebron zu gründen. Ihr Verbleiben in Hebron sei als "Akt der Erlösung des Heiligen Landes" aufzufassen.

Dennoch antwortete die israelische Regierung 1969 auf Proteste des palästinensischen Bürgermeisters von Hebron: "Eine kleine Gruppe gläubiger Juden und ihre Familien haben spontan und aus eigener Initiative ihre Wohnsitze nach Hebron verlegt, eine Stadt, die eine ehrenvolle jüdische religiöse Vergangenheit hat. Es ist kein Grund zu sehen, weshalb Nachbarn nicht auf friedlichem und freundlichem Fuß miteinander leben sollten."

1970 genehmigte die Regierung die Gründung der Siedlung Kirjat Arba und nahm unter dem Vorwand "militärischer Zwecke" umfangreiche Landenteignungen zugunsten der Siedler vor. Im selben Jahr wurde der Aufbau eines Industriezentrums in Zusammenhang mit der Siedlung angekündigt. 1971 gab das Wohnungsbauministerium einen "Hebron-Plan" bekannt, demzufolge in einer ersten Phase Wohnraum für 900 jüdische Familien geschaffen werden sollte. 1972 beschloß die Regierung den Bau von weiteren 200 Wohneinheiten.

1977, jetzt unter der Likud-Regierung, wurde der Bau von zusätzlichen 2000 Wohneinheiten beschlossen, große Flächen palästinensischen Landes wurden per Regierungsbeschluß in "Staatsland" umdefiniert. Mitte der 80er Jahre wurden elf neue Militärposten in der unmittelbaren Umgebung von Hebron errichtet, auf sechs die Stadt überblickenden Hügeln wurde Land enteignet. Die derzeit letzte Enteignung wurde im Mai dieses Jahres vorgenommen, als 1000 Hektar für "militärische Zwecke" konfisziert wurden. In Kirjat Arba wohnen 4000 Siedler.

Unter 140.000 Palästinensern leben derzeit in 400 Siedler in Hebron in hermetisch abgeriegelten Enklaven, wodurch weite Bereiche der Innenstadt lahmgelegt sind. 200 Läden wurden von der Armee "aus Sicherheitsgründen" geschlossen, 200 weitere mußten schließen, weil die palästinensische Kundschaft die belagerte Innenstadt meidet. 1500 ständig in Hebron stationierte Soldaten und 128 Polizisten sind aufgeboten, um die Enklaven Tag und Nacht zu bewachen, wofür der israelische Staat jährlich (umgerechnet) Millionen Mark aufbringen muß. Dennoch ist erst unlängst mit Genehmigung der Regierung eine neue Talmudschule fertiggestellt worden.

Die Leidtragenden dieses Lebens unter ständigem Belagerungszustand sind die palästinensischen Bewohner Hebrons. Ob von Palästinensern ein Anschlag verübt wurde, ob Siedler ihre täglichen Provokationen bis hin zu Schießereien starten, oder ob ein Siedler, wie geschehen, 29 Muslime beim Gebet in ihrer Moschee ermordet - Razzien, Verhaftungen, Hauszerstörungen und Ausgangssperren betreffen fast ausnahmslos nur die palästinensischen Einwohner Hebrons.

Nachdem in den 70er Jahren die Arbeitspartei-Regierung einer der fanatischsten Siedlergruppen dazu verholfen hat, sich in Hebron und Kirjat Arba festzusetzen; nachdem in den 80er Jahren die Likud-Regierung diese Siedler in noch größerem Maße gefördert hat; nachdem heute, wo die Regierung wiederum von der Arbeitspartei geführt wird, sie sogar nach dem Massaker in der Ibrahim-Moschee nicht zur Entfernung zumindest der Siedler aus Hebron bereit war, hat sie kapituliert.

Seit der Unterzeichnung der Grundsatzerklärung im September 1993 starben in Hebron von palästinensischer Hand zehn Siedler und Soldaten, von israelischer Hand 41 Palästinenser. Wie viele werden es morgen sein?

29. Jerusalem - " auf ewig unser"

Autor: KM · Rubrik: Israel / Palästina · CD-Datei: daten/aksuche/ak382/43.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:382:43

Vor einigen Tagen haben, nach einer recht willkürlichen Datierung, die Feiern "3000 Jahre Jerusalem" begonnen, die bis zum Herbst des nächsten Jahres andauern sollen. Feiern, die nicht zuletzt den Anspruch auf "Ein Jerusalem", auf das "ewig unsre" Jerusalem bekräftigen sollen.

Im UNO-Teilungsplan von 1947 war Jerusalem als internationale Zone vorgesehen worden. Der erste israelisch-arabische Krieg endete mit Israels Zugewinn großer Teile der Gebiete, die nach dem Teilungsplan dem palästinensischen Staat zugesprochen worden waren, und Westjerusalems. Die Waffenstillstandslinie 1949 trennte Jerusalem in einen israelischen und einen jordanischen Teil. Abgesehen von den religiös motivierten Interessen jüdischer Israeli an der in Ostjerusalem gelegenen Westmauer (sog. Klagemauer) und der Muslime am Haram el-Sharif (sog. Tempelberg) hatten weder Israel noch Jordanien ein allzu großes Interesse an der Stadt. Für das moderne Israel stand Tel Aviv, die erste von Grund auf von Juden erbaute Stadt seit Beginn der zionistischen Kolonisation Palästinas; Jerusalem verkörperte eher die Vergangenheit des jüdischen Volkes.

Dies Verständnis wandelte sich mit der Eroberung Ostjerusalems während des Sechstagekriegs 1967 grundlegend. Faktisch wurde der palästinensische Teil Jerusalems vom Ende des Krieges an als Teil des israelischen Staates aufgefaßt. Das Jerusalem-Gesetz von 1980, mit dem (ganz) Jerusalem zur "ewigen Hauptstadt Israels", die "nie wieder geteilt" werden solle, erklärt wurde, brachte nur in eine juristische Form, was längst Fakt war: die Israelisierung Ostjerusalems ("Judaization" in der englischsprachigen palästinensischen und z.T. auch der linken israelischen Presse).

Der seinerzeitige Verteidigungsminister Mosche Dajan erklärte am 9. August 1967: "Es gibt nicht mehr die Grenzen von 1948, sondern die Realität der Landkarte von 1967. [...] Nun haben wir die historische Verantwortung, die endgültigen Grenzen Israels festzulegen; so etwas passiert im Laufe von Generationen nur einmal."

Die Grundlinie des vom seinerzeitigen stellvertretenden Ministerpräsidenten Jigal Allon (Arbeitspartei) vorgelegten Plans war es, "einen möglichst großen Staat Israel mit möglichst wenig arabischer Bevölkerung" zu schaffen. (Glasneck / Timm) Teil dieses Plans war die Eingliederung Ostjerusalems in das Staatsgebiet Israels. Das Stadtgebiet Jerusalems wurde noch 1967 von vormals 38 auf 108 Quadratkilometer erweitert, der größte Teil der Erweiterungsfläche (59%) liegt auf der Westbank. Jerusalem grenzt nun im Norden an Ramallah, im Süden an Bethlehem. Der gewählte Stadtrat Ostjerusalems wurde aufgelöst, die meisten seiner Mitglieder wurden nach Jordanien ausgewiesen. In der palästinensischen Altstadt wurden umfangreiche bauliche Veränderungen vorgenommen. Die meisten Ministerien und zahlreiche weitere Institutionen wurden von Tel Aviv nach Jerusalem verlegt. Ostjerusalem erschien in offiziellen israelischen Statistiken bereits seit 1968 als Teil des Staates Israel.

Stadtplanung

Die faktische Annexion Ostjerusalems war zwar dem Ziel dienlich, einen möglichst großen Staat Israel zu schaffen, stand aber der damit verbundenen Absicht, möglichst wenig palästinensische Bevölkerung zu haben, entgegen. Eine direkte Vertreibung der palästinensischen BewohnerInnen Ostjerusalems kam nicht in Frage, und dem Erdboden gleichmachen - wie die rund 400 palästinensischen Ortschaften nach 1948 in dem Gebiet, das Israel nach dem UNO-Teilungsplan zugesprochen bzw. im Krieg erobert worden war - ließ sich dieser Teil Jerusalems auch nicht. Hier half nur noch "Stadtplanung".

Heute leben in Ostjerusalem 156.000 Palästinenser; 50.000 haben seit 1967 die Stadt verlassen. (Hinzu kommt die nicht bekannte Anzahl der Palästinenser, die von der Bevölkerungszählung 1967 nicht erfaßt worden waren oder aufgrund israelischer Bestimmungen ihren Status als Bürger Jerusalems verloren haben.) Die Anzahl der jüdisch-israelischen Bevölkerung ist im selben Zeitraum von etwa Null auf 160.000 angewachsen.

1967 wurden etwa 90 Prozent des Gebiets von Ostjerusalem von Palästinensern kontrolliert, d.h. von ihnen bewohnt, in privatem oder kommunalem Besitz. Heute haben sich die Verhältnisse genau umgekehrt, der Staat Israel kontrolliert 87 Prozent des Gebiets:

- Die Größe der palästinensischen Stadtteile wurde von der Stadtplanung reduziert. Issawiye z.B. wurde von 10 auf 0,6 Hektar verkleinert, so daß 9,3 Hektar von ihren Besitzern nicht mehr genutzt werden können.

- Gebiete, für die noch keine detaillierte Planung besteht, werden als Reservoire für den Bau weiterer Siedlungen zurückgehalten. Bleiben diese Flächen lange Zeit ungenutzt, sind sie doch palästinensischer Nutzung entzogen.

- Landenteignungen "im öffentlichen Interesse", die Erklärungen von Land zu Grünzonen entziehen Palästinensern ihren Grundbesitz.

- Baugenehmigungen werden an Palästinenser entweder gar nicht oder nur mit großer Verzögerung erteilt. 1991 z.B. erhielten 3850 Israelis eine Baugenehmigung in Ostjerusalem, Palästinenser aber nur 150.

- Palästinensische Neubauten dürfen zwei Stockwerke nicht übersteigen, während diese Beschränkung für israelische Siedlungen nicht gilt.

- "Illegal" errichtete Häuser von Palästinensern sind in großer Zahl zerstört worden. Hiermit wird nicht allein der oft lebenslang erarbeitete (einzige) Besitz vernichtet, es werden ebenfalls, da diese Häuser ganz überwiegend von großen Familien und mehreren Generationen bewohnt werden, zehn, zwanzig, dreißig Menschen auf einen Schlag obdachlos. Derzeit fehlen 20.000 Wohnungen für Palästinenser in Ostjerusalem.

- Seit 1967 wurden 68.470 Wohnungen (88% aller Wohnungen in Ostjerusalem) für israelische Siedler errichtet, die Hälfte davon nebst der gesamten Infrastruktur aus öffentlichen Mitteln finanziert. 8.890 Wohnungen wurden im selben Zeitraum von Palästinensern errichtet, und zwar hauptsächlich aus privaten Mitteln.

- Das Ergebnis dieser "Stadtplanung" ist, daß in den Wohnungen israelischer Siedler 1,1 Personen pro Raum lebt, in palästinensischen Wohnungen aber 2,2 Personenen. In 32,3% der palästinensischen Haushalte wird ein Raum von mehr als drei Personen bewohnt, was in nur 2,4% der Siedlerhaushalte der Fall ist.

- Der Lebensstandard der Palästinenser in Ostjerusalem erreicht höchstens ein Drittel des Standards in Westjerusalem. Öffentliche Einrichtungen und Infrastruktur sind in desaströsem Zustand. Die Meretz, Koalitionspartner der Arbeitspartei, hat errechnet, daß höchstens vier bis fünf Prozent der öffentlichen Ausgaben für die Teile Ostjerusalems, die sich noch in palästinensischem Besitz befinden, aufgewendet wurden; hiervon werde noch ein Viertel für die Bewachung der Altstadt aufgewendet.

Diskriminierung

B'Tselem, das "Israelische Informationszentrum für Menschenrechte in den besetzten Gebieten" veröffentlichte im Mai dieses Jahres eine Studie über Ostjerusalem unter dem Titel "Eine Politik der Diskriminierung". B'Tselem urteilt, daß die israelischen Regierungen seit der Annexion Ostjerusalems 1967 eine Politik systematischer Diskriminierung gegenüber der palästinensischen Bevölkerung durch Landenteignungen, mit dem Mittel der Stadtplanung und der Wohnungspolitik ausgeübt haben. Dokumente der Stadtverwaltung und Erklärungen von Politikern zeigten, daß die Stadtplanung primär darauf zielte, eine demographische und geographische Realität zu schaffen, die jede zukünftige Anstrengung, die israelische Souveränität über Ostjerusalem in Frage zu stellen, gegenstandslos machen würde. Die israelischen Behörden hätten einen extensiven Wohnungsbau für israelische Siedler betrieben und enorme Investitionen für die Siedlungsblöcke in Ostjerusalem getätigt, weil die palästinensische Bevölkerung als "demographische Bedrohung" für die israelische Kontrolle aufgefaßt worden sei.

B'Tselem wies darauf hin, daß nach internationalem Recht (hier: den Haager Bestimmungen) eine Besatzungsmacht das Recht anwenden müsse, das in dem fraglichen Gebiet vor der Besetzung bestand. Die Anwendung israelischen Rechts in Ostjerusalem widerspreche dieser Regel. Ebenfalls dürfe jede Maßnahme einer Besatzungsmacht nur zeitweiligen Charakter haben. Die israelische Regierung habe jedoch mit dem Mittel der Stadtplanung und durch die Ansiedlung israelischer Bürger in Ostjerusalem eine neue demographische, soziale und wirtschaftliche Situation geschaffen. (Gegenüber einer Berufung auf

internationales Recht haben sich die israelischen Regierungen allerdings stets darauf zurückgezogen, daß Ostjerusalem nicht besetztes Gebiet sondern Teil des Staates Israel sei. Daß diese Umwidmung gegen internationalen Protest vorgenommen wurde und sich nur auf ein Gesetz stützen kann, das der besetzende Staat selbst erlassen hat, hat Israel bisher ignoriert.)

Rabins nach seinem Wahlsieg 1992 verkündeter "Siedlungsstopp", der ohnehin wegen zahlreicher Ausnahmeregelungen von nur begrenzter Wirkung war, bezog sich ausdrücklich nicht auf die israelischen Bautätigkeiten in Ostjerusalem und seiner Umgebung. Vielmehr gingen seit Beginn der Friedensverhandlungen in Madrid im Spätherbst 1991 und ebenso seit dem Regierungsantritt der Arbeitspartei "diplomatische Fortschritte mit besonders massiven Enteignungsmaßnahmen für Siedlungs- und Straßenbau um Jerusalem Hand in Hand", konstatierte die SZ-Korrespondentin Anne Ponger. "Hauptziel ist es bis heute geblieben, den Süden des Westjordanlandes von seinen nördlichen Teilen abzuschneiden, arabische Wohngebiete in Enklaven zu verwandeln und den Rückgewinn arabischer Kontrolle über palästinensisch bewohnte Gebiete zu verhindern."

Ende Januar dieses Jahres beschloß die israelische Regierung den weiteren Ausbau von Siedlungen in und um Ostjerusalem. In den westlich bzw. östlich der Jerusalemer Stadtgrenzen auf dem Gebiet der Westbank gelegenen Siedlungsblöcken Givat Zeev und Maale Adumim sollen 1140 Wohnungen fertiggestellt werden. In diesem und dem nächsten Jahr sollen in Maale Adumim weitere 1080 Wohneinheiten gebaut werden. Der Verkaufsstopp für 1000 Wohnungen des Siedlungsblocks Betar, westlich von Bethlehem, wurde aufgehoben. Der Hintergrund dieses Beschlusses ist, diese Siedlungsblöcke mit West- und Ostjerusalem zu einem "Großjerusalem" (mit einer Fläche von insgesamt etwa 25% der Westbank) zusammenzuschließen, wodurch das künftige potentielle "Selbstverwaltungsgebiet" der Palästinenser weiter verringert würde.

Neben dem palästinensischen Stadtteil Shuafat wird in Ostjerusalem die Siedlung Reches Shuafat mit 2100 Wohnungen für strenggläubige (sog. ultraorthodoxe) Juden gebaut. Zur Vorbereitung des Baugeländes wurde einer der größten Pinienwälder der Stadt abgeholzt, was Israels "Kampf für die Bewaldung" ("Tag der Bäume" etc.) und die laute Klage über einen bei Jerusalem abgebrannten Wald, für dessen Wiederaufforstung jetzt in der Diaspora Spenden gesammelt werden, in ein etwas merkwürdiges Licht rückt.

Angesichts dieser sogearteten "Stadtplanung" Jerusalems stellte der palästinensische Geograph Tufakji fest: "In Jerusalem bleibt nichts mehr, worüber noch verhandelt werden könnte." Was der Jerusalemer Bürgermeister Olmert bestätigte: "Jerusalem ist eine jüdische Stadt. Vergessen wir den Begriff Kompromiß, Kompromisse haben wir in Jerusalem nicht im Sinn."

KM

Quellen (für die Artikel auf S. 21 und 22)

Div. Ausg. aus den Monaten Dez. 94 bis Sept. 95 von: Allgemeine Jüdische Wochenzeitung; Biladi - The Jerusalem Times (Ostjerusalem); Blätter des iz3w, Frankfurter Rundschau, israel & palästina (DIAK, BRD); The Jerusalem Post, int. ed.; Kommune; News from Within (AIC, Israel); The Other Israel (ICIPP, Israel); The Other Front (AIC, Israel); Palestine-Israel Journal (Israel), Der Spiegel, Süddeutsche Zeitung, Tageszeitung, Wochenzeitung (WoZ, Schweiz)

Uri Avnery: Zwei Völker - zwei Staaten. Gespräch über Israel und Palästina. Heidelberg (Palmyra) 1995.

Johannes Glasneck, Angelika Timm: Israel. Die Geschichte des Staates seit seiner Gründung. Bonn, Berlin (Bouvier) 1992.

Amos Oz: Die Hügel des Libanon. Politische Essays. Frankfurt/M. (Suhrkamp) 1995.

Political Dictionary of the State of Israel. Ed. Susan Hattis Rolef. New York, London (Macmillan) 1987.

Viktoria Waltz, Joachim Zschiesche: Die Erde habt ihr uns genommen. 100 Jahre zionistische Siedlungspolitik in Palästina. Berlin (Das Arabische Buch) 1986).

Michael Wolffsohn, Douglas Bokovoy: Israel. Geschichte, Politik, Gesellschaft, Wirtschaft (1882-1994). Opladen (Leske + Budrich) 1995, 4. erw. u. überarb. Aufl.

30. Tradition und Brüche. Über einige Entwicklungen in der Nouvelle Droite

Autor: Jean Cremet · Rubrik: Frankreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak382/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:382:04

Wenn eine Zeitschrift auf mehr als 25 Jahre des Bestehens zurückblickt, kann berechtigterweise auf eine Tradition verwiesen werden. Seit 1968 bereits erscheint die "Nouvelle Ecole", das publizistische Flaggschiff der "Neuen" Rechten nicht nur in Frankreich. Mehr als jede andere Zeitschrift hat die "Nouvelle Ecole" das Bild der "Neuen" Rechten geprägt. Zum Silberjubiläum des Blattes 1993 aber lag das Erscheinen der letzten Ausgabe bereits mehr als zwei Jahre zurück. Eine weitere wurde zwar angekündigt, doch nochmals zwei Jahre vergingen, ehe die aktuelle Nr. 47 zum Thema "Tradition", ein 160 Seiten starkes, großformatiges Heft, vorgelegt wurde.

Für die Gründe dieses langen Schweigens gibt es keine offiziellen Erklärungen von Repräsentanten der Nouvelle Droite. Es darf also spekuliert werden. Die Gründe dürften einerseits in Auseinandersetzungen in der auf dem Papier zahlenmäßig starken Redaktion und in Abwanderungen aus ihr zu suchen sein, wobei die Absetzbewegungen in mindestens zwei Richtungen gehen. Andererseits sind diese Differenzen und Brüche selbstverständlich wiederum verursacht durch ideologische Differenzierungsprozesse innerhalb der Nouvelle Droite.

Vom GRECE

zum Front National

Die eine Gruppe der Dissidenten hat die Konsequenzen aus schon lange zurückreichenden erheblichen Differenzen mit dem um Alain de Benoist gruppierten Kern des "neu"rechten GRECE (Gruppe für die Erforschung und das Studium der europäischen Kultur) gezogen. Zu ihr gehören als prominenteste Vertreter Yvan Blot und Pierre Vial, beide aus der alten Garde des GRECE.

Yvan Blot, der als Redaktionsmitglied der "Nouvelle Ecole" unter seinem Pseudonym Michel Norey auftrat, war 1969 Mitbegründer der Gruppe des GRECE am Institut für Politische Wissenschaften der Sorbonne. 1974 gehörte er zu den Mitbegründern der rechten Denkfabrik "Club de l'horloge", die zunächst dem neogaullistischen RPR nahestand. Diesem trat Blot 1976 bei und arbeitete dort bis 1989. Inzwischen hatte sich der "Club de l'horloge", ein Honoratioren- und Intellektuellenzirkel von ca. 300 Mitgliedern, zunehmend dem durch seine Erfolge interessanter werdenden Front National zugewandt. Noch 1989 wechselte Blot zur Partei Le Pens und machte dort schnell Karriere. Gegenwärtig gehört er dem Politbüro der Partei an. 1987 zog er sich offiziell aus der Redaktion der "Nouvelle Ecole" zurück.

Länger als Blot hielt es Pierre Vial im GRECE aus. Er ist heute Mitglied im Zentralkomitee des Front National und führend in dessen wissenschaftlichem Beirat. Seine Zusammenarbeit mit Alain de Benoist reicht mindestens in das Jahr 1966 zurück. Der Redaktion der "Nouvelle Ecole" gehörte er seit 1971 an. 1988 wurde er Mitglied des Front National, referierte aber noch im Juli 1989 bei der Sommeruniversität des GRECE. Der endgültige Bruch mit diesem erfolgte erst 1992/93.

Die Wanderungstendenzen vom GRECE, der noch immer stärksten und einflußreichsten "neu"rechten Gruppierung, zum Front National dürfen keineswegs als gezielte Unterwanderungsversuche mißverstanden werden, noch können sie allein aus der Zugkraft, die der Erfolg dieser Partei hat entstehen lassen, erklärt werden. Vielmehr ist die Ursache in inhaltlichen Differenzen innerhalb des GRECE zu suchen, die vor allem zwei Politikfelder betreffen.

Erstens hat sich die genannte Dissidentengruppe um Blot und Vial zunehmend hin zu wirtschaftsliberalen Positionen entwickelt. Gerade die im GRECE durchgängig vertretene Ablehnung des Gleichheitsgedankens und einer liberalen Demokratie hatte zu diesen Positionen geführt. Der Staat solle auf seinen Kernbereich reduziert werden, so die vorgetragene Position, und sich jeglicher wirtschaftlicher Eingriffe enthalten, die nur zur bürokratischen Einengung der freien Initiative des Individuums führen könne. (1) Die Vorstellungen Alain de Benoists und seiner Freunde dagegen gehen in Richtung einer organischen Wirtschaftsordnung in einer organischen Gesellschaft. Sie wettern gegen "Das Gesetz des Dschungels" (2), dem eine Befolgung der Wirtschaftskonzeptionen von Friedrich Hayek, Milton Friedman und deren Adepten zur Herrschaft verhelfen

würde. Der Wirtschaftsliberalismus führe zur Dominanz der Krämergesinnung, so die Argumentation, zum Primat der Ökonomie über die Politik. Der Staat müsse im Rahmen seines Hoheitsanspruches aber stets auch in der Lage sein, ökonomische Leitlinien zur Erfüllung seiner politischen Ziele aufzustellen und durchzusetzen. Der Wirtschaftsliberalismus wird deshalb als inakzeptabel betrachtet.

Rassismusdebatte rechts - GRECE gegen Front National

Die zweite wesentliche Auseinandersetzung zwischen dem Rest-GRECE und der zum Front National abgewanderten Dissidentengruppe betrifft die Frage des Rassismus. Spätestens zu Beginn der 80er Jahre hatte der GRECE den bis dahin vertretenen biologischen Rassismus durch dessen kulturelle Variante ersetzt. Dieser wurde im Laufe der Jahre zu einem Kulturrelativismus verfeinert. Die Unterschiede zur Position des Front National verschärften sich zusehends, schließlich bekämpfte der GRECE offen die gegen die ImmigrantInnen gerichtete Agitation des Front National. Der Kampf für die eigene Identität, so Benoist, bedinge stets auch den Kampf für die Identität der anderen.

In einem Interview in der populärwissenschaftlichen Zeitschrift "Les Dossiers de l'histoire" griff er den FN scharf an: "Die Thesen des Front National bewirken bei mir persönlich Übelkeit ... Zu behaupten, daß der Kern der Probleme, mit denen sich unsere Gesellschaft heute konfrontiert sieht, als Ursache die Anwesenheit von Immigranten auf unserem Boden hat, ist einfach grotesk. Wenn es nicht einen einzigen Immigranten in Frankreich gäbe, würden wir vor genau den gleichen Problemen stehen. Die Begrenzung der Immigration muß eine gleichzeitige grundsätzliche Kritik der kapitalistischen Logik bedingen und die Hilfe für die Länder der Dritten Welt zum Bruch mit den Vorspiegelungen einer ‚Entwicklung` führen, wie sie die Weltbank oder der Internationale Währungsfond verstehen. Dies beinhaltet vor allem die Erkenntnis, daß die ersten Opfer der Immigration die Immigranten sind ... Aber an dieser Kritik des Nationalstaates mangelt es unserer gesamten politischen Klasse, deren Produkt selbstverständlich auch Le Pen ist." (3) Bruch mit der kapitalistischen Logik, Kritik des Nationalstaates - das sind wahrlich keine Positionen, die jemand mittragen könnte, der seine politische Heimat im Front National sieht. (4)

Spaltpunkt Revisionismus

Weitere Fraktionierungen in der Redaktion der "Nouvelle Ecole" ergaben sich aus Unterschieden in der Frage des Negationismus, der Leugnung der planmäßigen Vernichtung der europäischen Juden zur Zeit des historischen Faschismus. In "Le Lien", dem internen Mitteilungsblatt des GRECE, betonte im Sommer 1990 Georges Charbonneau, daß die Nouvelle Droite niemals negationistisch gewesen sei: "In der aktuellen Polemik über die Gaskammern ist es angebracht, nachdrücklich zu bestätigen, daß der GRECE die Negationisten nicht unterstützt." (5) Die Antwort von Jean-Claude Valla, ehemaliger Generalsekretär des GRECE und ehemaliger Redakteur der "Nouvelle Ecole", der sich inzwischen ebenfalls vom GRECE getrennt hatte, ließ nicht lange auf sich warten. Im negationistischen Hausblatt "Revue d'histoire révisionniste" erklärte er, daß er persönlich seit langem sicher sei, daß die Revisionisten recht hätten. (6)

Der Hinweis von Georges Charbonneau, daß der GRECE die Negationisten nicht unterstütze, war auch deshalb notwendig geworden, da der Wirtschaftswissenschaftler Bernard Notin, der seit der Nr. 45 (Winter 1988/89) der Redaktion der "Nouvelle Ecole" angehörte, im August 1989 einen in Passagen negationistischen und antisemitischen Artikel veröffentlicht hatte. Das führte im Juli 1990 zum vorläufigen Entzug seiner Lehrbefugnis und zu einer Geldstrafe von 20.000 FF in einem Prozeß, den die antirassistische Organisation MRAP gegen ihn angestrengt hatte. In der damit verbundenen Pressekampagne kam natürlich auch zur Sprache, daß Notin nicht nur zum Wissenschaftlichen Beirat des Front National gehört, sondern auch für die Qualifizierung der Mitglieder und Sympathisanten des GRECE, so mit einem Referat über Wirtschaftsfragen bei der Sommeruni 1989 der Gruppe, sorgte. Dem Image des Blattes war dies wenig förderlich.

In Zusammenhang mit den Bereichen Rassismus und Negationismus erwies sich zunehmend das Patronatskomitee der Zeitschrift als problematisch. Dabei war dieses 1970 eigentlich ins Leben gerufen worden, um die vorgebliche wissenschaftliche Seriosität der Zeitschrift zu unterstreichen. Doch diesem Bemühen konnte inzwischen jemand wie der britische Pseudo-Historiker David Irving nur noch schaden, seitdem er sich endgültig in eine gemeinsame Kampffront mit den Negationisten Zündel, Faurisson und Co. begeben hatte. Repräsentanten der "rassistischen Internationale" (Michael Billig) wie der US-Amerikaner Roger Pearson (7), der in Südafrika tätige Gehirnforscher F. J. Los, der britische Genetiker Cyril D. Darlington

und mit diesen kooperierende Personen (8) waren einem Alain de Benoist jetzt peinlich, der gerade mit seinem persönlichen Zeitschriftenprojekt "Krisis" nicht ohne Erfolg versuchte, als Diskussionspartner von führenden Vertretern der Postmoderne (9), der undogmatischen Linken (10) oder antirassistischen Wissenschaftlern wie Pierre-André Taguieff (11) akzeptiert zu werden.

Anlaß eines weiteren Bruchs in der Redaktion der "Nouvelle Ecole" und im GRECE war paradoxerweise ein Erfolg. Am 12. Mai 1992 war es Alain de Benoist gelungen, durch Francette Lazard, Mitglied der Führung der Kommunistischen Partei, zu einer Veranstaltung des "Institut de recherche marxiste" eingeladen zu werden und dort zu sprechen. Artikel von Kommunisten in linken Presseorganen folgten, die aus der durch die anhaltende Krise des PCF resultierenden ideologischen Verunsicherung heraus ein Bündnis zwischen der Linken außerhalb der sozialistischen Partei und der extremen Rechten außerhalb des FN gegen das System forderten. (12) Der Nationalbolschewismus erlebte zumindest in den Medien eine kleine Renaissance. In dieser Debatte versuchte Benoist, sich und seine Denkschule weiter zu profilieren.

Renaissance des Nationalbolschewismus ...

Der Rückgriff auf den Nationalbolschewismus wäre keineswegs ein Grund für seine Mitstreiter gewesen, sich von dem "Guru mit der Mentholzigarette" (Robert Steuckers) abzusetzen. Im Gegenteil. Einigen von ihnen ging dieses Geplänkel nicht weit genug. In der Auflösung der UdSSR und der folgenden Entwicklung in Rußland sahen sie die Möglichkeit einer ideologischen und politischen Wiederbelebung der alten nationalbolschewistischen Option.

Die Positionen der russischen KP unter Gennadij Sjuganow oder anderer sich kommunistisch nennender Gruppen wie "Arbeitendes Rußland" von Viktor Anpilow (13) und die Herausbildung einer russischen Entsprechung der Nouvelle Droite um den Schriftsteller Alexander Prochanow (14), die in der "Nationalen Rettungsfront" in Rußland mit vergleichbaren Kräften und offenen Neofaschisten zusammenarbeiteten, schienen gute Ansätze zur Realisierung dieser Option zu bieten.

Zum intellektuellen Mittler zwischen Rußland und Frankreich avancierte zunächst der Schriftsteller Eduard Limonow, der nach langjährigem französischen Exil nach Rußland zurückkehrte und dort am 1. Mai 1993 zum Mitbegründer und Führer der "Nationalbol- schewisti- schen Front", einem Zusammenschluß mehrerer kleiner Gruppen, wurde.

Der intellektuelle Kopf dieser Gruppe allerdings ist Limonows Freund Alexander Dugin, ein ehemaliges Mitglied des "Pamjat" (15). Von dessen Radau-Antisemitismus allerdings will Dugin heute nichts mehr wissen. Er will als Theoretiker ernstgenommen werden. Dazu soll zunächst seine Tätigkeit als Übersetzer der Werke von Julius Evola dienen. Dem gleichen Zweck dienen die beiden von ihm herausgegebenen Zeitschriften "Milii Angel" ("Guter Engel") mit esoterischem Schwerpunkt und die russische Version der "Eléments" mit dem Untertitel "Eurasische Rundschau", die mit einer angegebenen Auflage von 50.000 Exemplaren pro Ausgabe erscheint. Für beide Blätter kann er als Mitarbeiter und Unterstützer das Beste aufführen, was der russische Neofaschismus und seine europäischen "neu"rechten Verbündeten zu bieten haben (16).

Die publizistischen und politischen Aktivitäten Dugins verliefen parallel mit der Erhöhung seines Bekanntheitsgrades in Westeuropa. Bereits im März 1990 hatte er ein erstes Zusammentreffen mit Steuckers und Alain de Benoist in Moskau arrangiert. Dies war der erste Besuch einer Reihe von Delegationen "neu"rechter und nationalrevolutionärer Gruppen in der russischen Hauptstadt. Bei einer Gegeneinladung nach Paris durfte Dugin am 24. März 1991 beim nationalen Kolloquium des GRECE sprechen (17). Seitdem fungierte er auch als Korrespondent der "Eléments" in Moskau (18). Ende 1991 schließlich gelang ihm der Durchbruch in den Kommunikationsbereich zwischen Wissenschaft und "Neuer" Rechter. Er wurde als Referent zum jährlichen Kolloquium der wissenschaftlichen Vereinigung "Politica Hermetica" eingeladen. Bald nach dem Beitrag von Alain de Benoist über die "Psychologie der Verschwörungstheorien" durfte er vor erlauchtem Publikum sprechen (19). Auch bei "Politica Hermetica" wurde er danach als russischer Korrespondent geführt.

Ein scheinbar unaufhaltsamer Aufstieg bis zum unerwarteten und bis heute ungeklärten Bruch mit Alain de Benoist im Sommer 1993. Dieser entzog sogar den russischen "Elementy" die Huld, kündigte seine Mitarbeit darin auf und verlautbarte, eigentlich habe er schon immer von dieser Namensgebung abgeraten.

... und nationalbolschewistischer Bruch

Eine wahrscheinliche Ursache des Bruchs mit Dugin ergibt sich aus dem zeitgleichen Zerwürfnis zwischen Benoist und dem Belgier Robert Steuckers. Die ehemaligen Weggefährten von Benoist arbeiten jetzt im Gegenzug eng zusammen (20). Steuckers war nach dem Ausscheiden des langjährigen zweiten Mannes im GRECE, Guillaume Faye, aus dieser Gruppe Ende 1986 (21) neben dem jugendlichen Charles Champetier, dem aktuellen Chefredakteur der "Eléments", der wichtigste Mitarbeiter von Benoist gewesen.

Steuckers, in Belgien Herausgeber der Zeitschriften "Vouloir" und "Orientations", hat wie Faye deutliche nationalrevolutionäre Tendenzen. Seine erste politische Schulung erhielt er durch Anhänger des großen alten Mannes des Nationalbolschewismus Jean Thiriart (22). Besonders nach dem Zusammenbruch der UdSSR bezog er sich zunehmend auf Thiriarts geopolitische Konzeptionen eines Kontinentalblocks Eurasien gemäß den Vorarbeiten des deutschen Geopolitikers Prof. Karl Haushofer (23). Auch hierin herrscht völlige Übereinstimmung mit den Vorstellungen von Alexander Dugin. Benoist dagegen sieht Rußland, ähnlich den dortigen Panslawisten, in eigenen Traditionen, die mit denen Westeuropas nicht ohne weiteres kompatibel sind, auch wenn der gemeinsame Hauptfeind USA eine Kooperation nahelege. Zu zwielichtig mochte ihm wohl auch das Bündnis "Nationale Rettungsfront" erscheinen, deren integraler - und wichtiger - Bestandteil die russische "Neue" Rechte war.

Der Krach zwischen Steuckers und Dugin auf der einen Seite und Benoist mit seinem Zögling Charles Champetier auf der anderen brachte eine kleine Lawine ins Rollen. So schlug u.a. auch Arnaud Hautbois, der Verantwortliche für Öffentlichkeitsarbeit des GRECE, die Tür hinter sich zu (24). Die Riege der Dissidenten, die innerhalb des heterogenen Komplexes GRECE schon immer für dessen nationalrevolutionären Flügel gestanden hatte, orientierte sich jetzt gleich in zwei Richtungen neu.

Ein neues

nationalrevolutionäres Netzwerk und sein "neu"rechter Bruder

Einerseits begann eine enge Zusammenarbeit mit dem europaweiten nationalrevolutionären Netzwerk "Europäische Befreiungsfront", das zu Beginn der neunziger Jahre durch die französische "Nouvelle Résistance" (25) ins Leben gerufen worden war. Dugins eigene Formation, die "Nationalbolschewistische Front", ist Teil dieses Bündnisses. Weitere Mitgliedsgruppen bestehen in Spanien, Italien, Portugal, der Schweiz, Litauen, Polen, Großbritannien (dort das Spaltprodukt "Third Way" der nationalrevolutionären Fraktion der "National Front") und Nordirland. Ein Erfolg war die erstmalige Einbeziehung osteuropäischer Gruppen in ein europaweites neofaschistisches Bündnis.

In Deutschland besteht noch kein Ableger dieses Bündnisses. Es wurden bisher lediglich einige Gespräche mit der "Sozialrevolutionären Arbeiterfront" aus der Konkursmasse der verbotenen "Nationalistischen Front" und Vertretern der "Jungen Nationaldemokraten" geführt, die aber noch zu keinen greifbaren Ergebnissen geführt haben. (26)

Andererseits rief Steuckers mit seinen Getreuen eine weitere "neu"rechte Bündnisorganisation namens "Synergies Européennes" ins Leben, die den Ersatz des Staatsnationalismus durch die Europaorientierung nicht nur ideologisch vertritt, sondern von Beginn an, im Gegensatz zum GRECE (27), auch europaweit getragen wurde. (28) Präsident der neuen Organisation ist Gilbert Sincyr, auch er ein ehemaliges Mitglied des GRECE, der 1978 für den Front National zu den Parlamentswahlen im Departement Haute-Garonne kandidiert hatte. (29)

Umgehend wurde mit den "Nouvelles Synergies Européennes" ein eigenes Organ geschaffen, das als Beiheft der "Vouloir" von Robert Steuckers erscheint. Die Dissidentengruppe um den Belgier wird so zur ernsthaften Konkurrenz für den eitlen Benoist, der bisher der unbestrittene Führer aller derjenigen Strömungen gewesen war, die sich selbst unter dem Etikett "Neue" Rechte einordnen.

Aber schon vor der Trennung waren die Schwierigkeiten für Benoist unübersehbar geworden. Die "Eléments" erscheinen weiterhin unregelmäßig und sind von der beabsichtigten vierteljährlichen Herausgabe weit entfernt. Der Autorenstamm ist immer weiter zusammengeschmolzen. Es kann davon ausgegangen werden, daß Alain de Benoist unter seinen zahlreichen Pseudonymen jeweils ca. die Hälfte des Heftumfanges selbst schreibt. Die Blätter von Steuckers dagegen haben einen großen, noch immer wachsenden Stamm prominenter Autoren mit

einem starken internationalen Anteil. Die "Eléments" dagegen sind zu einer fast rein französischen Angelegenheit geworden.

Die Sommeruniversitäten der Neugründung "Synergies Européennes" können nach nur kurzem Bestehen als Referenten bekannte Personen aufbieten, die auch von außerhalb des Kerns der "Neuen" Rechten gewonnen werden konnten. (30) Schnell kann so die Gruppierung um Robert Steuckers auf Positionsvorteile gegenüber der Fraktion um Alain de Benoist verweisen, für die eigentlich nur noch der wesentlich größere Bekanntheitsgrad ihres Meisters spricht.

Der Gegenangriff des Meisters

Für diesen war es also höchste Zeit, zu einem strategischen Gegenangriff anzutreten. In dieser Situation erwies es sich als nützlich, daß die Einstellung der "Nouvelle Ecole" nicht offiziell verkündet worden war - womit wir wieder bei der vorliegenden Ausgabe "Tradition" wären.

Eigentlich kann das Ergebnis nach so langer Vorbereitungszeit nur als mager bezeichnet werden. Die Beiträge sind zu einem erheblichen Teil Übersetzungen oder Überarbeitungen bereits erschienener Aufsätze. (31) Wozu also dann die Mühe eines Wiederbelebungsversuches der "Nouvelle Ecole"? Es sind nicht die einzelnen Beiträge, die das Heft für Benoist und sein Umfeld wichtig werden lassen, sondern es ist die Tatsache, daß überhaupt eine Ausgabe zum Thema "Tradition" erscheint. Damit wird deutlich nach außen signalisiert, daß die Repräsentanten des integralen Traditionalismus nunmehr quasi offiziell zu den Referenzautoren der Nouvelle Droite gehören. Julius Evola, René Guénon, Ananda K. Coomaraswamy, Frithjof Schuon und Leopold Ziegler als die traditionalen Hauptautoren zählen nunmehr zum geistigen Erbe des GRECE. Die vorliegende Nummer stellt damit den vorläufigen greifbaren Endpunkt einer ideologischen Entwicklung dar. (32) Nachdrücklich soll auf Versuch einer Konvergenz zwischen Nouvelle Droite und integralem Traditionalismus hingewiesen werden.

Tradition und Wurzeln

In Deutschland herrscht noch immer das Vorurteil, die Ideologie der Nouvelle Droite sei eine Mixtur aus einem Rückgriff auf die Ideen der Konservativen Revolution in der Weimarer Republik, spezifisch französischen Traditionen des (Neo-)Faschismus sowie dem Neuheidentum und einem modernisierten Rassismus. Träfe diese Annahme zu, dann könnte die "Neue" Rechte tatsächlich mit gewissen Einschränkungen als "Scharnier zwischen Neokonservatismus und Rechtsextremismus" (Wolfgang Gessenharter) bezeichnet werden. Womit aber lediglich etwas über die Funktion dieser Denkströmung ausgesagt ist, nicht jedoch über ihre Ideologie. Schließlich ist es kaum vorstellbar, daß sich die "Neue" Rechte quasi im luftleeren Raum, in einem Bereich zwischen den genannten Ideologien befindet. Diese verbreitete Vorstellung entlastet die Nouvelle Droite und vergleichbare europäische Denkschulen vom Vorwurf des Neofaschismus und vernachlässigt dabei den Fakt, daß die ideologischen Wurzeln der "Neuen" Rechten wesentlich verzweigter sind, als es uns das Modell Gessenharters und seiner Anhänger (33) suggerieren will.

Lassen wir den Meister der "Neuen Schule" selbst zu Wort kommen. In einem Interview in der "Revue du MAUSS" (Nr.13, 1991, S.129) erklärt Benoist zu seinen geistigen Wurzeln: "Rousseau, die Commune, der französische Sozialismus (besonders Sorel und Pierre Leroux), die Nonkonformisten der dreißiger Jahre, die Konservative Revolution in Deutschland, der revolutionäre italienische Syndikalismus und der Situationismus. Greifen Sie sich heraus, was Sie wollen." (34)

Greifen Sie sich heraus, was Sie wollen! Damit legt Benoist selbst den Gedanken nahe, bei seiner Aufzählung handele es sich um eine Aneinanderreihung von unterschiedlichen, ja sogar gegensätzlichen Strömungen. Doch diesen Elementen eines Traditionskabinetts ist bei aller Unterschiedlichkeit eines gemeinsam - nämlich ihre Kritik bzw. Ablehnung der Philosophie der Aufklärung, des Rationalismus und des Materialismus.

Muß der Philosoph der Aufklärung, Rousseau, der einen Naturzustand postulierte, in dem die Menschen frei und gleich waren, noch gefälscht werden (35), um anti-egalitär "neu"rechts genutzt werden zu können, so fällt der Zugriff auf Georges Sorel und den sogenannten "französischen Sozialismus" der letzten Dekade des vorigen Jahrhunderts schon wesentlich leichter. Schließlich hatte Sorel hervorragende Arbeit dabei geleistet, den Marxismus seiner Inhalte zu entkleiden und nur noch die Methode, den Klassenkampf, als wesentliches Element seines Sozialismus zu nutzen. Nicht wissenschaftliche Analyse sollte der Leitfaden für die

Arbeiterbewegung auf ihrem Weg zum Sozialismus sein, sondern der Bezug auf Mythen, die zum heroischen Kampf motivieren. (36)

Mit den von Benoist als Inspirationsquelle benannten "Nonkonformisten der dreißiger Jahre" sind diejenigen Politiker, Intellektuellen und Schriftsteller im Frankreich der Zwischenkriegszeit gemeint, die sich in dieser Zeit von der Linken hin zur extremen Rechten entwickelt hatten und so die Hauptträger faschistischer Ideologie in Frankreich wurden. Gemeint sind sowohl sozialistische Parteiführer wie Marcel Déat oder der Belgier Henri De Man als auch ehemalige Kommunisten wie der Nachwuchsstar des PCF, Jacques Doriot, der nach seiner Trennung vom PCF mit dem Parti Populaire Français eine nationalbolschewistische Partei mit Massenanhang ins Leben rief. (37) Sie alle endeten als Kollaborateure der Nazi-Besatzer.

Theoretische Hauptleistung der Bezugsgruppe "revolutionärer italienischer Syndikalismus" dürfte wohl die Ersetzung des revolutionären Subjekts Proletariat durch die Nation sein. Politisches Ergebnis dieses Transformationsprozesses war die Herausbildung der faschistischen Partei Italiens als gemeinsames Werk des "revolutionären italienischen Syndikalismus", des Futurismus und des antidemokratischen Nationalismus. Relativ neu ist der Bezug Benoists auf den Situationismus (38), der ebenfalls die Verbindung von künstlerischer Avantgarde und anti-rationaler Politik versuchte.

Es ist schon eine Ironie des Schicksals: In einem linken Blatt, das Benoist nutzen will, um sich vom Vorwurf der Zugehörigkeit zur extremen Rechten zu entlasten, erbringt er selbst den Nachweis für ideologische Wurzeln, die sich weitgehend mit denen des historischen Faschismus decken.

Integraler Traditionalismus - Kurzer Lehrgang

Ablehnung der Philosophie der Aufklärung, des Rationalismus und des Materialismus sind Ideologema, die die Hauptautoren des integralen Traditionalismus, einer philosophischen Schule, die in Deutschland bisher kaum Beachtung gefunden hat, mit der Nouvelle Droite teilen.

Julius Evola und seine geistigen Freunde gehen davon aus, daß sich die Welt seit einem Goldenen Zeitalter in der Vorzeit in einem durch mehrere Zyklen laufenden, sich ständig beschleunigenden Prozeß der Dekadenz befindet. (39) Dieser Prozeß habe zur gegenwärtigen letzten Phase des Zyklus, dem "Kali-Yuga", geführt, die den endgültigen Zusammenbruch vor einem Neubeginn des Zyklus bringt. Die Apokalypse ist notwendig, um den Neubeginn des Zyklus zu ermöglichen. Alles muß noch schlechter werden, um besser werden zu können. Alles, was den Untergang beschleunigt, treibt auch den Wiederaufstieg voran. Daß diese Endzeiterwartung (dem indischen kali-yuga entspricht das germanische Ragnarök) als theoretische Legitimation für die Terroraktionen der italienischen Nationalrevolutionäre während der Jahre der Strategie der Spannung (ab 1969) benutzt wurde, erstaunt nicht.

Denn Evola zeigt als Weg aus dem individuellen Untergang durch Vermassung nur zwei Verhaltensweisen als möglich auf: die des Kriegers ("kshatriya"), der trotz des Wissens um seine notwendige letztliche Niederlage bis zum Ende kämpft; und die des spirituellen Weisen ("brahmane"), der sich den Niederungen dieser Welt vollständig entzieht und den Pfad des Nicht-Handelns beschreitet. In seiner geistigen Autobiographie unterstreicht er: "Im sozialen und politischen Bereich existiert nichts mehr, was wahrhaftig eine totale Ergebenheit oder ein grundsätzliches Engagement verdient. Die apoliteia muß für den von der Allgemeinheit unterschiedlichen Menschen die Regel sein. Der Gegensatz zwischen Ost und West ist ohne Bedeutung: Sie sind zwei Aspekte des gleichen Übels." (40)

Die Wortwahl, die der Religion der Hindus entnommen ist, deutet bereits an, daß die fernöstlichen Religionen in der Ideologie des integralen Traditionalismus eine wichtige Rolle spielen. Noch wichtiger als der Hinduismus oder der islamische Sufismus ist dabei der Buddhismus. Evolas Schüler Adriano Romualdi, wie zahlreiche seiner italienischen Anhänger ein ehemaliges Mitglied des rechtsterroristischen "Ordine Nuovo", schreibt: "Der Buddhismus ist die arische Doktrin par excellence; es handelt sich um den Glauben einer überlegenen Rasse, die den strafenden Gott ignoriert, die Sünde und die ‚Erlösung`, die den Demütigen und dem gemeinen Volk angeboten wird." (41)

Während hier Romualdi einen scharfen Gegensatz zwischen fernöstlicher Religiosität und dem Christentum konstruiert, zeigt dagegen der integrale Traditionalist Frithjof Schuon mögliche Verbindungslinien zu einem fundamentalistischen, nicht säkularisierten Christentum auf: "Das Ende des Kali-Yuga - in diesem Zeitalter

leben wir - entspricht der Herrschaft des Antichrist; von einem ‚Fortschritt` der ‚Zivilisation` kann also weder im Hinduismus noch im Christentum - und ebensowenig in jeder anderen Offenbarungslehre - die Rede sein." (42)

Die christlichen Ritterorden des Mittelalters waren für Evola eine der letzten Ausformungen des Widerstandes gegen den Prozeß der Dekadenz gewesen. Männerbündisch, kriegerisch, übernational organisiert und religiös determiniert waren diese Orden für Evola das Idealbild einer quasi-politischen Organisation. Seine Hoffnungen, daß die SS eine moderne Ausformung dieser Orden sein könnte, sah er bald enttäuscht. (43) Genährt worden waren diese Hoffnungen ursprünglich u.a. durch die Kirchenaustrittskampagne der Nazis, die besonders in der SS Widerhall gefunden hatte.

Der integrale Traditionalismus sieht die Welt in einem letzten Entscheidungskampf zwischen den Kräften der Dekadenz und der Zerstörung auf der einen Seite und den wenigen Bewahrern der Tradition und den Behütern des wahren Wissens und der geistigen Traditionen auf der anderen. Die Niederlage der letzteren ist für die Traditionalisten Gewißheit. Geführt werden muß dieser Kampf gerade angesichts der Unausweichlichkeit der Niederlage. Nur so können die Traditionen in den neuen Zyklus von Werden und Vergehen hinübergerettet werden.

Das durch die Traditionalisten geforderte Primat des spirituellen Elements gegenüber dem Weltlichen ist kompatibel mit den Vorstellungen der Nouvelle Droite. (44) Auch bei ihr stehen religiöse Überlegungen, besonders die Ablehnung des Christentums, am Ausgangspunkt der strategischen Überlegungen zur Ideologie. Traditionalisten wie Nouvelle Droite kritisieren das Christentum wegen der Doktrin der Gleichheit der Menschen vor Gott als "Bolschewismus der Antike". Während die Nouvelle Droite allerdings zunächst ausschließlich auf die indoeuropäischen Religionen der Frühgeschichte zurückgriff, wies der integrale Traditionalismus in seinem Denken stets über den europäischen Rahmen hinaus und benutzte - auch für seine politischen Modelle (45) - besonders fernöstliche Quellen und Konzepte.

Konterrevolution als Programm

Wie alle faschistischen Bewegungen hatte die Nouvelle Droite ihre Kritik an den politischen Zuständen der Moderne aus einer Verurteilung der Ideale der Französischen Revolution "Freiheit, Gleichheit, Solidarität" abgeleitet. Im Unterschied zu den faschistischen Bewegungen sah sie aber im Bezug auf die Massen trotz des durch den Faschismus proklamierten Führergedankens bereits ein Element der Demokratie. Ein Führer, der sich der Zustimmung der Massen versichern muß, verliere die Fähigkeit des souveränen Handelns. Schon die Wahl des Königs durch den Adel stelle eine Abkehr vom Führertum und dem Gedanken einer aristokratischen Elite dar.

Einen weiteren Schritt auf dem Weg der Dekadenz bedeute die heutige Herrschaft der Bourgeoisie, die das Primat der Politik, das in der Feudalgesellschaft noch teilweise bestanden hat, durch das Primat der Ökonomie ersetzt. Die Konservativen haben den Konservatismus verraten, behauptet Evola: "Im übrigen muß man sehr wohl anerkennen, daß heute tatsächlich eine Situation besteht, die der Polemik der linken Kräfte die Anklage erlaubt, daß die Konservativen nicht Verteidiger von Ideen, sondern von Interessen einer bestimmten Wirtschaftsklasse seien, nämlich der mehr oder weniger politisch organisierten kapitalistischen Gruppierungen, die zu ihrem eigenen Vorteil verewigen wollen, was bloß als ein Regime von Vorrechten und sozialen Ungerechtigkeiten gilt." (46) Dieser "Antikapitalismus" Evolas weist offenkundig eine starke Verwandtschaft mit dem Etatismus des von der Nouvelle Droite vergötterten Carl Schmitt und der Kritik des Wirtschaftsliberalismus durch Alain de Benoist auf.

Als positives Gegenbild zur bürgerlichen Moderne erscheint das Modell eines "organischen" Staates mit gegenseitigen Abhängigkeiten und Verpflichtungen, mit einem festen Platz in der Gesellschaft für jeden und der Aufgabe aller, gemeinsam für das Wohl des Staates zu arbeiten. Die persönlichen Interessen sind dem Allgemeininteresse untergeordnet. Die Feudalgesellschaft ist ein historisches Muster für diese Konzeption. Die solidaristischen und korporatistischen Ausformungen des Faschismus überschneiden sich ebenfalls mit diesem Denken.

Viele Völker, ein Reich,

ein Benoist

Bekanntermaßen ist die Entstehung der "Neuen" Rechten ein ideologisches Folgeprodukt des Entkolonialisierungsprozesses, dessen Höhepunkt für Frankreich der algerische Befreiungskampf gewesen ist. Dieser Prozeß hatte verdeutlicht, daß die europäischen Staaten nicht mehr im Alleingang in der Lage sind, eine Weltmachtrolle einzunehmen. Folgerichtig entwickelten die Vorläufergruppen des GRECE, "Europe-Action" und "Fédération des étudiants nationalistes", eine Europakonzeption, die den bisherigen Staatsnationalismus durch den Bezug auf den Subkontinent ersetzte. Parallele Modernisierungsversuche des Neofaschismus aus den gleichen Gründen erfolgten z.B. in Belgien durch Jean Thiriart mit seiner internationalen Gruppierung "Jeune Europe" und in Großbritannien durch Oswald Mosley, der einen europäischen Bundesstaat mit Zentralregierung forderte.

Der GRECE arbeitete zu dieser zunächst aus rein pragmatischen Gründen gewählten Europaoption später lediglich noch die ideologische Begründung aus. Die Europaideologie wurde in den folgenden Jahren immer weiter verfeinert. Der ursprüngliche biologische Rassismus beschwor zunächst mit seiner Berufung auf die Indoeuropäer ein gemeinsames genetisches Erbe. In einem zweiten Schritt wurde dieses Erbe kulturell definiert, da eben diese Indoeuropäer gemeinsame Sitten, Gebräuche und religiöse Vorstellungen gehabt hätten, die sie deutlich von anderen Kulturkreisen unterschieden. Der Vor- und Frühgeschichtsforschung wird in dieser Phase des GRECE besonderer Raum gegeben. Doch auch die Absage an die Blocklogik, die Wendung zum Antiamerikanismus und die Suche nach einem Bündnis mit der "Dritten Welt" im nächsten Schritt unterschied die Nouvelle Droite noch nicht deutlich von anderen minoritären Strömungen des europäischen Neofaschismus. So hatte ein Otto Strasser bereits in den fünfziger Jahren für ein europäisch-afrikanisches oder europäisch-arabisches Projekt plädiert, ein Wolf Schenke die europäische Zusammenarbeit mit China propagiert.

Die tatsächliche Neuerung erfolgte im nächsten Abschnitt der ideologischen Entwicklung des GRECE, der den Europanationalismus durch das Reichskonzept ersetzte, das auch die Möglichkeit föderalistischer Strukturen beinhaltet. Der Vorteil der zentralen Führung wird ergänzt durch die verbesserten Identifikationsmöglichkeiten, da die Region den Menschen unmittelbarer ist als die Nation. Diese ist, so die richtige Einschätzung der Nouvelle Droite, zu klein, um die aktuellen Probleme lösen zu können, und zu groß, um noch als identitätsstiftender Faktor optimal dienen zu können. Die größere Ferne und Unverbindlichkeit des Reiches wird ausgeglichen durch die Nähe der Region bzw. deren völkischer Variante, dem Volksstamm.

Die Nouvelle Droite weiß, daß der Nationalstaat geradezu zu Ausschlüssen zwingt, die völkisch begründet sein können, es aber nicht müssen. So richten sich diese Ausschlüsse bei den seit Jahresbeginn auch offiziell an der rumänischen Regierung beteiligten neofaschistischen "kleinen Draculas der Karpaten" (Benoist) sowohl gegen ethnische Minderheiten (Roma, Ungarn, Deutsche) als auch gegen die religiösen Minoritäten (Juden, nicht zur rumänischen Orthodoxie zählende Christen). Dem Reich dagegen sind solche Differenzierungen einerlei. Es wird zusammengehalten nicht durch gemeinsame Volkszugehörigkeit oder Religion, obwohl letztere nützen kann, sondern durch die einheitliche Herrschaft und die diese tragende Idee. Verschiedene Reiche wiederum können problemlos nebeneinander existieren, da sie über eine jeweils besondere Identität verfügen. (47) Die Europaorientierung der Nouvelle Droite erweitert sich so im bisher letzten Schritt allmählich zu einem anti-egalitären Universalismus.

Großraum versus Nation

Natürlich ist auch die Aktualisierung des Reichskonzeptes keine originäre ideologische Schöpfung der "Neuen" Rechten, die eben nur dem eigenen Anspruch nach neu ist. Sie kann dabei zurückgreifen auf die Großraumtheorie Carl Schmitts (48), dessen Etatismus und Katholizismus in natürlichem Widerspruch zum völkischen Staatsdenken der Nazis stand, auf die Vorarbeiten des ebenfalls katholisch geprägten konservativen Revolutionärs Edgar Julius Jung (49) und - wiederum - auf Julius Evola, der seit seinen frühen politischen Aufsätzen zu Beginn der dreißiger Jahre in immer neuen Varianten unter vielfältigen Gesichtspunkten den Nationalismus kritisiert hatte.

Blut und Boden, diese Kultbegriffe der Nazis, sind für Evola nichts weiter als Ausdruck des abzulehnenden Materialismus. Die Definition einer Person über ihre Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe und nicht über die Werte, die ihr innewohnen und die sie verkörpert, steht im krassen Gegensatz zu seiner Forderung nach einer unterscheidbaren Persönlichkeit. Für Evola ist die Nation bestenfalls ein untergeordneter Wert, nicht jedoch der Zentralwert an sich, der an der Spitze der Werteskala steht. So wie Evola hier Elemente der

"neu"rechten Kritik der Nation vorwegnimmt, so finden sich bei ihm ebenfalls bereits weitere Elemente "neu"rechter Ideologie, die ebenfalls durch den Gegensatz Persönlichkeit/Elite zur formlosen Masse bestimmt sind. Die Gleichsetzung von USA und UdSSR als lediglich verschieden gestaltete Ausprägungen des Kollektivismus findet sich z.B. bereits im Schlußkapitel seiner 1934 veröffentlichten "Revolte gegen die moderne Welt".

Rassen"theorie" und Religion

Die o.a. Beispiele zum Verhältnis von Benoist zum FN werden verdeutlicht haben, daß die Abwehr des Rassismusvorwurf momentan einen wichtigen Teil der Strategie des GRECE darstellt. Dazu ist der integrale Traditionalismus allerdings nur sehr bedingt geeignet, denn besonders Evola - deshalb auch der entsprechende Aufsatz in der aktuellen Ausgabe der "Nouvelle Ecole" - hatte vehement rassistische und dezidiert antisemitische Positionen vertreten. So übersetzte und kommentierte er die berüchtigte antisemitische Fälschung "Protokolle der Weisen von Zion".

Evolas Buch "Sintesi di dottrina della razza" erhielt für die deutsche Übersetzung (Leipzig: Runge 1942) quasi offizielle Weihen, da Mussolini gestattete, ihr den Titel "Grundrisse der faschistischen Rassenlehre" zu geben. Durch Evolas Arbeit glaubte der Duce, der NS-Rassenlehre ein eigenständiges italienisches Werk entgegensetzen zu können.

Hier schlägt nun die Stunde der Anhänger Evolas. Sie bestreiten dessen Rassismus gar nicht. Sie arbeiten vielmehr die vielfältigen Widersprüche Evolas zur NS-Rassendoktrin heraus. In der Tat war für ihn der biologische Determinismus der Nazis eine Ausgeburt eines vulgären Materialismus. In diesen Kreisen ist das wohl der schlimmste Vorwurf, der überhaupt erhoben werden kann. Für Evola war es möglich, einen Juden quasi zum Arier ehrenhalber anzuerkennen, da die Frage des Geistes ausschlaggebend sei. Dieser wiederum sei nicht vom Blut abhängig. Hier finden wir die Elemente seiner Nationalismuskritik wieder.

So erkennt Evola auch Völker der außereuropäischen Kulturkreise, besonders des arabischen Raums und des Fernen Ostens, wegen ihrer geistigen Leistungen als den Ariern gleichwertig an. Da er ausgiebig deren Philosophie und spirituellen Konzeptionen in das eigene Denken integriert hat, kann er sie schlecht als minderwertig darstellen. Auch die religiösen Traditionen des Judentums erkennt Evola als ursprünglich und echt an. Sein Angriff gilt den heutigen Juden, die für ihn die Personifizierung des Materialismus darstellen. Der biologische Rassismus wird bei Evola, wie später in der Nouvelle Droite, ersetzt durch einen Kulturrelativismus. Anti-egalitärer Universalismus auch hier.

Faschismuskritik von rechts

Geistige Verwandtschaften zwischen dem Traditionalismus und der Nouvelle Droite allenthalben. Besonders Evola ist für die Nouvelle Droite noch aus einem weiteren Grund wichtig. Obwohl dieser über vielfältige Verbindungen zum faschistischen System in Italien, zu offiziellen Kreisen Nazi-Deutschlands und zur "Eisernen Garde" in Rumänien verfügt und in zahlreichen offiziösen faschistischen Zeitschriften publiziert hatte, war er doch nie Parteimitglied geworden und hatte sich immer am Rande des Systems bewegt. Seine Beziehungen zum Faschismus waren immer zwiespältig und nie durch taktische Rücksichten geprägt. So veröffentlichte er seine wüste anti-christliche Polemik "Heidnischer Imperialismus" ausgerechnet unmittelbar vor Verabschiedung der Lateran-Verträge, die die Aussöhnung des Faschismus mit der katholischen Kirche bringen sollten. Andererseits gab es nicht nur die Distanzierungen des NS-Regimes von seinen Ideen, sondern auch wilde Angriffe durch Funktionäre des faschistischen italienischen Staates gegen ihn.

Nach dem Krieg legte Evola eine umfangreiche Kritik des Faschismus und des Nationalsozialismus vor, die nicht an Distanzierungen und Fehleranalyse sparte, ohne aber dabei den Bereich der internen Kritik zu verlassen. (50) Dieser Band kann als Handbuch für eine ideologische und strategische Neuorientierung des Neofaschismus bezeichnet werden. Für die Nouvelle Droite, die sich berechtigterweise noch immer mit Vorwürfen der Zugehörigkeit zum faschistischen Denken konfrontiert sieht, ist die Berufung auf eine solche Kritik eine wertvolle Hilfe. Sie unterstreicht sowohl die behauptete eigene Distanz zum historischen Faschismus als auch die Zugehörigkeit zum rechten Lager. Mehr noch: Man reklamiert damit für sich den Status der "authentischen Rechten". Sowohl die Konservativen als auch die Neofaschisten aller Schattierungen stellen danach lediglich Abweichungen von der wahren Lehre dar.

Eine neue Ausgabe der "Nouvelle Ecole" war für den GRECE wichtig, um unübersehbar nachzuweisen, daß er trotz deutlicher Krisenerscheinungen noch am Leben und arbeitsfähig ist. Ein Heft der "Nouvelle Ecole" zum Thema "Tradition" war wichtig, um unübersehbar nachzuweisen, daß der GRECE noch immer in der Lage ist, selber neue Anregungen aufzunehmen, zu verarbeiten und in aktualisierter Form weiterzugeben. Der GRECE kämpft um die Aufrechterhaltung seines Rufes als Denkfabrik. Dieser Ruf ist das letzte, was ihm noch verblieben ist nach den Rückschlägen der letzten Jahre.

Eine Prognose sei an dieser Stelle gewagt: Sollte tatsächlich noch einmal eine Ausgabe der "Nouvelle Ecole" erscheinen, dann wird sich diese aller Voraussicht nach mit Aspekten des postmodernen Denkens beschäftigen und damit mit einem weiteren Themenbereich, der Verbindungen zur Ideologie der "Neuen" Rechten aufweist, trotz seiner Aktualität in einer breiteren Öffentlichkeit noch weitgehend unbekannt ist und damit der Nouvelle Droite wiederum die Gelegenheit bietet, sich gegenüber anderen Ausformungen des Neofaschismus zu profilieren. Marktanalyse ist eben auch in diesen Kreisen alles.

Jean Cremet

Anmerkungen:

1) Vgl. z.B. folgende vom "Club de l'horloge" herausgegebenen Bände: "Les Racines du futur. Demain la France" (Paris: Albatros, 2. Aufl. 1984), "Le Péril bureaucratique" (Paris: Ed. Club de l'horloge 1980), "Vive la propriété!" (Paris: Albin Michel 1984)

2) So der Titel des programmatischen Aufsatzes von Alain de Benoist in "Eléments" Nr.68, Sommer 1990, S.5 - 14, der in mehreren ausländischen Organen der "Neuen" Rechten nachgedruckt wurde.

3) zit. nach Pierre-André Taguieff: Sur la Nouvelle Droite. Jalons d'une analyse critique; Paris: Descartes & Cie 1994, S.255

4) Hier wird deutlich, daß durchaus Brüche zwischen den Ideologen der "Nouvelle Droite" und einem Teil der Leserschaft ihrer Blätter bestehen. So bezeichneten sich 1993 in einer Leserumfrage der "Eléments" 35% der antwortenden Abonnenten und 25% der Käufer als Sympathisanten des Front National. ("Eléments" Nr.79, Januar 1994, S.24)

5) zit. nach Jean-Yves Camus/René Monzat: Les Droites nationales et radicales en France; Lyon: Presses universitaires de Lyon 1992, S.270

6) Camus/Monzat aao.

7) Dieser wurde allerdings bereits 1981 wieder von der Unterstützerliste gestrichen. Dieser Promoter der rassistischen "Northern League" war vor seinem Ausschluß führend tätig in der World Anti-Communist League und hatte hervorragende Verbindungen zur Reagan-Administration. Vgl. zur Schlüsselrolle von Pearson im internationalen Neofaschismus Russ Bellant: Old Nazis, the New Right, and the Republican Party. Domestic Fascist Networks and their Effects on U.S. Cold War Politics; Boston: South End Press 1991

8) Vgl. zu diesem Komplex Michael Billig: Die rassistische Internationale. Zur Renaissance der Rassenlehre in der modernen Psychologie; Frankfurt/Main: Neue Kritik 1981. Zu den Widersprüchlichkeiten Benoists gehört, daß er trotz der Modifizierung seines Rassismus hin zur kulturellen Variante noch immer im Wissenschaftlichen Beirat der biologistischen "Neuen Anthropologie" der Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung des Jürgen Rieger geführt wird.

9) Zu Querverbindungen zwischen Postmoderne und faschistischem Denken ausführlich Gene Edward Veith jr.: Modern Fascism. Liquidating the Judeo-Christian Worldview; St. Louis: Concordia 1993, S.126 - 144

10) Neben Régis Debray sind hier vor allem die führenden Vertreter der anti-utilitaristischen Wissenschaftlergruppe MAUSS Serge Latouche und Alain Caillé zu nennen. Alain de Benoist ist inzwischen Mitglied des MAUSS geworden.

11) Dieser entwickelt sich zu einem der glühendsten Verteidiger von Alain de Benoist gegen den Vorwurf des Rechtsextremismus und arbeitet offen mit ihm zusammen. Als 1993 eine Anzahl französischer WissenschaftlerInnen einen "Appell zur Wachsamkeit" gegen den Neofaschismus und die "Neue" Rechte veröffentlichte, initiierte Taguieff einen Gegenaufruf.

12) Eine knappe Darstellung dieser Ereignisse findet sich bei Thierry Maricourt: Les Nouvelles passerelles de l'extrême-droite; Levallois-Peret: Manya 1993, S.45ff.

13) siehe z.B. den enthusiastischen Bericht über den zweiten Kongreß dieser Gruppe in "Vouloir" 1/94, S.17

14) dazu v.a. Walter Laqueur: Der Schoß ist fruchtbar noch. Der militante Nationalismus der russischen Rechten; München: Kindler 1993.

15) Laqueur aao., S.264

16) Unter den Autoren und Unterstützern von "Milii Angel" sind an prominenten Namen aus Westeuropa u.a. zu nennen: Isidro Juan Palacios, Kopf der spanischen "Neuen" Rechten und ehemaliger Herausgeber ihrer Zeitschrift "Punto y Coma"; Koenraad Logghe von der flämischen "neu"rechten Zeitschrift "Teksten, kommentaren en studies"; Jean-Pierre Laurent, Direktor des Jahrbuchs "Politica Hermetica"; Georges Gondinet, Leiter des traditionalen Verlages "Pardès", der in Frankreich u.a. die Werke von Julius Evola und eine Buchreihe zur Konservativen Revolution in Deutschland herausgibt; Christophe Levalois, Herausgeber der traditionalen Zeitschrift "Sol Invictus" und (ehemaliges) Mitglied des GRECE und von "Politica Hermetica"; Philippe Baillet, europaweit wohl führender Evola-Exeget; Claudio Mutti, ehemaliger Führer des italienischen Zweiges der nationalrevolutionären "Jeune Europe" des Belgiers Jean Thiriart; sowie die unvermeidlichen Alain de Benoist und Robert Steuckers.

17) "L'empire soviétique et les nationalismes à l'époque de la pérestroïka"; in: Actes du XXIVe colloque national du GRECE, Paris: GRECE 1991, S.27 - 34

18) Lt. "Eléments" Nr.71, S.19

19) "Le complot idéologique du cosmisme russe", in: "Politica Hermetica" Nr.6, 1992, S.80 - 89

20) So gingen beide im Juni 1994 gemeinsam auf eine kurze Vortragstournee, die sie nach Paris, Barcelona, Grenoble und Mailand führte. Thema der durch die jeweiligen Fraktionen der "Europäischen Befreiungsfront" veranstalteten Auftritte war die Frage "Welche Zukunft für Rußland und das Eurasische Reich?"

21) Faye war einer der Vertreter der nationalrevolutionären Strömung im GRECE. Er hat sich offenbar völlig aus der Politik zurückgezogen. Gegenwärtig arbeitet er als Moderator beim Pariser Radiosender FM Skyrock. Lt. Christophe Bourseiller: Extrême droite. L'enquête; Paris: François Bourin 1991, S.106

22) vgl. Volkmar Wölk: Europäer, Industrieller, Nationalbolschewist. Jean Thiriart - Zwischen Theorie und Terror; in: Der Rechte Rand Nr.27, 1994, S.13ff.

23) vgl. Hans-Adolf Jacobsen (Hrsg.): Karl Haushofer - Leben und Werk; Boppard: Boldt 1979, Bd.1, "Der Kontinentalblock. Mitteleuropa - Eurasien - Japan" (1940), S.606 - 634.

24) Arnaud Hautbois: Mon (modeste) rôle dans la "convergence national-communiste"; in: "Vouloir" Nr.105 - 108, 1993, S.16f.

25) Dies ist die Nachfolgegruppe der stärksten nationalrevolutionären Formation Frankreichs, des "Troisième Voie", die nach der Palastrevolution gegen ihren langjährigen Führer Jean-Gilles Malliarakis umbenannt worden war. Der neue Kopf der Gruppe, Christian Bouchet, hat bis zu seinem Ausschluß 1988 ebenfalls dem GRECE angehört.

26) vgl. "Lutte du Peuple" Nr.22, Mai/Juni 1994, S.10. Diese Monatszeitschrift ist das Organ der "Nouvelle Résistance".

27) Zur Gründergruppe des GRECE gehörten neben Franzosen nur die beiden Italiener Giorgio Locchi und Antonio Lombardo, letzterer ein Funktionär des nationalrevolutionären "Ordine Nuovo".

28) vgl. Maurizio Murelli: Che fare? Considerazioni sparse; in: "Orion" Nr.119, August 1994, S.1 - 8, bes. S.7f. "Orion" ist das Organ der italienischen nationalbolschewistischen Gruppe "Movimento Antagonista".

29) Frédéric Julien: Pour en finir avec la droite; Paris: Librairie Française 1981, S.50

30) So sprachen bei der Sommeruniversität im August 1994 u.a. der Leiter der Industrial-Band "Oeuvre Bruitiste", Jean-Marc Vivenza ("Eine avantgardistische Kritik der Moderne: Der Futurismus in Italien, Rußland

und Portugal"); der Herausgeber der rechtsökologischen Zeitschrift "Le Recours aux Forêts", Laurent Ozon ("Ökologie und Ernährung"); der französische Spezialist für den deutschen Nationalbolschewismus, Thierry Mudry ("Die Entscheidung im Werk von Ernst Niekisch"); Robert Steuckers selbst mit mehreren Vorträgen (u.a. "Der Begriff des Großraums bei Carl Schmitt"); der Leiter der neopaganistischen Arbeitsgruppe "Antaïos", Christophe Gérard ("Die Mysterien der Mithra: Eine Mystik im Dienste des Reiches") und der führende Vertreter des integralen Traditionalismus, Christophe Levalois.

31) Giovanni Monastras Beitrag über den Anglo-Inder Ananda K. Coomaraswamy ist lediglich eine Übersetzung eines bereits erschienenen Aufsatzes. Der Aufsatz des gleichen Autors "Julius Evola: von den Rassentheorien zur Suche nach einer aristokratischen Anthropologie" ist nur eine Variante seines Vortrags beim 3. Kolloquium der "Politica Hermetica". Auch der Artikel Armin Mohlers über den griechischen Wissenschaftler Panajotis Kondylis, der vor allem durch seine Studien zum Konservatismus bekannt geworden ist, ist zuvor bereits auf deutsch erschienen. Auch die weiteren Beiträge von Pierre Maugué über die Ideologie der Dreiteilung der Gesellschaft im Werk von René Guénon, die Beschreibung Vintila Horias, seines geistigen Entwicklungsweges von Dante zu René Guénon sowie der Aufsatz von Jean Haudry, der sich wieder einmal mit den Indoeuropäern beschäftigt, dürfte für diejenigen in der Leserschaft wenig Neues bieten, die sich schon länger mit der Ideologie der "Neuen" Rechten beschäftigen oder identifizieren. Was auf die Mehrzahl zutreffen dürfte.

32) Bereits in den vergangenen Jahren hatte es häufiger Rückgriffe der Nouvelle Droite auf den integralen Traditionalismus gegeben. Angeführt sei hier lediglich die kurze historische Darstellung der Rezeptionsgeschichte dieser philosophischen Richtung durch Arnaud Guyot-Jeannin: "Traditionalisme intégral et révolutionnaire en France" ("Eléments" Nr.74, Frühjahr 1992, S.74). Daneben finden sich bereits seit Jahren in nahezu jeder Ausgabe der belgischen "Vouloir" Artikel zu diesem Themenbereich.

33) In Gessenharters Richtung argumentieren in Deutschland u.a. Franz Greß/Hans-Gerd Jaschke/Klaus Schönekäs in der Einleitung zu ihrem zwar materialreichen, aber theoretisch wenig fundierten Band "Neue Rechte und Rechtsextremismus in Europa. Bundesrepublik - Frankreich - Großbritannien". Opladen: Westdeutscher Verlag 1990.

34) zit. nach Taguieff aao.

35) So der Versuch einer Uminterpretation durch Benoists Aufsatz "Relire Rousseau?". Etudes et Recherches Nr.7, Sommer 1989, S.5 - 28

36) Vgl. besonders Zeev Sternhell/Mario Sznajder/Maia Asheri: The Birth of Fascist Ideology; Princeton: Princeton University Press 1994, Kapitel 1, S.36 - 91

37) vgl. Zeev Sternhell: Ni gauche, ni droite. L'idéologie fasciste en France; Bruxelles: Editions Complexes, 2.überarb. u. erw. Aufl. 1987

38) zuletzt siehe Charles Champetier: Debord est mort... Vive Debord!. Eléments Nr. 82, März/April 1994, S.36 - 41

39) vgl. dazu ausführlich Pierre-André Taguieff: Julius Evola penseur de la décadence; in: "Politica Hermetica" Nr.1, 1987, S.11 - 48

40) Julius Evola: Le Chemin du Cinabre; Mailand: Arché 1983, S.201

41) Adriano Romualdi: Julius Evola, l'homme et l'oeuvre; Paris: Guy Trédaniel 1985, S.57

42) Frithjof Schuon: Von der inneren Einheit der Religionen, S.102

43) Die Trennung ging allerdings nicht von Evola aus. Im Juni 1938 hatte er drei Vorträge zu spirituell-politischen Themen vor der SS gehalten. In deren Gefolge wurde ein Gutachten für Himmler über die Verträglichkeit der Positionen Evolas mit denen des NS erstellt. Zwar wird dort positiv vermerkt, daß sich Evola seit Anfang 1933 für eine Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Italien ausgesprochen habe, doch als Gründe für die Beendigung der Zusammenarbeit stehen seine vehemente Kritik des Christentums, besonders in der protestantischen Ausprägung, seine Ablehnung eines biologischen Rassismus und seine Kritik des

Nationalismus. Erhalten blieb lediglich Evolas Einfluß auf einzelne SS-Führer wie den okkultistischen SS-Brigadeführer Karl-Maria Weisthor.

44) Mit diesem Wechselverhältnis befaßten sich sowohl René Guénon (Paris: Guy Trédaniel 1994) als auch Julius Evola (Totalité Nr.27, 1987, S.11 - 23) unter der Überschrift "Autorité spirituelle et pouvoir temporel". Auf beide bezieht sich Alain de Benoist in seinem gleichnamigen Aufsatz in "Krisis" Nr.3, September 1989, S.34 - 48

45) So sieht Frithjof Schuon in seinem "Races et castes" (Mailand: Archè 1984) die indische Kastengesellschaft als Ordnungsmodell für eine traditionale Gesellschaft.

46) Julius Evola: Menschen inmitten von Ruinen, S.144

47) Diese Vorstellung wird mustergültig entwickelt im Schwerpunktteil der "Eléments" Nr.53 (Frühjahr 1985), der den Arabern gewidmet ist.

48) Vgl. z.B. Carl Schmitt: Völkerrechtliche Großraumordnung mit Interventionsverbot für raumfremde Mächte. Ein Beitrag zum Reichsbegriff im Völkerrecht, Berlin: Duncker & Humblot 1991 (Nachdruck der 4. erw. Aufl. 1941).

49) siehe Edgar Julius Jung: Die Herrschaft der Minderwertigen, ihr Zerfall und ihre Ablösung durch ein neues Reich; Struckum: Verlag für ganzheitliche Forschung und Kultur 1991, bes. S.638ff.

50) Julius Evola: Le Fascisme vu de droite suivi de Notes sur le Troisième Reich; Puiseaux: Pardès 1993

31. Vom Benefiz zum Malefiz. Widerstandsherbst im Wendland eröffnet

Autor: Peter Nowak · Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Anti-AKW-Bewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak382/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:382:18

"Stay Rude - Stay rebel" war das Motto eines zweitägigen Anti-AKW-Benefizkonzertes am 26./27.8. in dem kleinen Ort Gartow, wenige Kilometer neben dem Zwischenlager für atomare Abfälle in Gorleben. 22 Bands, unter anderem "Die toten Hosen", "Abwärts", "Gundermann & Seilschaft" verzichteten zugunsten der Anti-AKW-Initiativen im Wendland auf ihre Gagen. Allerdings blieb die Anzahl der BesucherInnen hinter den Erwartungen der VeranstalterInnen zurück. Der Sprecher der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V., Wolfgang Ehmke, hätte sich 1.000 Menschen mehr gewünscht.

So werden die erhofften Überschüsse für die Anti-AKW-Arbeit, die anfallenden Strafbefehle sowie Prozeßkosten wohl nicht sehr üppig ausfallen. Allein wegen der 36stündigen Besetzung eines Baustellenturms im Jahre 1990 verlangt das Bundesumweltministerium von den daran Beteiligten 127.000 DM Schadensersatz für die ausgefallene Arbeit.

"Stay Rude" ist auch gleichzeitig die Parole der Anti-AKW-Bewegung für einen an Aktionen reichen Herbst im Wendland. Als am 25. April dieses Jahres der erste Castor-Behälter von der Polizei in die Lagerhalle des Zwischenlagers geprügelt wurde, war dies die erste große Niederlage des wendländischen AKW-Widerstands. Bisher war es immer wieder gelungen, diesen Tag X herauszuschieben. 419 Transporte sollen folgen. Das Bundesamt für Strahlenschutz hat noch für 1995 drei Transporte mit abgebrannten Brennelementen angekündigt. Die BI rechnet für September oder Oktober damit.

Doch wenn die Atomindustrie und die verantwortlichen PolitikerInnen gehofft hatten, dem Widerstand würde jetzt endgültig die Luft ausgehen, haben sie sich getäuscht. Wolfgang Ehmke meint dazu: "Auf den Tag X folgt der Tag X2." Das heißt, auch der Widerstand soll sich vervielfachen. Die Anti-AKW-Bewegung will ihren Aktionsradius aus aktuellem Grund künftig ausdehnen. Jährlich werden aus bundesdeutschen Atomkraftwerken 60 bis 100 Transporte mit abgebrannten Brennelementen nach La Hague/Frankreich und ins britische Sellafield gebracht. Noch in diesem Jahr sollen erstmals Transporte von verglasten, hochradioaktiven Abfällen aus der Wiederaufbereitungsanlage La Hague nach Gorleben zurückrollen. AktivistInnen der französischen Ökologiebewegung haben den deutschen Initiativen den Vorschlag unterbreitet, im Rahmen der Kampagne gegen Chiracs Atomtests auch diese Nukleartransporte zum Thema zu machen. Statt Boykott von französischem Käse oder Wein keine Geschäfte mehr mit La Hague! Schon am 28.8. ist ein erster Versuch unternommen worden, die strahlende Fracht vor dem Atomkraftwerk Brunsbüttel zu blockieren. Am 25.9. werden aus Brokdorf gleich zwei Waggons auf den Weg nach Sellafield geschickt. Die Anti-AKW-Bewegung hat angekündigt, daß sie vor Ort sein wird.

Neben direkten Widerstandsaktionen versuchen die BIs auch, mit juristischen Mitteln gegen das Atomprogramm vorzugehen. Vor kurzem haben sie gemeinsam mit der Initiative Ärzte gegen den Atomkrieg (IPPNW) Strafanzeige sowohl gegen die Bundesumweltministerin Angela Merkel als auch gegen das Bundesamt für Strahlenschutz wegen der Verletzung von Sicherheitsbestimmungen vor der Aufnahme des Transports gestellt. Auf einer Pressekonferenz am Rande des Festivals erläuterte ein Sprecher der IPPNW einige Details. So gab es nach Meinung der Kläger Ungereimtheiten beim Beladen des Transports. Die Dichtung der Fässer ist beschädigt, so daß langfristig die einzige Barriere gegen die Freisetzung der radioaktiven Strahlung wegfallen könnte. Außerdem besteht der dringende Verdacht, daß der Abbrand der Brennelemente überschritten wurde, so daß die Radioaktivität die gesetzlichen Normen überschreitet.

Die Anti-AKW-AktivistInnen wissen aus langjähriger Erfahrung, daß sie juristisch nur eine Chance haben, wenn sie vor Ort etwas bewegen. Die nächste Großaktion steht schon fest. Am 24.9. um 7 vor 12 ist Treffpunkt am Trafohäuschen. "Es geht rund - ums Endlager!" lautet die Parole zu dieser Aktion, zu der die TeilnehmerInnen etliche Kilo Salz, viel Farbe, Eimer und Wäscheleinen mitbringen sollen.

Peter Nowak

32. Öl: Schwarzer Tod an Land. Ecuadors Regenwald leidet unter einer rücksichtslosen Förderpolitik

Autor: Maike Rademacher · Rubrik: Ecuador · CD-Datei: daten/aksuche/ak382/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:382:16

Wenn von heute auf morgen jegliche Förderung von Erdöl aufhören würde, stände in kurzer Zeit die Weltwirtschaft still: Kein Auto führe mehr, keine Maschine liefe mehr und so manche schmierbedürftige Fahrradkette stürbe den Rosttod. Vor weniger als 130 Jahren wurde die erste Ölquelle erschlossen. Seit diesem Zeitpunkt hat das "schwarze Gold" das Gesicht der Welt mehr geprägt und verändert als jeder andere Rohstoff. Fast jedes Industrieprodukt enthält Mineralölprodukte oder benötigt sie zu seiner Herstellung. Und der Verbrauch steigt weiter an: 1955 wurden in Deutschland 198 Kilogramm Öl pro Kopf verbraucht, 1990 waren es schon 1.723 Kilo. Wie groß die Abhängigkeit der Industrieländer ist, hat die Krise Mitte der siebziger Jahre gezeigt: Nicht gesundheitsgefährdender Sommersmog führte zum autofreien Sonntag, sondern fehlendes Öl.

Abhängigkeit vom Öl besteht aber auch auf der Seite der Förderländer. Der Wohlstand der klassischen Erzeuger in der Golfregion, wie Saudi-Arabien, hängt immer noch weitgehend von der Ölproduktion ab. Länder mit kleineren Ölvorräten benötigen die durch Ölexporte erwirtschafteten Devisen dringend zur Schuldentilgung. Mit welchen Risiken und Problemen die Produktion z.B. beim Transport oder der Entsorgung von Plattformen konfrontiert ist, ist spätestens seit dem Exxon-Valdez-"Unfall" in Alaska und der Brent-Spar-Entsorgung international bekannt. Wenig bekannt ist hingegen, welche ökologischen und sozialen Folgen die Ölförderung an Land hat - und wie unbekümmert die großen Firmen die Abhängigkeit der Länder für ihre Zwecke nutzen.

Shell, Texaco, Elf, BP, Veba, vielleicht auch noch Chevron und Amoco - mit diesen Namen verbindet in Deutschland wohl jeder etwas. Aber wer kann schon etwas mit Namen wie Cofanes, Aguaruna, Ogoni anfangen oder etwa mit Yasuní, La amistad, Kutubu, Kumi? Erstere sind Ureinwohner in Ecuador, Peru und Nigeria, die verzweifelt gegen die Umweltzerstörung und den Verlust von Land und Einkommen durch Ölförderung kämpfen, letzteres Gebiete in Ecuador, Panama, Papua-Neuguinea und Rußland: Gebiete, in denen große Ölfirmen fördern oder für die sie sich beworben haben. Begleitet wird die Förderung an Land von einer Unzahl von "Unfällen", die die exotischen Namen zu begrenzter trauriger Berühmtheit brachten: Im Oktober 1994 schwappen durch einen Dammbruch in der arktischen Kumi-Region in Rußland 300.000 Tonnen Öl in Boden und Gewässer. Vorausgegangen war ein Leck in einer Pipeline, das durch den Damm nur notdürftig geflickt war. Im gleichen Jahr fließen aus einem Pipeline-Bruch im Nordosten Perus über drei Mio. Liter Öl in den Regenwald.

In Nigeria protestiert amnesty international gegen die fortdauernden Menschenrechtsverletzungen gegenüber den Ogoni, die gegen die Ölförderung durch Shell in ihrem Land kämpfen, weil sie ihnen ihre Lebensgrundlage nimmt, ohne eine Gegenleistung zu entrichten. 1995 gibt Shell unverblümt zu, daß es bei ihren Anlagen in Nigeria pro Jahr durchschnittlich zu 221 Ölunfällen kommt, bei denen 1,2 Mio. Liter Öl auslaufen. Die gleichen Konsequenzen für Mensch und Umwelt haben Bombenanschläge der kolumbianischen Guerilla auf Pipelines: 1992 gelangen nach einem Anschlag über eine Mio. Liter in den Ite-Fluß. Den ungeheuren Zerstörungen stehen immer mehr Menschen gegenüber, die sich gegen die Förderung wehren, oder verlangen, daß vor der Vertragsunterzeichnung zwischen einer Firma und einer Regierung Umweltstudien erarbeitet, Naturschutzgebiete von der Förderung ausgeschlossen, Landrechte indigener Völker anerkannt und Entschädigungen gezahlt werden.

Ölförderung ohne Rücksicht auf Mensch und Natur

Als Paradebeispiel für die Folgen der Ölförderung im Regenwald und für den wachsenden Widerstand in der Bevölkerung gilt das südamerikanische Ecuador. Seit mehr als zwanzig Jahren wird in dem kleinen OPEC-Mitgliedsland Ecuador Öl gefördert. Das größte Vorkommen erstreckt sich über das östliche Amazonasgebiet, den Oriente, der nahezu die Hälfte der Landesfläche ausmacht. Ausländische Firmen, allen voran Texaco, aber auch Mobil Oil und Elf, fanden früh den Weg in den Urwald. Mittlerweile ist praktisch das gesamte Gebiet in 200.000 Hektar große "Blöcke" aufgeteilt, von denen 30% genutzt werden. In den regelmäßig stattfindenden, international ausgeschriebenen Lizenzrunden können Firmen für bestimmte Zeit das Förderrecht für einen oder mehrere Blöcke erwerben. In der siebten und bisher letzten Lizenzrunde von

1994, gegen die Umweltverbände scharf protestierten, schrieb Ecuador zehn Blocks im Amazonasgebiet aus. Nach Ablauf der Genehmigung übernimmt in der Regel die staatliche Ölgesellschaft Petroecuador Förderung und Rechte - und die Folgen der Extraktion.

Für den Oriente mit seinen Bewohnern (Indianern und Siedlern), mit seinem hohen Artenreichtum, seinen Naturschutzgebieten, Lagunen und Flüssen, bedeutet die Förderung des schwarzen Goldes den schleichenden Tod. Die Zerstörung des Regenwaldes beginnt schon mit den Vorarbeiten zur Ölförderung. Für die seismischen Untersuchungen, mit denen die Lage der Ölvorkommen und das zu erwartende Volumen ergründet werden, müssen Wege gerodet und Hubschrauberlandeplätze angelegt werden. Durch die Sprengungen, deren Widerhall ausgewertet wird, werden Erdrutsche ausgelöst und Wild vertrieben.

Doch die eigentliche Zerstörung setzt mit der infrastrukturellen Erschließung und der Förderung ein. Zu den profitversprechenden Bohrlöchern werden Pipelines und Straßen für Transport und Wartung gebaut. Insbesondere die Straßen initiieren ein weiteres Problem: Die Zuwanderung von armen Siedlern, die hoffen, dem Elend im Hochland zu entkommen, steigt ständig. Schon jetzt sind von den 450.000 Bewohnern der Region 320.000 Siedler - und nur 95.000 Indianer. Zusätzlich werden Camps für die Arbeiter und Ingenieure angelegt. Die bei der Förderung des Öls anfallenden Abfälle und die mit Restöl vermischten Chemikalien werden in schlecht oder überhaupt nicht abgedeckten Erdbecken deponiert. Dieselben Chemikalien, die so in das Erdreich sickern und das Grundwasser verseuchen, müssen in den USA als Sondermüll entsorgt werden.

Becken, die infolge von Regenfällen überliefen, flossen in die unmittelbare Umgegend ab. Öl macht Wasser schon in kleinsten Mengen für Mensch und Tier ungenießbar und tötet das Bodenleben. Für Indianer und Siedler heißt das Zerstörung ihrer Lebensgrundlage. Manchmal wurden die vollen Becken auch einfach abgefackelt. Dann leuchtete der Himmel über dem Wald hellrot auf. Kurz danach ging ein feiner, giftiger Ölrußregen auf Gewässer, Mensch und Tier nieder - bei längerem Hautkontakt verursacht Öl schwere Erkrankungen.

Zu der alltäglichen, schleichenden Vergiftung summieren sich die besser sichtbaren "Unfälle". So schwappte 1992 ein Ölteppich von 60 km Länge den Rio Napo in Richtung Amazonas hinunter. Die fast 200.000 Liter Öl auf dem Fluß machten nur einen Bruchteil des "Unfalls", einem Defekt in einer Förderanlage, aus. Unfälle dieser Art sind keine Seltenheit. Sie entstehen durch Erdbeben, Erdrutsche, schlampige Wartung oder einfach durch die Verwendung inadäquater und veralteter Technik.

Umweltschutz oder die Interessen indigener Völker interessieren weder die ausländischen noch die inländischen Firmen. Nur mit Mühe und durch internationale Proteste konnte 1993 verhindert werden, daß die amerikanische Du-Pont-Tochter Conoco (die die hiesigen Jet-Tankstellen betrieb) in einem von der UNESCO anerkannten Biosphärenreservat, dem Yasuni-Nationalpark, mit der Ölförderung beginnen konnte. Verbesserungen wurden mit diesem Erfolg aber kaum erreicht: Nachfolger Conocos war die Firma Maxus. Maxus, so stellte Petroecuador im Mai 1995 fest, hat Gewinne aus Förderungen geschickt am ecuadorianischen Fiskus vorbeigesteuert. Auch die Befürchtungen der Umweltschützer bestätigten sich. Maxus ist für Abholzungen im Parkgebiet verantwortlich, hat Abwässer in Flüsse abgelassen, außerhalb des Vertragsgebietes gearbeitet und die Rechte der dort lebenden Huaorani-Indianer verletzt. Aber deren Interessen müssen sowieso hinter denen der nationalen Wirtschaft zurückstehen.

Die großartig präsentierte Landschenkung des ecuadorianischen Präsidenten an die Huaorani-Indianer 1990 entpuppte sich als Farce: Zwar ist das Siedeln in ihrem Territorium seitdem verboten, aber das Recht auf eine Ausbeutung von Bodenschätzen behält sich die Regierung vor. Luis Macas, Präsident der indianischen Dachorganisation CONAIE und Umweltpreisträger, fragte sich angesichts des Unrechtes, daß seinem Volk widerfährt: "Wie ist es möglich, daß in diesen Zeiten, in denen wir von Menschenrechten sprechen, Leute weiterhin hierherkommen, um Ressourcen auszubeuten, deren Nutzung mit einem unkontrollierten Wirtschaftswachstum verbunden ist und das Leben und die soziale und gesamte Entwicklung des Landes bedrohen - als wenn es ein Land ohne Bewohner wäre, und dabei nicht einmal die Völker konsultieren, die hier tausende von Jahren gelebt haben?"

Juristische Klagen gegen

die Verantwortlichen

Texaco, eine der Firmen mit der längsten Geschichte im Land, mußte sich mittlerweile doch mit den Folgen beschäftigen. Sie operierte von 1964 bis 1992 in Ecuador und gründete 1972 ein Konsortium mit Petroecuador. In Spitzenzeiten produzierte dieses Konsortium auf 15 Ölfeldern 80% der nationalen Produktion: 240.000 Barrel (ein Barrel sind 159 Liter, insgesamt also über 38 Mio. Liter). Nachdem die Firma jahrelang von Umweltschützern und Indianerorganisationen angeschuldigt wurde, eine Umweltkatastrophe unvergleichbaren Ausmaßes hinterlassen zu haben, einigten sich Texaco und die ecuadorianische Regierung 1993 zunächst darauf, eine unabhängige kanadische Firma mit einer Umweltstudie zu beauftragen. Diese kam zu dem Schluß, daß Texaco der Regierung 13 Mio. US-Dollar an Steuern sowie für ökologische und technische Schäden schuldet. Texaco bestritt das Ergebnis. Auf Basis dieser Studie drohte die ecuadorianische Regierung immerhin öffentlich mit einer Klage, wenn Texaco nicht die Verantwortung für die verursachten Schäden übernehmen würde. Texaco wehrte die Drohung mit der Begründung ab, daß keine legale Basis dafür vorhanden sei und eine Klage zukünftige potentielle Investoren abschrecken würde.

Währenddessen klagten die Indianer vor einem New Yorker Gericht Entschädigungen in Höhe von 1,5 Mrd. Dollar von der amerikanischen Firma ein. Bestätigt wurden die Anschuldigungen der Kläger von weiteren Studien: Eine von der Europäischen Union im Auftrag des ecuadorianischen Energieministers verfaßte Studie stellte 1994 erneut schwere Zerstörungen durch Petroleum, Abholzungen und Kolonisation im Amazonasgebiet fest. Die internationale Umweltschutzorganisation Friends of the Earth beschuldigte Texaco, 2.600 Hektar Regenwald verseucht zu haben, für über hundert "Unfälle" an Förderanlagen und als Erbauer und Betreiber der transecuadorianischen Pipeline für 33 Öllecks verantwortlich zu sein, durch die 77 Mio. Liter Öl in den Wald geflossen seien. Offizielle Untersuchungen sprachen von "nur" 450.000 Barrel Öl (ca. 70 Mio. Liter), die insgesamt in den letzten 23 Jahren im Amazonasgebiet ausflossen.

1992 verurteilte das International Water Tribunal die Unternehmungen der Ölfirmen scharf. Die Jury stellte fest, daß "... ungenügende und höchstens oberflächliche Maßnahmen ergriffen wurden, um das Überlaufen von Öl und kontaminierenden Stoffen aus Lecks und Gruben zu verhindern oder zu minimieren" und daß es " ... keinen Hinweis darauf gibt, daß die Angeklagten vorbeugende Maßnahmen während ihrer Aktivitäten genutzt hätten." 1994 stellten ecuadorianische Organisationen Texaco an die Spitze ihrer öffentlich präsentierten Liste der Umweltsünder.

Der nationale und internationale Druck führte letztlich doch dazu, daß sich Texaco und die Regierung auf Entschädigungen einigten. Diese entsprachen aber bei weitem nicht den Vorstellungen der Betroffenen: Eine Mio. Dollar wollte Texaco für die Organisationen bereitstellen lassen, sowie Spitzentechnologien für Aufräumarbeiten, drei Schulen, drei Gesundheitszentren, zwei Flußambulanzen und ein Flugzeug. Die Indianer forderten u.a. Krankenhäuser, Trinkwasserversorgung, Aufforstungen, Schließung der Auffangbecken, neue Technologien für laufende Förderanlagen, Asphaltierung der Straßen und eine umfassende Bodenreinigung. Der Kampf ist demnach nicht beendet. Ecuadors Regierung erkennt das Problem mittlerweile immerhin insoweit an, daß sie die Weltbank und die Europäische Union um finanzielle Hilfe für Umweltschutzmaßnahmen bat.

Öl ist für das hochverschuldete Ecuador lebenswichtig: Bis zu 60% der Exporterlöse bringt der schwarze Stoff und 48% der Staatseinnahmen. Die Gewinne aus der Landwirtschaft und der Fischerei, die vorrangig aus dem Anbau von Bananen und Krabben stammen, reichen an diese Zahlen nicht heran. Über 13 Mrd. Dollar Schulden drücken das Land. In den Verbraucherländern des Nordens kennt man bisher nur die Bilder brennender Ölquellen in Kuwait, ölverschmutzter Küsten und auslaufender Supertanker. Nun kommen Bilder und Berichte aus dem tropischen Regenwald dazu.

Der erbitterte Widerstand Texacos gegen die Übernahme der Verantwortung läßt erkennen, daß noch immer keine Einsicht in Umweltschutzbelange vorhanden ist und damit keine Hoffnung, daß die Firma in einem anderen Land umsichtiger fördert. Ob sich an der brutalen Praxis etwas ändert, hängt nicht (nur) von Gesetzen, Kontrollen und Klagen ab, sondern von denjenigen, die Öl verbrauchen: den allbekannten und allmächtigen KonsumentInnen. Aber die lassen sich nicht gerne anschwärzen und tun sogar etwas für die Umwelt: Sie tanken woanders, wenn Shell sich daneben benimmt. Bei Texaco? Mit dem Tanken aufgehört hat wohl kaum einer.

Maike Rademacher, Urgewald

33. Keine Auslieferung von Benjamin Ramos Vega!

Deutsches Außenministerium hat keine Kenntnisse über Folter in Spanien

Autor: Solidaritätskomitee B.R. Vega, Berlin · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak382/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:382:23

Seit Januar diesen Jahres sitzt der spanische Staatsbürger Benjamin Ramos Vega in Berlin-Moabit in Auslieferungshaft. Ihm wird von den spanischen Behörden "Unterstützung der ETA" vorgeworfen, weil er in Barcelona eine Wohnung angemietet haben soll, die laut der Polizei später von einem Kommando der baskischen Organisation zur Lagerung von "Kriegswaffen und Sprengstoff" genutzt wurde. Der Hinweis auf die Wohnung kam von einem im April 1994 in Barcelona verhafteten angeblichen Mitglied der ETA. Dieser widerrief seine Aussagen vor dem Haftrichter mit der Begründung, daß er während der Verhöre von der Guardia Civil gefoltert worden sei. Aus Angst vor der eigenen Verhaftung und Folter floh Benjamin Ramos Vega daraufhin nach Berlin, wo er neun Monate später von einem Sondereinsatzkommando des Landeskriminalamtes in Zusammenarbeit mit der spanischen Polizei festgenommen wurde.

Um die Rechtmäßigkeit der Auslieferung nach Spanien prüfen zu können, forderte das zuständige Berliner Kammergericht unter dem Vorsitz von Dr. Nöldecke auf Antrag der Verteidigung beim deutschen Außenministerium eine Stellungnahme dazu an, ob in Spanien bei Verhören Folter und Mißhandlungen angewandt würden.

In einem knapp gehaltenen Schreiben vom 1. August 1995 bestreitet das Auswärtige Amt, Kenntnisse über Folter in Spanien zu haben. Es gäbe keine unabhängigen Quellen, die belegen, daß Spanien "menschenrechtswidrige Praktiken zur Erpressung von Aussagen bis hin zur Folter" anwende. Die Vorwürfe würden ausschließlich von linksextremen Organisationen stammen, oder von den Betroffenen selbst und deren RechtsanwältInnen. Die Foltervorwürfe, die z.B. von der regierungsnahen Zeitung "El Pais", von unabhängigen Stellen wie "amnesty international" und auch von spanischen Strafgerichten erhobenen werden, ignoriert das Auswärtige Amt. Statt dessen befürchtet die Behörde in ihrem Schreiben, daß auf Folter bezogene Nachfragen "von spanischer Seite als beleidigend zurückgewiesen" werden könnten. Und das zu einer Zeit, wo in Spanien die Auseinandersetzung über Mißhandlungen, Folter und die Todesschwadron GAL, sowie die Verwicklungen des Regierungschefs und EU-Vorsitzenden Felipe Gonzáles in den "schmutzigen Krieg" der GAL voll entbrannt ist.

Das Auswärtige Amt hat allerdings gute Gründe, diese Tatsachen zu ignorieren: Spanien ist Mitgliedsstaat der NATO, der EU und des Schengener Vertrages. Die "Terrorismusbekämpfung" dieser Staaten ist seit Jahren koordiniert und zur grenzüberschreitenden Polizeikooperation ausgebaut. Ein Beispiel dafür ist der Fall Benjamin Ramos Vegas, dessen Festnahme in der spanischen Presse als Erfolg der "europäischen Zusammenarbeit" gefeiert wurde. Gerade die deutschen Polizeibehörden haben diese Entwicklung maßgeblich bestimmt. Selbstverständlich waren sie auch an der Konzeption eben jener Aufstandsbekämpfung beteiligt, die heute in Spanien als "schmutziger Krieg" bezeichnet wird.

Diese Kooperation macht es notwendig, jegliche Menschenrechtsverletzungen in den "europäischen Kernstaaten" zu leugnen. Diese politische Logik, gemäß derer nicht sein kann, was nicht sein darf, wird zur Auslieferung von Benjamin Ramos Vegas führen - wenn sie nicht politisch verhindert wird. Wir wollen deshalb versuchen, den Ausführungen des Auswärtigen Amtes die aktuelle Diskussion über die Folter und die Todesschwadronen entgegenzustellen und einige Aspekte der genannten "internationalen Zusammenarbeit" zu beleuchten.

Der General

In der gleichen Woche, in der das Schreiben des deutschen Außenministeriums gefertigt wurde, beförderte die spanische Regierung den Antiterrorspezialisten Oberst Enrique Galindo, einen der Akteure der Todesschwadron GAL, zum General und Berater des Innenministeriums. Gegen Galindo und seine Mitarbeiter liegen über 1.000 Anzeigen wegen Folterungen vor.

Im März 1995, ein halbes Jahr vor seiner Beförderung, waren zwei bis dahin nicht identifizierte Leichen als diejenigen zweier Basken identifiziert worden, die bereits 1983 von der Todesschwadron GAL entführt worden

waren. Die Identifikation der verstümmelten Körper führte zu einem politischen Skandal: Polizisten sagten aus, daß die paramilitärische Aktion nicht von ominösen "Unbekannten", sondern von der Antiterrorbrigade unter dem Befehl von Galindo ausgeführt worden war. Angehörige dieser Spezialeinheit hatten Joxean Lasa und Joxe Zabala im französischen Baskenland gekidnappt und über die Grenze nach Donosti gebracht, wo sie drei Monate lang in einem Gebäude des Innenministeriums gefoltert wurden. Polizisten rissen ihnen alle Nägel aus und schlugen ihnen die Köpfe ein, um Informationen über die ETA zu bekommen. Galindo leitete selbst mindestens eines der Verhöre. Es kann als sicher gelten, daß die Information aus diesen Verhören die Lokalisierung und Ermordung des ETA-Führungskaders Mikel Goikoetxea am 28.12.83 durch die GAL und die Verhaftung von 19 angeblichen ETA-Mitgliedern am 19.1.84 durch die Guardia Civil ermöglichten. Lasa und Zabala wurden schließlich im Januar 1984 durch Genickschüsse ermordet. Die Polizisten transportierten die Leichen ins südspanische Alicante, wo sie angezündet und dann verscharrt wurden. Die GAL bekannte sich am 20.1.84 in einem Telefonanruf bei Radio Alicante zu ihrer ersten Aktion. Galindo hat noch in diesem Jahr die Folter an Lasa und Zabala öffentlich gerechtfertigt und gutgeheißen.

Die Spezialeinheiten

1987 ermordeten die von Galindo befehligten Spezialeinheiten bei einer Razzia gegen die ETA eine bereits festgenommene Baskin mit einem Genickschuß. Die Guardia Civil erklärte, sie sei während eines Schußwechsels gestorben. Um diese Version zu stützen, brachen Polizisten in ein forensisches Institut sowie in das zuständige Gericht ein und tauschten die Beweismittel aus. Zwischen 1984 und 1991 wurden bei "Festnahmen" 21 angebliche ETA-Mitglieder erschossen. 1989 wurde ein Mitarbeiter Galindos angeklagt, einen Abgeordneten der linken baskischen Partei Herri Batasuna in einem Madrider Restaurant ermordet zu haben. Er wurde "aus Mangel an Beweisen" freigesprochen.

Seit 13 Jahren kommandiert Galindo die Kaserne Intxaurrondo im baskischen Donosti. Die dort untergebrachten Spezialeinheiten rühmen sich damit, 500 ETA-Mitglieder verhaftet zu haben. Für ihren "erfolgreichen Krieg" gegen die ETA haben die "Männer Galindos" freie Hand: Als Mitglieder der Spezialeinheiten 1988 den Chef der Rauschgiftfahndung bestechen wollten, an bestimmten Tagen die Grenzkontrollen zu unterbinden, flog ein Dealerring mit Zentrum in der Kaserne Intxaurrondo auf. Ein Richter fertigte einen Bericht darüber an, in dem Galindo schwer belastet wurde und übergab ihn der nationalen Staatsanwaltschaft, wo er spurlos verschwand.

Aktuell läuft ein Prozeß gegen mehrere Polizisten aus der Truppe Galindos, die ZeugInnen bedroht haben, die über die paramilitärischen Strukturen in Intxaurrondo aussagen sollten.

Die Todesschwadron

"Intxaurrondo ist ein Überbleibsel der Diktatur", sagte Jose Pineiro, der Vorsitzende der Polizeigewerkschaft. Die Kaserne ist allerdings kein Sonderfall, keine einzige Einheit der Polizei oder des Militärs der Franco-Diktatur wurde von der seit 1982 regierenden PSOE aufgelöst. Die GAL hat in den Jahren 1983-87 mindestens 28 Menschen ermordet. Es ist inzwischen überdeutlich, daß die sozialdemokratische Führungsriege in der Regierung und im Staatsapparat zu einem Teil die sich aus Polizisten und bezahlten Killern zusammengesetzte Todesschwadron aufgebaut und gesteuert, zum anderen Teil davon gewußt und geschwiegen hat. Das spanische Nationalgericht ermittelt gegen Ministerpräsident González und weitere 14 hohe Funktionären aus Regierung, Polizei- und Militärapparat. Angeklagt sind bereits u.a. so honorige Personen wie der ehemalige Innenminister, der Geheimdienstchef, der Staatssekretär für Innere Sicherheit, der Chef der Guardia Civil und der Vorsitzende der PSOE im Baskenland.

Felipe Gonzáles, der inzwischen auch Vorsitzender des Rats der Europäischen Union ist, hat sich angesichts dieses politischen Skandals mit dem Satz, "daß man die Demokratie auch in den Kloaken verteidigen muß" vor seine Killer gestellt. Die Vorwürfe gegen die Regierung seien "typisch für unreife Leute, die nicht wissen, wie eine Demokratie funktioniert", schließlich seien ähnliche Dinge "auch in Großbritannien, Israel, Deutschland und anderswo" geschehen.

Offene Worte

Wie Felipe Gonzáles sagt, ist der "schmutzige Krieg" keine spanische Besonderheit - und er muß es schließlich wissen: kurz nach seiner Regierungsübernahme entwickelte eine fünfköpfige "internationale

Kommission über die Gewalt im Baskenland", bestehend u.a. aus Mitarbeitern des britischen MI5, des israelischen Mossad sowie des ehemaligen Hamburger Verfassungsschutzpräsident Hans Horchem, den "Plan ZEN", eine umfassende Strategie zur Vernichtung der baskischen Befreiungsbewegung.

Der im Februar 1983 fertiggestellte Plan wurde von der Abteilung Staatssicherheit im Innenministerium in Auftrag gegeben, der sämtliche Polizeiorgane sowie der Geheimdienst CESID unterstehen. Die zahlreichen im Plan ZEN enthaltenen Richtlinien für den Krieg gegen die ETA sehen auch sogenannte "verdeckte Aktionen" gegen mutmaßliche Angehörige der Befreiungsbewegung vor. Es ist sicher kein Zufall, daß im Herbst des gleichen Jahres 1983 die GAL gegründet wird - finanziert von der Abteilung für Staatssicherheit.

Am 6. Juli 1983 hatte der spanische Militärgeheimdienst CESID ein Strategiepapier geschrieben, in dem die im Plan ZEN vorgeschlagenen verdeckten Aktionen als geeignete Methode für die Aufstandsbekämpfung angegeben werden: "Die beste Aktionsform ist das Verschwindenlassen mittels Entführung". Dieses Papier, das kürzlich im Wortlaut von der spanischen Presse veröffentlicht wurde, ist laut Angaben von Regierungsfunktionären die sogenannte "Gründungsakte" der GAL.

Die spanischen Gladiatoren

Die "Terrorismusbekämpfung" ist schon seit den 70er Jahren keine nationale Angelegenheit mehr, sondern wird in Gremien wie TREVI (Terrorism, Radicalism, Violence International), den Ministertreffen der Schengener Vertragsstaaten und solchen "internationalen Expertenrunden" wie für den Plan ZEN gemeinsam vorangetrieben.

Es ist seit einigen Jahren auch kein Geheimnis mehr, daß die NATO zu diesem Zweck in allen westeuropäischen Ländern Geheimarmeen gegen den Kommunismus unterhalten hat, die sich unter der Führung der nationalen Militärgeheimdienste befanden und sich aus Faschisten und Polizisten rekrutierten. Offiziell sollten diese als "Gladio" bekannt gewordenen Kampfgruppen im Falle einer Besetzung durch die Armeen des Warschauer Paktes hinter den feindlichen Linien Anschläge verüben. Gladio-Gruppen waren bereits an den Militärputschen in der Türkei und Griechenland beteiligt.

Spanien war offiziell nie an der geheimen NATO-Struktur beteiligt, da es bis 1986 nicht Mitglied des Militärpaktes war. Die NATO hatte in anderen Nicht-Mitgliedsstaaten wie Schweden erwiesenermaßen Ableger der Geheimorganisation aufgebaut, über Spanien wurde während des "Gladio-Skandals" 1990/91 jedoch nur vage bekannt, daß es eine solche Organisation gebe. Vieles spricht dafür, daß der spanische Gladio-Ableger zumindest in Verbindung mit der GAL stand: Laut belgischen Geheimdienstlern wurde die spanische Abteilung von Gladio vom spanischen militärischen Geheimdienst geführt und war bei der Guardia Civil angesiedelt - wie auch die GAL. Die Todesschwadron wurde aus einem Geheimfonds des spanischen Innenministeriums bezahlt - so finanzierten alle anderen westeuropäischen Länder ihre Gladio-Gruppen. Mehrere verhaftete GAL-Killer waren Mitglieder der französischen Organisacion Armee Secrete und des italienischen Orden Nuevo Italiano, beides Teile der geheimen Nato-Armee.

Die Folter

"Jeder Guardia Civil ist sich bewußt, daß er schneller aufsteigt und in der Truppe besser angesehen ist, wenn er foltert" - so der Vorsitzende der spanischen Polizeigewerkschaft. (1)

Außer der oben beschriebenen, durch Geheimdienste geplante Aufstandsbekämpfung im Rahmen der GAL und des Plan ZEN gibt es die alltägliche Ebene von Folter und Mißhandlungen. In Spanien sind Personen, die auf der Grundlage des Antiterrorismusgesetzes festgenommenen werden, für fünf Tage völlig in der Gewalt der Polizei. Sie befinden sich, entweder in Polizeiwachen oder in Kasernen der Guardia Civil, in der sog. "incommunicado"-Haft. Das bedeutet, daß die Festgenommenen von der Außenwelt vollständig isoliert sind, nicht einmal AnwältInnen haben Zugang zu ihnen. In diesem Zeitraum werden Folter und Mißhandlungen zur Erpressung von "Geständnissen" oder einfach nur zur Einschüchterung gezielt eingesetzt. Über 90% der jährlich über 2.000 Verhafteten werden nach fünf Tagen ohne Anklage wieder freigelassen.

1993 starben zwei Männer und eine Frau durch die Folter der Sicherheitskräfte, 1994 wurden 121 Fälle von Folter durch Polizeibeamte in Spanien angezeigt. In mehreren Jahresberichten hat amnesty international die vielen Fälle von schweren Mißhandlungen und lebensgefährlichen Verletzungen sowie die Nichtverfolgung der Folterer beschrieben. Zuletzt klagte der Sonderberichterstatter des UNO-Menschenrechtsausschusses in

seinem Bericht vom Februar 1995 die "systematische Folter" und die "Straffreiheit der Folterer" im spanischen Staat an.

Das Auslieferungsverfahren

Die Beschuldigungen gegen Benjamin Ramos Vega beruhen ausschließlich auf Aussagen, die unter Folter zustande gekommen sind. Der am 28.4.94 verhaftete Pipe, den die Polizei dem ETA-Kommando Barcelona zurechnet, wurde laut Zeugenaussagen schon während seiner Festnahme der Kopf mit einer Pistole eingeschlagen. Auf der Polizeiwache erhielt er weitere Schläge und Drohungen. Er wurde fünf Tage fast ununterbrochen verhört, ohne daß er zwischendurch essen oder schlafen durfte. Er verlor die zeitliche und räumliche Orientierung, nach dem er von Polizisten ein Glas Wasser bekommen hatte, das möglicherweise mit Drogen versetzt war. Als er Anfang Mai 1994 dem Haftrichter vorgeführt wurde, widerrief er alle seine Aussagen und stellte Anzeige wegen Folter und Mißhandlung. Nach deutschem Recht dürfen durch Folter erpreßte Aussagen unabhängig von ihrem Wahrheitsgehalt in Gerichtsverfahren nicht verwertet werden.

In Belgien wurde 1993, in einem ähnlichen Verfahren wie das von Benjamin Ramos Vega, die Auslieferung von zwei BaskInnen, denen ebenfalls "Unterstützung der ETA" vorgeworfen wurde, verhindert. Die belgischen Gerichte lehnten die Auslieferung mit der Begründung ab, daß die Beschuldigungen auf unter Folter zustandegekommenen Aussagen basieren und erkannten an, daß wegen "Unterstützung" oder "Mitgliedschaft" in der ETA angeklagte in spanischen Polizeiwachen und Knästen Folter und Mißhandlungen drohen. Grundlage der Gerichtsentscheidung bildete ein Bericht des UNO-Sonderbeauftragten für Folterangelegenheiten Peter Kooijmans. Am 5.7.95 lehnte auch ein portugiesisches Gericht die Auslieferung eines angeblichen ETA-Mitglieds ab, weil die Anklage gegen ihn "strikt politisch" sei und es deswegen "keine juristische Grundlage" für seine Haft gäbe.

All dies ist dem deutschen Außenministerium, bzw. der deutschen Botschaft in Madrid und dem Generalkonsulat in Bilbao, die das Gutachten zu Spanien angefertigt haben, sicher bekannt. Die Behauptung, die Foltervorwürfe seien nur Propaganda linksextremer Organisationen läßt sich nur aufrecht erhalten, wenn das Außenministerium spanische Gerichte, amnesty international und die UNO ebenfalls dem "Umfeld der ETA" zuordnet.

Wahrscheinlich wird es relativ bald eine juristische Entscheidung über den spanischen Auslieferungsantrag geben. Das Gericht hat den AnwältInnen von Benjamin Ramos Vega eine Frist bis zum 21.9.1995 gesetzt, um auf die Stellungnahme des Auswärtigen Amtes zu reagieren. Wenn das Kammergericht in Berlin keine Abschiebehemmnisse erkennt, liegt die letztendliche Entscheidung über den Vollzug der Auslieferung beim Bundesjustizministerium.

Die Isolationshaft

Bis zur Entscheidung soll Benjamin Ramos, der jetzt bereits acht Monate inhaftiert ist, nach dem Willen des Kammergerichtes weiter in Isolationshaft sitzen. Das bedeutet für ihn 23 Stunden Einschluß, Einzelhofgang, Kontaktverbot zu anderen Gefangenen, Verbot von Briefen in seiner Muttersprache. Nur alle zwei Wochen ist ihm eine halbe Stunde Besuch erlaubt. Per Gerichtsbeschluß muß einE vereidigteR DolmetscherIn anwesend sein. Diese müssen von den BesucherInnen privat bezahlt werden, pro Besuch heißt das ca. 250.- DM. Weder die Angehörigen, noch wir, die hier versuchen, der Isolation durch regelmäßige Besuche etwas entgegenzusetzen, können diese Kosten tragen.

Benjamin Ramos ist HIV-positiv. Bei ärztlichen Untersuchungen ist festgestellt worden, daß sich sein Gesundheitszustand während der Haftzeit erheblich verschlechtert hat. Homöopathische Medikamente, die er in Freiheit eingenommen hat, werden ihm nicht ausgehändigt. GenossInnen und FreundInnen, die ihn aus Barcelona kennen und jetzt besucht haben, waren erschrocken, wie stark sich die Auswirkungen der Isolationshaft bemerkbar machen.

In unnachahmlicher Weise stellt der zuständige Kammerrichter Dr. Nöldecke dazu fest: "die dem Senat bekannte (...) gesundheitliche Situation des Verfolgten macht es zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht erforderlich, den Auslieferungshaftbefehl aufzuheben".

Der Richter

Daß Herr Nöldecke mit der gesundheitlichen Situation von Gefangenen keine Probleme hat, ist uns bekannt: er ist einer derjenigen, der in Zusammenarbeit mit Ärzten als Reaktion auf den Tod von Sigurd Debus durch Zwangsernährung im Hungerstreik der politischen Gefangenen Anfang der 80er Jahre die "Koma-Lösung" entwickelte. Die von ÄrztInnen zynisch als "Ping Pong" bezeichnete Methode besteht darin, im Hungerstreik befindliche Gefangene nach Eintritt des Komas solange künstlich zu ernähren, bis sie wieder bei Bewußtsein sind. Dann wird die künstliche Ernährung ausgesetzt bis das Koma wieder eintritt. Und so weiter. ÄrztInnen können zu diesem Verfahren seit dem von Nöldecke mitentwickelten Novellierung des Zwangsernährungsgesetzes juristisch verpflichtet werden. Erstmals eingesetzt wurde die "Koma-Lösung" im Hungerstreik der politischen Gefangenen 1985 gegen den in Celle inhaftierten Knut Folkerts. Inzwischen ist das erprobte Mittel auch in Spanien zu Ehren gekommen: es wurde 1990/91 gegen die im Hungerstreik befindlichen Gefangenen aus der GRAPO/PCE(r) verwendet. So schließt sich der Kreis.

Solidaritätskomitee Benjamin Ramos Vega, Wilhelmstraße 9, 10963 Berlin, Tel/Fax: 030-2518539

Anmerkungen:

1) Interview von Egin mit José Pineiro vom 23.7.95

34. Türkische Faschisten mobilisieren in der BRD

Todesopfer in Neumünster - deutsche Stellen sehen zu

Autor: Nora Mielke · Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak382/53.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:382:53

Die seit Wochen und Monaten betriebene Angriffswelle der als "Graue Wölfe" bekannten türkischen Faschisten in der BRD hat ein erstes Todesopfer gefordert. Am Abend des 3. September wurde in Neumünster der aus Bingöl stammende 21jährige Kurde Seyfettin Kalan erschossen. Zwei weitere Kurden, Mahmut S. und Ahmet S., erlitten durch jeweils mehrere Schüsse z.T. lebensgefährliche Verletzungen; laut "Özgür Politika" gehören alle drei zum Umfeld der ERNK. Auch einer der Angreifer wurde durch Messerstiche und ein Beil schwer verletzt. Während die sechs oder sieben angegriffenen Kurden in einem Schnellrestaurant in der Innenstadt von Neumünster beim Essen waren, fuhr ein PKW mit fünf ihnen als Angehörige der Grauen Wölfe bekannten Typen vor, die sie provozierten, angriffen und, als sie sich zur Wehr setzten, etliche Schüsse abfeuerten.

Nach Einschätzung der Kurden handelte es sich um einen geplanten Überfall: Die mit dem Auto vorgefahrenen Angreifer flüchteten, nachdem sie die drei Kurden niedergeschossen hatten, während ein anderer Trupp Grauer Wölfe, der diesen Angriff aus etwa 50 Meter Entfernung beobachtet hatte, nun hinzukam und die Angriffe fortsetzte. Die nach etwa fünf Minuten eintreffende Polizei machte sich sofort daran, zwei der Kurden im Imbiß festzunehmen, bis sie von der Bedienung auf ihren "Irrtum" hingewiesen wurden. Ein weiterer bei dem Vorfall verletzter Kurde berichtete, daß auch er in Handschellen abgeführt wurde und die türkischen Faschisten dabei, direkt vor den Augen der deutschen Polizisten, weiter auf ihn einschlugen und ihn bedrohten. Ebenso wurden ein Ambulanzfahrzeug sowie der Eingang des Krankenhauses von etwa 40 Grauen Wölfen belagert, die den kurdischen Verletzten noch im Krankenhaus drohten: "Wir werden Euch auch hier umbringen."

Auffallend war am ganzen Abend die vornehme Zurückhaltung der Polizei gegenüber den türkischen Rechtsextremisten: Kein einziger von ihnen wurde festgenommen. (Der Todesschütze soll sich später selbst gestellt haben.) Getreu ihrem durch die jahrelange antikurdische Politik der Bundesregierung geschärften Feindbild bezichtigte die Polizei in einer sofortigen Pressemitteilung "Kurden" eines Überfalls auf ein "türkisches Lokal". Nachdem dann der tatsächliche Ablauf des Vorfalls an die Öffentlichkeit kam und kurdische und türkische AntifaschistInnen mit einer Mahnwache, Informationsständen und durch Presseerklärungen auf die Urheberschaft der Grauen Wölfe und deren Hintermänner im türkischen Staat hinwiesen, beeilte sich die Neumünsteraner Polizei in einer eigenen Pressekonferenz zu erklären, sie habe "keinerlei Hinweise auf einen politischen Hintergrund" des Überfalls. Auch auf Nachfrage versichert der Sprecher der Polizei, es gäbe keine Erkenntnisse über Aktivitäten türkischer Rechtsextremisten in Neumünster.

Das ist ganz offensichtlich gelogen: Keine zwei Wochen vor dem tödlichen Vorfall hatte der Alevitische Kulturverein in Neumünster auf einer Pressekonferenz - über die auch mehrere Zeitungen berichteten - auf die zunehmenden Aktivitäten türkischer Faschisten in Neumünster hingewiesen und explizit vor möglichen Gewalttaten aus deren Ecke gewarnt. Nicht nur Kurden oder vermeintliche PKK-Sympathisanten waren in der Vergangenheit immer wieder von den Faschisten angegriffen und provoziert worden; auch linke und demokratische Türken, Angehörige der alevitischen Glaubensgemeinschaft, ja sogar kleine Schulkinder, die sich weigerten den "Wolfgruß", das Erkennungszeichen der Grauen Wölfe, mitzumachen, wurden bedroht.

Neues Outfit der MHP

In fast allen Gegenden der BRD haben die türkischen Rechtsextremisten seit einigen Jahren erheblichen Zulauf. Seit Monaten kommt es zu Angriffen auf Vereine linker und alevitischer Türken und Kurden; bekannte oder vermeintliche Antifaschisten aus der Türkei werden bedroht oder geschlagen. In Ulm, Bielefeld und Mühlheim wurden Brandanschläge auf kurdische Einrichtungen verübt, bei denen von einer Urheberschaft türkischer Rechtsextremisten auszugehen ist (in der Presse wurden diese Fälle selbstredend dem "kurdischen Terror" zugeschlagen). In Großstädten wie Hamburg, Berlin, Köln etc. befinden sich jeweils ganze Stadtviertel unter Kontrolle der Faschisten. Fußballspiele, Hochzeits- oder Beschneidungsfeiern werden zu Parteidemonstrationen umfunktioniert. Nach bestimmten Ereignissen - z.B. den Fußballänderspielen der Türkei gegen die Schweiz (26.4.95) oder gegen Ungarn (7.9.) - bildeten Anhänger der Grauen Wölfe in

Hamburg, Berlin, Duisburg und anderswo jeweils Autokonvois; sie fuhren mit türkischen Fahnen und Emblemen der MHP durch die Straßen, riefen nationalistische und antikurdische Parolen und bedrohten linke Türken und Kurden durch deutliches Hervorzeigen ihrer Schußwaffen. In einigen Fällen gaben sie dabei auch Warnschüsse ab und griffen linke Einrichtungen oder Einzelpersonen an. In Schulen, Häusern der Jugend und Diskotheken werden linke türkische, kurdische oder alevitische Jugendliche bedroht oder unter Druck gesetzt, sich den Grauen Wölfen anzuschließen.

Nach dem (zeitweiligen) Verbot der MHP in der Türkei bis zur Mitte der 80er Jahre hatten sich auch hier einige der MHP-nahen Vereine aufgelöst oder verloren an Mitgliedern. In den folgenden Jahren verlagerte sich die Organisierung der MHP in der BRD zum Teil aus den ehemaligen Vereinen heraus in eigene Sportvereine, Clubs, Cafés und sog. türkisch-deutsche Freundschaftsvereine. Auch Moscheen und Solidaritätsvereine für Aserbaidschan und Bosnien dienen als Rekrutierungsfeld und als Tarnorganisationen. Die Aufsplitterung ist auch Ausdruck einer gewissen Neuorientierung, wie sie auch die MHP in der Türkei vollzogen hat. Viele der heutigen MHP-Anhänger gehören zur sogenannten zweiten oder dritten Generation, sind hier geboren oder aufgewachsen und entsprechen in ihrem "Outfit" kaum noch dem Bild der MHP der 70er Jahre. Der langhaarige, "freakige" Junge Wolf ist hingegen nicht weniger aggressiv als sein Schnurrbart-tragender Onkel von 1979, wie die Aktivitäten der letzten Monate belegen.

Eine Verharmlosung der Grauen Wölfe als "unpolitische, deklassierte Jugendliche", wie der deutsche Staat sie jahrelang gegenüber deutschen Neonazis betrieben hat, verkennt die organisierte Stärke der MHP. So nahmen am 26. November 1994 in Sindelfingen über 10.000 MHP-Anhänger an der Jahreshauptversammlung der Türk-Federation statt, auf welcher ihr Führer Alparslan Türkes als Redner auftrat und mit Parolen "Führer befiehl, wir folgen" empfangen wurde. Darüberhinaus genießen die Grauen Wölfe weitgehende Unterstützung türkischer staatlicher Stellen: An der Sindelfinger Veranstaltung nahm der türkische Botschafter als Ehrengast teil, Ministerpräsidentin Ciller schickte Glückwünsche. So wie die MHP in der Türkei als ein Arm der Kontraguerilla fungiert und heute wichtige Teile des "Sicherheitsapparates" kontrolliert, ist auch in Europa davon auszugehen, daß die verschiedenen Tarnorganisationen (s.o.) ebenfalls als Aktionsbasis für den türkischen Geheimdienst MIT dienen. Bereits Anfang der 80er Jahre ließen eine Reihe von Ereignissen - Paketbomben an türkische Arbeitsemigranten, auf der als "Absender" der hiesige Presseverantwortliche der linken Organisation Devrimci Isci vermerkt war, oder eine im Schließfach abgestellte "Bombe" im Hamburger Hauptbahnhof, angeblich von der PKK plaziert - auf die Urheberschaft des MIT schließen.

Nationalistischer Konsens

Ihren gestiegenen Masseneinfluß verdanken die Grauen Wölfe auch der Tatsache, daß sie am radikalsten das vertreten, was von Presse, Fernsehsendern, Konsulaten und ihnen angeschlossenen Vereinen, Schulen etc. täglich an türkisch-nationalistischer Propaganda und Mobilisierung betrieben wird. Hierzu zählen die aggressiv betriebe Spendenwerbung für die türkische Armee, Videoclips MHP-naher Sänger vor oder nach Fußballnationalspielen, Rap-Gruppen wie "Karakan" oder jetzt "Cartell", die mit ihren Texten zur türkisch-nationalistischen Mobilisierung beitragen, selbst wenn sie selbst nicht explizit als faschistisch zu bezeichnen sind.

Die türkische Linke, die durch den Militärputsch von 1980 ohnehin bis heute merklich geschwächt ist, konnte oder wollte diesem Chauvinismus bislang wenig entgegensetzen. Ein Teil neigt dazu, die türkisch-nationalistische Stimmung der Jugendlichen hier als (überzogene) Reaktion auf den deutschen Rassismus zu entschuldigen. Initiativen wie der Türkisch-Kurdische Freundschaftsverein in Köln, der es sich zur Aufgabe gesetzt hatte, sich diesem nationalistischen Trend entgegenzustellen, wurden von offiziellen türkischen Stellen scharf angegriffen und auch von einigen Linken als "Kurdenfans" verächtlich gemacht.

Die türkisch-nationalistische Front schließt auch Sozialdemokraten wie Hakki Keskin, Mitglied im Hamburger Parteivorstand der SPD und Sprecher des "Bundes türkischer Einwanderer", ein, der in der Presse immer wieder als antikurdischer Scharfmacher auftritt. Vor zwei Jahren gehörte er zu den Organisatoren und Rednern einer antikurdischen Massendemonstration in Hamburg, aus der heraus MHP-Anhänger zahlreiche kurdische und linke Läden zertrümmerten.

"Folklore im Rahmen der Gesetze der BRD ..."

Auch die deutsche Politik hat gleich in mehrfacher Weise zum Erstarken der türkischen Faschisten beigetragen:

- Natürlich ist der vehemente Nationalismus türkischer Jugendlicher hier auch Reaktion auf den täglich erlebten Rassismus der deutschen Gesellschaft, auf die Ausgrenzung und die Mordanschläge, die ihnen eine gesicherte Lebensperspektive hier verschließt. Erste Massenauftritte nach 1990 hatten die Grauen Wölfe während der Protestaktionen gegen die Brandanschläge von Mölln und Solingen. Auch die sozialdemokratische Variante des Rassismus, die die Folterungen in der Türkei nicht dem Staat sondern dem "brutalen Türkentum" zuschreiben, und manche völkischen Strömungen an den Rändern der Kurdistan-Solidarität verschaffen dieser Stimmung Nahrung.

- Die Duldung und Verharmlosung des türkischen Rechtsradikalismus durch staatliche Stellen entspricht deren Haltung gegenüber deutschen Nazis. Auf eine parlamentarische Anfrage der PDS-Abgeordneten Ulla Jelpke nach den Erkenntnissen des Verfassungsschutzes über die Grauen Wölfe in der BRD antwortete das Innenministerium, die Türk-Federation (ADÜTDF) bezwecke "bevorzugt in Form von Folklore- und Saalveranstaltungen .... die Interessen der Türkischen Republik im Rahmen der Gesetze der Bundesrepublik Deutschland zur Geltung zu bringen". So wie die türkische Armee als Nato-Waffenbruder von der Bundeswehr ausstaffiert und unterstützt wird, genießt (natürlich) auch der MIT als "befreundeter Dienst" die bevorzugte deutsche Gastfreundschaft. Nach dem Verbot der PKK durch Innenminister Kanther im November 1994 meldete die türkische Massenpresse stolz, daß die türkische Regierung (mit Duldung der BRD) eine große Anzahl "spezieller Sicherheitskräfte" in die BRD bzw. nach Europa entsandt hätte, um hier den Kampf gegen den "kurdischen Terror" effektiver zu führen.

- Nicht zuletzt haben auch die antikurdische Politik der Bundesrepublik - Verbote kurdischer Vereine, Verlage, Publikationen bis hin zu kurdischen Symbolen und Fahnen - und die konzertierte Pressehetze den türkischen Rechtsradikalen erheblichen Auftrieb verschafft. Kommentatoren der türkischen Presse rufen nach einer Bewaffnung der Türken in der BRD (gegen Kurden), und ein Mitarbeiter des bayrischen Innenministeriums, Hermann Regensburger, schlug die Aufstellung türkischer Jugendlicher als "freiwillige Wächter" vor, die nach einer 40stündigen Ausbildung mit einem "Wächterausweis", Armbinde, Funkgerät und Tränengas ausgestattet werden sollten, um dann für einen Stundenlohn von 12 DM als Hilfstruppe der Polizei eingesetzt zu werden.

Die Übernahme des "Dorfschützer"-Systems aus der Türkei scheint also nur noch eine Frage der Zeit zu sein. Ohnehin werden derzeit in mehreren Bundesländern verstärkt türkisch-stämmige Mitarbeiter für den Polizeidienst rekrutiert. Die genannten Maßnahmen erleichtern nicht allein Kontrolle und schärfere Repression gegen kurdische und türkische Oppositionelle. Sie sind gleichzeitig Schritte in Richtung auf eine Ethnisierung sozialer Probleme, wie sie z.B. in den USA längst praktiziert werden. Das Anlegen von "Kurdenkarteien" durch massenhaftes Sammeln von Videoprints abgefilmter kurdischer Demonstrationen sowie die Schaffung "kurdenfreier Zonen" (z.B. am Hamburger Hauptbahnhof) sind bereits gefährliche Schritte in diese Richtung.

Fehler und Perspektiven

Allerdings haben auch die zahllosen Anschläge gegen türkische Läden, Einrichtungen und Privatwohnungen, die in den vergangenen Jahren periodisch verübt wurden, erheblich zur Schaffung des angespannten Klimas beigetragen, weshalb mensch am liebsten schlußfolgern würde, sie gingen einzig auf das Konto deutscher Rechtsradikaler oder auch des türkischen Geheimdienstes. Obgleich die PKK bzw. ERNK sich wiederholt von diesen Anschlägen distanziert haben, gibt es von ihnen auch schwammige Formulierungen wie: "Einige der Aktionen könnten die Reaktion unseres Volkes sein." Zwar muß selbst das BKA in einer Antwort auf die Anfrage der PDS-Abgeordneten Ulla Jelpke nach der Urheberschaft der antitürkischen Anschläge zugeben, daß es nur bei 12 von 139 Anschlägen (im Zeitraum Februar bis April dieses Jahres) Verdachtsmomente in Richtung auf eine Täterschaft aus dem PKK-Umfeld hat. Aber auch die PKK hat mit ihrer z.T. uneindeutigen Haltung selbst zur Verunsicherung beigetragen und der antikurdischen Koalition Argumente geliefert.

Anschläge gegen ausländische Läden und Büros, selbst wenn deren Inhaber aus dem MHP-Umfeld stammen sollten, sind in der BRD absolut schädlich, da sie von der Mehrheit der deutschen und türkischen Öffentlichkeit durch nichts von rassistischen Anschlägen deutscher Neonazis zu unterscheiden sind. Es ist auch verlogen, wenn sich Sprecher der PKK hinter angeblich "spontanen Reaktionen unseres Volkes" verschanzen, da sie sonst keine Gelegenheit versäumt zu betonen: "Das Volk ist die PKK, die PKK ist das Volk."

Deutsche AntifaschistInnen wiederum machen sich unglaubwürdig, wenn sie verunsichert abwarten und schweigen, anstatt lautstark und unmißverständlich alle Gewaltakte gegen ausländische Privatpersonen und Geschäfte in der BRD zu verurteilen - egal ob es sich bei den Opfern um Kurden, Türken, Aleviten, Juden, Portugiesen oder Chinesen handelt.

Nora Mielke

MHP in der Türkei:

Wölfe im

neuen Gewand

Die 1969 von Oberst Alparslan Türkes gegründete MHP (Nationale Aktionspartei) ist nicht nur ideologisch mit dem deutschen Faschismus verwandt: Türkes und andere führende Kader der späteren MHP gehörten während des zweiten Weltkriegs zu den Verbindungsmännern zwischen dem deutschen Außenministerium und dem Geheimdienst in der Türkei. Diese Beziehungen wurden auch nach dem Kriege weitergeführt, z.B. zu Strauß und zu Gehlen.

Die Partei sowie ihre als "Graue Wölfe" bekannten paramilitärischen Einheiten waren über personelle Verflechtungen und Anbindung an den türkischen Geheimdienst MIT ein Arm der unter US-Regie aufgebauten Kontra-Guerilla. Während der späten 60er und 70er Jahre schufen die Terrorkommandos der Partei durch Gewaltakte gegen Studenten, Gewerkschafter und Linke, durch Provokationen und Massaker eine bürgerkriegsähnliche Situation, die als Vorbereitung der Militärputsche von 1971 und 1980 diente. Nachdem sie auf diese Weise die Dreckarbeit für den Staat erledigt hatten, wurde die Partei - wie alle anderen - nach dem Putsch vom 12. September verboten, zahlreiche ihrer Mitglieder mußten für einige Zeit ins Gefängnis.

Nach ihrer Wiederzulassung organisierte sich die MHP in der zweiten Hälfte der 80er Jahre in der Türkei neu. Heute wendet sie sich an eine teilweise andere Klientel als in den 70er Jahren. Ihre Hochburgen sind nicht mehr allein die rückständigen, ländlichen Gebiete Zentral- und Ostanatoliens sondern gleichermaßen die Städte (und Touristenzentren) der Ägäis- und Mittelmeerküste. Islamische Inhalte werden weniger betont; die MHP-Jugend der Stadt ist städtisch, "modern", z.T. intellektuell und häufiger in Discos als in Moscheen zu finden.

Im Mittelpunkt ihrer Aussagen steht ein rassistisch-völkischer Nationalismus, der z.T. auf das "Türkentum" vor der Islamisierung rekurriert, sowie das Eintreten für eine "mächtige Türkei" und einen "starken Staat", der sich entschieden dem "kurdischen Terror" widersetzt. In diesem letzten Punkt unterscheidet sie sich kaum von den übrigen Parteien, da ein aggressiver Nationalismus fester Grundkonsens aller Parteien ist; sie profitiert allerdings von der nationalistischen Massenmobilisierung, die sich z.B. bei Fußballländerspielen, Begräbnissen, Einberufungen von Soldaten und an Nationalfeiertagen manifestiert. Solche Ereignisse haben in den letzten Jahren zunehmend den Charakter von MHP-Demonstrationen angenommen.

Während es in den 70er Jahre eine antifaschistische Mobilisierung gab und die MHP in der demokratischen Öffentlichkeit geächtet war, gehören ihre Repräsentanten heute fest zur politischen Elite und dürfen bei keiner Talk-Show fehlen. Seit eineinhalb Jahren ist die Koalitionsregierung aus der konservativen DYP und der sozialdemokratischen CHP auf eine inoffizielle Koalition mit der MHP angewiesen. Mehrfach wurden MHP-Führer mit Regierungsmissionen betraut; so führte z.B. MHP-Chef Türkes im vergangenen Winter in Frankreich Verhandlungen mit einer armenischen Regierungsdelegation. Seit den Regionalwahlen vom Frühjahr 1994 stellt die MHP in mehreren Städten, so z.B. im Stadtteil Keciören von Ankara, den Bürgermeister; der Oberbürgermeister von Izmir, selbst DYP-Mitglied, stützt sich wesentlich auf einen Mitarbeiterstamm von MHP-Kadern.

Als Staat im Staate verfügt die MHP heute über mehrere Zigtausend Bewaffnete im Staatsapparat, darunter die 15.000 Mann Spezialeinheiten in Kurdistan, einen großen Teil der Dorfschützer sowie die Angehörigen der politischen und Antiterror-Abteilungen der Polizei und das Gefängnispersonal in den türkischen Großstädten. Darüberhinaus existiert in vielen Städten noch ein parteieigener Schlägerdienst - in Ankara z.B. das "A-Team" - das völlig unbehelligt unliebsame Gegner bedroht oder "ausschaltet"; Anfang September wurde ein Mitglied einer von Sozialdemokraten gegründeten Wohnungsbaukooperative in Ankara erschossen.

NM

35. "Schwarze" Literatur zur Beruhigung. Aus John Edgar Widemans Einleitung zu "Live from Death Row" von Mumia Abu-Jamal

Rubrik: USA; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak382/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:382:17

Vor wenigen Wochen erschien "... aus der Todeszelle", die deutsche Übersetzung der Essaysammlung "Live from Death Row" von Mumia Abu-Jamal (AGIPA-Press Bremen, 300 Seiten, 28 Mark). In der Einleitung vergleicht der bekannte US-amerikanische Schriftsteller John Edgar Wideman (u.a. "Brothers and Keepers" und "Philadelphia Fire") Abu-Jamals Essays mit der modernen "Sklavenliteratur". Wir danken AGIPA-Press für die Abdruckgenehmigung.

Sich der Schrecken der afrikanisch-amerikanischen Geschichte zu erinnern und sich der Herausforderung dieser Geschichte zu stellen, ist so, als würden wir eine schwierige, unangenehme Pflicht auf uns nehmen, die wir schon lange vor uns hergeschoben haben. In unseren Herzen wissen wir, daß wir uns der Auseinandersetzung stellen müssen. Aber wir schieben sie auf, verdrängen sie, als ob wir der Bürde, die wir tragen, der Verantwortung, die wir übernehmen müssen, durch einfaches Hinauszögern entgehen könnten. Mumia Abu-Jamal konfrontiert uns mit der Bürde unserer Geschichte. In einer seiner Kolumnen aus der Todeszelle zitiert er ausführlich aus einer Entscheidung des Obersten Bundesgerichts der USA aus dem Jahr 1857. Es geht darum, ob die Nachkommen von Sklaven nach ihrer Freilassung die vollen Bürgerrechte der Vereinigten Staaten genießen sollen. Dazu der Vorsitzende Richter Roger Taney: "Nach unserer Auffassung fallen sie nicht unter den Begriff ‚Bürger` in der Verfassung, fielen nie darunter und sollten dies auch nie. Sie können deshalb keines der Rechte und Privilegien der Vereinigten Staaten für sich reklamieren. (...) Eine unüberwindliche Barriere sollte für alle Zeiten zwischen der weißen und jener Rasse errichtet werden, die sie zu Sklaven erniedrigt und zu Untertanen gemacht hatte, über die sie mit absoluter und despotischer Macht herrschten, und die sie in der biologischen Ordnung als so weit unter sich stehend betrachteten, daß sie Mischehen zwischen Weißen und Negern oder Mulatten als widernatürlich und unmoralisch betrachteten und als Verbrechen bestraften."

Richter Taney bestätigt als Sprecher des Gerichts den Standpunkt seiner Vorfahren und formuliert eine Einstellung, die sich bis heute behauptet hat. Mumia macht uns darauf aufmerksam, daß Thurgood Marshall, der als erster Mensch afrikanischer Herkunft an das Oberste Bundesgericht der USA berufen wurde, nur Stunden nach der Niederlegung seines Amtes (1991) bekannte: "Ich bin noch immer nicht frei." (...) Mumia Abu-Jamal überprüft in seinen Essays die Wirklichkeit. Er erinnert uns daran, daß wir die Bürde unserer Vergangenheit verstehen müssen, wenn wir uns in der Gegenwart bewußt bewegen wollen.

Da sitzt einer wie Mumia Abu-Jamal im Gefängnis - genaugenommen in einem Gefängnis im Gefängnis, denn er sitzt in der Todeszelle. Sein Alltag scheint wenig mit unserem gemein zu haben, denn wir leben in der sogenannten Freiheit. Doch wenn wir genauer darüber nachdenken, dann stellt sich die Frage: "Wer sitzt eigentlich nicht in der Todeszelle?" Vielleicht liegt eine vernünftige Begrenztheit der menschlichen Natur darin, daß wir uns, obwohl die Todesstrafe in jedem Augenblick unseres Daseins wie ein Damoklesschwert über unseren Köpfen schwebt, beharrlich der Gestaltung eines sinnvollen Lebens widmen. Unserer Sterblichkeit können wir nicht entrinnen, und doch brauchen wir uns nicht in die nächste Ecke zu verkriechen und auf das Ende zu warten. Die täglich überwältigende Flut von schlimmen Nachrichten darf uns nicht aus dem Tritt bringen, und wir dürfen sie auch nicht zum Vorwand dafür nehmen, daß wir die Hände in den Schoß legen, die Augen verschließen, allem aus dem Weg gehen, uns hinter imaginären Mauern verstecken und so tun, als wenn uns nichts etwas anginge. Es gibt Alternativen. Wir können kämpfen. Wir können darum kämpfen, zusammenzukommen und ein besseres Bild von uns selbst zu entwerfen. Ein besseres Bild von der Welt zu entwerfen. Schritt für Schritt und Tag für Tag die Verantwortung dafür zu übernehmen, die kleinen Dinge, die wir in der Hand haben, zu verändern, und die großen Dinge, die scheinbar nicht in unseren Händen liegen, nicht so zu akzeptieren, wie sie sind. Das Leben und die Essays von Mumia Abu-Jamal geben uns ein Beispiel für diesen Kampf. (...)

Seit 30 Jahren wird von dem Versprechen der Gleichheit, das die Bürgerrechtsbewegung in den 60er Jahren erzwungen hatte, abgerückt. Den African-Americans hat dieses Abrücken auf der einen Seite eine etwas

größere Mittelklasse beschert, auf der anderen eine wachsende farbige Unterschicht, die auf der untersten Stufe einer Wirtschaftsordnung steht, in der es für sie keinen Aufstieg gibt. Für die weißen AmerikanerInnen hat sie eine ebenso einschneidende Polarisierung und Umschichtung der Klassen gebracht wie für die Schwarzen. Ganz unten stehen die, die sich einmal selbstbewußt als Werktätige definiert haben und nun mehr und mehr in den Strudel von Arbeitslosigkeit und Armut, Sozialfürsorge, mangelhafte Bildung und Unsicherheit gerissen werden. In der Mitte hält sich voller Unmut, Zittern und Zagen die schnell schrumpfende Mehrheit. Sie wissen, daß sie einen Drahtseilakt vollführen - sie balancieren weg von der unerbittlichen Armut und hin auf den Traum vom grenzenlosen Reichtum, der sicheren Schutz vor Krisenzeiten gewährt. Sie wissen auch, daß das Drahtseil ins Nichts führt - wenn sie nicht im Lotto gewinnen -, nur zum nächsten noch aufreibenderen, noch gefährlicheren Schritt auf dem hauchdünnen Seil oder aber zum plötzlichen Sturz in den Abgrund. Ganz oben an der Spitze schließlich steht eine verschwindend kleine Minderheit, deren Wohlstand eine Mauer bildet, die sie gegen das Chaos sozialer Instabilität schützt. Diese Mauer ist eine Reaktion auf das moralische Chaos, das die Ungleichheit verursacht, und sie basiert gleichzeitig darauf. Die soziale Landschaft, die heute vor uns liegt, braucht dringender eine radikale Veränderung als die der 60er Jahre (oder zumindest genauso dringend). Die damalige Ära gab einen starken Impuls für Veränderungen - wenn er auch brüchig war, weil die Veränderungen nicht konsequent durchgezogen wurden. Doch heute werden wir von entgegengesetzten Kräften getrieben. Die Mauern, die die AmerikanerInnen nach Rasse, Geschlecht, Klasse und Region voneinander trennen, werden gutgeheißen und begrüßt. Dies nicht etwa deswegen, weil Vielfalt gewünscht wäre und es das Bestreben gäbe, wirkliche Einheit durch gegenseitigen Respekt und Versöhnung zu erreichen. Gefängnismauern sollen die endgültige Lösung bringen. Sie stehen als Symbol für unsere Kurzsichtigkeit, für unsere Ängste vor den eigentlichen Problemen, die uns alle gefangenhalten. Das Schlimme ist, wie blind und begeistert wir denen folgen, die eben jene Mauern errichten, die unser aller Verhängnis sind.

Mumia Abu-Jamals Stimme gilt als gefährlich und subversiv. Beim National Public Radio - um nur eines der einflußreichen Medien zu nennen - fiel sie deshalb der Zensur zum Opfer. (1) Heute sind viele Bücher von Schwarzen auf dem Markt (...). Was unterscheidet Mumias Geschichte von den anderen, warum wirkt sie als Bedrohung? Erinnern wir uns, daß Sklavenliteratur und das sich später daran orientierende Genre - die zahllosen, den Sklavenerzählungen in Form und Inhalt nachempfundenen Biographien und Autobiographien über Schwarze, die ihr Elend überwinden - immer schon Bestseller waren. Der Handlungsablauf ist genauso aufgebaut, wie es AmerikanerInnen für den Lebenslauf eines schwarzen Menschen angemessen finden. Die moderne Sklavenliteratur vermittelt eine Botschaft, die die meisten Leute, die sich Bücher leisten können, gerne hören wollen. Diese Botschaft hat eine elementare Tiefenstruktur, die mit unendlichen Variationsmöglichkeiten von immer wieder anderen Stimmen immer wieder anders verpackt wird. Ausgangs- und Endpunkt der Sklavenliteratur des 19. Jahrhunderts war eine zweigeteilte Welt, in der es nur ein Entweder-Oder gibt. Die Handlung dreht sich um den Übergang von der einen in die andere Welt. Wir werden Zeugen davon, wie die Hauptperson ihre "rites de passage" vollzieht. Vom Süden zum Norden, vom Land in die Stadt, von einer schwarzen Umgebung (Plantage) in eine weiße Umgebung (die ist überall, auch in der Sprache, in der die Erzählenden mit den LeserInnen kommunizieren), von der Sprachlosigkeit zum Lesen und Schreiben - all dies sind klassische Grenzüberschreitungen, die der Protagonist in diesen Märchen vollzieht. Wenn man sich die modernen Varianten dieser Zweiteilungen vornimmt - vom Ghetto in die Mittelschicht, von Unwissenheit zu Bildung, vom Hilfsarbeiter zum Akademiker, vom verachteten Gangster zum aufgeklärten Wortführer -, sieht man, wie dauerhaft und anpassungsfähig dieses Muster ist. Das Muster der modernen Sklavenliteratur verkauft sich gut, weil es einfach ist, weil es die Kategorien des Status quo (zum Beispiel schwarz/weiß) akzeptiert und erhält, weil es Individuen und nicht Gruppen sind, die Grenzen überschreiten, weil es die Mächtigen stützt und beruhigt und den Ohnmächtigen ein Fünkchen Hoffnung gibt. Auch wenn die bestehende gesellschaftliche Ordnung die Schrecken der Plantagen, Ghettos und Gefängnisse möglich macht - und das ist die Lehre aus den Geschichten - so erlaubt sie doch einigen, den Schrecken zu entkommen. Also ist diese Ordnung nicht grundsätzlich schlecht. Niemand ist absolut schuldig, und die Unterdrückten (SklavInnen, Gefangene, GhettobewohnerInnen) sind nicht völlig frei von Schuld. Wenn einige es schaffen, warum schaffen es die anderen nicht auch? Die stellvertretende Identifikation mit den bewegenden Abenteuern des Erzählers, insbesondere wenn die Geschichte in der Ich-Form geschrieben ist, erlaubt es den LeserInnen, ein Stück vom großen Kuchen zu ergattern und am Tisch mitzuessen. Sie erleben, wie spannend und aufregend es ist, ein Außenseiter zu sein. Vom sicheren Lehnsessel aus können sie den schlauen Sklaven anfeuern, der gegen ein empörendes, böses System angeht - ein System, das die Knechtschaft für Recht und Gesetz erklärt. Die LeserInnen können für einen wunderbaren Moment vergessen, daß sie auf genau dieses

System bauen, um das Buch und den Lehnsessel bezahlen zu können. Die moderne Sklavenliteratur hat also dieselbe ambivalente Funktion wie ihre Vorläufer. Das Schicksal eines schwarzen Individuums wird in den Vordergrund gestellt und aus dem Netz systemischer Bezüge herausgelöst, die alle amerikanischen Lebensläufe miteinander verbinden, definieren, bestimmen und unterminieren. Diese Sichtweise auf das Leben von Schwarzen ignoriert den Status quo der Apartheid oder schreibt ihn sogar fest. Trennende Kategorien wie Sklave/Freier, schwarz/weiß, Unterschicht/Mittelschicht, weiblich/männlich, die die Welt in den Erzählungen strukturieren, werden nicht hinterfragt. Die Idee eines kollektiven, miteinander verflochtenen Schicksals verliert an Bedeutung. Ironischerweise perpetuiert gerade dieses Genre die uns prägenden Mechanismen von Klasse, Rasse und Geschlecht, das von sich behauptet, Möglichkeiten aufzuzeigen, Grenzen zu überschreiten und die Bedingungen zu transzendieren, in die wir hineingeboren werden.

Mumia Abu-Jamals Essays thematisieren Fragen, die die meisten populären Geschichten über Schwarze, mit denen der Buchhandel heute wirbt, gar nicht berühren. Und genau darin liegt die Kraft und die Eindringlichkeit seines Schreibens. Seine Essays sind wichtig, weil sie abweichen und ein Korrektiv sind. Er untersucht den Ort, an dem er sich befindet (das Gefängnis) und seinen Status (Gefangener, schwarzer Mann). Aber er weigert sich, die Idee von Differenz und Trennung zu akzeptieren, die sich durch diese Etikettierungen vermittelt. Er sehnt sich nach Freiheit, er verlangt sie und setzt sie doch nicht gleich mit der Entlassung aus dem Gefängnis, verwechselt sie nicht mit dem, was seine Bewacher ihm gewähren oder nehmen können, reduziert den Freiheitsgedanken nicht auf die Welt hinter den Gittern, aus der heraus die Schließer täglich ihren Dienst antreten. Er widmet sich der persönlichen Befreiung, aber er trennt sie gedanklich nicht vom kollektiven Schicksal der Schwarzen, sondern betrachtet sie als teilweise abhängig davon. Er spaltet seine Welt nicht in zwei Teile auf, um sich der geteilten Welt des Gefängnisses anzupassen. Er beschreibt die Notwendigkeit, Verbindungen herzustellen und überläßt keiner Person oder Gruppe die Macht, ihn zu bestimmen. Sein Schicksal, sein Menschsein ist nicht an den verzweifelten, eindimensionalen Drang gekoppelt, daß er den Übergang in eine Sphäre schaffen möge, die anderen gehört oder von ihnen kontrolliert wird. Was er ist, wer er werden kann, ergibt sich unabhängig von den äußeren Umständen aus seinem täglichen Kampf um die Entwicklung einer Identität. Ist nicht eine der Lehren der afrikanisch-amerikanischen Kultur, daß es eine Wirklichkeit unter, über und neben dem gibt, was sichtbar ist? Unsere Geschichte zeugt davon, daß unsere Lebensart, unsere Kunst und unsere seelisch-geistige Kraft angesichts extremer physischer Deprivation gedeihen kann. Erreichen uns nicht gerade in diesem Moment die Worte Mumia Abu-Jamals trotz Gefängnisgittern und Todesstrafe und liefern damit ein weiteres Beispiel für unsere Fähigkeit, immer wieder weiterzumachen? Die wichtigste Wahrheit, die Mumia uns mitteilt, ist, daß er noch nicht tot ist. Er versichert uns aber gleichzeitig, daß seine Stimme nicht etwa deshalb so voller Lebenskraft und Stärke ist, weil niemand ihn töten oder zum Schweigen bringen will. Das Gegenteil ist der Fall. Ihre Kraft erwächst aus seinem Widerstand gegen die, die ihn zum Verstummen bringen wollen. Wie durch Zauberei werden Mumias Worte durch die giftigen Restriktionen, die sie auf ihrem Weg zu uns durchdringen müssen, rein und klar. Wie der Blues. Wie der Jazz. (...)

Die besten Sklavenerzählungen und die besten Gefängniserzählungen haben implizit und explizit immer auch tiefgehende Fragen zum Sinn eines Lebens gestellt. Es gehört zu den Leistungen des Blues, des Jazz, unseres größten künstlerischen Schaffens (danke, Mr. Ellison - (2)), das Chaos sichtbar zu machen, das inmitten der Strukturen unserer Sicherheiten lebt. In einer neuen Welt, in die afrikanische Menschen gebracht wurden, um dort zu arbeiten und zu sterben, ohne Spuren zu hinterlassen, brauchten wir freie Stimmen, die unser Schicksal umformulierten - Stimmen, die sich nicht von den Worten anderer verblenden ließen. Die Fähigkeit, sie an den sonderbarsten, dunkelsten, unmöglichsten Orten aufzuspüren, ist lange in uns gewachsen. Ein ganzer Chor dieser Stimmen existiert in der Great Time, dem Medium, das Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft miteinander verschmelzen läßt. Sie sind immer da, wenn wir uns nur anstrengen, sie herauszuhören. Lauscht auf diese Stimmen, auf uns selbst, lauscht auf das Beste, was wir geschrieben und gesagt und ertanzt und gemalt und gesungen haben. Die afrikanisch-amerikanische Kultur könnte trotz aller Belastungen und Angriffe ein Schlüssel zum Überleben unserer Nation sein, ein Schlüssel, der nicht in dem bloßen Bestreben nach materiellem Wohlstand zu finden ist, sondern in der Kraft des Geistes, im Willen, in der Solidarität der Communities. Mumia Abu-Jamal kann uns helfen, Mauern niederzureißen, weil er die Wahrheit sagt - Gefängnismauern und die Mauern, hinter denen wir uns verstecken, um uns der Bürde unserer Geschichte zu verweigern.

Anmerkungen:

1) 1994 nahm der öffentliche Radiosender National Public Radio (NPR) Abu-Jamal für eine wöchentliche Kolumne unter Vertrag. Nach heftigen Protesten der rechten Polizeigewerkschaft FOP kündigte NPR jedoch kurz vor Sendebeginn die Vereinbarung. Abu-Jamals Beiträge sind nun in "... aus der Todeszelle" veröffentlicht.

2) Ralph Ellison, Autor u.a. von "Invisible Man".

(Übersetzung Regine Geraedts, Bearbeitung ak)

36. "Ich bin überwältigt von der Unterstützung." Interview mit Mumia Abu Jamal

Autor: Heike Kleffner, Sally O"Brian, New York · Rubrik: USA · CD-Datei: daten/aksuche/ak382/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:382:13

Seit dem 26. Juli ist Abu-Jamal im Todestrakt eines Gefängnisses in der Nähe von Philadelphia inhaftiert, denn vor dem Philadelphia Court of Common Pleas findet momentan die Anhörung über den Antrag von Abu-Jamals Anwälten auf ein Wiederaufnahmeverfahren statt. Den Vorsitz in dem Verfahren führt der gleiche Richter Albert F. Sabo, der auch 1982 den Prozeß gegen Abu-Jamal geleitet hat. Drei Tage nach dem unerwarteten Aufschub der Hinrichtung hatte Richter Sabo in Abstimmung mit der zuständigen Sicherheitsbehörde, dem Sheriff Department von Philadelphia, ebenso überraschend dem Wunsch von Abu-Jamal nach einem Besuch von Pressevertretern stattgegeben. Die Liste der Anwärter war lang - Reporter der New York Times, der Tageszeitung Philadelphia Inquirer und mehrerer Nachrichtenmagazine warteten schon seit Monaten vergeblich auf eine Interviewgenehmigung. Schlußendlich traf Mumia Abu-Jamal dann jedoch selber die Auswahl und sorgte damit für einige lange Gesichter.

"Das Interview kann nur heute in der Mittagspause im Sicherheitsbereich des Sheriff Department im Gerichtsgebäude stattfinden," hieß es dann am Donnerstag, den 10. August. Im obersten Stockwerk des Gerichtsgebäudes werden die Gefangenen in den Prozeßpausen in winzigen Zellen inhaftiert oder können in Besuchszellen von der Größe eines Hundezwingers mit ihren Anwälten reden. "Keine Fotoapparate, nur mit Trennscheibe und unter visueller Überwachung durch Polizeibeamte," waren weitere Bedingungen. Einige sichtlich verärgerte weiße Polizeibeamte versuchten in letzter Minute, das Interview durch "Dienst nach Vorschrift" doch noch zu verhindern oder zumindestens hinauszuzögern. Schlußendlich blieben dann noch 45 Minuten, um durch eine Sicherheitsglasscheibe durch ein winziges Sprechloch mit Mumia Abu-Jamal das Interview zu führen.

Wenige Tage nach dem Beginn der Anhörung über Ihren Antrag auf ein neues Verfahren haben Sie sich dahingehend geäußert, daß diese Anhörung nur eine Wiederholung dessen sei, was vor 13 Jahren in Ihrem Prozeß stattgefunden hat. Sehen Sie das jetzt nach dem Aufschub Ihrer Hinrichtung immer noch so?

Mumia Abu-Jamal: Viele konservative afroamerikanische und weiße Kommentatoren haben mich in Rückblick auf den Prozeß im Jahr 1982 scharf angegriffen. Sie kritisierten die Auswahl meines Wahlverteidigers John Africa, der dann von Richter Sabo ohnehin nicht zugelassen wurde, und die Tatsache, daß ich Richter Sabo während des Prozesses lautstark kritisiert hatte. Wie viele Leute sehen konnten, habe ich mich während der ganzen jetzigen Anhörung überhaupt nicht geäußert. Ich habe keinen Ton gesagt, niemanden angegriffen, keine kontroversen Bemerkungen gemacht. Trotzdem wurde Rachel Wolkenstein, eine meiner AnwältInnen, wegen "Mißachtung des Gerichts" im Gerichtssaal verhaftet und für 35 Minuten in einer Zelle des Sheriff Departments inhaftiert. Sie hatte es gewagt, ihren Mandanten zu verteidigen und Richter Sabo zu widersprechen. Meinem Hauptanwalt, Len Weinglass, wurde ebenfalls Mißachtung des Gerichts vorgeworfen. Richter Sabo hat ihm mit den Worten "Setzen Sie sich sofort hin und halten Sie den Mund" Haft und eine Geldstrafe von $ 1.000 angedroht. Das alles geschieht, während ich schweigend daneben sitze. Damit müßte eigentlich allen klar sein, daß das Ergebnis in meinem Prozeß im Jahr 1982 auch nicht anders gewesen wäre, wenn ich nichts gesagt hätte. Wie gesagt, die ganze Anhörung von Richter Sabo ist nur ein Déjà-vu-Erlebnis, eine Wiederholung dessen, was 1982 vor Gericht stattgefunden hat.

Viele Menschen haben sich in den letzten Wochen gefragt, wie Sie es schaffen, durchzuhalten? Wie geht es Ihnen?

Ich bin überwältigt von der Flut von Zuneigung, Liebe und Unterstützung, die sowohl international als auch in den USA entstanden ist. Überwältigt ist eher noch eine Untertreibung. Diese Flut bedroht mich aber nicht, sondern sie trägt mich von Tag zu Tag, von einer bedrohlichen Situation zur nächsten, vom Tod zum Leben.

Angesichts dessen, was hinter uns liegt, schätze ich mich sehr, sehr glücklich, dieses Ausmaß an Unterstützung zu haben. Ich bin den tausenden und zehntausenden von Menschen, deren Namen ich zumeist nicht einmal kenne, von Herzen dankbar. Dies vor allem, wenn man an das breite Spektrum der Unterstützung bedenkt. Denn darunter sind nicht nur radikale Linke oder ehemalige Black Panther. Unterstützung kommt aus

religiösen oder christlichen Kreisen, von Akademikern, von Menschen mit ganz unterschiedlichen Überzeugungen. Niemand hätte vorhersagen können, daß diese Bewegung derartig wachsen würde.

Wie haben Sie auf den Aufschub der Hinrichtung reagiert? Wie schätzen Sie die Entscheidung von Richter Sabo ein, die ja erst am 7. August, 10 Tage vor Ihrer geplanten Hinrichtung getroffen wurde?

Meine rein menschliche Reaktion auf den Aufschub war natürlich Dankbarkeit. Die Entscheidung kam vollständig unerwartet. Meine Anwälte würden Ihnen wahrscheinlich in ihren ehrlichsten Momenten sagen, daß weder sie noch ich diese Entscheidung jemals von Richter Sabo erwartet haben. Wenn den Aufschub allerdings in einem größeren juristischen und politischen Kontext betrachtet, scheint die Entscheidung unvermeidlich gewesen zu sein. Im Wortlaut der Anordnung von Richter Sabo heißt es, daß der Aufschub gesetzlich vorgeschrieben sei, "weil der Angeklagte eine Reihe von Berufungsmöglichkeiten hat, die noch nicht ausgeschöpft sind."

(...)

Man muß dazu sagen, daß ich von allen Todesstrafengefangenen im Bundesstaat Pennsylvania derjenige bin, der sich am längsten in der "Stufe 2", dem sog. "Death Watch", befunden hat. Nach der Unterzeichnung des Hinrichtungsbefehles unterliegen die Todeskandidaten verschärften Haftbedingungen. Sie werden bis zur Hinrichtung rund um die Uhr überwacht, um einen Selbstmord oder Fluchtversuch zu verhindern. Zusätzlich zur "Death Watch" wurde ich noch mit 30 Tagen Disziplinarhaft bestraft. Diese Strafe wurde mit zwei Verstößen gegen die Anstaltsordnung begründet - zum einen, weil ich durch mein Buch "Live from Death Row" einem "Geschäft bzw. einer beruflichen Tätigkeit", also Journalismus, nachgegangen sein soll. Und zum anderen, weil ich einen Brief an den Herausgeber einer Gefangenenzeitung, die sich mit juristischen Fragen beschäftigt, geschrieben hatte.

Die Disziplinarstrafe war dazu gedacht, mir die Zeit bis zur Hinrichtung zur Hölle zu machen. Der Anstaltsleitung ist es gelungen, mich fast vollständig zu isolieren. Meine Besuche waren auf einen zweistündigen Besuch im Monat beschränkt, ich durfte nicht telefonieren und meine Korrespondenz wurde noch schärfer als vorher überwacht. Ich stand unter ständiger Überwachung. Wenn ich geschlafen habe, auf der Toilette, beim Essen, bei jedem Schritt, den ich gemacht habe, wurde ich von zwei oder teilweise drei Schließern beobachtet. Wir haben jetzt im übrigen herausgefunden, daß meine gesamte Post - auch die Korrespondenz mit meinen Anwälten - über einen Zeitraum von mehr als einem Jahr geöffnet, kopiert und an die Generalstaatsanwaltschaft von Pennsylvania weitergeleitet wurde.

Wie haben Sie diese Wochen in "Death Watch" zwischen dem 1. Juni und dem 7. August denn überhaupt ausgehalten?

Eine der Höllen im Gefängnis ist die Gleichförmigkeit der Tage. Jeder Tag ist wie der vorherige Tag. Jeder Morgen ist wie jeder andere Morgen. Jede Nacht ist wie die Nacht davor. Ich habe meine Tage in Disziplinarhaft mit dem verbracht, was ich am besten kann - reden. (Er lacht) Als ich im Gefängnis von Greene County in Disziplinarhaft war, befanden sich drei weitere Gefangene, deren Hinrichtungsbefehle ebenfalls unterschrieben worden sind, auch in "Death Watch". Wir waren gemeinsam in einem abgesonderten Trakt inhaftiert und haben stundenlang miteinander geredet. Mit einigen dieser Männer war ich teilweise zehn Jahre lang im Todestrakt inhaftiert, ohne daß wir viel miteinander gesprochen hatten. Aber wenn du dich dann in der Nachbarzelle von jemandem wiederfindest, dessen Todestag und Todesstunde festgelegt sind, dann fängst du an zu reden. Wir haben über unsere Kinder geredet, über die großen Lieben in unserem Leben, über den Knast, über Politik - einfach über alles. Mit einem Mann in Nachbarzelle habe ich über wissenschaftliche Themen diskutiert.

(...)

Um noch einmal auf Ihre Haftbedingungen zurückzukommen: Sie haben drei erwachsene Kinder und drei Enkelkinder. Was empfinden Sie, wenn Sie Ihre Familie im Gerichtssaal sehen?

Obwohl ich diesen Gerichtssaal als "Durchgangsstation zur Hölle" oder "Durchgangsstation auf dem Weg zur Vernichtung" beschreiben würde, war ich sehr froh, meine Kinder und Enkelkinder zu sehen. Nach der Unterzeichnung des Hinrichtungsbefehls konnte ich ja nur noch einmal im Monat Besuch bekommen. Das

Gefängnis von Greene County befindet sich ca. acht Stunden Autofahrt von Philadelphia entfernt, so daß es für meine Familie fast unmöglich war, mich dort zu besuchen.

Es scheint allerdings so, daß die Versuche, Sie zum Schweigen zu bringen, bisher gescheitert sind. Denn je mehr Sie isoliert wurden, desto lauter wurden die Proteste. Worin liegen Ihrer Meinung nach die Gründe für die weltweite Unterstützung, die Sie erhalten?

Das würde ich auch gerne wissen. (Er lacht). Diese Frage ist sehr schwer zu beantworten, und ich kann nicht behaupten, darauf eine Antwort zu besitzen.

Eine meiner Vermuntungen ist, daß Menschen, die sich mit dem Prozeß von 1982 oder auch nur mit dem Strafmaß auseinandergesetzt haben, sich ein Urteil darüber gebildet haben, wie fair oder unfair in meinem Fall vorgegangen wurde und wird.

Ein anderer Grund liegt vielleicht darin, daß viele Menschen sich mit dem, was sie selber tagtäglich erleben, zumindestens teilweise in meinen Erfahrungen wiederfinden und sich damit identifizieren können. Ich versuche, durch meine journalistische Arbeit einen Austausch herzustellen, indem ich mich darum bemühe, die Realität darzustellen und andere Menschen daran teilhaben zu lassen.

Inwieweit spielen Rassismus und politische Überzeugungen in Ihrem Fall eine Rolle?

Während des Besuchs von Reverend Jesse Jackson vor einigen Tagen habe ich mich zu dieser Frage schon geäußert. Wenn ich ein Mitglied der "Aryan Brotherhood", der "Arischen Bruderschaft" (eine neofaschistische Gefangenenorganisation, die in allen US-Gefängnissen vertreten ist) wäre oder wenn ich eingeschriebenes Mitglied eines Satanskults wäre, wäre ich niemals zum Tode verurteilt worden - selbst wenn ich schuldig wäre. Das ist im übrigen nicht nur eine Behauptung meinerseits. Im Gegenteil - der Oberste Gerichtshof der USA, das US Supreme Court, sagt das gleiche. In zwei Fällen, in denen ein Mitglied der "Arischen Bruderschaft" und ein Anhänger eines Satanskultes gegen die Verhängung der Todesstrafe in einem Mordverfahren vor dem US Supreme Court in Berufung gegangen sind, hat das Supreme Court ihr Strafmaß automatisch reduziert und die Entscheidung der unteren Instanzen aufgehoben. Das US Supreme Cort hat ausdrücklich entschieden, daß eine Mitgliedschaft in der "Arischen Bruderschaft" und die religiösen Überzeugungen eines Satanskultmitgliedes nicht zur Strafmaßfindung herangezogen werden dürfen, da beides vom verfassungsmäßig garantierten Recht auf freie Meinungsäußerung und freie Wahl der Assoziierung geschützt wird. In meinem Fall haben die Gerichte allerdings immer anders entschieden, obwohl die Staatsanwaltschaft meine Mitgliedschaft in der Black Panther Party dazu benutzt hat, um die Geschworenen von der Notwendigkeit der Verhängung der Todesstrafe gegen mich zu überzeugen.

Insbesondere im Ausland stellten sich viele Menschen die Frage, warum Sie zum Ziel derart massiver staatlicher Repressionen geworden sind. Was macht Sie so gefährlich, daß seit Jahren versucht wird, Sie zum Schweigen zu bringen?

Vor kurzem sind meine Rechtsanwälte in den Besitz von mehr als 800 Seiten an FBI-Dokumenten gelangt, die 1982 vom FBI nicht herausgegeben worden waren. Diese Dokumente enthüllen, daß ich seit meinem 15. Lebensjahr, also von dem Moment an, als ich Mitglied in der Black Panther Party wurde, vom FBI überwacht wurde. FBI-Agenten sind mir überallhin gefolgt, haben mit Informanten aus meinem Umfeld geredet, meine Telefongespräche abgehört und meine Post überwacht. Die Überwachung begann Ende der 60er Jahre und setzte sich in den 70er Jahren fort. Einen der letzten Eintragungen stammt aus dem Jahr 1991, als eine internationale Delegation mich im Rahmen einer Konferenz über politische Gefangene in den USA im Gefängnis besucht hat. Alles, was ich dazu sagen kann, ist, daß dieser Staat offensichtlich niemanden ertragen kann, der seiner Versionen der Realität widerspricht. Widerstand gegen das herrschende System ist unerwünscht.

Die FBI-Dokumente sind sehr stark zensiert. Aber der Inhalt ist eindeutig: Ich wurde als eine "Gefahr für die nationale Sicherheit" erachtet - als 15jähriger Teenager - weil ich einige Artikel in der Black Panther Zeitung geschrieben hatte, die ihnen nicht gefallen haben. Ich bin immer noch davon überrascht, daß ich als 15jähriger von den höchsten Regierungsstellen im "Nationalen Sicherheitsindex" aufgeführt wurde. Dabei geht es nicht darum, was ich getan habe, sondern um meine Überzeugungen, um die Artikel, die ich geschrieben habe.

Die Dokumente enthüllen auch, daß schon in den 70er Jahren versucht wurde, mir in mehreren Fällen Beteiligung an Morden und bewaffneten Raubüberfällen anzuhängen. In einem Fall geht es um einen Mord in Bermuda Anfang der 70er Jahre. Wenn ich damals nicht einen festen Arbeitsplatz gehabt hätte und die Schichtpläne nicht ein eindeutiger Beweis dafür gewesen wären, daß ich mich zum fraglichen Zeitpunkt an meinem Arbeitsplatz befunden habe, hätte ich mich vielleicht schon als 17jähriger - anstatt mit 27 Jahren im - Todestrakt befunden.

(...)

Wir haben schon über die breite Öffentlichkeit und Unterstützung in Ihrem Fall geredet. Wie reagieren die anderen Gefangenen in den Todestrakten der USA auf die Aufmerksamkeit, die Ihnen zuteil wird?

Es gibt hunderte und tausende von Mumia Abu-Jamals in den Todestrakten in diesem Land. Das muß so einfach auch wahrgenommen werden. Jeden Tag, wenn ich mich mit Gefangenen in meiner Rolle als Gefangenenanwalt im Todestrakt unterhalte, höre ich Horrorgeschichten, die mir die Haare zu Berge stehen lassen. Einige von diesen Fällen habe ich in meinen Artikeln dokumentiert. Diese Menschen sind kaum bekannt, oft bleiben sie anonym. In meinem Prozeß war mein Pflichtverteidiger z.B. offensichtlich imkompetent. Es gibt aber auch Fälle, in denen die Anwälte betrunken zur Verhandlung erschienen sind oder ihren Mandanten vor dem Gericht als "diesen Nigger" bezeichnet haben. Die Mandanten befinden sich inzwischen in den Todestrakten. Es gibt viele Fälle, von denen die Öffentlichkeit nie erfährt, die genauso schockierend oder noch schockierender sind, als mein eigener. Es wird einfach Zeit, daß sich die Öffentlichkeit diese Tatsachen vor Augen führt.

Außerdem muß man wissen, wer sich in Amerikas Todestrakten befindet. Man findet dort aus guten Gründen keine O.J. Simpsons. Aus den gleichen Gründen hat die Staatsanwaltschaft im Prozeß gegen O.J. Simpson auch von Anfang an klargestellt, daß sie im Falle eines Schuldspruches wegen zweifachen Mordes nicht die Todesstrafe beantragen wird. Ich bin mir ziemlich sicher, daß 3/4 aller Gefangenen in Kaliforniens Todestrakten sich dort aufgrund von einer Verurteilung wegen einem einfachen Mord und nicht einem Doppelmord befinden. Sie verfügen eben nicht über die finanziellen Mittel und Prominenz eines O.J. Simpson. Das sagt eigentlich schon alles darüber aus, welche gesellschaftlichen Schichten sich in den Todestrakten wiederfinden und welche nicht.

Was erhoffen Sie sich für die Zukunft und was erwartet Sie in den nächsten Monaten?

Es ist schwierig, Vorhersagen zu machen. Aber ich kann wohl mit ziemlicher Sicherheit behaupten, daß wir von Richter Sabo die Ablehnung unseres Wiederaufnahmeantrags zu erwarten haben. Wir versuchen natürlich unser bestes, erhoffen jedoch eine positive Entscheidung auf den Wiederaufnahmeantrag erst auf der Berufungsebene. Aber die Gründe, die wir in unserem Befangenheitsantrag gegen den Vorsitz von Richter Sabo in dieser Anhörung angeführt haben - daß er ein "Staatsanwalt in Richterrobe" und "ein Alptraum für jeden Verteidiger" sei - haben sich im Laufe der Anhörung bestätigt. Am Freitag hat Richter Sabo als Reaktion auf die Bitte meines Anwalts, zumindestens den Schein eines fairen Verfahrens zu wahren, geantwortet: "Justice ist just an emotional feeling, counselor - Gerechtigkeit ist nur ein Gefühl, Herr Anwalt."

Vielen Dank für das Interview

Das Interview wurde von Heike Kleffner und Sally O'Brian, Pacifica Radio Network, New York, geführt. Übersetzung Heike Kleffner. Der vollständige Text erschien in der "jungen Welt".

Das Solidaritätsbüro Mumia Abu-Jamal informiert:

Die Anhörung zum Wiederaufnahmeverfahren Abu-Jamals wird seit dem 11.9.95 fortgesetzt, beginnend mit den Plädoyers. Fortsetzung der Anhörung heute mit Mumia Abu-Jamals Bruder, William "Billy" Cook, als neuem Augenzeugen.

Die Anhörung wurde in den Hochsicherheitsgerichtssaal mit Trennscheibe verlegt.

Der gestrige Anhörungstag im Wiederaufnahmeantragsverfahren von Mumia Abu-Jamal vor Richter Albert Sabo begann mit den Plädoyers von Verteidigung und Staatsanwaltschaft. Rechtsanwalt Len Weinglass wies in seinem Plädoyer darauf hin, daß Mumia Abu-Jamal 1982 kein faires Verfahren hatte und daß die Verteidigung im jetzigen Anhörungsverfahren eine Vielzahl neuer Beweise für Abu-Jamals Unschuld

präsentierte. Im Gegenzug behauptete Staatsanwalt Burns, Zweifel an der Glaubwürdigkeit der Zeugen der Staatsanwaltschaft seien unbegründet, darüber hinaus seien auch jetzt keine neuen Beweise für Abu-Jamals Unschuld präsentiert worden.

Nach der Mittagspause gab dann der Rechtsanwalt von Billy Cook, Abu-Jamals jüngerem Bruder, bekannt, daß Billy Cook am Dienstag, dem 12.9., als Zeuge der Verteidigung aussagen werde. Die Durchsuchung und Festnahme von Billy Cook und seinem Begleiter in der Nacht vom 9. Dezember 1981 durch den Polizeibeamten Daniel Faulkner waren der Auslöser für die nachfolgenden tödlichen Schüsse auf Faulkner und die Festnahme von Abu-Jamal gewesen. Billy Cook, der damals als Straßenhändler arbeitete, war nach kurzer Zeit aus dem Polizeigewahrsam entlassen worden, da ihm eine Tatbeteiligung nicht vorgeworfen wurde. Aufgrund von Morddrohungen gegen seine Person durch Polizisten war Billy Cook gezwungen, sich zu verstecken, so daß er auch im Verfahren gegen Abu-Jamal 1982 nicht als Zeuge auftrat. Billy Cook war dann des öfteren obdachlos und zeitweise drogenabhängig. In der vergangenen Woche trat er erstmals wieder an die Öffentlichkeit und bekräftigte, daß Abu-Jamal den Polizeibeamten Daniel Faulkner nicht erschossen hatte.

Das Anhörungsverfahren findet seit gestern im neuerbauten Hochsicherheitssaal des Philadelphia Court of Common Pleas statt. Das Gericht, Verteidigung und Staatsanwaltschaft sind durch eine raumhohe Glastrennwand von den ProzeßbesucherInnen getrennt. Eine offizielle Begründung für diese drastische Verschärfung der Sicherheitsbestimmungen gibt es nicht - offenbar soll so staatlicherseits versucht werden, Abu-Jamals "Gefährlichkeit" unter Beweis zu stellen.

12.9.95

Für weitere Nachfragen können Sie sich an Barbara Jentzsch, Radiokorrespondentin in Washington DC, Tel. 001-703-524-0660 wenden.

Adressen - Adressen - Adressen - Adressen - Adressen - Adressen - Adressen - Adressen - Adressen - Adressen

Mumias neue Adresse:

Mumia Abu-Jamal

AM - 8335, SCI Greene

1040 East Roy Furman Highway,

Waynesburg,

PA 15370 USA

Bremen:

Kampagne "Mumia Abu-Jamal"

c/o Archiv '92, Postfach 150 323

28093 Bremen

Tel.: 0421/354029

Fax: 0421/353918

Wiesbaden:

Unterstützungskomitee

Mumia Abu-Jamal c/o Infoladen

Werderstr. 8, 65195 Wiesbaden

Tel.: 0611/440664 (Di & Do 17-19 Uhr)

Fax: 0611/302083 (Bitte kennzeichnen)

Berlin:

Solidaritätsbüro Mumia Abu-Jamal

c/o ARI, Yorckstr. 59, 10965 Berlin

Tel.: 030/7865917

Fax: 030/7869984

e-mail: art-b@vlberlin.comlink.de

Spendenkonto für Mumia direkt:

(Prozeß- und Recherchekosten)

Sonderkonto "Mumia Abu-Jamal"

BfG Bremen

Konto-Nr. 100 587 76 01

BLZ 290 101 11

Spendenkonto für die Kampagne:

Sonderkonto "Kampagne"

BfG Bremen

Konto-Nr. 100 587 76 02

BLZ 290 101 11

37. Neues zur Repressionsgeschichte in Göttingen

Autor: A. List · Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen; Autonome · CD-Datei: daten/aksuche/ak382/51.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:382:51

Am 4. August entschied der Bundesgerichtshof, gegen 17 mutmaßliche Mitglieder der Autonomen Antifa (M) wegen des Verdachts der mitgliedschaftlichen Beteidigung in einer kriminellen Vereinigung nach § 129 Abs. 1 StGB das Hauptverfahren vor der Staatsschutzkammer des Landgerichts Lüneburg zu eröffnen. (zur Vorgeschichte siehe ak 377)

Nach vierjährigen Ermittlungen wurde im Februar 1995 gegen 17 mutmaßliche Mitglieder der Autonomen Antifa (M) Anklage durch die Generalstaatsanwaltschaft beim Oberlandesgericht in Celle erhoben. U.a. wurde den Angeklagten "Werbung für die terroristische Rote Armee Fraktion (RAF)" und Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung (der Autonomen Antifa (M)) vorgeworfen. Zu den Anklagepunkten gehören weiterhin schwerer Landfriedensbruch, Nötigung und Störung des öffentlichen Friedens sowie Verstöße gegen das Versammlungsgesetz, u.a. durch den Aufmarsch des "uniformierten schwarzen Blocks" bei Demonstrationen. Nun hatte der 3. Strafsenat des Oberlandesgerichts Celle über die Anklageschrift und die Eröffnung des Verfahrens zu entscheiden.

Das OLG lehnte in seinem Beschluß die Vorwürfe der kriminellen Vereinigung und der RAF- Werbung ab und entschied, daß die Hauptverhandlung gegen die 17 Angeklagten wegen Wegfalls der schwerwiegendsten Vorwürfe vor dem Amtsgericht in Göttingen stattzufinden habe. Dort sollen die Delikte Verstoß gegen das Versammlungsgesetz, schwerer Landfriedensbruch, gefährliche Körperverletztung und Nötigung verhandelt werden.

Der 3. Strafsenat begründete seine Entscheidung damit, daß die es sich bei der Autonomen Antifa (M) zwar um eine linksextremistische Bewegung handele, deren Fernziel die Beseitigung des herrschenden imperialistischen Systems sei. Sie propagiere aber gerade nicht die Anwendung revolutionärer Gewalt. Dabei verkenne der Senat nicht, daß vom schwarzen Block auf den ersten Blick eine bedrohliche Außenwirkung ausgehe. Dies reiche jedoch zur Gefährdung der öffentlichen Sicherheit nicht aus. Der innere Frieden sei ohne Hinzukommen weiterer Faktoren nicht bedroht, zumal die Staatsmacht sich besonnen zurückhalten solle und übermäßige Reaktionen zu vermeiden habe. (OLG-Beschluß vom 19. Juni 1995).

Dieser Beschluß rief den reaktionären Oberstaatsanwalt Pfleiderer auf den Plan, der sofort Beschwerde gegen den Beschluß einlegte. Nachdem der Generalbundesanwalt die Beschwerde im vollen Umfang unterstützte, mußte nun der Bundesgerichtshof endgültig über die Anklage entscheiden.

Fallengelassen wurde der Anklagepunkt des Werbens für eine terroristische Organisation RAF gemäß § 129 a Abs. 3 StGB. Hintergrund des Anklagepunktes war die Verbreitung des sogenannten Weiterstadt-Plakates sowie die Verbreitung der GNN-Broschüre "Ausgewählte Dokumente der Zeitgeschichte BRD/RAF". Der Bundesgerichtshof entschied, daß es sich bei der Broschüre um eine Dokumentation handelt und somit kein Werbecharakter vorliege. Bei der Bewertung des Weiterstadt-Plakates entschied der Bundesgerichtshof, daß im Mittelpunkt des Plakates nicht der zerbombte Knast von Weiterstadt stünde, der eine Werbung für die RAF implizieren würde; die Kernaussage des Plakates sei die Forderung nach einem gemeinsamen Eintreten des linksextremen Spektrums für den Kampf gegen die Klassenjustiz, die Entkriminalisierung des revolutionären Widerstandes und die Forderung nach Freilassung aller Gefangenen aus RAF, Widerstand und Antifa. Angeklagt wird nun nach § 129 (Bildung einer kriminellen Vereinigung).

Auch die Leute vom Buchladen Rote Straße, mußte sich über ein Jahr mit mehreren Anklagen auseinandersetzen. Ihnen wurde ebenfalls vorgeworfen, für die RAF geworben zu haben, in dem sie die GNN-Broschüre verkauft haben sollen. Mittlerweile sind die Ermittlungen nach § 129a wegen Verbreitung der GNN-Broschüre und einer RAF-Erklärung eingestellt worden. Ein weiteres Ermittlungsverfahren wegen Verbreitung des Weiterstadt-Plakates wurde von Oberstaatsanwalt Pfleiderer zurückgezogen. (vgl ak 377).

In einem weiteren Verfahren werden parallel fünf Personen angeklagt. Die Staatsanwaltschaft Göttingen wirft ihnen schweren Landfriedensbruch, schwere Brandstiftung und Sachbeschädigung sowie in einem Fall sogar versuchten Totschlag vor. Die Angeklagten sollen am 26. Oktober 1991 zusammen mit etwa 40 weiteren Personen aus der autonomen Szene das damalige Schulungszentrum der inzwischen verbotenen FAP

(Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei) in Mackenrode angegriffen und 15 FAP-Anhänger verletzt haben, einen davon schwer. In einer Presseerklärung warfen "ein paar Autonome" den Behörden vor, nach der Aktion in Mackenrode seien willkürlich die Personalien von 15 Personen festgestellt worden. Die Anklagen der Staatsanwaltschaft stützen sich allein auf die Aussagen von organisierten Faschisten. Als Zeugen gegen die fünf Angeklagten seien unter anderem der niedersächsische Landesvorsitzende der verbotenden FAP, Thorsten Heise, sowie anderer FAP-Anhänger benannt worden.

Landtagsgeplänkel

Die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen starteten im Mai eine große Anfrage im niedersächsischen Landtag mit dem Thema: Ausufernde Ermittlungspraxis niedersächsischer Sicherheitsbehörden im Bereich des polizeilichen Staatsschutzes am Beispiel der Göttinger Anti - Antifa-Ermittlungen. Es wurden detaillierte Fragen zu Ermittlungsaufträgen und -zielen, zur Rolle der SoKo 606, zu geheimpolizeilichen Ermittlungsmethoden, der Rolle von Innenministerium und Justizministerium, und zu Ermittlungsansätze gegen Grüne gestellt. Die Antworten von Justizministerin Alm-Merk waren bezeichnend. Ein Großteil der Fragen wurde erst gar nicht beantwortet. Die Fragen, die beantwortet wurden, geben lediglich die schon bekannte Meinung aus der Anklageschrift von Oberstaatsanwalt Pfleiderer wieder. Dies ist interessant, da noch vor wenigen Wochen die Justizministerin verlauten ließ, sie sei nicht glücklich darüber, daß in der Anklageschrift alles über den § 129 des Strafgesetzbuches gestülpt werde.

Zu einer große Anfrage gehört auch immer eine Debatte im Parlament, und diese war dann die Spitze an verleumderischer Propaganda. Der CDU-Abgeordnete Heinemann, führender Vertreter der Law-and-Order-Fraktion, meinte: "Die Autonomen sind militant gegenüber seinem Feindbild, und das Feindbild ist unser Staat. Gewalt haben sie geleistet, und zwar gegen unbeteiligte Bürger in Göttingen und gegen Polizeibeamte. Die Innenstadt wurde von ihnen mehrfach verwüstet. Geschäfte wurden geplündert; sie haben Angst und Schrecken in Göttingen verbreitet... In Göttingen ist eine terroristische Szene entstanden, die beängstigend und besorgniserregend ist... Allein der schwarze Block flößt in Göttingen Furcht ein, und er soll es auch... Die Autonomen haben weiterhin damit gedroht, die ganze Innenstadt wie früher zum Konfrontationsfeld zu machen, die Stadt kurz und klein zu schlagen und Geschäfte zu plündern." (Zitat: Protokoll der Plenarsitzung vom 24.8.1995).

Interessant war auch der Redebeitrag des Göttinger SPD-Abgeordneten und rechts- sowie innenpolitischen Sprechers der SPD-Landtagsfraktion, Thomas Oppermann, der die Einstellung der Verfahren gegen Polizeibeamte verlangte. Gleichzeitig äußerte er die "Befürchtung, daß diese Leute (die autonomen Antifas; Anm. ak) noch weiter in Richtung Illegalität abgedrängt werden, wenn diese Strafverfahren zu einer harten Bestrafung, zu einer Verurteilung mit empfindlichen Strafen führt".

Ganz anders argumentierte die SPD-Abgeordnete Hulle-Hartwig, die schon seit langem für die Abschaffung der §§ 129 und 129a eintritt: "Mit diesen §§ 129 und 129a haben Staatsanwaltschaft und Polizei die Rechtsgrundlage für weitgehend vom Parlament, von uns allen unkontrollierbare Ermittlungs- und Verfolgungsarbeit im politischen Raum". Der eigentliche Skandal ist für sie, "daß sozusagen im Windschatten der öffentlichen Fixierung auf die Autonome Antifa (M) eine Vielzahl von BürgerInnen den gleichen fragwürdigen Vorermittlungen und Überwachungen ausgesetzt waren, ohne je eine Möglichkeit zu haben, dies zu kontrollieren oder eine Aufklärung zu bekommen."

Die deutlichsten Worte sprach die grüne Heidi Lippmann-Kasten: "Völlig unbeachtet bleibt in der Beantwortung durch die Landesregierung die Motivation, die den südniedersächsischen Demonstrationen in den vergangenen Jahren zugrunde lag und liegt, nämlich neben der Kampf gegen das imperialistische System, dem sich eigentlich jeder Demokrat verpflichtet fühlen sollte, der Kampf gegen Faschismus. Faschismus, Rassismus, Ausländerfeindlichkeit, die durch konservative politische Kräfte salonfähig wurde. Brennende AsylbewerberInnenheime. Tägliche Übergriffe auf diejenigen, die Alt- und Neonazis nicht paßten. Hoyerswerda, Solingen, Mölln, Debatten über das Thema ‚Das Boot ist voll` und ‚Asylanten raus`. Und rings um Göttingen Nazis wie Polacek, Fiedler und Heise, die Schulungs- und Parteizentralen unterhielten: Faschisten die unbehelligt Propagandapolitik betrieben und dies teilweise auch weiterhin tun und die darüber hinaus auch selbst zur Waffe griffen. Die Waffen- und Sprengstofflager, die in der vergangenen Woche in Niedersachsen entdeckt wurden, sprechen für sich. Allein die Bilanz aus dem südniedersächsischen Raum ist erschreckend, und ich möchte hier nur einige Ereignisse herausgreifen:

1989 versucht Thorsten Heise, einen Asylbewerber mit einem Kübelwagen zu überfahren; FAP - Skins schlagen einen Redakteur des Göttinger Tageblatts zusammen, Skins beschießen Discobesucher mit Gaspistolen.

1990 attackiert Polacek eine Frau mit einer Axt, Polacek und Heise versuchen mit 80 Skins, das Göttinger JuZi zu überfallen; in der Sylvesternacht 1990 wird Alexander Selchow von Faschisten erstochen. In der selben Nacht wurden drei Menschen in einem Göttinger Ortsteil und in Adelebsen durch Nazi-Übergriffe schwer verletzt.

Diesen Faschisten und dieser erschreckenden Entwicklung standen Menschen gegenüber, die entsetzt waren über diese Welle der rechten Gewalt. Menschen die nicht länger tatenlos zusehen wollten, wie Jagd auf AusländerInnen gemacht wurde, wie Ausländerfeindlichkeit salonfähig geredet wurde und wie Justitias Blick sich immer mehr trübte. Menschen, die sogar die Rechtsstaatlichkeit anzweifelten und deren Wut angesichts der Ohnmacht staatlicher Organe dann diejenigen traf, die an der Schnittstelle zwischen Recht und BürgerInnen stehen, nach dem Motto: ‚Deutsche Polizisten schützen die Faschisten`."

Dem ist an dieser Stelle erstmal nichts hinzuzufügen

Göttingen, den 14. August 1995

Gruppe Verfahren

(redaktionell bearbeitet und gekürzt)

"Göttinger Deeskalation"

Sinngemäß "vorgetäuschten Dissens" hatte vor langen Jahren einmal Noam Chomsky ein Spielchen genannt, das vor allem in den westlichen parlamentarischen Demokratien immer wieder abläuft. Dabei geht es darum, daß in der öffentlichen Auseinandersetzung einander scheinbar ausschließende Positionen aufeinanderknallen, heftigst gestritten wird. Unausgesprochen wird dabei aber ein bestimmter Rahmen eingehalten. Alles darüber Hinausausgehende wird marginalisiert, verfolgt, unterdrückt, kriminalisiert, bestraft. Dieser bestimmte Rahmen ist themenabhängig und wird häufig um Schlüsselworte oder Argumentationsfiguren herum aufgebaut. Dabei spielt dann auch die "Definitionsmacht" bestimmter Institutionen oder Medien eine Rolle: Der VS z.B. hat sie, die Antifa-Initiative aber nicht; der Gesetzgeber hat sie auch, nicht aber die Humanistische Union ...

Letzter Zweck, oder besser: wesentliches Ergebnis (nicht immer wird das ja bewußt gemacht) des Spiels "vorgetäuschter Dissens" ist der teilweise heftige Streit diverser Parteien unter Ausschluß tatsächlicher Alternativen.

Der langen Einleitung

kurzer Hintergrund:

Im Zusammenhang mit den Verfahren gegen Göttinger AntifaschistInnen, speziell der Antifa-M, ist eine Auseinandersetzung angezettelt worden um die sogenannte Deeskalationsstrategie der Polizei, auch "Göttinger Linie" genannt. Gestritten wird nicht nur zwischen Antifa-M und Polizei um das Patent auf diese Linie - das Innenministerium "gesteht ein, daß das, was in der Öffentlichkeit und in der politischen Diskussion als Deeskalationskonzept bezeichnet wird, auf die Initiative der Antifa(M) zurückgehe", heißt es in Rote Hilfe (3/95) - gestritten bis hin zu Ermittlungsverfahren wird auch zwischen Landeskriminalamt und Göttinger Polizei, zwischen Generalstaatsanwaltschaft in Celle bzw. Hannoveraner Staatsanwaltschaft und Göttinger Polizei. Dabei geht es dann darum, ob im Rahmen der sogenannten Deeskalationsstrategie oder -taktik die Göttinger Strafvereitelung im Amt, Verletzung des Legalitätsprinzips u.ä. begangen hätten.

Angeblich haben LKA-Leute die Göttinger Kollegen bespitzelt, Aktenvermerke über sie und ihre Arbeit angelegt. (Göttinger Tageblatt/GT, 24.8.95) 55 Aktenordner seien von den Ermittlern angefordert worden, um das Deeskalationstreiben der Göttinger Einsatzleitungen seiner juristischen Verarbeitung zuführen zu können. Die FAZ weiß sogar, daß "die Göttinger Polizei ... der Generalstaatsanwaltschaft und der Staatsschutzabteilung des LKA inzwischen sogar Hausverbot erteilt (hat), weil sie sich durch deren Arbeit um

die Früchte ihrer ‚Göttinger Linie` gebracht fühlt"; "der Innenminister behinderte die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen, so lange er konnte, durch Verweigerung der Amtshilfe." (FAZ, 23.8.95).

Schon während der langjährigen Ermittlungen gegen die Göttinger Szene waren immer wieder Meldungen über Differenzen zwischen LKA und Göttinger Polizei aufgetaucht. Als polizeitaktische Fragen tauchen sie in den Ermittlungsakten auf im Zusammenhang mit Art und Weise der Polizeipräsenz, des Eingreifens in dieser oder jener Situation, defensive oder aggressive Observation u.ä.

Kurz und knapp: "Knüppel frei statt Deeskalation" predigten die Scharfmacher aus Celle, meint der Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion in Göttingen (GT, 26.8.95), und er trifft damit eine weitverbreitete Stimmung in der der Antifa(M) einigermaßen wohlwollenden Öffentlichkeit.

Wieviele Ermittlungen ergeben eine Deeskalation?

Zweifellos stehen die Durchbeißer der Celler Generalstaatsanwaltschaft stellvertretend für eine seit Urzeiten agierende hartgesottene Law-and-Order-Fraktion in Justiz, Polizeiapparat und Politik, die handwerkliche Flexibilität gerne auf die Entscheidung zwischen kurzem oder langem Knüppel beschränken würde. "Knüppel frei" wäre für diese Leute natürlich eine konkrete Alternative zu diversen zurückhaltenderen Polizeieinsätzen in Göttingen gewesen...

Aber selbst sie wissen, daß nicht alles, was sie fordern, unmittelbar praktizierbar ist, sofern ein Minimum an Rechtsstaatlichkeit erhalten werden soll. Oder anders: selbst ihre demonstrative "Hut-ab-Kopf-ab-alles-ab-ab-ab-Haltung" ist zu einem Gutteil Propaganda und zielt auf längerfristige Veränderung.

Daß ein deutschnationaler Generalstaatsanwalt aus seinem Büro eher "Hau drauf" schreit, als ein im Dienst in einer Universitätsstadt ergrauter Polizeichef und Einsatzleiter, ist naheliegend. Wenn letzterer aber "Schau'n wer mal" sagt, heißt das noch lange nicht, daß das folgenlos bleibt.

Es ist ja geradezu makaber, wenn man nach jahrelangen Ermittlungen, nach pausenlosen Observationen, nach der Beschlagnahme von Archiven, Aufzeichnungen, Computern, Kassenbüchern, Abhörmaßnahmen und nach der Eröffnung der Verfahren gegen AntifaschistInnen pauschal von einer "Göttinger Deeskalationslinie" spricht, die es zu verteidigen gelte. Zumal der Knüppel keineswegs bei jeder Demo im Gürtel geblieben ist.

Ein denkwürdiger Briefwechsel zwischen dem 3. Strafsenat des Oberlandesgerichts Celle und dem Niedersächsischen Innenministerium spricht klare Worte. Der Vorsitzende Richter möchte zur Entscheidung über die Verfahrenseröffnung vom Innenministerium u.a., daß das Ministerium "diese ‚Strategie`, wenn es sie denn gibt, wenigsten in Grundzügen schriftlich darstellen und mitteilen (soll), mit wem sie abgesprochen und von wem sie verantwortet wird."

Die Antwort fällt umfangreich aus. Unter Bezug auf die "Brokdorf-Entscheidung" des Bundesverfassungsgerichts werden die Grundsätze eines "versammlungsfreundlichen" Vorgehens vorgestellt, die auf vertrauensbildenden Maßnahmen und kooperativen Vorgehens der Veranstalter von Demonstrationen basieren. Je größer die Bereitschaft dazu sei, desto höher rücke die Schwelle für behördliches Eingreifen "wegen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit". U.a. solle sich dann die Staatsmacht, gegebenenfalls auch durch Bildung sogenannter polizeifreier Räume, besonnen zurückhalten.

Die aufgelisteten Maßnahmen können und sollen "deeskalierend" wirken. Wohlgemerkt ausschließlich auf die jeweils konkrete Lage. Damit ist keinerlei Legalisierung, keine Anerkennung irgendwelcher Motive und schon gar kein Verzicht auf polizeiliche Aufgabenerfüllung verbunden. Genutzt wird der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz mit einem Spielraum, wann und wie eingeschritten werden muß. Das Legalitätsprinzip aber, d.h. die Pflicht der Polizei zur Strafverfolgung, ist damit nicht aufgehoben. Faustregel ist, daß von einem sofortigen Eingreifen abgesehen werden kann, wenn dadurch Rechtsverletzungen abgewendet werden, die schwerer wiegen als die eigentlich notwendige sofortige Strafverfolgung.

Als Beispiele für solche am ehesten hinnehmbaren Rechtsverstöße werden das Vermummungsverbot und die Anmeldepflicht genannt. Drohe durch offenes polizeiliches Einschreiten eine gefährliche Eskalation, seien verdeckte Maßnahmen zur Beweissicherung zu ergreifen. Anzeigen gegen Unbekannt u.ä. sollten folgen...

Ziemlich nüchtern räumt das Innenministerium dann mit einigen Legenden über Geschichte und Wirkung der sogenannten Deeskalationslinie auf: Friedliche Demonstrationen habe es auch vorher, d.h. auch vor dem Auftreten der Antifa (M) schon gegeben. Bestimmend für die praktische Orientierung der Polizei waren die Beurteilungen der Lage nach "herausragenden Ereignissen" wie Hausbesetzungen, JUZI-Razzia, Tod Conny W.'s und einige mehr, darunter auch "aufkommender Rechtsradikalismus".

Auch wenn das Papier gelegentlich einen gewissen Rechtfertigungsdruck durchschimmern läßt, wird klar, daß das konkrete Vorgehen immer auf behördeninternen Absprachen und Absprachen zwischen Polizei und Justiz bzw. Staatsanwaltschaft beruhte. Von einem Alleingang, wie es die Formulierung einer "Göttinger Linie" nahelegen soll, kann überhaupt keine Rede sein.

Das Innenministerium dokumentiert auch die polizeipraktische Umsetzung des sog. Brokdorf-Urteils und des neuen Demonstrationsrechts (Vermummung, "passive Bewaffnung"). Ein größeres Gewicht als massive und demonstrative Polizeipräsenz und Knüppeleinsätze haben zeitweise "Vorfeldaufklärung", Observation, Lagebeurteilung, Festnahme- und flexible Eingreifkommandos und "Reservetruppen" im Rückraum von Demos erhalten. Überspitzt könnte man sagen, daß die "Deeskalation", d.h. die demonstrative Zurückhaltung bei dieser oder jener Demo, nur um den Preis der umfassenderen Observation und Schnüffelei zu haben war und ist.

Die Schlußfolgerung "ein ehrlicher Knüppel ist besser als die heimtückische Linse" wäre genauso fatal wie die Unterschätzung der Hau-Drauf-Fraktion oder das achselzuckende "Jacke wie Hose".

Folgt man aber der Logik des wie Sauerbier angebotenen "vorgetäuschten Dissenses" - "Deeskalation statt Knüppel frei" - übersieht man locker, daß die Ergebnisse der "Göttinger Deeskalationslinie" - Observationen, Ermittlungsverfahren und anstehende Prozesse - faktisch der "Hau-Drauf"-Strömung bei Polizei und Justiz für ihre Propaganda Futter liefern; einfach deshalb, weil es im Kern immer um die Frage der jeweils effektiveren und politisch günstigeren Kontrolle und Kriminalisierung des Antifaschismus gegangen ist.

A. List

38. Der Stand der Dinge. Bundesanwaltschaft gegen "K.O.M.I.T.E.E." (aus Infoblatt "Fischers Fritz und seine Schwestern)

Rubrik: Klassenjustiz, § 129a; Autonome · CD-Datei: daten/aksuche/ak382/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:382:29

In diesem Artikel sind Überlegungen dokumentiert, die sich die Gruppe "Fischers Fritz und seinen Schwestern" zu den Ermittlungen gegen "DAS K.O.M.I.T.E.E." und den Schwierigkeiten linker Solidarität gemacht hat.

Nach Redaktionsschluß hat "DAS K.O.M.I.T.E.E." seine Auflösung erklärt und diese mit "der Gesamtheit der von uns verursachten Fehler" begründet: "Der von uns anvisierte Effekt, mobilisierend auf die radikale Linke zu wirken, hat sich durch unser Scheitern und die Art des Scheiterns ins Gegenteil verkehrt!" (zitiert nach taz-Berlin, 19.9.95)

Am 27.10.1994 brannte in Bad Freienwalde ein Gebäude des Verteidigungskreiskommandos 852 der Bundeswehr. Zu dieser Aktion bekannte sich "DAS K.O.M.I.T.E.E.", das in einer Erklärung dazu die deutsche Unterstützung der Türkei im Krieg in Kurdistan angriff.

Am 11.4.95 entdeckte ein Streifenwagen frühmorgens in Grünau (Berlin-Köpenick) auf einem Parkplatz zwei verdächtige Fahrzeuge, die offenbar verlassen waren. Es handelte sich um einen Pkw und einen Lieferwagen. In den beiden Fahrzeugen fanden die Bullen nach eigenen Angaben folgende Dinge: Eine einsatzbereite selbstgebaute Bombe mit 120kg Sprengstoff, Warnschilder, in denen "DAS K.O.M.I.T.E.E." die Sprengung der nahegelegenen Knast-Baustelle ankündigt, persönliche Papiere, darunter Ausweise und Autokennzeichen. Aufgrund dieser gefundenen Sachen wurde die Fahndung nach vier Personen eingeleitet: Bernhard H., Thomas W., Peter K. und dessen Schwester. Peters Schwester ist die Halterin des Pkws. Sie stellte sich kurz danach in Begleitung ihrer Anwältin. Sie wurde freigelassen, einige Wochen später verhaftet und dann nach einem Haftprüfungstermin wieder freigelassen. Die anderen drei Gesuchten sind erstmal untergetaucht.

Die Bullen entwickelten in den Tagen nach dem 11.4. verschiedene Aktivitäten. Neben den Durchsuchungen von Meldeadressen und vermuteten Aufenthaltsorten der direkt Beschuldigten erschienen sie auch bei deren Eltern und bei vermeintlichen FreundInnen zu Befragungen. Einen Hof in Neutrebbin, wo zwei der Beschuldigten zeitweise lebten, durchsuchten sie zweimal gründlich. Bei der Autovermietung "Autos und Weine" in Berlin beschlagnahmten sie die Mietunterlagen für das Jahr 1994, da der gefundene Ford Transit, der dieser Vermietung gehörte, angeblich keine Einbruchsspuren aufgewiesen habe.

Am 13.6.95 wurden im Zuge der Razzia gegen die Zeitung "radikal" (siehe ak 380) auch Wohnungen durchsucht, die mit dem "K.O.M.I.T.E.E."-Verfahren in Verbindung gebracht werden. Die Beschlüsse richteten sich vor allem gegen drei Personen, denen die Bundesanwaltschaft (BAW) eine Verwicklung in die Aktivitäten des K.O.M.I.T.E.E. anhängen will, aufgrund persönlicher Kontakte zu Beschuldigten, ohne sie derzeit direkt der Mitgliedschaft oder Unterstützung zu beschuldigen. Im Fall des durchsuchten Hauses in der Manteuffelstraße kam dazu noch der angebliche Verdacht, ein Gesuchter könne sich im Haus versteckt halten. Diese Begründung mußte auch herhalten für die Durchsuchung eines Hofes in einem Ort in Mecklenburg-Vorpommern.

Am 20.6.95 drangen die Bullen bei den Nachbarn des erwähnten Hofes in Neutrebbin ein und begründeten dies mit angeblicher persönlicher Nähe der dort Wohnenden zu den Gesuchten.

Die Mühen der

öffentlichen Ebenen

Seit längerem schon fragen manche sich und andere, warum es von Seiten der Betroffenen kaum öffentliche Stellungnahmen zu all dem gibt. Dieser Text ist eine Stellungnahme von Betroffenen - wir sind dies durch unsere persönliche Verbundenheit mit den Beschuldigten, durch Razzien, oder dadurch, daß wir von den Sicherheitsbehörden irgendwie mit den Verfolgten in Verbindung gebracht werden.

Der 11.4.95 war ein krasser Einschnitt in das Leben der Beschuldigten. Doch auch viele Frauen und Männer drumherum hat der Schock ziemlich getroffen. Viele Alltäglichkeiten gerieten durcheinander, und in der ersten

Phase, wo es außer der allmächtig erscheinenden Repressionsdrohung kaum etwas zu geben schien, schon gar keine genauen Informationen, dauerte jeder Schritt und jede Klärung dreimal so lange wie sonst. Auch jetzt ist die Situation offen: Wird es noch mehr Beschuldigte geben? Wird die BAW das Konzept der Geiselhaft gegen Leute durchziehen? Wird es weitere Durchsuchungen geben? In den ersten Wochen stand für uns an erster Stelle die Notwendigkeit, das eigene Leben geregelt zu kriegen und Vorbereitungen zu treffen für das, was eventuell noch kommen konnte. (...)

Es darf dabei auch nicht vergessen werden, daß es ein erheblicher Unterschied ist, ob Leute im Knast sitzen oder auf der Flucht sind. Die Menschen, die in vergleichbaren Situationen, wie z.B. im Fall Kaindl, gearbeitet haben, werden sicher dieselbe Erfahrung gemacht haben: Die Repressionsdrohung wird unkalkulierbarer, und das Beobachtungs- und Verfolgungsinteresse der Bullen gegen das vermutete Umfeld der Untergetauchten ist groß. Es gibt plötzlich sehr viele Eventualitäten, und Ungenauigkeiten im bisherigen Zusammenleben rächen sich. Bei allem, was veröffentlicht wird, und sei es eine banale politische Stellungnahme oder eine Chronologie, muß noch einmal doppelt so genau darauf geachtet werden, was es für Folgen hat oder haben könnte. Jede Veröffentlichung könnte die Gesamtsituation stärker festlegen und die Entscheidungsmöglichkeiten für die Verfolgten einengen.

Ein weiterer Grund ist, daß wir lange brauchten, um einigermaßen Klarheit darüber zu bekommen, wie ein öffentlicher Umgang mit der ganzen Sache aussehen könnte; wozu wir etwas sagen können oder wollen und wozu nicht. Ein bißchen haben wir dabei auch darauf gewartet, daß es eine Stellungnahme der Beschuldigten selbst gibt. Wir müssen aber insgesamt selbstkritisch feststellen: Trotz dieser Probleme hätten wir schneller öffentlich reagieren können, wenn wir uns mehr dahintergeklemmt hätten.

Es scheint so, als ob manche (oder viele?) um uns herum eine abwartende Haltung haben und erst mal sehen wollen, was für eine Stellungnahme kommt, bevor sie eine eigene Position beziehen oder gar aktiv etwas zu der Sache machen. Wir finden das teilweise richtig, nämlich soweit es das Verhalten zu den direkt Betroffenen und Spekulationen drumherum betrifft. Politisch hätte aber durchaus auch von anderen mehr passieren können - zumindest von denen, die die politische Stoßrichtung der gescheiterten Aktion gut finden und/oder denen die aktuelle Repressionswelle nicht egal ist.

Letztlich haben wir durch unsere Trägheit im öffentlichen Verhalten dazu beigetragen, daß eine eher defensive Stimmung entstanden ist. Es entstehen Gerüchte und Spekulationen, weil manche den Eindruck haben, es werde aus irgendwelchen Gründen gemauert und Heimlichtuerei betrieben. (...)

Es gibt noch einen dritten Grund, der eine öffentliche Stellungnahme sehr erschwert und teilweise ganz verhindert hat, und das ist die prekäre Lage der vierten Beschuldigten, die zeitweise von der BAW eingeknastet worden war. Ihr persönliches Bedürfnis war und ist, es solle möglichst wenig öffentlicher (auch szene-öffentlicher) Wirbel insbesondere um ihre Person gemacht werden. Sie möchte weder von irgendwem politisch vereinnahmt noch in irgendeinen Tratsch hineingezogen werden. Wir hatten dieses Bedürfnis zu respektieren, wobei wir der Meinung sind, es wäre besser gewesen, diese Situation so auch öffentlich zu benennen. (...)

Wir finden es aber auch wichtig, Gerüchten entgegenzutreten, in Grünau sei irgendwie Verrat am Werk gewesen oder das alles sei von den Bullen inszeniert. Es gibt dafür keinerlei Indizien. Im Gegenteil, der bisherige Verlauf des Verfahrens (das anfängliche Durcheinander bei den Bullen, die magere Beweislage u.a.) bringt uns zu dem Schluß, daß die Polizeistreife in Grünau zufällig und unvorbereitet auf die zwei Autos gestoßen ist.

Eine "Manöver"-Kritik an dem, was in Grünau passiert ist, finden wir allerdings zum jetzigen Zeitpunkt sehr schwierig. Wir gehen davon aus, daß diejenigen, die dort waren, ihre Fehler kennen und sich damit auseinandersetzen. Wir als Außenstehende können wenig dazu sagen. Viele, die die bisherigen Veröffentlichungen gelesen haben, werden bestimmte Fragen auch zu Details haben. Solange aber niemand dasteht und sich dazu bekennt, in der fraglichen Nacht in Grünau gewesen zu sein, werden solche Spekulationen immer auf die Beschuldigten zurückfallen und von der BAW ausgenutzt werden.

Eine öffentliche kritische Auseinandersetzung sollte unserer Meinung nach anderswo ansetzen, nämlich im politischen Bereich. Das kann sowohl bedeuten, Fragen an die militanten Kleingruppen zu stellen: wie genau

geht ihr mit eurer Verantwortung um (Beispiel AIZ), wie entstehen eure politischen Analysen, usw.; als auch: welchen politischen Rahmen haben militante Aktionen zur Zeit überhaupt, welche Perspektive gehört dazu?

Die drei ???

(...) Es ist derzeit schwierig, einzuschätzen, worauf das ganze Verfahren hinausläuft. Es gibt keine Akteneinsicht, was bei Verfahren nach § l29a sozusagen normal ist. Die BAW führt allem Anschein nach bisher gegen vier Personen Ermittlungsverfahren, hat sich aber alles so zurechtgelegt, daß mindestens noch drei weitere Personen je nach Bedarf als Zeugen oder als weitere Beschuldigte in das "Verfahren" hineingezogen werden können.

Das wird deutlich an den Durchsuchungsbeschlüssen zum 13.6., ausgestellt am 2.6.95. In den Beschlüssen wird zuerst eine allgemeine Beschreibung des Tatvorwurfes gegeben. Dann wird versucht, anhand von ein paar Details mehreren Personen enge persönliche Beziehungen zu wenigstens einem der Beschuldigten nachzuweisen und darüber ihre "Einbindung" in Anschlags-Vorbereitungen zu unterstellen - nach dem Motto: Wer befreundet ist, bastelt auch zusammen Bomben.

Als ob das nicht schon abwegig genug wäre, findet sich in allen Beschlüssen ein Absatz, der zusammenhanglos, teils schon sinnentstellend, mitten in die Ausführungen zu den einzelnen Personen hineingepflanzt wurde. Darin heißt es: "Bei einer Durchsuchung des Gehöfts in Neutrebbin konnten rote Farbflecke mit Abschattungen festgestellt werden, die nach Umriß und Größe bei dem Besprühen einer Seifendose mit roter Farbe hervorgerufen (worden) sein könnten. Bei der in Bad Freienwalde verwendeten Sprengvorrichtung befand sich die Zündeinrichtung in einer rot besprühten Seifendose. Es besteht der Verdacht, daß diese Seifendose auf dem Anwesen in Neutrebbin besprüht worden ist."

Diese Aneinanderreihung von Verdachtsmomenten und Möglichkeiten wird benötigt, um eine dauerhafte "terroristische Vereinigung" der Beschuldigten juristisch zu konstruieren - ohne diese §129a-Konstruktion verliert die BAW einen großen Teil ihrer Möglichkeiten, Terror auszuüben. Ohne Seifendosen-These keine Verbindung zwischen K.O.M.I.T.E.E. 1994 und Neutrebbin.

Die zierliche BAW-Beweisschleife sieht so aus (wir stellen uns hier mal die Bundesanwältin Frau Dr. Fischer im Plädoyer vor): "Hohes Gericht, meine Damen und Herren. Wir haben es hier mit unwiderleglichen Beweisketten zu tun. Das K.O.M.I.T.E.E. von 1994 ist auch das K.O.M.I.T.E.E. von 1995 und somit eine dauerhafte terroristische Vereinigung. Bewiesen durch die Tatsache, daß bei dem Anschlag 1994 und dem Versuch 1995 gleich konstruierte Tatmittel verwendet wurden! Und durch die in Grünau gefunden Warnschilder! Es steht also fest, daß die K.O.M.I.T.E.E.-Terroristen in Grünau auf dem Parkplatz waren am 11.4. Da kein vernünftiger Mensch sich länger als fünf Minuten von eigenen Ausweisen oder Autokennzeichen trennt, geschweige denn dem eigenen Auto, ist somit bewiesen, daß die Beschuldigten in Grünau waren und somit identisch mit dem K.O.M.I.T.E.E. sind. Da Teile der Beschuldigten einen Hof in Neutrebbin bewohnten, ist somit bewiesen, daß der fragliche Hof als potentielle Terrorzentrale anzusehen ist. Dies wird letztlich bewiesen dadurch, daß schon 1994 auf eben diesem Hof eine terroristische Seifendose rot angesprüht wurde."

So schließt sich der Kreis, aber ohne die Seifendose-Hypothese wäre er zerrissen. Es könnte damit plötzlich in Frage gestellt sein, ob überhaupt die Beschuldigten, geschweige denn weitere Verdächtige, weiterhin als "DAS K.O.M.I.T.E.E." präsentiert werden können. Da wird die windige Seifendosen-These plötzlich zum auch psychologisch wichtigen Stützpfeiler des ganzen Verfahrens und darf deshalb in keinem Beschluß fehlen (...)

Ein anderes Beispiel: Um den Haftbefehl für die Schwester von Peter durchzusetzen, präsentierte die BAW einen Zeugen, der die Beschuldigten im Frühjahr in der Nähe des Tatortes gesehen haben wollte. Allerdings konnte für drei der vier Personen für den fraglichen Tag ein hieb- und stichfestes Alibi benannt werden. Der BAW-Zeuge war damit erledigt, so sehr auch die fanatische Bundesanwältin Fischer versuchte, an den Alibis herumzumäkeln. Es läßt sich insgesamt sagen, daß die Beweislage für die BAW eher dürftig ist. Es sind nur wenige Indizien oder auch nur vermutete Indizien, die aus den Beschuldigten ein "K.O.M.I.T.E.E." zusammenbasteln. (...)

Das K.O.M.I.T.E.E.

Bad Freienwalde

und Grünau

(...) [An dieser Stelle folgen Zitate aus der Erklärung zum Anschlag vom 27.10.1994. Der Bundeswehr wird hierin eine massive Unterstützung des türkischen Krieges gegen die PKK und gegen die kurdische Bevölkerung vorgeworfen.]

Die Aktion vom 11.4.95 galt offensichtlich dem Gebäude des ehemaligen Polizeigefängnisses in Köpenick-Grünau, das bereits seit einiger Zeit zum zentralen Berliner Abschiebeknast umgebaut wurde. Der Knast war zum damaligen Zeitpunkt nicht belegt, sondern eine Baustelle, es ist also falsch, wenn der Eindruck erweckt wird, es seien Menschen gefährdet worden. Dieses Bauprojekt war bis dahin öffentlich kaum bekannt. Wir haben mittlerweile ein paar Informationen darüber gefunden.

Die Berliner Senatsverwaltung für Inneres legte am 25.10.1994 dem Senat einen Bericht vor über die Situation im Abschiebegewahrsam. Darin wurde der Umbau des früheren Frauengefängnisses der Polizei zum neuen zentralen Berliner Abschiebeknast detailliert vorgeschlagen. Der Senat von Berlin stimmte dem Vorschlag noch am selben Tage zu. In dem Bericht heißt es: "Wegen der Zunahme der Abschiebungen nach Änderung des Asylverfahrensgesetzes (1992: 1.331 Fälle; 1993: 3.175 Fälle; 1994 bis einschließlich August 2.368 Fälle); des anstehenden Problems der Rückführung von Bürgerkriegsflüchtlingen; der Notwendigkeit, auf grundsätzlich ungeeignete Zellentrakte der Polizei ((...)) zurückgreifen zu müssen; und der permanenten Überschreitung der bestehenden Kapazitäten mit der Folge, zur Abschiebung festgenommene Ausländer wieder entlassen zu müssen, verfolgte der Senat ((...)) das Ziel, eine deutliche Erhöhung der Abschiebegewahrsams-Kapazitäten (der Gewahrsam Kruppstraße verfügt über 176 Plätze) zu erreichen."

(...) Der Knast in Grünau wird über ca. 350 Plätze verfügen. Durch die Zentralisierung des Abschiebeknastes wird die ganze Prozedur rationalisiert und damit verbilligt. Immerhin soll der Umbau des Knastes in Grünau mindestens 24 Mio. DM kosten, die jährlichen Personalkosten werden mit ca. 20 Mio. DM veranschlagt. Ein zentraler Knast in der Nähe des Flughafens Schönefeld vereinfacht auch die Durchführung der Abschiebungen an sich. (...)

Wie weiter?

(...) Nach den bundesweiten Razzien vom 13.6.95 hat sich nun auch in Berlin ein Kreis gebildet, der auf breiterer Basis diese Frage diskutiert. (...) Wir sehen, vielleicht vergleichbar dem Kaindl-Verfahren, die Gefahr, daß ein paar Leute wahnsinnig viel rumrödeln müssen, um überhaupt so etwas wie eine öffentliche Reaktion wenigstens innerhalb der radikalen Linken zu erzeugen. Zum Fall Kaindl ist schließlich doch viel gelaufen, aber um den Preis von kaputten politischen und persönlichen Beziehungen zwischen vielen Menschen.

Eine aktuelle Solidaritätsarbeit stellen wir uns so vor, daß von Anfang an versucht wird, realistisch die eigenen Kräfte und Möglichkeiten einzuschätzen. Dazu gehört sowohl eine politische Diskussion, z.B. in die Richtung, wie wir sie am Ende des 2. Teiles angerissen haben (Welche Rolle spielen die militanten Projekte für uns derzeit und in Zukunft?), aber auch: wo verlaufen Grenzen zwischen den beteiligten Leuten; als auch eine technische Diskussion über das, was machbar ist.

Wir finden es grundsätzlich richtig, daß die politische Arbeit der Soli-Gruppe die beiden Verfahren (radikal und K.O.M.I.T.E.E.) als Teile eines Komplexes behandelt. (...) Aktuell stehen beide Verfahren für die Offensive gegen linksradikale Politik, und wir finden es nur logisch, eine einheitliche Antwort auf diese Offensive zu geben.

Wir werden uns in Zukunft bei dem, was wir politisch sagen zum K.O.M.I.T.E.E.-Verfahren, auf die Soli-Arbeit zu dem Gesamtkomplex beziehen. Andersrum fänden wir es gut, wenn Gruppen, die zu den Themen Kurdistan, Flüchtlingspolitik, Repression, Widerstand arbeiten, auch zu dem aktuellen Verfahren Stellung beziehen. Die Angriffsziele Bundeswehr und rassistische Abschiebe-Politik sind es unserer Meinung nach allemal wert, öfters mal benannt zu werden auch unter Bezug darauf, daß es mehr als nur Protest dagegen gibt.

Und was die Gesuchten angeht, so liegt uns daran, sie als Menschen - und als politische Menschen - sichtbar bleiben zu lassen, nicht nur als Schlußzeile in Flugblättern.

(...)

Quelle: Info-Blatt von "Fischers Fritz und seinen Schwestern", Juli 1995.

39. RAF-Aussteiger: Vom Exil zum Verrat

Von Ivo Bozic

Autor: Ivo Bozic · Rubrik: RAF · CD-Datei: daten/aksuche/ak382/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:382:39

1979 kamen die RAF-AktivistInnen in einem Ausbildungslager der Palästinenser zusammen. Die Gruppe steckte in der Krise. In einem Jahr waren drei RAF-Mitglieder bei der "Fahndung" erschossen worden. Der Druck war gewaltig. "Die Härte der Konfrontation auf Leben und Tod", schreibt die RAF-Gefangene Heidi Schulz 1990, war einer der Gründe, weshalb mehrere Mitglieder damals überlegten, auszusteigen oder zumindest resignierten. Eine von ihnen war Silke Maier-Witt. Sie erzählte kürzlich dem Wochenmagazin stern, sie habe damals "innerlich abgeschaltet", sich kaum mehr in Diskussionen eingeklinkt. Als man ihr gesagt habe "Wenn du dich hier nicht beteiligst, kannst du auch gehen", sei sie zu den jemenitischen Soldaten, die das RAF-Lager bewachten, gegangen und habe mit ihnen Fladenbrot gebacken. Aber nicht nur sie trug die im Jemen getroffene Entscheidung der Gruppe, weiterzukämpfen, innerlich nicht mehr mit. Insgesamt waren es acht Mitglieder der RAF, für die es 1980 galt, eine Möglichkeit zu finden, wie sie aus der Gruppe aussteigen konnten, ohne daß sie der deutschen Justiz ausgeliefert würden. Zum Glück war gerade Inge Viett, die bis dahin in der "Bewegung 2. Juni" gekämpft hatte, zur RAF gestoßen. Sie hatte bereits gute Kontakte zum Ministerium für Staatssicherheit (MfS) in der DDR. Sie war häufig von Westdeutschland nach Westberlin durch die DDR gereist und einmal auch an der Grenze herausgefischt worden. Bei einem anschließenden Gespräch mit einem MfS-Offizier gewann sie den Eindruck, daß die Gruppe die DDR ungestört passieren konnte. Als sie 1978 zusammen mit anderen Mitgliedern der "Bewegung 2. Juni" nach der Befreiung Till Meyers aus dem Gefängnis in Berlin-Moabit bei ihrer Flucht in Bulgarien festgenommen wurde, da bot sich die DDR an, die Gruppe aufzunehmen. In Frankfurt/Oder führte das MfS dann Gespräche mit den auf der Flucht befindlichen PolitaktivistInnen. Nach 14 Tagen flogen sie nach Bagdad weiter und kehrten schließlich in die BRD zurück.

Dieser Kontakte erinnerte man sich nun, als es um die AussteigerInnen ging. Inge Viett fuhr nach Ostberlin und rief von einer Telefonzelle aus beim Ministerium für Staatssicherheit an. Ihr Ziel war damals nicht, die DDR um Asyl zu bitten. Vielmehr erhoffte man sich Hilfe bei der Aufnahme in ein befreites afrikanisches Land. Die AussteigerInnen warteten unterdessen in Prag und hatten schon begonnen, Portugiesisch zu lernen. Als Inge Viett bei ihnen eintraf und verkündete, daß die DDR von sich aus angeboten habe, sie aufzunehmen, war die Freude groß.

In der DDR erhielten die Ex-RAFlerInnen dann eine neue Identitätt. Silke Maier-Witt erzählt, daß sie ihren neuen Namen - Angelika Gerlach - und den Geburtstag selbst aussuchen durfte. In einem Stasi-Objekt in Briesen wurden die AussteigerInnen auf den DDR-Alltag vorbereitet und zu guter Letzt wurde ihnen gar die DDR-Staatsbürgerschaft verliehen. Danach trennten sich ihre Wege. 1982 folgten auch Inge Viett und Henning Beer ins ostdeutsche Exil.

Alle gingen verschiedenen Berufen nach oder begannen eine Ausbildung, einige heirateten - zum Teil auch untereinander. Für die DDR war dieser von ganz oben genehmigte Schritt, keine leichte Entscheidung. Wie ein ehemaliger führender Mitarbeiter der zuständigen MfS-Abteilung 22, der nicht namentlich genannt werden möchte, erzählt, habe man schon Bedenken gehabt, daß das ganze der DDR "noch mal auf die Füße fällt, wenn das auffliegt". Dennoch entschloß man sich recht schnell zu dem Angebot an die RAF-AusteigerInnen. Einzige Bedingung sei gewesen, daß sich die ExilantInnen vom Terrorismus loslösen und keine Aktivitäten mehr unternehmen. "Wir haben keinen Zweifel daran gelassen, daß wir den individuellen Terror ablehnen", betont der ehemalige MfS-Oberst "Und sie sind ja auch alle gute DDR-Bürger geworden und haben fleißig gearbeitet", freut er sich heute.

Beinahe aufgeflogen

Das ganze Unternehmen stand durchaus auf wackeligen Beinen. 1985 und 1987 gab es aus West-Quellen des DDR-Geheimdienstes den Hinweis, daß die BRD Wind bekommen haben könnte. Denn bei drei der Betroffenen hatte ein Zufall zu ihrer Enttarnung geführt. In allen drei Fällen hatten Bekannte oder KollegInnen bei Westreisen ihre neue Nachbarin auf einem Fahndungsplakat entdeckt. Inge Viett und Silke Maier-Witt bekamen daraufhin eine neue Identität, letztere wurde von der Stasi gar dazu gedrängt, ihre Nase operativ verändern zu lassen. Bei Susanne Albrecht klappte das mit dem Identitätswechsel nicht. Sie war inzwischen

verheiratet und auch ihr Mann durfte nichts von ihrer Vergangenheit wissen. Deshalb deichselte es die Stasi, daß der Mann, ein Diplomphysiker, einen Einsatz in der Atomforschung in der Nähe von Moskau bekam, was dieser sich schon lange gewünscht hatte. So wurde das Ehepaar ins sichere Ausland gebracht.

Die Rolle der BRD-Geheimdienste ist bis heute ein dunkles Kapitel. Im Fall Susanne Albrecht war der westreisende Bekannte, nachdem er Albrecht auf einem Fahndungsplakat entdeckte, sofort zur BRD-Polizei gegangen. Die gab, so zumindest läßt es sich aus dem konstruieren, was das MfS aus seinen West-Quellen erfuhr, den Fall an den Verfassungsschutz weiter und dieser informierte, weil die DDR damals noch Ausland war, den Bundesnachrichtendienst (BND). Dort jedoch versandete der Fall offenbar, denn über Konsequenzen der Geheimdienste ist nichts bekannt.

Aber auch die RAF selbst hat ihren Teil dazu beigetragen, daß das Versteck der Aussteiger aufzufliegen drohte. Im Oktober 1988 veröffentlichte eine Gruppe von zehn Gefangenen aus der RAF in der Zeitschrift konkret einen Text über den Kronzeugen Peter-Jürgen Boock, in dem dieser massiv der Lüge bezichtigt wurde. In diesem Text berichteten die Gefangenen erstmals ganz offen, daß mehrere Leute "aus der Gruppe weggehen wollten", und daß man einen "Zusammenhang, der mehr ist als sicheres Versteck, der vielmehr Leben und Perspektive wird", gefunden habe. "Die Lösung wurde eine gute Sache". Es ist nicht überliefert, welche Schlüsse die deutschen Fahnder aus diesen Worten gezogen haben, doch daß sie dabei auch die DDR in Betracht gezogen haben dürften, ist nicht auszuschließen.

MfS-Kreise halten es auch für möglich, daß die BRD von Anfang an wußte, daß die gesuchten RAFlerInnen in der DDR untergekommen waren. Erich Mielke sagte, dazu befragt: "Ich gehe mal davon aus." Möglich, daß die BRD-Behörden hofften, den RAF-Mitgliedern die Möglichkeit des leisen Ausstieges als Alternative zum Weiterkämpfen schmackhaft zu machen. Zumal sie gleichzeitig durch ihre Praxis deutlich machten, daß die BRD jeden, den sie kriegt, bis ans Ende seiner Tage in den Knast bringen oder während der Fahndung erschießen wird. Doch dieses Kapitel wird sich erst zu Ende schreiben lassen, wenn die Akten der BRD-Sicherheitsbehörden offen auf dem Tisch liegen, wofür derzeit ja nicht eben viel spricht.

Die Rache der BRD

Zur Zeit versuchen die entsprechenden Stellen ihren Sieg in diesem Kapitel deutscher Geschichte voll auszukosten. So wird zum Beispiel versucht, den Männern der Stasi-Abteilung 22 juristisch an den Karren zu fahren. Die MfSler Neiber, Jaekel, Dahl, Pohlmann und Zumseil wurden verhaftet und verbrachten ein halbes Jahr in Untersuchungshaft. Ihnen wurde "Beihilfe zum Mord" vorgeworfen, weil sie an der Schießübung beteiligt gewesen sein sollen, die Stasi und RAF gemeinsam veranstalteten, um durch Nachstellen die Fehler zu analysieren, die zuvor am 15. September 1980 beim Anschlag auf den amerikanischen General Kroesen gemacht wurden. Aber auch anderen MfSlern der Abteilung 22 versuchte man den Prozeß zu machen. Doch aus einer ganzen Sammlung von Vorwürfen blieb zuletzt nur bei sechs Männern der Vorwurf der "Strafvereitelung" übrig und auch in diesen Fällen stehen die Prozesse noch aus.

Ganz anders ist es allerdings bei den ehemaligen RAFlerInnen. Alle zehn wurden im Sommer 1990 in der noch bestehenden DDR gefaßt. Als erste Susanne Becker, geborene Albrecht, als sie aus Moskau kommend auf dem Flugplatz in Berlin-Schönefeld landete. Alle wurden im folgenden Jahr verurteilt, außer denen, bei denen die Tat bereits verjährt war, wie bei Ekkehard von Seckendorff und Christine Dümlein. Obwohl sie alle bis auf Inge Viett bereitwillig als Kronzeugen aussagten, wurden sie zu Haftstrafen bis zu 13 Jahren verurteilt. Doch zum größten Teil kamen sie trotz harter Vorwürfe mit relativ geringen Strafen davon. Neben vielerlei Hafterleichterungen wurde nicht wenigen die Halbstrafenregelung zuteil. So wurde beispielsweise Henning Beer, der wegen gemeinschaftlich versuchten Mordes an sieben Menschen, wegen versuchtem Mord an 21 Menschen, wegen vorsätzlicher Herbeiführung einer Sprengstoffexplosion, wegen schweren Raubes, wegen Verstößen gegen das Waffengesetz und wegen RAF-Mitgliedschaft nur zu einer Jugendstrafe von insgesamt sechseinhalb Jahren verurteilt. Auch Werner Lotze profitierte stark von seinem Kronzeugenrabatt, obwohl er sich in den Prozessen gegen Rolf-Clemens Wagner und Inge Viett in grundlegende Widersprüche verwickelte. Zwar wurde er 1992 zu einer elfjährigen Haftstrafe verurteilt, doch konnte er schon bald als Freigänger das Gefängnis verlassen und ein Praktikum bei der Berliner Tageszeitung taz beginnen. Der damalige leitende Terrorismusfahnder bei der BAW und jetzige Brandenburger Verfassungsschutzchef Wolfgang Pfaff hatte für eine großzügige Kronzeugenregelung, nicht nur in diesem Fall, gesorgt. Lotze begründete seine Bereitschaft, gegen den ehemaligen Genossen Wagner auszusagen, damals mit den Worten: Es sei ihm "nicht gleichgültig,

durch meine Aussage jene Leute zu belasten, zu denen ich früher ein Verhältnis hatte, das über jede Freundschaft hinausging", doch sehe er nun wieder "eine Perspektive" für sich.

Deal um Perspektiven

Genau dieser Deal um die Perspektiven für diejenigen, die Auspacken, ist bei Rechtsexperten höchst umstritten. Der Rechtsanwalt und Publizist Rolf Gössner bezeichnet die Kronzeugenregelung als "Handelsgeschäfte mit der Wahrheit". Er weist in seinem Buch "Das Anti-Terror-System" darauf hin, daß schon bei den Inquisitionsprozessen des Mittelalters Ketzer ihren Kopf nicht nur durch Bekehrung und Reue, sondern auch durch Verrat anderer Ketzer retten konnten. Dieser Verrat wurde von den Inquisitoren nicht nur durch Folter erzwungen, sondern auch durch Belohnung erreicht.

Auch in RAF-Verfahren sind die DDR-Exilanten nicht die ersten Kronzeugen. Schon bei den ersten RAF-Prozessen gegen Horst Mahler und Astrid Proll und in den Verfahren gegen Andreas Baader, Irmgard Möller, Stefan Wisniewski und Rolf Clemens Wagner traten Kronzeugen auf. Legalisiert wurde die Kronzeugenregelung allerdings erst 1989. Zwei Versuche 1976 und 1986 eine solche Regelung zu schaffen, scheiterten am Rechtsausschuß des Bundestages und am Protest zahlreicher Strafrechtslehrer und Juristenorganisationen. Selbst der frühere Generalbundesanwalt Siegfried Buback, der später von der RAF ermordet wurde, lehnte die Kronzeugenregelung entschieden ab, weil sie eine "Kapitulation des Staates" darstelle.

Daß die Aussagen von Kronzeugen zweifelhaften Wert haben, ist nicht erst seit dem Skandal um den vermeintlichen Kronzeugen Siegfried Nonne bekannt, der die Fahnder nach dem Herrhausen-Attentat zur RAF führen sollte. Wie sich später herausstellte, war der psychisch labile Mann, der schon bald seine belastenden Aussagen widerrief, vom Verfassungsschutz erpreßt worden. Die Rechtsanwältin Heike Krause erinnerte beim Prozeß gegen Rolf-Clemens Wagner an einen anderen Fall: Aufgrund der Aussage des Kronzeugen Walter Loos gegenüber der Bundesanwaltschaft 1981 wurden über 50 Personen beschuldigt, in Frankfurt am Main die sogenannte "terroristische Vereinigung Schwarzer Block" gebildet zu haben. Gegen sechs Personen wurde Haftbefehl erlassen, es kam zu mehreren Razzien in der Szene. Doch dann zog der Hauptbelastungszeuge seine Aussage plötzlich zurück. Er gab an, sie seien falsch gewesen und nur unter Druck gemacht worden. Ihm sei für gute Aussagen Straffreiheit zugesichert worden, außerdem habe er bei den Polizeiverhören Prügel bezogen. "Da hab ich nur noch ja, ja gesagt, scheißegal, was protokolliert wurde ...", gab er damals an. Auch der RAF-Aussteiger Peter-Jürgen Boock ist dafür bekannt, daß er in seinen Aussagen immer wieder neue Versionen lieferte, weshalb ihn die RAF schon vor Jahren als chronischen Lügner bezeichnete.

Daß auch die Kronzeugenaussagen der DDR-ExilantInnen bedenklich sind, hat Gössner im Zusammenhang mit dem Prozeß gegen Ingrid Jakobsmeier bereits im Herbst 1993 zum Ausdruck gebracht: "Wo der Verrat um des eigenen persönlichen Vorteils willen gefordert ist, da sind falsche Bezichtigungen geradezu programmiert. Der Beweiswert eines solchermaßen gekauften Zeugen sinkt gen Null." Dennoch setzen die deutschen Sicherheitsbehörden voll auf die Aussagen der Kronzeugen.

Silke Maier-Witt, die im Juni nach fünf Jahren, die sie teilweise als Freigängerin verbrachte, aus der Haft entlassen wurde und jetzt im aktuellen Prozeß gegen Sieglinde Hofmann aussagte, hatte die Angeklagte bereits früher einmal beschuldigt, bei der Schleyer-Entführung den Kinderwagen, in dem die Waffen versteckt waren, geschoben zu haben. Später nahm sie die Behauptung jedoch zurück. Es sei nur eine Vermutung gewesen, die sie deshalb so gesagt habe, um den Verdacht von sich selbst abzulenken. Als Beweggrund für ihre Aussagen äußerte sie auch, daß es ihr nicht egal sei, ob sie den Rest ihres Lebens im Gefängnis verbringen müsse oder die Aussicht habe, zumindest einen Teil davon noch in Freiheit verbringen zu können. Die BAW geht dennoch bis heute davon aus, daß Hofmann die junge Frau mit dem Kinderwagen war.

"Softpornodarsteller"

Die übrigen RAF-Gefangenen, die von den Aussagen der AussteigerInnen betroffen sind, reagierten natürlich mit Empörung auf den Verrat durch ihre früheren GenossInnen. Heidi Schulz bezeichnete die KronzeugInnen Ende 1990 als "Softpornodarsteller". Damals sei für die AussteigerInnen eine Lösung gesucht und gefunden worden, bei der sich "keine/r verkaufen muß". Das sei in der DDR möglich gewesen. "Auch wenn das nicht unsere Vorstellung von Sozialismus ist, aber das war genau der Unterschied zu diesem in Allem von der Kohle beherrschten System hier", schrieb Heidi Schulz. Und weiter: "Das hätte allerdings auch eine politische

Verantwortlichkeit von ihnen gegenüber diesem Stück Weg, das es für sie war oder hätte sein können, bedeutet. Es hätte mindestens das Gegenteil von dem bedeutet, daß sie sich wie ein Fähnchen im Wind mit der Macht drehen, daß sie sich mit den jeweiligen Machtverhältnissen arrangieren." Und daß, unabhängig von den unterschiedlichen Motivationen der AussteigerInnen zu KronzeugInnen zu werden, ihre Aussagen ausschließlich den Herrschenden zuarbeiten, läßt sich wohl kaum leugnen.

So wie die erneuten Verurteilungen der seit Jahren inhaftierten ehemaligen RAF-Mitglieder Christian Klar, Heidi Schulz und Rolf-Clemens Wagner, wird wohl auch der Prozeß gegen Sieglinde Hofmann mit einer Zementierung der Situation, also mit lebenslänglich enden. Hier entlädt sich schließlich in voller Breite die Rache der BRD an der gesamten linksradikalen Guerilla-Politik der letzten 25 Jahre. Was in diesen neuen Prozessen und mit Hilfe der Kronzeugen ebenso festgeschrieben wird wie das Schicksal dieser Gefangenen, ist die Geschichte der RAF, die Geschichte des bewaffneten Kampfes in der Bundesrepublik. Sie wird derzeit von der Bundesanwaltschaft geschrieben. Und das ist, wenn es dabei bleibt, verheerend.

40. (Nicht nur) In eigener Sache. Veränderungen im linken Pressewesen

Autor: ak-Redaktion · Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein; KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak382/52.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:382:52

Im Februar dieses Jahres (ak 375) erklärten wir unsere Bereitschaft, die Zeitung ak zu öffnen. Wir boten Einzelpersonen und politisch aktiven Gruppen an, die Ergebnisse ihrer politischen Arbeit bei uns zu veröffentlichen, wir schlugen Redaktionen und MitarbeiterInnen politischer (Fach-)Zeitschriften Artikeltausch und andere Formen der Arbeitsteilung vor und erklärten uns bereit, ak in eine neues Projekt einzubringen.

Im Juni 1995 (ak 379) gaben wir einen Überblick über erste Reaktionen auf unsere Schreiben, skizzierten thematische und politische Vorstellungen, die wir von unserem (zukünftigen) Zeitungsprojekt haben und kündigten an, direkten Kontakt mit einer Reihe linker Gruppen, Redaktionen und Einzelpersonen aufzunehmen.

Ernsthafte Überlegungen, die Möglichkeiten einer verbindlicheren Kooperation auszuloten, sind bisher nur von zwei Seiten angestellt worden: von der SOZ und der SoFo (Sozialistisches Forum). Mit der SOZ hat sich eine Zusammenarbeit auf der Ebene des Artikelaustausches eingespielt. Beide Seiten bekunden immer wieder das Interesse, mehr voneinander zu wollen. In dieser Richtung denken wir weiter.

SoFo

Im Mai kam es in Hamburg zu einem ersten Treffen zwischen dem ak-Redaktionssekretär und der SoFo-Redaktion. Dabei wurde uns mitgeteilt, daß man unsere Februar-Erklärung mit großem Interesse aufgenommen habe und in Richtung einer Zusammenarbeit mit uns nachdenke. Die SoFo erscheint zweimonatlich und kann gegenwärtig (August 1995) auf 445 AbonenntInnen zählen. Sämtliche MitarbeiterInnen arbeiten ehrenamtlich. Der koordinierende Redakteur der Zeitschrift, Klaus D. Fischer, erklärt in der aktuellen Ausgabe Nr. 42, daß er für die bisher von ihm übernommenen Arbeiten nicht mehr zur Verfügung stehe. Dadurch sehe sich die Redaktion vor drei Alternativen gestellt: a) Übernahme der verschiedenen, notwendigen Tätigkeiten durch andere Mitglieder der Redaktion; b) Einstellung des SoFo zum Jahresende; c) Zusammenschluß mit einem anderen linken Zeitungsprojekt.

Die Option a) erwies sich letztlich als nicht durchführbar. Zu b) und c) heißt es weiter: "Da wir alle in der Redaktion die Ansicht mancher früheren WeggefährtInnen nicht teilen konnten, die da sinngemäß lautet, daß ‚Projekt SoFo` habe zwar in einer schwierigen (Umbruch-) Situation wichtige und interessante Analysen, Hintergrundanalysen, Denkanstöße und Anregungen gegeben, sei aber mittlerweile überflüssig, wandten wir uns sehr schnell der dritten Option zu." In internen Diskussionen über denkbare Partner kristallisierten sich drei Namen heraus: analyse und kritik, Andere Zeiten (Berlin) und Sozialistische Politik und Wirtschaft (spw, Köln/Dortmund): "... die Entscheidung, vorrangig mit der ak-Redaktion zu sprechen, ergab sich aus folgenden Überlegungen: Andere Zeiten und spw sind - bei aller Offenheit ihrer Redaktionen und AutorInnen und mancher Nähe zu unseren Positionen - wesentlich geprägt von ihrer jeweiligen Parteigebundenheit bzw. der beabsichtigten Einflußnahme auf die Meinungsbildung in den entsprechenden Parteien (Grüne/Bündnis 90, SPD) ... Eine solche (neue) Orientierung liegt den Mitgliedern unserer Redaktion fern. Der ak hingegen hat sich im Laufe der Jahre vom Organ einer kommunistischen Organisation ... zu einer parteiunabhängigen, linkspluralistischen, bewegungsorientierten Zeitschrift entwickelt. Von anderen Ausgangspositionen und mit z.T. anderen Akzenten ein Weg, der dem unsrigen nicht unähnlich ist. Hinzu kam, daß sich im ak fast parallel zu unserer Zukunftsdiskussion eine analoge Diskussion entwickelte ... ."

Klaus D. Fischer hofft, "daß hier Linke unterschiedlicher Traditionslinien in einen fruchtbaren Dialog eintreten, der dann hoffentlich zu einer (noch) interessanteren linken Zeitschrift führt, die vielleicht sogar in der Lage ist, den negativen Trend für die (West-) Linke zumindest aufzuhalten." Über das "Wie" einer Zusammenarbeit gibt es auch schon Überlegungen: "Die SoFo-Redaktion will im Prinzip als Diskussions- und Arbeitszusammenhang zusammenbleiben, wenn auch nicht mehr in der bisherigen Intensität ... Bei einem positiven Ausgang der weiteren Gespräche würden wir uns selbst und unseren AutorInnenpool (soweit einverstanden) in das neue Projekt einbringen. Welche Form dieses ‚Einbringen` annehmen soll, die Art und Weise der Zusammenarbeit/Mitarbeit wäre dann noch zu bestimmen."

Die ak-Redaktion steht weiteren Gesprächen mit den SoFo-Leuten sehr aufgeschlossen gegenüber und wird ihre LeserInnen über den Stand der Entwicklungen auf dem laufenden halten. Unbeschadet der LeserInnen-Umfrage freuen wir uns selbstverständlich über weitere Stellungnahmen und Vorschläge zu unseren Bemühungen, zu einer Zusammenarbeit mit anderen zu gelangen.

blätter des iz3w

In der September-Ausgabe der blätter des iz3w schlägt die Redaktion Alarm. Die seit Anfang der 70er Jahre herausgegebene Zeitschrift, die wichtige Analysen und Hintergrundberichte v.a. über Länder der Dritten Welt veröffentlicht, kann mit einer auf 5.000 Exemplare gesunkenen Ausgabe nicht mehr kostendeckend arbeiten. Neben anderen Gründen für nachlassende LeserInnenzahlen wird folgendes genannt: "Diese ‚Neue Linke` [nach 1968] und die - wenn auch häufig nur vermeintliche - Gemeinsamkeit ihrer Analysen und Ziele gibt es heute nicht mehr. Seit über fünf Jahren leckt die Restlinke ihre Wunden. Berlin (1989), Managua (1990) und Bagdad (1991) stehen symbolisch als Stationen für eine Entwicklung, die Weltbilder zerstört, Perspektivenmangel aufgedeckt und Orientierungslosigkeit hinterlassen hat.

Die Turbulenzen haben auch uns voll erwischt. Zum eine sind die Länder des Südens nicht mehr der Projektionsraum, der die Entstehung einer besseren Welt erhoffen ließe. Zum anderen sind bloße Informationen über diese Länder nicht mehr rar - die Tagespresse streut immer wieder mal was ein, und eine Reihe auf bestimmte Regionen beschränkter Zeitschriften bieten neben Informationen auch Kritisches."

Die Redaktion wendet sich mit einem Appell an die LeserInnen, bis zum 31.12.1995 entweder 60.000 Mark zu spenden oder 1.000 neue Abos zu werben. In einem Telefonat mit einem Redakteur der iz3w vor einigen Monaten war unsere Initiative begrüßt worden. Man wolle in der Redaktion Formen einer möglichen Zusammenarbeit ausloten. Weitere Schritte wurden leider von beiden Seiten nicht unternommen. Vielleicht kommt es ja noch dazu. Die ak-Redaktion wünscht den blättern viel Erfolg bei ihrer Kampagne.

ak-redaktion

41. "Den Opfern ihre Würde zurückgeben". Kampagne "Nie wieder" fordert Entschädigung

Autor: Kampagne · Rubrik: Antifaschistischer Kampf; Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak382/47.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:382:47

Frankfurt, 9.8.1995: Hauptversammlung des IG-Farben-Konzerns. Während an anderen Orten des 50. Jahrestags der Befreiung gedacht wird, sorgen hier kleinbürgerliche AktionärInnen für das Weiterleben eines unseligen Relikts aus dem "Dritten Reich", der Interessengemeinschaft (IG) Farben. "An diesen Aktien klebt Blut" heißt es auf den Transparenten, die 50 KritikerInnen den rund 400 AktionärInnen entgegenhalten, und: "IG-Farben sofort auflösen, Zwangsarbeiter entschädigen". Die AktionärInnen reagieren abweisend, sind sie doch nicht ins Steigenberger Avance Hotel gekommen, um sich mit der Geschichte ihres Konzerns auseinanderzusetzen. Für sie stehen vielmehr die nach dem Krieg enteigneten Ostgrundstücke im Mittelpunkt, deren Rückgabe die IG-Farben seit dem Fall der Mauer hartnäckig fordert.

Zum Eklat kam es schon kurz nach der Eröffnung der Hauptversammlung, als Eduard Bernhard, kritischer Aktionär und Vorstandsmitglied des BBU, die Zulassung von Radio- und Fernsehübertragungen forderte. Er wurde von einem Aktionär niedergebrüllt: "Halt's Maul. Ich war früher Offizier, ich weiß, wie man mit solchen Leuten umgehen muß". Die Menge applaudierte ihm.

Fünf junge AktionärInnen sprangen auf und riefen "Nieder mit dem Faschismus, hinter dem Faschismus steht das Kapital." Womit die AktionärInnen bestätigt sahen, was sie schon vorher wußten: Als "Honeckerknechte" und "Kommunistenpack" wurden die Protestierenden beschimpft, die auf Anweisung des Aufsichtsratsvorsitzenden Krienke von Schwarzen Sheriffs aus dem Saal gezerrt wurden.

Hoch her ging es auch bei den Redebeiträgen der Kritischen AktionärInnen. "Die IG-Farben muß sofort aufgelöst werden, das Geld soll den noch lebenden ehemaligen Zwangsarbeitern und deren Hinterbliebenen ausbezahlt werden", forderte Philipp Mimkes, Geschäftsführer der Coordination gegen BAYER-Gefahren (CBG).

Peter Gingold vom Verein der Verfolgten des Naziregimes (VVN) ging auf eine Besonderheit der IG-Farben-Aktien ein. Diese werden nämlich an der Börse nicht als Aktien, sondern als "Liquidations-Anteilsscheine" gehandelt, von Fachleuten kurz "Liquis" genannt. Der Nennwert - auch das eine Besonderheit - wird auch heute noch in Reichsmark angegeben. "Die Inhaber der Liquidationsanteile der IG Farben besitzen mit ihren Aktien einen Anteil an der Liquidation der europäischen Juden", verdeutlichte er die moralische Verantwortung der InhaberInnen. Auch sein Redebeitrag stieß auf Ablehnung.

Aufgrund der teilweise tumultartigen Proteste im Saal mußte Eva Bulling-Schröter, Bundestagsabgeordnete der PDS, ihre Rede abbrechen. Sie konzentrierte sich in ihrem Beitrag auf die Rückgabe der Ostgrundstücke. Auf Kosten der SteuerzahlerInnen werde versucht, aus den enteigneten Grundstücken Kapital zu schlagen. Denn es sei völlig aussichtslos, diese Flächen tatsächlich zurück zu bekommen. Vielmehr gehe es den Verantwortlichen des Unternehmens darum, bei der Bundesregierung Entschädigungszahlungen durchzusetzen. (Die Anwälte der IG-Farben klagen zur Zeit bei verschiedenen deutschen Gerichten um die Rückgabe von Ländereien, die zusammengenommen die Größe des Saarlands haben. Sollte die IG-Farben diese Grundstücke oder den Gegenwert tatsächlich erhalten, würde der Kurs der Aktie schlagartig nach oben schnellen. Und genau darauf spekulieren viele Aktionäre.)

Auch Marc Pletzer von der Coordination gegen BAYER-Gefahren mußte wegen der Proteste des Versammlungsleiters und aus dem Saal seine Rede abbrechen. Er stellte die moralische Verpflichtung der AktionärInnen in den Mittelpunkt: "Wenn schon die Unternehmensleitung den ehemaligen Zwangsarbeitern Entschädigungszahlungen verweigert, dann sollte jeder Aktionär seine Anteilsscheine direkt an ein Opfer der IG-Farben verschenken."

Die Kritik an der Unternehmensleitung kam in diesem Jahr nicht nur von VertreterInnen der "Nie wieder!"-Kampagne. Besonders der überraschende Rücktritt des Ex-Bundesverkehrsministers Günther Krause erhitzte die Gemüter. Krause war 1994 zum stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden gewählt worden. Von ihm versprachen sich Unternehmensleitung und AktionärInnen einen Durchbruch bei der Rückübertragung der

alten DDR-Grundstücke, war Krause doch maßgeblich an der Ausarbeitung des Wiedervereinigungsvertrags zwischen der BRD und der DDR beteiligt. Kritisiert wurde, daß der Politiker nicht zur Entlastung erschien, sondern sein Mandat kurz vor der Hauptversammlung niederlegte. Krienke bat die AktionärInnen um Nachsicht: Die Zeit sei zu kurz gewesen, um einen geeigneten Nachfolger vorzuschlagen. Ein auch aktienrechtlich brisanter Fall, schließlich kann eine legitime Wahl nur auf der Hauptversammlung erfolgen. Über den von Henry Matthews eingebrachten Antrag, die PDS-Abgeordnete Eva Bulling-Schröter in den Aufsichtsrat zu wählen, wurde nicht abgestimmt.

Zwei Tage vor der Hauptversammlung hatte die Kampagne "Nie wieder!" zu einer Podiumsdiskussion nach Frankfurt geladen. "50 Jahre Kriegsende. 50 Jahre Befreiung des KZ Auschwitz. Die Verantwortung der IG Farben" lautete der Titel der Veranstaltung. Trotz Ferienzeit und großer Hitze erschienen knapp 100 interessierte BürgerInnen. Drei ehemalige Zwangsarbeiter schilderten ihre Erfahrungen aus der Zeit des "Dritten Reiches". Unter ihnen Hans Frankenthal, der zusammen mit seinem Bruder im IG-Farben-eigenen KZ schuftete. "Die IG-Farben-Direktoren führten zusammen mit des SS die Selektion durch. Es ist eine Verhöhnung der Opfer, wenn sie später sagten, sie hätten von alledem nichts gewußt." Rund 350.000 Häftlinge haben bei der IG-Farben Zwangsarbeit leisten müssen. Allein im IG-Farben-Werk Monowitz - sieben Kilometer von Auschwitz - kamen mindestens 30.000 Menschen ums Leben. Hans Frankenthal und sein Bruder entgingen der Ermordung in den Gaskammern nur knapp.

Peter Gingold hatte als einziger seiner Familie die Schoah überlebt. Engagiert setzte er sich in Frankfurt dafür ein, daß auch die IG-Farben-Nachfolger Entschädigungszahlungen an ehemalige Zwangsarbeiter leisten sollen.

Als Vertreter polnischer Zwangsarbeiter war Karol Gawlowski nach Frankfurt gekommen, um auf die besondere Situation osteuropäischer Zwangsarbeiter hinzuweisen. 45 Jahre habe es keinerlei Entschädigungen gegeben, da sich Deutschland stets geweigert habe, in kommunistische Länder Geld zu transferieren. Erst Anfang der neunziger Jahre wurde eine Stiftung der Bundesrepublik Deutschland errichtet, von der den Betroffenen ein einmaliger Betrag von durchschnittlich 500 DM gezahlt wurde. Diese Zahlung sei zwar als eine Geste des guten Willens verstanden worden, aber für die heute hochbetagten und oftmals gesundheitlich angeschlagenen Überlebenden nicht genug. Die meisten leben heute ohne Altersversorgung.

Kampagne "Nie wieder"

(redaktionell bearbeitet)

42. Quelldatei 08.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak382/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:382:08

Schwarzer Widerstand

Anlaß zur Herausgabe einer Broschüre über schwarzen Widerstand und Befreiungsbewegungen in den USA ist die Solidarität mit Mumia Abu-Jamal. Die Broschüre wird eingeleitet mit einer kurz gefaßten Geschichte der westeuropäischen Kolonialisierung Nordamerikas, der Durchsetzung der Vereinigten Staaten als kolonialistischer Siedlerstaat sowie der Sklaverei als Grundlage der kapitalistischen Gesellschaft und der Entwicklung der schwarzen Befreiungsbewegung seit dem 17. Jahrhundert. Ausführlich dargestellt werden die Geschichte der Black Panther Party, der Black Liberation Army und der schwarzen Gefangenenbewegung seit den 60er Jahren, die Formen der Aufstandsbekämpfung seit 1968 und die Bedingungen in den Knästen, die aktuellen Rebellionen und die derzeitigen schwarzen Organisationen. Angefügt sind Botschaften von und Berichte zu einzelnen Gefangenen und Adressenlisten politischer Gefangener in den USA und unterstützender Organisationen. Das besondere Interesse der Darstellung gelte, schreiben die Herausgeberinnen, "den Bedingungen sowie den politischen Einschätzungen, Zielen und Kämpfen schwarzer Frauen und Lesben, wobei letzteres an die Grenzen einer sexistisch-rassistischen Quellenlage stößt."

Schwarzer Widerstand und Befreiungsbewegung seit dem 17. Jahrhundert in den USA. Beiträge zu einem internationalistischen Feminismus. A4, 144 S., Einzelex. DM 6,- plus DM 3,- Porto. Bezug gegen Voreinsendung des Betrags über: Infoladen "Anschlag" (USA-Broschüre), Heeperstr. 132, 33607 Bielefeld.

Bereits vor zwei Jahren erschien ein Band mit Interviews mit (ehemaligen) Gefangenen aus dem militanten schwarzen Widerstand - Black Panther Party, Black Liberation Army, MOVE-Organisation -, anhand derer ein Stück Geschichte dieses Widerstands in den USA seit dem Ende der 60er Jahre sichtbar gemacht werden soll.

Black Power. Interviews mit (Ex-) Gefangenen aus dem militanten schwarzen Widerstand. Hg. vom Redaktionskollektiv "Right On". Berlin, Amsterdam (Edition ID-Archiv) 1993. 171 S., 18,- DM.

Oktoberrevolution II

"Ein heiteres Schlachten alter Tabus anläßlich des 5. Jahrestages der großen nichtsozialistischen Oktoberrevolution" war die Konferenz der linken DDR-Opposition Ende letzten Jahres - jedenfalls sehen dies die Herausgeber der jetzt vorliegenden Dokumentation der Beiträge dieser Konferenz so. Absicht der Initiatoren der Zusammenkunft war es, "an die Stelle von Heldengedenkveranstaltungen und Mythenbildungen eine kritische und selbstkritische Debatte über die Opposition in der DDR zu setzen, inklusive ihres Verhaltens in der Wende, um daraus für die Zukunft etwas zu lernen." - Die Themen der Konferenzblöcke waren "Unser Bild von der DDR" (hier dürfte der Beitrag "Außenpolitische Kontakte der Opposition" bundesdeutschen Altlinken ein paar Überraschungen bieten); "Unsere Ambitionen in der Wende" und "Unser Bild von der BRD".

Gegen die Verdrängung im eigenen Kopf. Reader zur Oppositionskonferenz vom 5.11.94 im Haus der Demokratie, Berlin. Hg.: Matthias-Domaschk-Archiv in der Robert-Havemann-Gesellschaft e.V., Berlin 1995. A4, 60 S., 5 DM plus Porto. - Bezug bei: Matthias-Domaschk-Archiv, Schliemannstr. 23, 10437 Berlin.

Antifa

Als Ergebnis bester alter, bei weitem aber nicht veralteter antifaschistischer Recherchepraxis hat das Hamburger Bündnis "Keinen Fußbreit den Faschisten" die erste Ausgabe der Antifaschistischen Informationen - Rechte Organisationen in Hamburg herausgegeben. Die vorliegende Ausgabe zeichnet sich insbesondere dadurch aus, daß neben den bekannten rechtsextremen und neo-nazistischen Organisationen vor allem über Gruppen, Institutionen und Personen berichtet wird, die bisher mehr im Verborgenen oder mit recht geschickter Tarnung tätig, aber deshalb eher um so wirksamer sind. Ein Beispiel hierfür ist die "Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft" in Hamburg, die, haben die HerausgeberInnen festgestellt, "zwar schon seit 30 Jahren in Hamburg rechtsextremistische Bildungsveranstaltungen macht, von antifaschistischer Seite aber fast keine Beachtung fand". Ein weiteres Beispiel ist Dr. Reinhold Oberlercher, Ende der 60er Jahre SDS-Theoretiker und mindestens auch noch Anfang der 70er Jahre recht zweifelsfrei Linker. Heute könne er "getrost als einer der Ideologen der Neuen Rechten bezeichnet werden". Liest man in dem Beitrag über Oberlercher die Liste der Organisationen, in denen er aufgetreten ist, und der Zeitschriften in denen er

publiziert hat, ist diese Wertung sehr berechtigt. Seine kraß antidemokratischen, rassistischen und antisemitischen Äußerungen legen darüber hinaus nahe, in ihm einen Rechtsextremisten zu sehen, der wesentlich von der Ideologie des deutschen NS-Systems zehrt. - Der Broschüre beigegeben sind eine "Liste der uns bekannten rechten Gruppen und Institutionen in Hamburg" und drei Indizes (Organisationen & Institutionen, Publikationen & Verlage, Personen), so daß das Heft auch zum gezielten Nachschlagen genutzt werden kann.

Antifaschistische Informationen. Rechte Organisationen in Hamburg. Nummer 1 (Juni 95). A4, 56 S., 5 DM (Rabatt für Buchläden und WiederverkäuferInnen). - Bezug über: Bündnis "Keinen Fußbreit den Faschisten", c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg.

43. Unterscheidungsgebot

CD-Datei: daten/aksuche/ak382/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:382:12

Bewegung im Arsch - der Institutionen?

Betr.: Interview mit Karl Rössel, ak 380

Vieles von dem, was Karl Rössel im ak-Interview zur Situation der Internationalismusbewegung und des Bundeskongresses entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) ausführte, ist sicher richtig. Z.B. daß mit und infolge der Kampagne zum Berliner WB/IWF-Kongreß ein stärkeres Bewußtsein über die Notwendigkeit entstanden ist, das Wirken des eigenen Landes in der Welt zu betrachten und zu beeinflussen und daß diese Erkenntnis in relevanten BUKO-Kreisen in allzu subjektivistischer Weise verarbeitet wird (vordringlich sei, sich individuell von der "patriarchalen Dominanzkultur" (PDK) des "weißen Mannes" zu lösen). Seine eigene Perspektive scheint mir allerdings eher Teil dieses Problems denn seiner Lösung zu sein. Warum macht Rössel gerade jene "Lobby-Gruppen", die wie das WEED konsequent bemüht sind, der BRD "in die Parade zu fahren", für die augenscheinliche Flaute der Bewegung verantwortlich? Warum abstrahiert er von den Gesetzmäßigkeiten eines solchen Einwirkens und macht pauschal "die" (?) sozial/emanzipatorische Lobby-Arbeit für die schlechten Kräfteverhältnisse verantwortlich, mit denen sich ihre Akteure herumschlagen müssen. Sein Hinweis darauf, daß aus dem angeblichen Scheitern des "Ansatzes der 68er Bewegung", namens "Marsch durch die Institutionen" "keine Lehren gezogen wurden", zeigt, wie sehr er soziale Bewegungen zu einer unisono "systemoppositionellen" Bewegung romantisiert. Deren Erfolge oder Mißerfolge setzt er demzufolge nicht mit der Gesamtheit der gesellschaftlichen (Kräfte-)Verhältnisse in Beziehung, sondern mit dem selbstgestrickten (oder in sie hineininterpretierten) "rrrevolutionären" Mythos. Folglich scheinen ihm "Mißerfolge" Ergebnis von "Verrat, "Bestechung" oder anderer menschlicher Schwächen zu sein. Zu jeder Zeit hat es die Situation gegeben, daß die "bewegten" Individuen nicht ein Leben lang ihre ganze Freizeit der "guten Sache" widmen konnten. Wenn jetzt ein Teil dieser natürlichen Fluktuation durch professionelle Arbeit in Lobby-Gruppen aufgefangen werden kann, so ist das doch eine prima Sache. Daß es im Internationalismus zur Zeit weniger "spektakuläres" zu vermelden gibt, hat viele Gründe. Die "Schuld" einseitig bei angeblich "im Arsch der Institutionen steckengebliebenen" OpportunistInnen zu suchen, erscheint mir falsch und wie jede Form von Moralismus, der ja immer von den realen Möglichkeiten der Menschen absieht, in der Tendenz menschenverachtend. Die stramm "antiinstitutionelle" EU-Politik, für die Karl Rüssel als Mitbegründer der "Anti-EG-Gruppe" stehen durfte, und die daraus abgeleitete Distanz bis Feindschaft zu den Kräften, die sich als (mit-)verantwortliches (linkes) Subjekt Europas begreifen und entsprechend zu handeln versuchen, steht systemtransformierenden Perspektiven sozialer Bewegungen m.E. ebenso im Weg, wie ein sich Verrennen im offiziellen Konferenzendschungel. "Gemeinsam sind wir unerträglich" war einmal das Motto. Das sollten wir uns auch heute zu eigen machen.

hhH, Berlin

"Kroatische Serben"?

Betr.: "Balkankrieg ohne Ende", ak 381

Liebe Redaktion des AK,

sehr geehrte Damen und Herren,

in Bezug auf das nun schon vier Jahre andauernde "Plädoyer für Militäreinsätze" - man könnte auch Kriegstreiberei dazu sagen -, dessen PULL THE TRIGGER ! nur die letzte, zwangsläufige und zunächst gar nicht einmal immer laut einzufordernde Konsequenz seines heftigen Antijugoslawismus, seiner hanebüchenen BOSNIEN-Tümelei und seiner alle Maßstäbe sprengenden antiserbischen Hetze ist, hat "analyse & kritik" bislang sich allenfalls zu einer sehr halbherzigen Kritik durchringen können. Unter zielgruppen-spezifischen Gesichtspunkten konnten die Kriegstreiber damit mehr als zufrieden sein.

Jetzt rechtfertigt - man traut seinen Augen nicht - der ak Tudjmans mit westlicher Waffen- und Sanktionen-Hilfe bewerkstelligte Großaggression als "Rückeroberung" der von "kroatischen Serben" "besetzten" Krajina. (...)

"Rückeroberung" - als ob denn (von Hitlers Ustascha-Staat einmal abgesehen) in den letzten rund neunhundert Jahren die Krajina je Teil eines unabhängigen Staats Kroatien gewesen wäre, das von diesem unabhängigen Staat nun "zurück"erobert hätte werden können. "Kroatische Serben" - ein absoluter Sprach-Nonsens wie etwa "katholische Protestanten" oder "weiße Schwarze", bloß um auf Teufel komm raus die Krajina-Serben bzw. ihre Gebiete semantisch "Kroatien" zuschustern zu können,

Und schließlich "Serbisch besetzt" - als ob denn die Krajina nicht seit Jahrhunderten mehrheitlich serbisch besiedelt gewesen wäre, und als ob denn 1991 nicht Jugoslawien, sondern der illegale Separatismus "Kroatiens" in der Krajina die legitime Staatsmacht, deren Territorium ja nur überhaupt "besetzt" hätte werden können, gewesen wäre ! (...)

Mit freundlichen Grüßen

Hans-Joachim Kahlke

Unterscheidungsgebot

Betr.: Hiroshima und Nagasaki, ak 381

Liebe Genossinnen und Genossen,

Michael Hahn geht der Frage nach, ob die Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki Kriegsverbrechen waren. Seiner Ansicht nach müßten die Einsätze als gerechtfertigt angesehen werden, wenn sie das einzige Mittel gewesen wären, Japan zu besiegen, weil Japan einen imperialistischen Krieg geführt und die japanische Zivilbevölkerung diesen Krieg mitgetragen habe. Tatsächlich jedoch habe der Abwurf der Atombomben dem Ziel gedient, die Sowjetunion im beginnenden Kalten Krieg einzuschüchtern; daher sei er als Kriegsverbrechen zu bewerten.

Dieser Argumentation möchte ich widersprechen. Der Begriff des Kriegsverbrechens ist völkerrechtlicher Natur. Daher muß ich im folgenden auf das internationale Recht bezug nehmen. Zweierlei ist zu unterscheiden: Erstens die Frage, ob ein Staat dazu berechtigt ist, Krieg zu führen. Vor 1945 war der Angriffskrieg auf Grund des Briand-Kellog-Paktes vom 27.8.1928 verboten. Nach geltendem Recht darf ein Staat gegen ein anderen Staat allein zum Zweck der Selbstverteidigung Gewalt anwenden (Art. 51 UN-Charta). Im Hinblick auf die Frage, ob die zwischenstaatliche Gewaltanwendung als solche rechtmäßig ist, muß demnach das Ziel der Gewaltanwendung bewertert werden. Zweitens geht es im Völkerrecht um die Mittel der Kriegführung. Alle Kriegsparteien sind an die Regeln des Kriegsvölkerrechts gebunden, in denen festgelegt ist, welche Methoden der Kriegführung erlaubt und welche verboten sind.

Die beiden Ebenen sind strikt von einander zu trennen. Ein Staat, der sich verteidigt und insofern rechtmäßig handelt, kann dabei Mittel einsetzen, die mit dem Kriegsvölkerrecht unvereinbar sind, ja sogar zu Kriegsverbrechen führen. Umgekehrt ist es möglich, daß ein Staat, der als Aggressor anzusehen ist, im Hinblick auf den Einsatz der Mittel rechtmäßig vorgeht.

Was die Mittel der Kriegführung betrifft, so ist das Unterscheidungsgebot von grundlegender Bedeutung. Danach muß bei bewaffneten Aktionen zwischen militärischen Zielen und Kombattanten einerseits sowie Zivilpersonen und zivilen Objekten andererseits unterschieden werden. Die Zivilbevölkerung darf nicht gezielt angegriffen werden. Auch sind militärische Aktivitäten verboten, wenn sie zwar gegen ein militärisches Ziel gerichtet sind, aber - quasi als unbeabsichtigte Nebenfolge - unter der Zivilbevölkerung zu Schäden führen würden, die außer jedem Verhältnis zu dem erstrebten unmittelbaren militärischen Vorteil stehen.

Der Zweck dieser Prinzipien besteht darin, die militärische Effektivität zugunsten der Humanität einzuschränken. Wäre das Argument erlaubt, der Einsatz aller Mittel sei zulässig, sofern dies der rascheren Beendigung des Krieges dient, so ließe sich damit jede Verletzung des Kriegsvölkerrechts und damit der totale Krieg rechtfertigen. Das Kriegsvölkerrecht und damit auch der Begriff des Kriegsverbrechens wären dann sinnlos und überflüssig. Wenn M. Hahn argumentiert, der Abwurf der Atombomben wäre gerechtfertigt gewesen, wenn er der rascheren Beendigung des Krieges gedient hätte, negiert das Kriegsvölkerrecht.

Wie sind die Abwürfe der Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki zu bewerten? Die Einsätze waren gegen die Zivilbevölkerung gerichtet und somit rechtswidrig. Selbst wenn man mit M. Hahn annimmt, daß militärische Ziele getroffen werden sollten, wäre zu berücksichtigen, daß die Verluste unter der Zivilbevölkerung außer

jedem Verhältnis zu dem unmittelbaren militärischen Erfolg standen, der mit dem Abwurf der Bomben erzielt werden sollte, der Zerstörung der militärischen Ziele. Weitere Argumente, aus denen sich die Rechtswidrigkeit der Einsätze ergibt, ließen sich anführen. Die Rechtswidrigkeit der Einsätze ist denn auch in der Völkerrechtslehre praktisch unbestritten.

Mit dem Begriff des Kriegsverbrechens wird darüber hinaus die Frage angesprochen, ob diejenigen Personen, die für die Einsätze verantwortlich waren, strafrechtlich hätten zur Rechenschaft gezogen werden müssen, sei es vor einem nationalen (US-amerikanischen) Gericht, sei es vor einem internationalen Tribunal, vergleichbar den Militärgerichtshöfen in Nürnberg und Tokio. Darauf kann hier nicht in der notwendigen Ausführlichkeit eingegangen werden. Aufschlußreich ist jedoch, daß in einem Vertrag von 1977, dem 1. Zusatzprotokoll zu den Genfer Konventionen, die vorsätzliche Verletzung der Regeln zum Schutz der Zivilbevölkerung als Kriegsverbrechen definiert wird. Zwar kann der genannte Vertrag auf die Einsätze von Hiroshima und Nagasaki nicht rückwirkend angewandt werden; auch haben die USA ihn bis heute nicht ratifiziert. Die erwähnte Bestimmung wurde jedoch auch im Hinblick auf Einsätze, wie sie gegen Hiroshima und Nagasaki unternommen wurden, formuliert und zeigt, daß Einsätze dieser Art von der Mehrzahl der Staaten als Kriegsverbrechen bewertet werden.

Mit herzlichen Grüßen

Hans-Michael Empell

44. Schlamperei

CD-Datei: daten/aksuche/ak382/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:382:20

Aufmerksamen LeserInnen dürfte nicht entgangen sein, daß uns im ak 381 einige ärgerliche Lapsi unterlaufen sind. So behaupteten wir in dem Artikel "Fanal für ein rot-grünes Jahrzehnt", daß Claudia Roth zur neuen Oberbürgermeisterin von Frankfurt gewählt worden sei. Der richtige Vorname der CDU-Politikerin lautet Petra.

In dem Artikel über kubanische balseros ("Ganz normale MigrantInnen") ist in einer Bildunterschrift von schwerbewaffneten Internierten die Rede. Doch die KubanerInnen waren zum Glück nicht schwer bewaffnet, sondern wurden schwer bewacht.

45. Quelldatei 25.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak382/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:382:25

Kalender

Displaced-Persons-Lager in den Westzonen

150.000 jüdische Flüchtlinge, sog. Displaced Persons (DPs) aus Mittel- und Osteuropa suchten zwischen 1946 und 1949 Zuflucht in der amerikanischen Besatzungszone. Einer von ihnen war der gebürtige Warschauer Ephraim M. Robinson, der auf der Flucht vor den Nazis nach Palästina in der UdSSR gestrandet war, und den es nach Kriegsende auf dem Weg von Rumänien in die USA für drei Jahre in das Durchgangslager Zeilsheim (bei Frankfurt) verschlagen hatte. Robinson, engagierter Freizeitfotograf, dokumentierte das Leben im DP-Lager - den jüdischen Kindergarten, den Schulunterricht, Versammlungen, Hochzeiten und Demonstrationen. Die Geschichte der Juden in Deutschland unmittelbar nach dem Krieg, öffentlich nicht beachtet und persönlich verdrängt, ist nun rund fünfzig Jahre später zumindest als Fotodokument zur Kenntnis zu nehmen.

Bis zum 19.10. Jüdisches Museum München, Maximilianstr. 36. Dienstag und Mittwoch von 14-18 Uhr, Donnerstag von 14-20 Uhr. (Robinsons Fotografien sind enthalten in Jaqueline Giere u. Rachel Salamander: Ein Leben aufs Neu. Das Robinson-Album. DP-Lager auf deutschem Boden 1945- 1948. Wien, Verlag Christian Brandstätter, 1995. 128 S., 133 S., 49,80 DM.)

50. Jahrestag der Nürnberger Prozesse

Das Frankfurter Fritz Bauer Institut, Studien- und Dokumentationszentrum zur Geschichte und Wirkung des Holocaust, veranstaltet eine Film- und Vortragsreihe zu den Nürnberger Prozessen. Zwei der insgesamt vier Veranstaltungen haben den IG- Farben-Prozeß zum Gegenstand. Gezeigt wird am 7.10. um 19 Uhr Kurt Maetzigs Film "Der Rat der Götter" (DDR 1949/50), Dr. Bernd Greiner referiert über den IG- Farben-Prozeß und den Morgenthau-Plan in der deutsch-deutschen Wahrnehmung. Am 8.10, 11 Uhr, spricht Prof.Dr. Peter Hayes (USA) über den Streit bezgl. der Verwicklung der IG-Farben in die NS-Verbrechen, um 15 Uhr folgt Jörg Friedrichs Vortrag über die Nürnberger Prozesse und die deutsche Gesellschaft, um 19 Uhr wird der Film "Judgement at Nuremberg" (USA 1961) gezeigt.

4.-8.10.95. Ehemaliges IG-Farben-Haus, Casinogebäude, Grüneburgplatz, Frankfurt. - Das vollständige Programm ist zu beziehen vom Fritz Bauer Institut, Rheinstraße 29, 60325 Frankfurt.

Sozialismus oder Barbarei

Zum Gedenken an Ernest Mandel und zur Würdigung seines Werks diskutieren bei einer Veranstaltung des Revolutionär Sozialistischen Bundes (RSB), IV. Internationale "über die Aktualität der Revolution" Thomas Ebermann (Publizist), Norbert Hackbusch (GAL/MdBÜ), Heinrich Eckhoff (ak-Redaktion), Hans-Jürgen Schulz (RSB) und Karl Heinz Roth (Historiker, Hamburger Stiftung für Sozialforschung) (angefragt).

27.9.95, 19 Uhr. Werkstatt 3 (Saal), Nernstweg, Hamburg.

Menschenrechte und Demokratie ...

... in ost-westdeutscher Perspektive sind das Thema einer Tagung des Komitees für Grundrechte und Demokratie. Dem einleitenden "Versuch einer vorläufigen Bilanz des Engagements für Bürger- und Menschenrechte in Ost und West" am ersten Abend folgen am nächsten Tag Arbeitsgruppen zu den Themen "Demokratisierung", "Demokratische Teilhabe an gesellschaftlich sinnvoller Arbeit und sozialer Sicherung" und "MigrantInnen- und Flüchtlingspolitik". Die Tagung wird beschlossen mit einem Vortrag von Wolf-Dieter Narr: "Kapitalismus ohne Alternative?"

29.9.-1.10., Technische Universität Chemnitz- Zwickau, Chemnitz. Teilnahmegebühr 70 DM ohne Übernachtung, mit Übernachtung und Verpflegung 140.- (Einzelzimmer) bzw. 110.- (Doppelzimmer), Ermäßigungen sind auf Anfrage möglich. Anmeldung und Rückfragen an: Komitee für Grundrechte und Demokratie, Bismarckstr. 40, 50672 Köln.

Die Blockade Kubas muß gebrochen werden!

Das Netzwerk Cuba ruft auf zur bundesweiten Demonstration gegen die Blockade von Kuba. Zahlreiche politische und gewerkschaftliche Organisationen, Zeitschriftenredaktionen und Solidaritätsgruppen haben den Aufruf unterzeichnet.

7.10., 14 Uhr, Adenauerplatz; ca. 15.30 Uhr Abschlußkundgebung mit Prof.Dr. Heinrich Fink, Amerika-Haus, Hardenbergstraße, Berlin.

7.10., ab 16 Uhr: "junge Welt Überlebensfete" in der Kulturbrauerei, Knaakstraße, Prenzlauer Berg, Berlin.

Uri Avnery

Uri Avnery, seit fast einem halben Jahrhundert für eine Aussöhnung zwischen Israelis und Palästinensern aktiv, stellt sein neues Buch "Zwei Völker - zwei Staaten" (s. ak 381, S. 28) auf einer Lesereise durch bundesdeutsche Städte vor und informiert über den aktuellen Stand des Friedensprozesses.

13.10., 20.30 Uhr: Wiesbaden, Kulturzentrum Tattersall; 15.10., 11 Uhr: Frankfurt, Buchhandlung Kreth; 16.10.: 20 Uhr: Ingelheim, Neues Rathaus; 17.10., 20 Uhr: Hannover, Kulturzentrum Pavillon; 18.10., 20 Uhr: Schorndorf, Manufaktur; 19.10., 19.30 Uhr: Heidelberg, Pädagogische Hochschule, Keplerstraße; 20.10., 20 Uhr: Bonn, Internationales Jugendforum; 21.10., 17 Uhr: Bad Münstereifel, Galerie Lammel; 22.10., 11 Uhr: Dorsten, Volkshochschule - Jüdisches Museum; 22.10., 20 Uhr: Dortmund, Auslandsgesellschaft; 23.10., 10 Uhr: Marl, Martin-Luther-King- Gesamtschule; 23.10., 19.30 Uhr: Aalen, Buchhandlung Sommer.

Hamburg im "Dritten Reich"

Die Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts lädt zu einer Tagung über Hamburg im "Dritten Reich". Zwar seien, heißt es in Tagungs-Aufruf, "viele Aspekte der NS-Ära in Hamburg im vergangenen Jahrzehnt aufgeklärt, wesentliche Forschungslücken geschlossen worden. Trotz dieser alles in allem positiven Bilanz bilden beispielsweise die Bereiche Wirtschaftspolitik und Alltagsgeschichte noch weiße Flecken in der Forschungslandschaft, und es fehlt nach wie vor an einer übergreifenden Darstellung zum Einfluß der traditionellen und neuen Machteliten Hamburgs auf die NS-Politik insgesamt." - Die Tagung wird mit einem einleitenden Referat über die gegenwärtigen Forschungspositionen und Defizite eröffnet. In den anschließenden (zum Teil parallel laufenden) Workshops wird über die Machthaber und Machtstrukturen in Wirtschaft und Politik, über das Lagersystem und seine Profiteure und über Facetten des damaligen Alltags referiert. Spezifische Aspekte der Verfolgung der Juden werden vorgestellt und das Janusgesicht der Sozialplanung untersucht. Neben der Analyse des Unrechtsstaats und seiner Diener wird auch der Frage nachgegangen, ob die arbeitende Bevölkerung einer der Hauptstützen des Regimes war. Die Arbeitsergebnisse der insgesamt sieben Workshops werden abschließend zusammengetragen und zur Diskussion gestellt.

21.10., 14.15-21 Uhr; 22.10., 10-19.30 Uhr. Hochschule für Wirtschaft und Politik, Von-Melle-Park 9, Hamburg. Das detaillierte Tagungsprogramm ist erhältlich bei der Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte, Schanzenstr. 75-77, 20357 Hamburg.

Schickt Eure Veranstaltungshinweise! Per e-mail, per Post

oder als Fax. Annahmeschluß für ak 383 ist der 10.10.95.

46. IG Farben:

CD-Datei: daten/aksuche/ak382/48.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:382:48

Von Anilin bis Zwangsarbeit

Eines der dunkelsten Kapitel der deutschen Geschichte ereignete sich hinter Stacheldraht. Hunderttausende Menschen mußten unter grausamsten Bedingungen Zwangsarbeit für den IG- Farben-Konzern leisten. Die meisten verloren ihr Leben, "vernichtet durch Arbeit", wie es im SS-Jargon hieß. Die chemische Industrie, allen voran der BAYER-Konzern, hat von dieser unheilvollen Entwicklung nicht nur profitiert, sondern sie aktiv herbeigeführt. Der damalige BAYER-Generaldirektor Carl Duisberg war es, der das Farben-Kartell zusammengeschmiedet hat. Die IG Farben hat Hitler frühzeitig unterstützt, den Bau von Auschwitz finanziert und schließlich ein eigenes Werk (BUNA II) mit angehörigem KZ (Monowitz) installiert.

Das Buch "Von Anilin bis Zwangsarbeit", herausgegeben von der Coordination gegen BAYER-Gefahren, führt in die historischen Zusammenhänge mit ausgewählten Dokumenten und Abbildungen ein. Ein besonderes Augenmerk richten die Autoren, darunter der bekannte Faschismus-Experte Otto Köhler, auf die Verbrechen, die im Namen von Rassenwahn und Profitsucht begangen worden sind. Ein Briefwechsel zwischen BAYER und der SS "betreffs der Lieferung von Frauen" zu medizinischen Versuchen dokumentiert, auf welch grausame Weise die Menschenwürde mißachtet worden ist. "Alle Frauen sind gestorben. Wir werden uns wegen einer neuen Lieferung demnächst an sie wenden", heißt es in einem Schreiben aus dem Hause BAYER.

Nach dem Krieg wurde die IG Farben formal entflochten. Doch die Macht von BAYER, HOECHST und BASF ist heute größer denn je. Wen wundert da, daß BAYER seine Geschichte von hochrangigen Professoren reinwaschen läßt und Forderungen nach Entschädigung vehement zurückweist.

Besondere Beachtung verdient ein Kapitel, das sich mit einem hierzulande nicht bekannten Fall in den USA befaßt. Ein ehemaliger Zwangsarbeiter hat gerichtlich durchgesetzt, daß er die Nachfolger der IG Farben auf Entschädigung verklagen darf, ein Tatbestand, der bei BAYER, HOECHST und BASF für einige Aufregung sorgen und Rechtsgeschichte schreiben wird.

IG FARBEN - Von Anilin bis Zwangsarbeit. Zur Geschichte von BASF, BAYER, HOECHST und anderen deutschen Chemie-Konzernen. Hg.: Coordination gegen BAYER-Gefahren. Stuttgart (Schmetterling Verlag) 1995. 240 S., 24,80 DM.

47. Quelldatei anm-he.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak382/anm-he.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:382:anm-he

Betr.: "Kroatische Serben"

Hans-Joachim Kahlke hat in einem Recht: von einer serbisch besetzten Krajina zu sprechen ist völlig verfehlt; nicht nur sachlich, sondern in diesem Sprachgebrauch spiegelt sich der chauvinistische Anspruch der kroatischen Seite wider. Insofern danke ich für den Hinweis. Was nun die "kroatischen Serben" angeht, so gibt es ein generelles Sprachproblem, wenn, wie dies leider alle Parteien tun, die ethnische Abstammung zur wichtigsten Unterscheidung wird. Selbstverständlich wäre es besser beispielweise von serbischen Bosniern, statt von bosnischen Serben zu sprechen. Dennoch bin ich nur bereit, eine solche Belehrung aufzunehmen, wenn Hans-Joachim Kahlke und sein pro-serbisches Heidelberger Propagandabüro ebenfalls kritisieren, daß die von ihnen vertretene Republik eben "Serbische Republik Bosnien" heißt und damit genau wie die kroatischen Nationalisten die Abstammung zur entscheidenden Frage der Republikbenennung macht.

he., ak-Redaktion Hamburg

48. Spendenaufruf für Knut Folkerts

CD-Datei: daten/aksuche/ak382/anzeige.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:382:anzeige

Seit 1990 haben wir vom Arbeitskreis Drinnen & Draußen die Gefangenen aus der RAF, Lutz Taufer, Karl-Heinz Dellwo und Knut Folkerts, im Celler Knast besucht. Lutz und Karl-Heinz sind im April/Mai entlassen worden; bei Knut steht die Freilassung nach 18 Jahren Haft - davon der größte Teil in Isolationshaft - voraussichtlich im November dieses Jahres an.

Die ersten Schritte ins Leben nach der Haft werfen, wie wir jetzt nach den Entlassungen von Karl-Heinz und Lutz gesehen haben, eine ganze Reihe praktischer und finanzieller Probleme auf (Wohnung, Bürokraten- und Sozialamtsnerv, etc.). Nach diesen langen Jahren Gefangenschaft unter schwersten Bedingungen meinen wir, ein Zeichen unserer Solidarität wäre, den Gefangenen eine materielle Ausgangsbasis zu verschaffen.

Die Haft, es wäre töricht darüber hinwegzusehen, hat Spuren hinterlassen, die eine Regenerationsphase absolut erforderlich machen. (Knut überlebte im Hungerstreik 1985 das Koma nur knapp.) Niemand - außer Arbeits- und Sozialämtern - kann erwarten, daß die entlassenen politischen Gefangenen sofort für ihren Lebensunterhalt malochen gehen. Das Bedürfnis, FreundInnen und GenossInnen zu treffen, eine Reise zu unternehmen etc., hat Vorrang - und es verursacht Kosten, die mit dem Sozialhilfesatz gewiß nicht zu decken sind.

Wer einen Beitrag dazu leisten will, daß Knut die Orientierungsphase nach der Haftentlassung ohne finanzielle Probleme angehen kann, möge dies tun - an:

POLIT, Sparkasse Celle, BLZ 257 500 01, Kto.-Nr. 108 103 250

Auch kleinere Beträge über einen bestimmten Zeitraum können helfen.